



Stadt Luzern

Geschäfts- bericht 2011

Bericht und Antrag des
Stadtrates an den
Grossen Stadtrat
vom 4. April 2012

B+A 8/2012

Vom Grossen Stadtrat
genehmigt
am 28. Juni 2012

**Bericht und Antrag des Stadtrates von Luzern an den
Grossen Stadtrat von Luzern B+A 8/2012**

Stadtratsbeschluss 310 vom 4. April 2012

Höhepunkt des Luzerner Jahres war die Eröffnung der Swisporarena am 3. September 2011.
Auf dem Bild: Fussballspiel vom 25. Februar 2012: FC Luzern - Young Boys, 2:0.

Fotos: Heinz Dahinden, seguardo fotografie, Luzern

Inhaltsverzeichnis

1	Das Jahr 2011 im Rückblick.....	3
2	Ergebnis der Jahresrechnung 2011	4
2.1	Gesamtüberblick.....	4
2.2	Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten	5
2.2.1	Aufwand	6
2.2.2	Ertrag	8
2.2.3	Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen	9
2.2.4	Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO	10
2.2.5	Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO	10
2.3	Laufende Rechnung / Ergebnis nach funktionaler Gliederung	11
2.4	Investitionsrechnung	12
2.5	Bestandesrechnung.....	13
2.6	Anhang zur Jahresrechnung.....	17
2.6.1	Ausserbilanzgeschäfte per 31. Dezember 2011	17
2.6.2	Brandversicherungswerte per 31. Dezember 2011	18
2.6.3	Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze	18
2.6.4	Abnahme der Jahresrechnung 2010 durch den Regierungsstatthalter	19
2.6.5	Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt Luzern	19
2.6.6	Übersicht über separate Berichte und Berichte regionaler Trägerschaften / Gemeinde- und Zweckverbände	21
2.6.7	Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern	22
3	Kennzahlen aus dem Personalbereich	24
3.1	Entwicklung der Teilzeitstellen	24
3.2	Personalfluktuaton.....	24
3.3	Nationalitäten.....	24
3.4	Pyramide der Dienstjahre	25
3.5	Besoldungsklassen	25
3.6	Altersstruktur.....	26
4	Direktionen	27
4.1	Sozialdirektion.....	27
	Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor	27
4.1.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	29
4.1.2	Rechnungsergebnis im Überblick	30
4.1.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	32
4.1.4	Kennzahlen	38
4.1.4.1	Sekretariat Vormundschaftsbehörde	39
4.1.4.2	Amtsvormundschaft	41
4.1.4.3	Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle	42
4.1.4.4	Sozialamt	45
4.1.4.5	Wirtschaftliche Sozialhilfe (exkl. Mutterschaftsbeihilfe)	46
4.1.4.6	Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe	48
4.1.4.7	Kinder Jugend Familie	50
4.1.4.8	Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg	54
4.2	Bildungsdirektion und Präsidiales.....	55
	Vorwort von Urs W. Studer, Stadtpräsident und Bildungsdirektor	55
4.2.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	56
4.2.2	Rechnungsergebnis im Überblick	57
4.2.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	59
4.2.4	Kennzahlen	63
4.2.4.1	Stadtkanzlei	65
4.2.4.2	Musikschule	66
4.2.4.3	Kultur und Sport	67

4.2.4.4	Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten	69
4.2.4.5	Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes	70
4.2.4.6	Stadtbibliothek	71
4.2.4.7	Kinder- und Jugendzahnklinik	72
4.3	Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit.....	73
	Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Direktorin Umwelt, Verkehr und Sicherheit	73
4.3.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	74
4.3.2	Rechnungsergebnis im Überblick	77
4.3.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	78
4.3.4	Kennzahlen	82
4.3.4.1	Stadtraum und Veranstaltungen	83
4.3.4.2	Bevölkerungsdienste	85
4.3.4.3	Umweltschutz	87
4.3.4.4	Zivilschutz	89
4.3.4.5	öko-forum	90
4.3.4.6	Feuerwehr	91
4.4	Baudirektion	93
	Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor	93
4.4.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	94
4.4.2	Rechnungsergebnis im Überblick	95
4.4.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	96
4.4.4	Kennzahlen	99
4.4.4.1	Städtebau	101
4.4.4.2	Stadtentwicklung	102
4.4.4.3	Immobilien	103
4.4.4.4	Geoinformationszentrum	105
4.5	Finanzdirektion.....	107
	Vorwort von Stefan Roth, Finanzdirektor	107
4.5.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	109
4.5.2	Rechnungsergebnis im Überblick	110
4.5.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	111
4.5.4	Kennzahlen	113
4.5.4.1	Steueramt	115
4.5.4.2	Teilungsamt	116
4.5.4.3	Prozesse und Informatik	117
4.6	Beitragswesen	119
4.6.1	Rechnungsergebnis im Überblick	119
5	Dienststellen mit Leistungsauftrag und Globalbudget.....	121
5.1	Heime und Alterssiedlungen / Parlamentarischer Leistungsauftrag	121
5.2	Volksschule / Parlamentarischer Leistungsauftrag.....	135
5.3	Tiefbauamt / Parlamentarischer Leistungsauftrag	148
5.4	Liegenschaften Finanzvermögen / Parlamentarischer Leistungsauftrag	155
	Antrag des Stadtrates	163
	Beschluss des Grossen Stadtrates von Luzern.....	164

1 Das Jahr 2011 im Rückblick

"Gouverner, c'est prévoir." Was sich so leicht sagen lässt, ist nur schwer umsetzbar. Insbesondere langfristige Folgen von Vorhaben lassen sich nur grob abschätzen und mit Mühe darstellen. Weitsichtige Entscheidungen bedürfen gründlicher Analyse und Diskussion. Die Stadt Luzern ist mit ihrer Behördenstruktur ideal organisiert, um derart anspruchsvolle Herausforderungen gut zu meistern.

Stadtrat und Grosser Stadtrat waren sich denn auch in der Einschätzung einig, dass die Region Luzern, um sich erfolgreich und dauerhaft zu entwickeln, zu einer einzigen Gemeinde verschmelzen müsste. So hätte die Region langfristig die besten Entwicklungschancen gehabt. Die Luzerner Stimmberechtigten haben sich deutlich für diese Strategie ausgesprochen, jedoch haben es die Stimmberechtigten von Horw, später auch jene von Ebikon, Kriens, Adligenswil und Emmen abgelehnt, die neue Stadtgemeinde mitzugestalten.

Die Stimmberechtigten haben den Stadtbehörden in der Energie- und Klimapolitik das Vertrauen ausgesprochen. Die Stimmungslage nach dem schlimmen Reaktorunglück in Fukushima hat sicherlich mitgeholfen, den Atomausstieg gemäss behördlichem Vorschlag bis 2045 zu beschliessen. In einem einzigartigen Reglement zeigt die Stadt auf, wie in den kommenden Jahrzehnten der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoss kontinuierlich gesenkt werden sollen.

Die Finanz- und Schuldenkrise in Europa, die schleppende konjunkturelle Entwicklung sowie die Frankenstärke drücken auf die ökonomische Stimmung. Luzern als Tourismusdestination spürt die Zurückhaltung der Konsumentinnen und Konsumenten rasch. Sinkende Unternehmensgewinne und tiefere Beschäftigungsquoten wirken sich künftig negativ auf die Steuererträge aus. Kostenverlagerungen von Bund und Kanton auf die Gemeinden sowie kantonale Steuerreformen belasten den öffentlichen Haushalt zusätzlich. Der Stadtrat hat daher im Sommer 2011 angekündigt, für das Jahr 2013 eine Steuerfusserhöhung in Aussicht zu nehmen.

Gleichwohl hat die Stadtbevölkerung mit grossem Mehr Kredite zur Sanierung des Schulhauses Maihof und eines Teils des Betagtenzentrums Dreilinden gesprochen. Es wäre unbedacht gewesen, beim Unterhalt unerlässlicher Infrastrukturbauten zu sparen.

Im September 2011 wurden zwei grossartige Bauten in Betrieb genommen, die beide in ihrem Umfeld zu den attraktivsten der Schweiz gehören: die Swisssporarena und die Universität. Der Fussball Club Luzern spielt seither in der Spitzengruppe der Super League, die Beliebtheit des Studienplatzes Luzern ist weiter gestiegen. Die 40-jährige Hochschule Luzern – Wirtschaft trägt ihren Teil dazu bei. Sowohl im Freizeit- als auch im Bildungsbereich steht Luzern eine positive Zukunft bevor. Die Investitionen von heute werden sich morgen mehrfach auszahlen. Marketingmassnahmen in TV und Radio wie "Jeder Rappen zählt", "SF bi de Lüt" oder "Tatort" helfen ebenfalls, die Standortattraktivität längerfristig zu steigern.

Ergänzend zu den weitreichenden Veränderungen, denen Luzern ausgesetzt ist oder die Luzern angestossen hat, messen die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt ihrem direkten Lebensumfeld zunehmende Bedeutung zu. Die städtischen Behörden haben mit der Formulierung einer kohärenten Quartier- und Stadtteilpolitik reagiert. Das Engagement in den Quartieren soll unterstützt, jedoch nicht obrigkeitlich dirigiert werden. Die Bevölkerung soll sich weiterhin mit der Stadt Luzern identifizieren können.

Die emotionale Bindung zum Quartier zeigt sich auch in der leidenschaftlichen Diskussion um Nutzung oder gar Übernutzung des öffentlichen Raumes. Um beispielsweise die Litteringproblematik am Bahnhofplatz, die Strassenprostitution im Tribschenquartier und bei der Dammstrasse, die nächtliche Lärmbelastung durch Clubs, Bars und andere Gastrobetriebe zu bekämpfen, hat die Stadt teilweise drastische Massnahmen ergriffen. Eine sofortige Lösung aller Probleme darf dennoch nicht erwartet werden.

Bis die auf langfristigen Erfolg ausgerichteten Aktivitäten Wirkung zeigen, bedarf es Geduld. Da diese Einzelnen bisweilen fehlt, sind die städtischen Angestellten auch mal kurzfristiger Kritik ausgesetzt. Der Stadtrat dankt darum allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre nachhaltige Arbeit, die sie auch unter schwierigen Umständen (Stichwort: Einspar- und Verzichtsplanungen) geleistet haben. Ihr Engagement und ihre Loyalität sind stets spürbar sowie für die Entwicklung Luzerns unentbehrlich.

2 Ergebnis der Jahresrechnung 2011

2.1 Gesamtüberblick

Die Zahlen der Laufenden Rechnung 2011 präsentieren sich im Überblick wie folgt:

[in Mio. Fr.]	Rechnung	Budget
Aufwand	745,4	742,9
Ertrag	739,1	736,2
Ergebnis	-6,3	-6,7

Die Rechnung 2011 schliesst mit einem Rohergebnis von Fr. -11,8 Mio. ab. Nach Entnahmen aus der Steuerausgleichsreserve und aus der Reserve "Teilkompensation Kantonsbeitrag Fusion Littau-Luzern" von insgesamt Fr. 5,5 Mio. beträgt der Aufwandüberschuss 2011 Fr. 6'320'243.28.

Das Rohergebnis von Fr. -11,8 Mio. ist um Fr. 17,9 Mio. besser als budgetiert. Die Ergebnisverbesserung beruht im Wesentlichen auf höheren Steuererträgen. Deshalb wird die budgetierte Entnahme aus der Steuerausgleichsreserve um Fr. 17,5 Mio. reduziert.

Die Erträge der ordentlichen Gemeindesteuern (natürliche und juristische Personen) betragen Fr. 259,8 Mio. und liegen um Fr. 11,8 Mio. bzw. 4,5 % über dem Voranschlag und Fr. 4,4 Mio. über dem Vorjahr. Der Steuerertrag bei den natürlichen Personen ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 4,4 Mio. bzw. 2,1 % gesunken. Grund sind Gesetzes- und Tarifierpassungen aus der Steuergesetzrevision 2011. Bei den juristischen Personen steigt hingegen der Steuerertrag gegenüber dem Vorjahr um Fr. 8,8 Mio. an. Diese Ertragssteigerung resultiert hauptsächlich aus Nachträgen und ist deshalb nicht nachhaltig.

Die Erträge aus Quellen- und Nebensteuern liegen um Fr. 5,6 Mio. über dem Voranschlag bzw. Fr. 6,2 Mio. über dem Vorjahr. Die gesamten Steuererträge (inkl. Billettsteuer) belaufen sich im Jahr 2011 auf Fr. 310,1 Mio. und liegen um Fr. 10,6 Mio. über dem Vorjahr. Sie machen 42 % des Gesamtertrages der Laufenden Rechnung aus.

Der Netto-Konsumaufwand¹ beläuft sich auf Fr. 311,7 Mio. und liegt um Fr. 3,1 Mio. bzw. 1 % über dem Voranschlag. Darin sind Nachtragskredite im Umfang von Fr. 14,4 Mio. enthalten. Dieses Ergebnis spricht für eine angemessene Ausgabendisziplin. Im Vergleich zum Vorjahr steigt der Konsumaufwand um Fr. 17,7

Mio. bzw. 6 % an. Damit übersteigt das Konsumwachstum die finanzpolitische Zielsetzung, wonach die Konsumausgaben maximal mit der Rate des BIP anstiegen dürfen, deutlich. Verursacht wird dieses Wachstum hauptsächlich durch die Neuordnung der Pflegefinanzierung mit Mehrkosten von Fr. 17 Mio. und durch die Sanierungsbeiträge an die Pensionskasse der Stadt Luzern von Fr. 7 Mio. Dem stehen verschiedene Entlastungen gegenüber, wie z. B. die Reduktion des Beitrags an den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe und des Beitrags Kantonalisierung Luzerner Polizei sowie die Umsetzung von vorgezogenen Massnahmen aus dem Sparpaket 2011. Diese Entlastungen belaufen sich auf Fr. 7,7 Mio.

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht der Investitionen 2011:

[in Mio. Fr.]	Rechnung	Budget
Bruttoinvestitionen	72,1	76,6
./. Beiträge Dritter	15,2	15,6
Nettoinvestitionen	56,8	61,0
./. davon spezialfinanziert, netto	6,8	11,0
Investitionen innerhalb Plafond	50,0	50,0

Mit Fr. 72,1 Mio. wird erneut ein hohes – jedoch gegenüber den beiden Vorjahren deutlich geringeres – Investitionsvolumen bewältigt. Die Nettoinvestitionen von Fr. 56,8 Mio. liegen leicht unter dem Voranschlag. Der Plafond von Fr. 50 Mio. wird eingehalten.

Die selbsterarbeiteten Mittel² belaufen sich auf Fr. 30,5 Mio. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 53,7 % und liegt somit unter dem angestrebten Durchschnittswert von 80 %.³ Die Nettoverschuldung steigt um Fr. 26 Mio. an und beträgt Ende 2011 Fr. 181,4 Mio. Die Nettoverschuldung pro Kopf der Bevölkerung steigt von Fr. 2'019.– aus dem Jahr 2010 auf Fr. 2'326.–. Das Eigenkapital sinkt um Fr. 11,9 Mio. auf Fr. 45,4 Mio.

¹ Ausgaben abzüglich direkte Einnahmen der funktionalen Bereiche 0 bis 8.

² Ergebnis plus Abschreibungen plus Einlagen in bzw. minus Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Vorfinanzierungen und Spezialfonds.

³ Art. 6 Finanzhaushaltsgesetz der Stadt Luzern.

2.2 Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten

Die Rechnung 2011 schliesst – nach Auflösung von Reserven über Fr. 5,5 Mio. – mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 6,3 Mio. ab. Das Budget 2011 weist – nach Auflösung von Reserven über Fr. 23 Mio. – ebenfalls einen Fehlbetrag in der

Höhe von Fr. 6,7 Mio. aus. Die Rechnung 2011 präsentiert sich somit um Fr. 17,9 Mio. besser als budgetiert.

Die Rechnung 2011 nach Kostenarten zeigt die Abweichungen im Überblick:

Aufwand	Rechnung 2011	Budget 2011	Ergebnisver- besserungen	Ergebnisver- schlechterungen	Rechnung 2010
Personalaufwand	280'951'287	281'635'700	684'413		279'181'254
Sachaufwand	88'030'859	79'487'900		8'542'960	78'304'640
Passivzinsen	16'770'691	19'013'300	2'242'609		10'507'179
Abschreibungen	61'850'782	62'181'800	331'017		74'042'295
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	8'183'997	8'499'300	315'303		8'094'998
Entschädigungen an Gemeinwesen	7'038'762	7'977'300	938'537		7'084'810
Eigene Beiträge	197'309'538	191'901'100		5'408'438	170'620'078
Durchlaufende Beiträge					
Einlagen in Spezial- finanzierungen und Stiftungen	12'659'158	8'355'000		4'304'158	6'126'659
Interne Verrechnungen	72'587'165	83'875'500	11'288'335		66'312'852
Total	745'382'243	742'926'900	15'800'214	18'255'556	700'274'765
Mehraufwand			2'455'343		
Ertrag	Rechnung 2011	Budget 2011	Ergebnisver- besserungen	Ergebnisver- schlechterungen	Rechnung 2010
Steuern	310'067'891	292'680'000	17'387'891		299'456'847
Konzessionen und Rega- lien	5'086'287	4'635'400	450'887		5'710'295
Vermögenserträge	53'073'098	46'802'700	6'270'398		47'793'607
Entgelte	195'579'761	189'390'100	6'189'661		189'461'796
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	14'068'871	14'068'900		29	14'073'155
Rückerstattung von Gemeinwesen	5'678'488	4'780'900	897'588		4'937'838
Beiträge für eigene Rechnung	56'348'652	56'997'300		648'647	36'347'676
Durchlaufende Beiträge			-	-	
Entnahmen aus Spezial- finanzierungen und Stiftungen	26'571'783	42'979'300		16'407'516	33'369'134
Interne Verrechnungen	72'587'165	83'875'500		11'288'335	66'312'852
Total	739'061'999	736'210'100	31'196'427	28'344'527	697'463'203
Mehrertrag				2'851'899	
Ergebnis	-6'320'243	-6'716'800			-2'811'562
Differenz zum Budget			396'557		

2.2.1 Aufwand

Der **Personalaufwand** liegt mit Fr. 280,9 Mio. um rund Fr. 0,7 Mio. tiefer als budgetiert. Die Besoldungen beim Verwaltungspersonal sind um Fr. 0,4 Mio. höher, die der Lehrpersonen um rund 1,1 Mio. tiefer. Die Sozialversicherungsbeiträge entsprechen mit Fr. 16,5 Mio. dem Budget. Die Personalversicherungsbeiträge sind insgesamt um Fr. 0,3 Mio. höher, weil sich der altersunabhängige Durchschnittsbeitrag pro Mitglied erhöht hat.

Die Rentenleistungen blieben mit Fr. 2,7 Mio. rund Fr. 0,6 Mio. unter dem Budget. Fr. 0,4 Mio. davon entfallen auf geringere Übergangsrenten, und aufgrund von Todesfällen mussten Fr. 0,2 Mio. weniger Renten für ehemalige Stadträte, Bürgerräte und Gemeinderäte von Littau geleistet werden.

Bei der Bildungsdirektion+ liegen die Besoldungen Fr. 0,23 Mio. über dem Budget. Die wesentlichen Positionen sind die Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern ohne Stelle, und bei der Dienstabteilung Personal wurde das Sparpaket fälschlicherweise doppelt abgezogen.

Der Personalaufwand bei der Sozialdirektion überschreitet das Budget um rund Fr. 2 Mio. Im Stab sind Fr. 0,1 Mio. höhere Aufwendungen wegen der Pflegefinanzierung und Stellvertretungskosten infolge Krankheit angefallen. Fr. 0,2 Mio. betragen die Mehraufwendungen für Stellvertretungen im Sozialamt, Fr. 0,26 Mio. für den Ausbau der Mütter- und Väterberatung Emmen bei der Dienstabteilung Kinder Jugend Familie. Weiter führten Langzeitkrankheitsausfälle in den Heimen sowie eine andere Pflegebedürftigkeit als im Budget angenommen zu Mehrkosten von Fr. 1,8 Mio. in den Heimen.

Der Personalaufwand bei der Bildungsdirektion liegt insgesamt Fr. 1,6 Mio. unter dem Budget. Rund Fr. 0,76 Mio. Mehrkosten für Stellvertretungen und höhere Schülerzahlen sind bei der Volksschule zu verzeichnen. Infolge Kantonalisierung der HPS per 1. August 2011 sind Minderkosten von rund Fr. 2 Mio. angefallen. Ebenfalls sind rund Fr. 0,2 Mio. tiefere Lehrerbesoldungen bei der Musikschule zu verzeichnen, dies aufgrund tieferer Schülerzahlen.

Bei der Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit ist der Personalaufwand um rund Fr. 0,1 Mio. höher als budgetiert, hauptsächlich bedingt durch diverse krankheitsbedingte Langzeitausfälle bei der Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen.

Bei der Baudirektion entspricht der Personalaufwand dem Budget; bei der Finanzdirektion wurden Einsparungen von Fr. 0,8 Mio. erzielt, hauptsächlich durch nicht sofortige Wiederbesetzungen und durch Mutationsgewinne in den Dienstabteilungen Steueramt und Betreibungsamt.

Der **Sachaufwand** beträgt total Fr. 88 Mio. und liegt damit Fr. 8,5 Mio. über dem Budget. Davon entfallen rund Fr. 8,0 Mio. auf die Buchungsänderung im Bereich der Stadtentwässerung. Durch die Umstellung der Mehrwertsteuer von der Pauschalsteuersatzmethode auf effektive Abrechnung werden die Leistungen des Tiefbauamtes ab 2011 nicht mehr als interne Verrechnung, sondern als Sachaufwand ausgewiesen.

Minderaufwendungen ergaben sich unter anderen beim Schulmaterial (–Fr. 0,37 Mio.), bei der Anschaffung von Mobiliar und EDV (–Fr. 0,5 Mio.), bei den Energiekosten (–Fr. 0,2 Mio.) und beim Verbrauchsmaterial (–Fr. 0,2 Mio.). Dagegen verursachten die nicht budgetierte Anschaffung von Fahrzeugen (+Fr. 0,3 Mio.), der bauliche und der ausserordentliche Unterhalt (+Fr. 1,2 Mio.) sowie der Unterhalt an Mobilien und Fahrzeugen (+Fr. 0,1 Mio.) deutliche Mehrkosten. Zudem mussten je Fr. 0,2 Mio. mehr für Mieten und Dienstleistungen geleistet werden, und der übrige Sachaufwand liegt mit rund Fr. 0,1 Mio. ebenfalls über dem Budget.

Die **Passivzinsen** fielen mit Fr. 16,8 Mio. um Fr. 2,2 Mio. tiefer aus als budgetiert. Für die langfristigen Darlehen mussten Fr. 1,2 Mio. weniger Zinsen bezahlt werden, hingegen wurden für den positiven Ausgleichszins von 1 % bei vorzeitiger Bezahlung der Steuern den Steuerpflichtigen rund Fr. 0,15 Mio. mehr Zinsen vergütet. Aufgrund der geringeren Neuverschuldung in den Vorjahren erfolgten 2011 weniger und billigere Mittelaufnahmen als geplant. Auch musste wiederum ein Teil des Finanzierungsfehlbetrages nicht auf dem Kapitalmarkt beschafft werden, sondern wurde durch die vorzeitig bezahlten Steuereingänge gedeckt.

Für die Verzinsung der Spezialfinanzierungen musste Fr. 0,25 Mio. weniger aufgewendet werden.

Die **Abschreibungen** belaufen sich auf insgesamt Fr. 61,9 Mio. und sind damit um Fr. 0,3 Mio. tiefer als budgetiert. Die ordentlichen und

zusätzlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen im Betrag von Fr. 40 Mio. entsprechen dem Budget. Die weiteren zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 10,4 Mio. für die Spezialfinanzierungen sind ergebnisneutral. Rund Fr. 5,1 Mio. wurden bei der Zentralbahn zulasten der Vorfinanzierung Mobilität abgeschrieben, Fr. 4,3 Mio. bei den Anlagen der Stadtentwässerung.

Bei den Gemeindesteuern mussten Fr. 0,6 Mio. mehr abgeschrieben werden, dagegen konnte das Delkredere um Fr. 0,6 Mio. auf Fr. 11,5 Mio. reduziert werden.

Unter **Entschädigungen an Gemeinwesen**

mussten mit Fr. 7 Mio. rund Fr. 0,9 Mio. weniger als budgetiert bezahlt werden: Bei der Volksschule mussten (aufgrund der geringeren Anzahl Lernenden, die in den Nachbargemeinden in die Schule gehen) Fr. 0,2 Mio. weniger Entschädigungen geleistet werden, und die Entschädigung an den Gemeindeverband REAL (aus der Spezialfinanzierung Stadtentwässerung) fiel um Fr. 0,7 Mio. geringer aus.

Die **eigenen Beiträge** sind nach dem Personalaufwand mit einem Anteil von Fr. 197,3 Mio. bzw. über 26 % der zweitgrösste Aufwandsposten in der Laufenden Rechnung. Die Aufwendungen für die Wirtschaftliche Sozialhilfe schlugen darin mit Fr. 43,3 Mio. oder rund 22 % zu Buche. In der Wirtschaftlichen Sozialhilfe musste Fr. 0,4 Mio. weniger aufgewendet werden als budgetiert. Im Gegenzug gingen die Rückerstattungen um Fr. 1,8 Mio. zurück, was netto zu einem um Fr. 1,2 Mio. schlechteren Ergebnis führte. Die Beiträge der AHIZ (Heimbewohner) lagen ebenfalls um Fr. 1 Mio. höher.

Für die Krankenversicherung (Kantonsbeitrag an Prämienverbilligung) musste mit Fr. 7,3 Mio. rund Fr. 0,75 Mio. weniger aufgewendet werden. Hingegen ist der Kantonsbeitrag an die Ergänzungsleistungen mit Fr. 22,2 Mio. rund Fr. 2,1 Mio. höher ausgefallen als budgetiert. Sowohl die Nachbelastung aus dem Vorjahr als auch der Aufwand für 2011 lagen deutlich über den dem Voranschlag zugrunde liegenden Zahlen.

Während die Pflegefinanzierungsbeiträge an die stadteigenen Heime Fr. 0,2 Mio. tiefer ausfielen, belasteten die Beiträge an private Heime die Rechnung zusätzlich mit Fr. 0,7 Mio.

Die **Einlagen in Spezialfinanzierungen und Spezialfonds** liegen mit Fr. 12,7 Mio. um Fr. 4,3 Mio. über dem Budget.

Aufgrund des Bruttoprinzips pro Heim und Leistungsgruppe ist die Einlage in die Spezialfinanzierung HAS um Fr. 2,5 Mio. höher, im Gegenzug ist die Entnahme aus der Spezialfinanzierung um rund Fr. 3,5 Mio. höher.

Als Folge der um Fr. 1,2 Mio. tieferen Parkingmetereinnahmen konnten Fr. 0,3 Mio. weniger in die Spezialfinanzierung Parkplätze eingelegt werden. Bei der Feuerwehr führte das bessere Rechnungsergebnis statt zu einer Entnahme zu einer Einlage von Fr. 0,75 Mio. in die Spezialfinanzierung. Auch die Spezialfinanzierungen Kehricht und Stadtentwässerung schlossen besser ab als budgetiert und konnten eine Einlage von Fr. 0,3 Mio. bzw. Fr. 0,8 Mio. vornehmen. Die positiven Rechnungsergebnisse 2010 für die mit Globalbudgets geführten Bereiche erlaubten Rückstellungen von Fr. 0,15 Mio.

2.2.2 Ertrag

Der gesamte Steuerertrag von Fr. 310,1 Mio. liegt um Fr. 17,4 Mio. bzw. 5,9 % über dem Voranschlag.

Der Ertrag aus **Einkommens- und Vermögenssteuern** von Fr. 276,6 Mio. übertraf das Budget um Fr. 15 Mio. Die Erträge der natürlichen Personen (laufendes Jahr und Nachträge) übertrafen das Budget um Fr. 7,5 Mio., die Erträge der juristischen Personen (laufendes Jahr und Nachträge) sind um Fr. 4,3 Mio. höher. Die eingeführte straflose Selbstanzeige führt bei Nach- und Strafsteuern zu einer deutlichen Zunahme der Erträge von Fr. 1,5 Mio. Auch die Einnahmen aus der Quellensteuer liegen rund Fr. 2,2 Mio. über dem Budget. Die Einführung einer neuen Software für die Quellensteuer beim Kanton hat im Jahr 2010 zu Rückständen und Ertragsverschiebungen ins Jahr 2011 geführt.

Bei den **übrigen Steuern** liegen die Liegenschaftssteuern mit Fr. 0,1 Mio., die Handänderungssteuern mit Fr. 1,4 Mio. sowie der Anteil an den kantonalen Erbschaftssteuern mit Fr. 0,3 Mio. als auch die Nachkommens-Erbschaftssteuern mit Fr. 0,2 Mio. über dem Vor-

anschlag. Auch die Billettsteuer übertraf den Voranschlag um Fr. 0,7 Mio. Hingegen blieben die Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer mit Fr. 8,6 Mio. rund Fr. 0,4 Mio. unter dem Budget.

Die **Vermögenserträge** brachten mit Fr. 53,1 Mio. rund Fr. 6,3 Mio. mehr ein als budgetiert. Neu werden die kalkulatorischen Zinsen an HAS für Land und Gebäude (Fr. 7,1 Mio.) als Vermögenserträge verbucht und nicht mehr als Rückerstattungen beim Kapital- und Zinsendienst vereinnahmt.

Die Erträge aus den Liegenschaften des Finanzvermögens übertreffen das Budget um Fr. 0,37 Mio., die Erträge bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens entsprechen dem Budget. Die Buchgewinne auf Liegenschaften fielen um rund Fr. 0,4 Mio. tiefer aus.

Kleinere Mehrerträge resultieren aus höheren Verzugszinsen aus verspätet bezahlten Steuern. Aufgrund der tiefen Zinsen blieben die Zinserträge aus den Geldmarktanlagen und Bankguthaben um Fr. 0,3 Mio. unter dem Budget.

Kennzahlen Steuerertrag	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Total Steuerertrag in Fr. pro Einheit	121'230'743	130'731'225	130'696'354	133'235'203	134'769'788	147'884'625	148'464'493
Anteil jur. Personen am Steuerertrag	21,38%	27,20%	24,61%	24,90%	25,13%	18,37%	21,68%
Ertrag nat. Personen pro Steuerpfl./Einh.	2'269	2'280	2'300	2'301	2'292	2'413	2'316
Ertrag jur. Personen pro Steuerpfl./Einh.	6'460	10'065	8'126	8'429	8'468	6'790	8'046
Erlasse, Verluste, Abschreibungen ⁴	3'443'856	3'039'582	2'648'605	2'354'570	2'349'296	3'513'723	4'399'226
E, V + A in % des Steuerertrages	1,54%	1,26%	1,10%	1,01%	1,0%	1,31%	1,69%

⁴ Ohne Einlagen/Entnahmen Delkredere.

Die **Entgelte** betragen Fr. 195,6 Mio. und schlossen damit Fr. 6,2 Mio. über dem Budget. Bei den Heimen und Alterssiedlungen übertrafen die Entgelte das Budget um Fr. 0,5 Mio., was vorwiegend auf die höheren Verkäufe im Gastrobereich zurückzuführen ist.

Zahlreiche grössere Bauvorhaben haben bei der Dienstabteilung Städtebau zu Fr. 0,6 höheren Gebühreneinnahmen geführt. Beim Tiefbauamt resultieren Mehreinnahmen von Fr. 9,6 Mio. aus Benutzergebühren und Dienstleistungen, wovon Fr. 8 Mio. wiederum auf die neue Verrechnung der Arbeiten für die Stadtentwässerung zurückzuführen sind.

Beim Kehricht konnten Fr. 0,3 Mio. mehr Erlöse aus Recyclingverkäufen erwirtschaftet werden. Hingegen fielen bei den beiden Spezialfinanzierungen Kehricht und Stadtentwässerung die Betriebsgebühren insgesamt über Fr. 0,3 Mio. unter dem Budget aus. Auch die Parkingmeter-Einnahmen blieben Fr. 1,2 Mio. unter dem Voranschlag.

Der Feuerwehrpflichtersatz übertraf das Budget um Fr. 0,5 Mio., und bei den Steuern wurden für Fr. 0,7 Mio. mehr Bussen ausgesprochen.

Die Gewinnausschüttung von REAL konnte mit einem Anteil von rund Fr. 0,6 Mio. der Laufenden Rechnung gutgeschrieben werden. Weiter wurden unbenützte Kreditübertragungen aus dem Jahr 2010 erfolgswirksam aufgelöst. Neu werden die kalkulatorischen Zinsen an HAS für Land und Gebäude (Fr. 7,1 Mio.) als Vermögenserträge verbucht und nicht mehr als Rückerstattungen beim Kapital- und Zinsendienst vereinnahmt.

Die **Rückerstattungen von Gemeinwesen** liegen mit Fr. 5,7 Mio. rund Fr. 0,9 Mio. über dem Budget.

Die Dienstabteilung Kinder Jugend Familie konnte Fr. 0,4 Mio. mehr Beratungsdienstleistungen verrechnen. Auch HAS konnte über Fr. 1 Mio. mehr Pflegefinanzierungsbeiträge aus anderen Gemeinden vereinnahmen. Demgegenüber konnte das TBA vom Kanton Fr. 0,2 Mio.

weniger an Rückerstattungen für Verkehrsbauten geltend machen. Auch bei der HPS blieben aufgrund der Kantonalisierung per Mitte Jahr die Beiträge aus anderen Gemeinden um Fr. 0,26 Mio. unter dem Budget.

Die Erträge aus **Beiträgen für eigene Rechnung** blieben mit Fr. 56,3 Mio. um rund Fr. 0,6 Mio. unter dem Budget.

Der eigene Beitrag der Stadt Luzern an die Pflegefinanzierung fiel mit Fr. 19,9 Mio. rund Fr. 0,2 Mio. tiefer aus als budgetiert. Dagegen fiel der Kantonsbeitrag an die Wirtschaftliche Sozialhilfe um Fr. 0,1 Mio. höher aus.

Bei der HPS gingen aufgrund der Kantonalisierung per 1. August 2011 nur noch Kantonsbeiträge für 7 Monate ein (–Fr. 2,2 Mio.), und auch der städtische Beitrag ging deshalb um Fr. 0,3 Mio. zurück. Im Beitragswesen wurden Zahlungen vom Kanton über Fr. 0,3 Mio. für die Betreuung von Kindergartenkindern in Kitas und Schulkindern in Tagesfamilien vereinnahmt, und der Bund vergütete Fr. 0,6 Mio. für die Jahre 2010 und 2011 an das Pilotprojekt Betreuungsgutscheine. Im Finanzerfolg konnten Fr. 0,15 Mio. an erblosen Verlassenschaften vereinnahmt werden.

Die **Entnahmen aus Spezialfinanzierungen** und Rückstellungen fielen rund Fr. 16,4 Mio. tiefer aus als vorgesehen.

Aufgrund der höher ausgefallenen Steuererträge wurden aus der Steuerausgleichsreserve anstelle der budgetierten Fr. 20 Mio. nur Fr. 2,5 Mio. entnommen.

Die Entnahmen aus Spezialfinanzierungen für Abschreibungen im Rahmen der betreffenden Investitionen 2011 ergaben Fr. 0,2 Mio. weniger als angenommen. Bei der Feuerwehr, der Abfallentsorgung und der Stadtentwässerung konnte anstelle der budgetierten Entnahme eine Einlage getätigt werden. Die Entnahme aus dem Energiefonds für Umweltschutzprojekte liegt Fr. 0,4 Mio. unter dem Budget.

2.2.3 Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen

Die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag sind bei den einzelnen Kreditpositionen im Zahlenteil ausgewiesen. Auf die Begründung der Abweichungen bei den Konten des Personalaufwandes, bedingt durch Teuerung,

Beförderungen und Besserstellungen sowie den Einbau von Realloohnerhöhungen in die pensionsversicherten Besoldungen, wird bei den einzelnen Positionen verzichtet.

2.2.4 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO

Für gebundene Ausgaben mussten vom Stadtrat Kredite im Umfang von Fr. 9,5 Mio. bewilligt werden. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen.

Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO

	2010	2011
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	130'300.–	67'200.–
Sozialdirektion	1'322'200.–	838'300.–
Bildungsdirektion	45'100.–	55'500.–
Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit	557'800.–	1'129'100.–
Baudirektion	158'300.–	595'200.–
Finanzdirektion	116'700.–	110'900.–
Zentrales Beitragswesen	3'172'700.–	6'670'300.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	0.–	0.–
Investitionsrechnung	1'880'000.–	0.–
Total	7'383'100.–	9'466'500.–

2.2.5 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO

Die Nachtragskredite für frei bestimmbare Ausgaben in der Kompetenz des Stadtrates sind hier zusammengefasst. Die Detailliste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen. Die Limite beträgt Fr. 7,5 Mio. Der Stadtrat beschränkte mit StB 385 vom 4. Mai 2011 seine Ausgabenkompetenz auf Fr. 3,875 Mio. Dieser Verzicht konnte bis zum Jahresende nicht eingehalten werden. Freie Nachtragskredite wurden im Jahr 2011 im Umfang von Fr. 4,9 Mio. beansprucht.

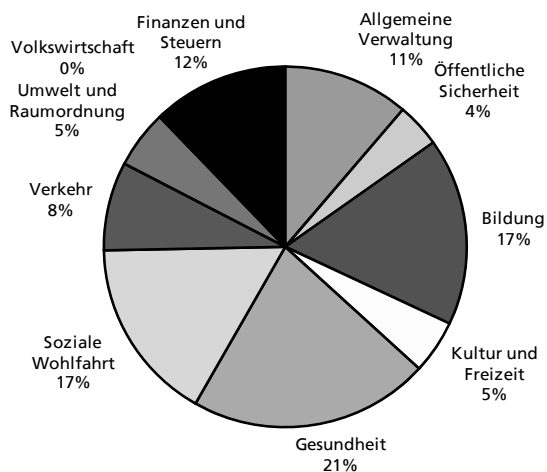
Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO

	2010	2011
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	402'200.–	430'700.–
Sozialdirektion	220'300.–	360'600.–
Bildungsdirektion	113'200.–	298'300.–
Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit	772'400.–	1'445'200.–
Baudirektion	778'400.–	654'800.–
Finanzdirektion	247'700.–	143'800.–
Zentrales Beitragswesen	698'000.–	325'500.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	0.–	0.–
Investitionsrechnung	415'000.–	1'247'000.–
Total	3'647'200.–	4'905'900.–

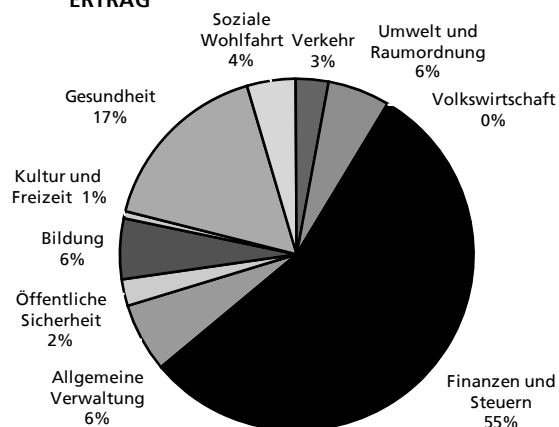
2.3 Laufende Rechnung / Ergebnis nach funktionaler Gliederung

Brutto	Rechnung 2011 (in 1'000 Fr.)		Budget 2011 (in 1'000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Minderertrag)
Allgemeine Verwaltung	83'413	47'077	82'865	46'143	548	934
Öffentliche Sicherheit	29'477	18'185	27'815	15'357	1'661	2'828
Bildung	125'741	41'348	127'055	45'332	(1'314)	(3'983)
Kultur und Freizeit	35'861	4'883	42'984	6'108	(7'123)	(1'224)
Gesundheit	159'446	121'937	153'232	117'297	6'214	4'640
Soziale Wohlfahrt	122'805	32'722	123'146	32'989	(341)	(267)
Verkehr	59'422	22'116	47'897	22'111	11'525	4
Umwelt und Raumordnung	38'668	41'932	45'923	43'973	(7'254)	(2'040)
Volkswirtschaft	1'839	360	2'028	383	(189)	(23)
Finanzen und Steuern	88'709	408'501	89'983	406'518	(1'273)	1'983
Total	745'382	739'062	742'927	736'210	2'455	2'852

AUFWAND



ERTRAG



Netto

Netto	Rechnung 2011 (in 1'000 Fr.)		Budget 2011 (in 1'000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Minderertrag)
Allgemeine Verwaltung	36'336		36'722		(385)	
Öffentliche Sicherheit	11'292		12'458		(1'167)	
Bildung	84'392		81'724		2'669	
Kultur und Freizeit	30'978		36'876		(5'898)	
Gesundheit	37'509		35'935		1'574	
Soziale Wohlfahrt	90'083		90'157		(74)	
Verkehr	37'307		25'786		11'521	
Umwelt und Raumordnung	(3'264)		1'950		(5'214)	
Volkswirtschaft	1'479		1'645		(166)	
Finanzen und Steuern		319'792		316'535		3'257
Total	6'320		6'717		(397)	

2.4 Investitionsrechnung

Funktionale Gliederung [Mio. Fr.]	Rechnung 2011			Budget 2011			Netto- abweichung	
	Aus- gaben	Ein- nahmen	Netto	Aus- gaben	Ein- nahmen	Netto	in Mio. Fr.	in %
0 Allgemeine Verwaltung	9.26	0.31	8.94	6.66	6.00	0.66	8.28	1250%
1 Öffentliche Sicherheit	1.63		1.63	1.24	0.27	0.97	0.66	68%
2 Bildung	4.04	0.54	3.50	5.50		5.50	-2.00	-36%
3 Kultur und Freizeit	23.27	5.51	17.76	26.55	4.98	21.57	-3.80	-18%
4 Gesundheit	14.88	3.91	10.97	17.76		17.76	-6.79	-38%
5 Soziale Wohlfahrt	0.98	0.07	0.91	0.20		0.20	0.71	354%
6 Verkehr	12.56	0.42	12.13	12.42	1.26	11.16	0.97	9%
7 Umwelt und Raumordnung	4.87	4.31	0.56	6.24	3.05	3.19	-2.63	-83%
8 Volkswirtschaft	0.53		0.53				0.53	
9 Finanzen und Steuern		0.18	-0.18				-0.18	
Total	72.01	15.25		76.58	15.57			
Zunahme Nettoinvestitionen		56.76			61.01		-4.25	-7%

Arten-Gliederung [Mio. Fr.]	Rechnung 2011		Budget 2011	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
50 Sachgüter	62.99		67.38	
500 Grundstücke	0.02			
501 Tiefbauten	22.76		24.57	
503 Hochbauten	35.64		38.17	
506 Mob., Masch., Fahrz., IT	4.57		4.64	
509 Konservierung	0.00			
52 Darlehen und Beteilig.				
56 Eigene Beiträge	8.79		9.20	
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	0.23			
59 Einlagen in Spez.Finanz.				
60 Abgang von Sachgütern		4.03		5.53
61 Nutzungsabgaben		4.31		3.00
63 Versicherungen				
66 Beiträge für eigene Rechnung		6.90		7.04
5 Ausgaben	72.01		76.58	
6 Einnahmen		15.25		15.57

Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von Fr. 72,01 Mio. brutto bzw. Fr. 56,76 Mio. netto auf, womit das Budget um rund Fr. 4,25 Mio. unterschritten wurde.

Der Plafondnachweis bereinigt (inkl. Projekte ausserhalb Plafond und Spezialfinanzierungen) wird im Zahlenteil der Rechnung 2011 dargestellt. Die wesentlichen Abweichungen betreffen folgende Projekte: Die Neubaueröffnung des Stützpunktes Littau-Luzern für das Strasseninspektorat erfolgte dank forcierter Ausführung bereits im November 2011; die Aussensanierung beim Am-Rhyn-Haus konnte aufgrund guter Witterung abgeschlossen werden; der Verkauf der Liegenschaft Wettsteinpark ist in der Vorjahresrechnung enthalten, und die Rückvergütung der Gebäudeversicherung für den Ersatz des Tanklöschfahrzeuges Littau-Berg erfolgt erst

im Folgejahr. Bei den Bildungsbauten sind nicht budgetierte Beiträge der Denkmalpflege und eine Abgeltung eingegangen, die Ausgaben wurden, wie auch bei den Vorhaben für die Kultur und Freizeit, aufgrund der jeweiligen Baufortschritte getätigt. Bei den Kunstrasenfeldern Plätze 33 und 34 auf der Allmend ist aufgrund der Systemwahl des Kunstrasens eine Kreditunterschreitung zu verzeichnen. Die Einnahme aus der Überführung Hochbauten Alterssiedlungen vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen war nicht budgetiert, ist jedoch inzwischen erfolgt. Die Hauptarbeiten bei der GasseChuchi für die Aufstockung/Erweiterung und den Liftanbau wurden im Mai 2011 abgeschlossen. Das Projekt Schutzbauten Hangrutsch an der Baselstrasse wird erst 2012/2013 ausgeführt, die Beitragszahlung bei der Tieflegung/

Doppelspurausbau der Zentralbahn erfolgte aufgrund der Rechnungsstellung durch den Kanton. Bei der Realisierung der Vorzone bei der Swissporarena erforderte der grössere Baufortschritt im Berichtsjahr Mehrausgaben, und bei diversen Tiefbauprojekten sind Beitragszahlungen nach entsprechendem Realisierungsstand eingegangen. Bei der Erneuerung der Abwasseranlagen wurde 2011 weniger investiert als budgetiert, zudem lösten grössere Bautätigkeiten mehr Eingänge bei den Anschlussgebühren aus. Die Beiträge von Bund und Kanton beim Projekt Naturgefahren Sturz/Rutsch Baselstrasse können erst mit der Abrechnung (frühestens 2013) eingefordert werden.

Nachträglich sind Beitrags-/Subventions-eingänge bei schon abgerechneten Bauwerken erfolgt.

Insgesamt wurden der Investitionsrechnung Fr. 3,60 Mio. Übertragungen belastet, und zwar bei Projekten, bei denen der Baufortschritt grösser als der Zahlungsstand war. Die nicht getätigten oder vorgezogenen Investitionen wirken sich in den folgenden Jahren aus. Alle Details sind in der Kontrolle über die Voranschlags-/Sonderkredite und den Begründungen aufgeführt. Die Kreditabrechnungen 2011 werden dem Grossen Stadtrat 2012 mit einem separaten Bericht und Antrag zur Genehmigung vorgelegt.

2.5 Bestandesrechnung

	Stand am 31. Dezember 2011	Stand am 31. Dezember 2010	Veränderungen
Total Aktiven	584'720'289.09	563'173'121.57	21'547'167.52
10. Finanzvermögen	299'715'218.87	289'499'827.38	10'215'391.49
100. Flüssige Mittel	384'006.31	1'085'768.12	-701'761.81
101. Guthaben	159'972'885.72	152'355'488.97	7'617'396.75
102. Anlagen	129'473'428.05	125'863'355.22	3'610'072.83
103. Transitorische Aktiven	9'884'898.79	10'195'215.07	-310'316.28
11. Verwaltungsvermögen	283'991'135.36	273'467'626.69	10'523'508.67
114. Sachgüter	269'701'184.91	259'059'054.69	10'642'130.22
115. Darlehen und Beteiligungen	14'289'950.45	14'408'572.00	-118'621.55
116. Investitionsbeiträge			
117. Übrige aktivierte Ausgaben			
12. Spezialfinanzierungen	1'013'934.86	205'667.50	808'267.36
Total Passiven	584'720'289.09	563'173'121.57	21'547'167.52
20. Fremdkapital	481'115'094.74	444'950'668.45	36'164'426.29
200. Laufende Verpflichtungen	180'274'968.34	182'504'172.87	-2'229'204.53
201. Kurzfristige Schulden	20'432'145.74	10'000'000.00	10'432'145.74
202. Langfristige Schulden	204'367'518.55	173'821'656.05	30'545'862.50
203. Verpflichtungen Sonderrechnungen	46'580'657.14	46'599'656.96	-18'999.82
204. Rückstellungen	18'351'901.14	20'739'936.17	-2'388'035.03
205. Transitorische Passiven	11'107'903.83	11'285'246.40	-177'342.57
22. Spezialfinanzierungen	58'236'742.12	60'894'667.61	-2'657'925.49
23. Kapital	45'368'452.23	57'327'785.51	-11'959'333.28

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 21,5 Mio. auf Fr. 584,7 Mio. gewachsen.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen weist einen Jahresendbestand von Fr. 299,7 Mio. auf, der 51,2 % der Bilanzsumme ausmacht. Gegenüber dem Vorjahr nahm das Finanzvermögen um Fr. 10,2 Mio. zu. Die wichtigsten Positionen werden nachfolgend erläutert.

Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel nahmen zum Jahresende aufgrund der Dispositionen in den Geldmarkt ab.

Guthaben

Die Guthaben haben im Berichtsjahr um rund Fr. 7,6 Mio. zugenommen. Die Steuerausstände nahmen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um Fr. 6,3 Mio. ab und betrugen Ende Jahr Fr. 63,1 Mio. Aufgrund der Empfehlung des Regierungsrates wird das Delkredere für Steuerdebitoren mit einem Bestand von Fr. 11,5 Mio. neu als Minusposten unter den Guthaben ausgewiesen. Das Delkredere konnte im Berichtsjahr um Fr. 0,6 Mio. reduziert werden. Die offenen Debitoren liegen mit Fr. 26,8 Mio. um Fr. 3,5 Mio. unter dem Vorjahr. Der Bestand an Festgeldern stieg von Fr. 59,4 Mio. auf Fr. 77 Mio. Alle Festgeldguthaben dienen zur Abdeckung von Verbindlichkeiten, die im Januar 2012 zur Zahlung fällig wurden. Die übrigen Guthaben nahmen um Fr. 0,8 Mio. auf Fr. 4,6 Mio. ab. Von den angeschlossenen Arbeitgebern tilgte die Stiftung Luzerner Theater ihre Annuität gegenüber der PKSL vollständig. Die Restschuld der übrigen angeschlossenen Dritten von Fr. 2,9 Mio. betreffen das Kaufmännische Bildungszentrum sowie den Kaufmännischen Verband, Luzern.

Anlagen

Der Wert der Anlagen stieg im Berichtsjahr um Fr. 3,6 Mio. auf Fr. 129,4 Mio. Die Aktien und Anteilscheine sind mit Fr. 7,4 Mio. bilanziert. Unter den Darlehen sind gemäss B+A 37/2005 und Volksabstimmung vom 12. Februar 2006 vier Darlehen über total Fr. 11,9 Mio. (Vorjahr: Fr. 12,4 Mio.) an die Stiftung Luzerner Theater aktiviert. Mit diesen Darlehen finanzierte die Stiftung den Kauf von Räumen im Kulturzentrum Südpol. Die Liegenschaften im städtischen Finanzvermögen stehen mit Fr. 109,4 Mio. zu Buch.

Die Vorräte sind mit Fr. 0,8 Mio. bilanziert.

Transitorische Aktiven

Die Transitorischen Aktiven reduzierten sich im Berichtsjahr um Fr. 0,3 Mio. auf Fr. 9,9 Mio. Die grössten Abgrenzungsposten sind: Fr. 2,5 Mio. Betriebsgebühren der Stadtentwässerung, Fr. 2,6 Mio. Forderungen gegenüber Klienten aus WSH, Alimentenbevorschussung und Mutterschaftsbeihilfen, Fr. 1,7 Mio. offene Verkehrsabgaben (LSVA) sowie ausstehende Ablieferungen von Dienstabteilungen (z. B. Teilungsamt, Betriebsamt), welche nicht mehr über das Verbindungskonto abgegrenzt werden.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen hat um Fr. 10,5 Mio. zugenommen und weist einen Jahresendbestand von Fr. 284 Mio. auf. Wie im Vorjahr entfallen insgesamt 48,6 % der Bilanzsumme auf das Verwaltungsvermögen.

Sachgüter

Die Sachgüter sind per 31.12.2011 mit Fr. 269,7 Mio. bilanziert, ihr Anlagerestwert gemäss Betriebsbuchhaltung (Anlagespiegel im Zahlen teil zur Rechnung) beträgt Fr. 1'149,4 Mio. Die Buchwerte verteilen sich wie folgt: Auf die öffentlichen Anlagen entfallen Fr. 14,3 Mio., Fr. 46,8 Mio. auf Tiefbauten, Fr. 193,2 Mio. auf Hochbauten und auf Mobilien, Fahrzeuge und Maschinen Fr. 15,3 Mio. Der Brandversicherungswert der Sachanlagen (vgl. Kapitel 2.6.2) betrug per Jahresende rund Fr. 1,36 Mia.

Darlehen und Beteiligungen

Die Darlehen und Beteiligungen sind mit einem Restbuchwert von Fr. 14,3 Mio. ausgewiesen. Diese teilen sich auf in Anteile von Fr. 5 Mio. am Aktienkapital der vbl AG, Fr. 1,04 Mio. als zinsloses Darlehen an die Genossenschaft Schwimmbad Zimmeregg, Darlehen Ruopigenmoos AG über Fr. 0,48 Mio., Darlehen an den FC Littau über Fr. 0,13 Mio., sowie Fr. 2 Mio. als zinsloses Darlehen an das Regionale Eiszentrum (REZ). Dieses Darlehen ist durch eine Rückstellung in gleicher Höhe gedeckt. Die von der Gemeinde Littau übernommene Aufzahlungsschuld über Fr. 5,6 Mio. gegenüber der LUPK ist nicht werthaltig und hat den Charakter von negativem Eigenkapital – die Stadt Luzern hat deshalb ihre Aufzahlungsschuld erfolgswirksam bereits mit der Jahresrechnung 2002 abgeschrieben.

Fremdkapital

Das Fremdkapital hat um Fr. 36,2 Mio. auf Fr. 481,1 Mio. zugenommen. 82,3 % der Bilanzsumme per 31.12.2011 ist Fremdkapital.

Laufende Verpflichtungen

Die laufenden Verpflichtungen nahmen um Fr. 2,2 Mio. auf Fr. 180,3 Mio. ab. Der grösste Anteil entfällt dabei auf die Kreditoren, welche einen Endbestand von Fr. 166,9 Mio. aufweisen. Darin sind die vorausbezahlten Steuern über Fr. 115 Mio. (+5,5 Mio.) sowie die Steuerkreditoren (Restanteil des Kantons und der Kirchgemeinden an den Steuern 2011) über Fr. 40,9 Mio. enthalten. Letztere wurden per Mitte Januar 2012 überwiesen. Die ordentlichen Kreditoren betrugen per Bilanzstichtag Fr. 10,9 Mio.

Die Depotgelder sind mit Fr. 10,3 Mio. bilanziert. Davon betreffen Fr. 3,3 Mio. die Heime und Alterssiedlungen (Bewohnerdepots), Fr. 0,5 Mio. den Grabunterhaltsfonds und Fr. 0,45 Mio. geleistete Kostenvorschüsse für Einbürgerungen, Fr. 0,5 Mio. wurden aus der Bilanz der Gemeinde Littau übernommen, welche gemäss Vertrag beim Landerwerb Tschuopis als Sicherstellung zurückbehalten wurden.

Kurzfristige Schulden

Aufgrund der attraktiven Zinsen hat die Stadt Luzern Fr. 20 Mio. kurzfristige Schulden auf Rollover-Basis zum 3-Monats-Libor finanziert.

Langfristige Schulden

Die langfristigen Schulden nahmen im Berichtsjahr um Fr. 30,6 Mio. auf Fr. 204,4 Mio. zu. 2011 wurden Fr. 8,3 Mio. fällige Darlehen zurückbezahlt und für Fr. 40 Mio. neue Darlehen aufgenommen. Die festen Darlehen weisen neu einen Bestand von Fr. 201,5 Mio. auf. Der durchschnittliche Zinssatz aller langfristigen Darlehen (Konto 2020) per Jahresende betrug 2,70 %, bei einer verbleibenden durchschnittlichen Restlaufzeit von 7 Jahren und 8 Monaten. Die Annuitätendarlehen der städtischen Pensionskasse sind mit total Fr. 2,9 Mio. passiviert. In dieser Summe sind die Anteile der angeschlossenen Arbeitgeber (kfm. Verband, kfm. Bildungszentrum) enthalten und in der Bilanz gleichwertig unter übrige Guthaben aktiviert.

Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen

Die Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen sind mit Fr. 46,6 Mio. fast unverändert bi-

lanziert. Von der städtischen Pensionskasse hat die Stadt Luzern fünf Darlehen über insgesamt Fr. 30 Mio. mit Fälligkeiten zwischen März 2012 und März 2014 zum aktuellen Durchschnittszinssatz von 3,98 % erhalten.

Die Zuwendungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um Fr. 0,4 Mio. und sind mit Fr. 7,5 Mio. bilanziert. Mit Fr. 1,7 Mio. (–0,3 Mio.) weist der Sozialfonds den höchsten Bestand aus, gefolgt vom Personalfonds mit Fr. 1,4 Mio. Insgesamt mit Fr. 2,1 Mio. sind unter den übrigen Verpflichtungen die Fondsbestände K+S, FUKA, Förderung Jugendsport sowie ALI-Fonds passiviert.

Rückstellungen

Die Entnahmen aus den Rückstellungen übertrafen die Einlagen um Fr. 2,4 Mio. Somit betragen die Rückstellungen neu Fr. 18,35 Mio. Sie setzen sich zusammen aus Rückstellungen der Laufenden Rechnung von Fr. 7,7 Mio., aus Rückstellungen der Investitionsrechnung von Fr. 5,6 Mio. und aus Kreditübertragungen 2011 der Laufenden Rechnung von Fr. 1,9 Mio. Aus der Investitionsrechnung wurden für Fr. 3,1 Mio. Kreditübertragungen (für Informatikprojekte und neues Hallenbad) auf 2012 vorgenommen.

Transitorische Passiven

Die passiven Rechnungsabgrenzungen reduzierten sich um Fr. 0,2 Mio. gegenüber 2010 und sind mit Fr. 11,1 Mio. ausgewiesen. Darin enthalten sind die Marchzinsen auf den langfristigen Darlehen, welche um Fr. 0,15 Mio. auf Fr. 2,05 Mio. zugenommen haben. Für geschuldete Ergänzungsleistungen wurden Fr. 2,0 Mio., für die Heimfinanzierung Fr. 1,8 Mio. und für Restfinanzierungsbeiträge aus der Pflegefinanzierung an Heime und für die ambulante Pflege Fr. 0,8 Mio. abgegrenzt. Die Abgrenzung der Liegenschaftsverwaltung für vorausbezahlte Mieten macht rund Fr. 0,4 Mio. aus.

Spezialfinanzierungen

Die Spezialfinanzierungen nahmen netto um Fr. 2,7 Mio. auf Fr. 58,2 Mio. ab. Davon entfallen auf Spezialfinanzierungen Fr. 24,1 Mio., auf Spezialfonds Fr. 6,7 Mio. sowie auf Vorfinanzierungen Fr. 27,4 Mio. Bei den Vorfinanzierungen gab es Entnahmen von Fr. 10,2 Mio. aus der Vorfinanzierung Mobilität. Fr. 5 Mio. davon wurden gemäss B+A 33/2009 und der Volksabstimmung vom 7. März 2010 in den Verkehrsinfrastrukturfonds eingelegt, und Fr. 5,1 Mio. wurden entnommen für

Abschreibungen der Investition Tieflegung und Ausbau der Doppelspur Zentralbahn. Weiter wurden Fr. 0,3 Mio. für die Finanzierung von Energiesparmassnahmen für stadteigene Liegenschaften sowie von Fr. 0,2 Mio. für Abschreibungen betreffend Entsorgung von Altlasten und verschmutztem Erdreich aus den entsprechenden Vorfinanzierungen entnommen.

Aus dem Spezialfonds Bauten der Stadtentwässerung wurden rund Fr. 4,3 Mio. für Abschreibungen entnommen, gleich viel, wie an Anschlussgebühren eingingen. Der Energiefonds ist mit rund Fr. 3,65 Mio. bilanziert; 2011 wurden für Fr. 1,3 Mio. Beiträge aus dem Energiefonds geleistet. Der Spezialfonds Ersatzabgaben für öffentliche Zivilschutzräume weist einen Endbestand von Fr. 2,5 Mio. aus.

Bei den Spezialfinanzierungen werden folgen-

de Bestände ausgewiesen: Stadtentwässerung Fr. 8,9 Mio., Kehrichtbeseitigung Fr. 4,3 Mio., Betrieb Feuerwehr Fr. 4,2 Mio. und Parkraum Fr. 5,8 Mio.

Das **Eigenkapital** der Stadt Luzern beträgt total Fr. 45,4 Mio. Es setzt sich zusammen aus der Steuerausgleichsreserve mit Fr. 32,1 Mio. (nach Entnahme des Aufwandüberschusses 2011), aus freiem Eigenkapital über Fr. 5,2 Mio., einem Anteil von Fr. 7 Mio. als Teilkompensation für den nicht gewährten Kantonsbeitrag an die Fusion Littau-Luzern sowie einer Reserve von Fr. 1,1 Mio. zur Bildung einer starken Stadtregion.

2.6 Anhang zur Jahresrechnung

2.6.1 Ausserbilanzgeschäfte per 31. Dezember 2011

2.6.1.1 Eventualverbindlichkeiten, Bürgschaften, Garantieverpflichtungen

Per Bilanzstichtag bestanden folgende Eventualverpflichtungen:

Begünstigte:	Beschluss:	Art:	gültig bis:	Betrag
Verein Schüür	StB 1144 / 2011	Solidarbürgschaft	31.12.2014	Fr. 80'000.–
Verein Spitex Luzern Littau	B+A 22 / 2007	Solidarbürgschaft	31.08.2016	Fr. 390'000.–
Verein Spitex Luzern Littau	B+A 24 / 2010	Einfache Bürgschaft	31.12.2013	Fr. 1'000'000.–
Chinderhus Maihof	B+A 38 / 2002	Solidarbürgschaft	unbefristet	Fr. 2'500'000.–
Pflegewohngruppe Sternmatt	B+A 19 / 2005	Solidarbürgschaft	31.12.2019	Fr. 1'400'000.–
Total Eventualverbindlichkeiten				<u>Fr. 5'370'000.–</u>

2.6.1.2 Leasingverbindlichkeiten

Per Bilanzstichtag bestanden keine Leasingverträge.

2.6.1.3 Offene Finanzinstrumente

Die Stadt Luzern hat im Herbst 2009 vorzeitig einen Teil der gemäss Gesamtplanung 2010–2014 ausgewiesenen Fehlbeträge bzw. der Verschuldungszunahme finanziert, um die günstigen Zinssätze des Kapitalmarktes anzubinden, um Planungssicherheit zu erhalten und einen möglichst tiefen Durchschnittszinssatz für das langfristige Fremdkapital in der nächsten Planungsperiode zu haben. Dazu wurden 3 Zinsausstauschgeschäfte über je Fr. 10 Mio. abgeschlossen (Laufzeit 11 und 12 Jahre, finanziert gegen den 3-Monats-Libor). Zusätzlich wurden im Dezember 2010 und Oktober 2011 Zinsoptionen verkauft, die der Gegenpartei im Jahre 2021 das Recht einräumen, in ein neues Zinsausstauschgeschäft zu festgelegten Konditionen einzutreten. Die dafür erhaltene Prämie wurde zur Reduktion des fixen Satzes des bestehenden Zinsswaps verwendet.

[in TCHF]	Kontraktvolumen
Zinsswaps	30'000
Zinsoptionen	20'000

2.6.1.4 Übrige nicht bilanzierte Verpflichtungen

Die laufenden Sanierungsmassnahmen der städtischen Pensionskasse (PKSL) und die sich daraus ergebenden Sanierungsbeiträge und Zahlungsmodalitäten richten sich nach Art. 74 i und j des Pensionskassenreglements.

Der Stadtrat kann die Sanierungsmassnahmen beenden,

- wenn der Deckungsgrad der Kasse mindestens 100 % beträgt;
- per 31. Dezember 2012, wenn die Kasse bis am 31. Dezember 2014 einen Deckungsgrad von 100 % mit überwiegender Wahrscheinlichkeit auch ohne Sanierungsmassnahmen erreichen wird;
- spätestens per 31. Dezember 2014.

Mit dem Trägerverein Luzerner Sinfonieorchester sowie mit der Stiftung Luzerner Theater hat die PKSL in separaten Vereinbarungen sowohl eine vom Reglement abweichende Sanierungsdauer als auch andere Zahlungsmodalitäten geregelt. Die Stadt Luzern garantiert gemäss Reglement und in den beiden Verträgen der PKSL die Bezahlung der vereinbarten Raten. Wird die Stadt aus dieser Garantie in Anspruch genommen, tritt die PKSL ihr die Forderung gegen den angeschlossenen Arbeitgeber im Umfang der von der Stadt erbrachten Leistungen ab. Per Ende 2011 betrug der Ausstand der Stiftung Luzerner Theater gegenüber der PKSL Fr. 255'208.– (VJ: Fr. 140'670.–).

2.6.1.5 Nicht bilanzierte Guthaben

Subventionen:

Gestützt auf Art. 16 h des Reglements über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 1. September 2001 hat das Finanzinspektorat

die Liste der ausstehenden Subventionen per 31. Dezember 2011 aktualisiert.

	31.12.2010	Abgerechnete Projekte 2011	Neue Projekte 2011	Abrechnungsdifferenz	31.12.2011
Pendente Projekte	21	10	12		23
Investitionsvolumen total	186,67 Mio.	-67,760 Mio.	+100,365 Mio.		219,28 Mio.
Provisorisch oder definitiv zugesicherte Subventionen	25,14 Mio.	-14,283 Mio.	1,795 Mio.	0,994 Mio.	13,64 Mio.
Geleistete Akontozahlungen oder Restzahlungen	-24,34 Mio.	14,283 Mio.	-0,688 Mio.	-0,614 Mio.	-11,36 Mio.
Saldo ausstehend	0,79 Mio.	0,000 Mio.	1,107 Mio.	0,380 Mio.	2,28 Mio.

2.6.2 Brandversicherungswerte per 31. Dezember 2011

Liegenschaften des Finanzvermögens
Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
Fahrzeuge, Mobilien, EDV

Fr. 190'447'160.–
Fr. 1'037'663'000.–
Fr. 129'110'569.–

2.6.3 Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze

Die Rechnungsführung der Stadt Luzern basiert auf den Vorgaben gemäss §§ 69 ff. des neuen kantonalen Gemeindegesetzes (in Kraft seit 1. Januar 2005), den Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie dem Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 15. Juni 2000 (Ausgabe vom 1. September 2001).

Im Weiteren kommt das harmonisierte Rechnungsmodell (HRM) – revidierte Version vom 30. November 2005 – zur Anwendung. Die überarbeiteten Finanzhaushaltsbestimmungen haben gemäss Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 9. November 2004 (in Kraft seit 1. Januar 2005) verbind-

lichen Charakter. Die Rechnungsführung hat eine klare, vollständige und wahrheitsgetreue Übersicht über die Haushaltsführung, das Vermögen und die Schulden zu vermitteln. Sie richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, Dringlichkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Vorteilsabgeltung (Verursacherprinzip) sowie der Jährlichkeit, dem Bruttoprinzip, der Vorherigkeit (Sollverbuchung) und den Bestimmungen gemäss Art. 3 bis 6 des Reglements über den Finanzhaushalt (Rechnungsausgleich, Verschuldung, Abschreibung des Verwaltungsvermögens und Selbstfinanzierung).

Es gelten folgende Bewertungsgrundsätze:

Position:	Bewertung zu:
Flüssige Mittel, Guthaben, Wertpapiere, Aktien, Anteilscheine, Darlehen, Transitorische Aktiven	Nominalwert
Vorräte	Einstandswert
Liegenschaften des Finanzvermögens	Anschaffungswert abzüglich allfälliger Abschreibungen zuzüglich Erneuerungen (Bewertungsobergrenze: Verkehrswert)
Sachgüter	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen
Darlehen, Beteiligungen, Investitionsbeiträge, Spezialfinanzierungen	Nominalwert
Bilanzfehlbetrag	Nominalwert
Rückstellungen	Im Ausmass der eingegangenen Verpflichtungen oder betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit
Übrige Passiven	Nominalwert

Für das Verwaltungsvermögen ist gemäss § 88 Abs. 2 Gemeindegesetz ab 1. Januar 2009 eine Anlagebuchhaltung (ABH) zu führen, aus der die Investitionen, die Abschreibungsdauer und der Restwert ersichtlich sind. Gemäss § 21 der Verordnung über den Finanzhaushalt ist über die einzelnen abzuschreibenden Objekte detailliert Buch zu führen. Aus der ABH haben jederzeit der Anlagewert und die verbleibende Abschreibungsdauer hervorzugehen. In der ABH werden alle über die Investitionsrechnung verbuchten Finanzvorfälle über Fr. 0,25 Mio. aufgenommen. Sie gibt differenziert Auskunft über die Zusam-

mensetzung der entsprechenden Positionen des Anlagevermögens und bildet die Basis für die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen für die flächendeckende Kostenrechnung.

Für die Einführung der Anlagebuchhaltung sind 2008 die Vermögenswerte historisch aufgearbeitet und die Werte daraus abgeleitet worden. Anschliessend sind die bestehenden Buchwerte des Verwaltungsvermögens anhand dieser Werte (Verteilungsschlüssel) neu verteilt worden, ohne dass insgesamt eine Auf- oder Abwertung der Buchwerte vorgenommen wurde.

2.6.4 Abnahme der Jahresrechnung 2010 durch den Regierungstatthalter

Der Regierungstatthalter des Amtes Luzern hat geprüft, ob die Rechnung 2010 mit dem übergeordneten Recht, insbesondere mit den Buchführungsvorschriften und den verlangten Finanzkennzahlen, vereinbar ist und ob die Gemeinde die Mindestanforderungen für eine

gesunde Entwicklung des Finanzhaushaltes erfüllt. Er hat gemäss Bericht vom 2. September 2011 keine aufsichtsrechtlich erheblichen Mängel festgestellt (Formulierung gemäss § 106 Gemeindegesetz).

2.6.5 Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt Luzern

Als Controllingstelle nach dem Reglement über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling hat der Stadtrat die Controllingberichte für alle delegierten Aufgaben von höchster Bedeutung für die Stadt im Jahr 2011 eingefordert, überprüft und zur Kenntnis genommen. Die übergeordneten politischen Ziele, wie sie in der Eigentümerstrategie festgehalten sind, wurden in der Gesamtplanung 2012–2016 nicht verändert. Die Erreichung dieser Ziele wird weiter angestrebt.

Handlungsbedarf/Massnahmen und besondere Vorkommnisse werden nur im Controllingbericht über die KKL Trägerstiftung aufgeführt.

Das KKL steht vor grossen Investitionen für die Gesamterneuerung und die strategische Ausrichtung. Dazu wurden die Arbeitsgruppen "Zukunft KKL" und "KKL Dach" ins Leben gerufen, die die entsprechenden Projekte ausarbeiten sollen.

Über die beiden Aktiengesellschaften im Vollbesitz der Stadt wird nachfolgend summarisch berichtet. Die detaillierten Informationen zuhanden des politischen Controllings durch das Parlament sind den aktienrechtlichen Geschäftsberichten zu entnehmen, die nach der Durchführung der jeweiligen Generalversammlung 2012 dem Parlament zugestellt werden.

ewl Holding AG

Die ewl Gruppe konnte im Geschäftsjahr 2011 den Gesamtumsatz um Fr. 1,1 Mio. auf Fr. 254,3 Mio. steigern. Der Absatz im umsatzstärksten Segment Erdgas sank als Folge des bis Ende Jahr milden Winters, was zu einem Umsatzrückgang um 2,5 % auf Fr. 116,8 Mio. führte. Der Stromumsatz konnte um 1,5 % auf Fr. 90,7 Mio. gesteigert werden, während im Wassergeschäft der Ertrag erneut leicht abnahm. Erfolgreich waren die Bereiche Wärme mit einer Umsatzzunahme von 15 % auf Fr. 9,9 Mio. und Telekommunikation, der dank Neukunden erstmals Fr. 3 Mio. erreichte. Der Betriebsgewinn vor Zinsen und Steuern (EBIT) sank aufgrund hoher Abschreibungen um Fr. 5,1 Mio.

auf Fr. 30,7 Mio. Entsprechend sank auch der Jahresgewinn von Fr. 28,4 auf Fr. 26,5 Mio. Im Geschäftsjahr 2011 investierte ewl über Fr. 82 Mio., vornehmlich in die Beschaffung von Energie ausserhalb der Atomenergie und in die Netzinfrastuktur. Der Personalbestand nahm im Jahresdurchschnitt um zwei Personen auf 241 Vollzeitstellen zu.

Im November 2011 haben die Stimmberechtigten die neue Energie- und Klimastrategie angenommen. ewl hat die Strombeschaffungsstrategie konsequent auf diese neuen Rahmenbedingungen ausgerichtet. Im Zuge des weiteren Ausbaus von neuer nachhaltiger Energie beteiligte sich ewl mit 14,3 % an der

gemeinsam mit fünf weiteren Energieversorgern gegründeten Terravent AG (europäische Windenergie) und erwarb ein Bezugsrecht am Windpark Juvent im Berner Jura. Parallel dazu hat sich ewl mit 5 % an der Repartner Produktions AG beteiligt. Die Gesellschaft bündelt geografisch und technologisch diversifizierte Produktionskapazitäten sowie langfristige Bezugsverträge im In- und Ausland. Im Berichtsjahr konnte mit dem Verkauf von 25 % der Aktien der Erdgas Zentralschweiz AG an die Wasserwerke Zug AG die Zusammenar-

Verkehrsbetriebe Luzern AG

Auch das elfte Geschäftsjahr seit Gründung der Verkehrsbetriebe Luzern AG ist erfolgreich verlaufen. Mit total 46,4 Mio. Fahrgästen nahm die Zahl der Passagiere gegenüber dem Vorjahr um 1,1 % zu. Die auf den vbl-Linien gefahrenen Personenkilometer stiegen um 1,24 % auf 108,1 Mio.

Geprägt wurde das vergangene Jahr insbesondere vom Leitsatz "Unsere Partnerin – die Umwelt". Als sichtbares Zeichen wurden sechs neue Hybridbusse beschafft und in Betrieb genommen. Mit einem Minderverbrauch von rund 30 % gegenüber herkömmlichen Dieseln konnten sich die neuen Fahrzeuge bereits eindrücklich beweisen. Die verschiedenen Marketingaktivitäten widmeten sich ebenfalls dem Thema Umwelt. Verschiedene Anlässe, darunter ein Symposium zum Thema "Hybridbusse" mit namhaften Gästen aus Politik und Wirtschaft, sorgten für zahlreiche positive Rückmeldungen. Über die Kundenzeitung, die unternehmenseigene Web- sowie die Facebook-Seite wurde der direkte Kontakt zu den Kundinnen und Kunden verstärkt. Die Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Luzern gestaltete sich erfreulich und

beim Erdgasgeschäft zwischen ewl und WWZ nachhaltig gefestigt werden. Der Glasfaserausbau schreitet plangemäss voran. Bereits rund ein Drittel aller Luzerner Haushalte sind mit dem Glasfasernetz erschlossen.

Wie im Vorjahr wird aus dem verfügbaren Bilanzgewinn der ewl Energie Wasser Luzern Holding AG der Stadt Luzern eine Dividende von Fr. 15,5 Mio. bezahlt. Davon wird ein Betrag von Fr. 3 Mio. zur Sanierung der Pensionskasse der Stadt eingesetzt.

konstruktiv. Für eine weitere Qualitätssteigerung der vbl-Angebote sorgte der Fahrplanwechsel vom 11. Dezember 2011. Durch den Wegfall des Ferienfahrplans wurde das vbl-Angebot weiter verdichtet. Verschiedene Grossanlässe stellten für den Betrieb eine grosse Herausforderung dar, so etwa die Eröffnung der neuen Swissporarena auf der Luzerner Allmend. Weiter im Markt etabliert hat sich das Extrafahrten-Angebot der Tochterfirma vbl transport ag. Die seit Anfang 2010 bestehende Holdingstruktur mit zwei Tochtergesellschaften hat sich bewährt: Während das Kerngeschäft des öffentlichen Linienverkehrs über die vbl verkehrsbetriebe luzern ag abgewickelt wird, widmet sich die vbl transport ag den marktwirtschaftlichen Aktivitäten.

Zum elften Mal in Folge konnte ein Gewinn erzielt werden. Die strategischen und operativen Unternehmensziele und die Ziele gemäss Eigentümerstrategie der Stadt wurden erreicht. Das Resultat erlaubt es der Stadt als Alleinaktionärin der vbl AG, an der Generalversammlung erneut die Bezahlung einer Dividende von 5 % oder Fr. 1 Mio. zu beschliessen.

2.6.6 Übersicht über separate Berichte und Berichte regionaler Trägerschaften / Gemeinde- und Zweckverbände

	Erscheint
ewl Holding AG, Luzern Geschäftsbericht 2011	Mai 2012
Verkehrsbetriebe Luzern AG, Luzern Geschäftsbericht 2011	Mai 2012
Feuerwehr der Stadt Luzern Tätigkeitsbericht 2011	Februar 2012
Pensionskasse der Stadt Luzern Jahresbericht 2011	April 2012
Gemeindeverband Recycling Entsorgung Abwasser Luzern (REAL) Jahresbericht 2011	Mai 2012
Verkehrsverbund Luzern Geschäftsbericht 2011	Mai 2012
Gemeindeverband LuzernPlus Jahresbericht 2011	Juni 2012
Spitex-Verein Luzern Littau Jahresbericht 2011	Mai 2012
Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZiSG) Jahresbericht 2011	Juli 2012
Statistikportal 2011 der Stadt Luzern Die Herausgabe erfolgt durch das Amt für Statistik des Kantons Luzern im Auftrag der Stadt Luzern.	September 2011

2.6.7 Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern

2.6.7.1 Nettoschuld

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 2000 (Gebietsstand 2010):

Jahr	Stadt Luzern			Agglomerationsgemeinden			Übrige Gemeinden des Kt. Luzern		
	Mittlere Wohnbevölkerung	Nettoschuld absolut	pro Kopf	Mittlere Wohnbevölkerung	Nettoschuld absolut	pro Kopf	Mittlere Wohnbevölkerung	Nettoschuld absolut	pro Kopf
2000	72 645	218 734 095	3 011	104 289	180 002 814	1 726	169 233	914 620 689	5 405
2001	73 271	254 030 557	3 467	105 321	237 604 176	2 256	170 593	904 406 897	5 302
2002	73 663	174 581 310	2 370	106 480	235 001 360	2 207	171 786	885 516 050	5 155
2003	74 046	180 968 424	2 444	107 436	244 416 900	2 275	172 872	818 751 570	4 736
2004	74 000	183 076 000	2 474	107 950	239 109 250	2 215	173 692	765 303 388	4 406
2005	74 269	146 384 199	1 971	108 548	258 886 980	2 385	174 628	726 042 246	4 158
2006	74 584	121 870 256	1 634	109 170	231 767 910	2 123	175 961	656 081 839	3 729
2007	75 305	80 501 045	1 069	110 063	193 820 943	1 761	177 936	592 158 052	3 328
2008	76 174	98 797 678	1 297	111 446	170 958 164	1 534	180 301	522 378 071	2 897
2009	76 844	117 878 696	1 534	112 967	197 353 349	1 747	182 452	508 585 974	2 788
2010	77 427	155 450 841	2 008	114 236	205 811 339	1 802	184 576	492 401 536	2 668
2011	78 000	181 399 876	2 326						

Definition:

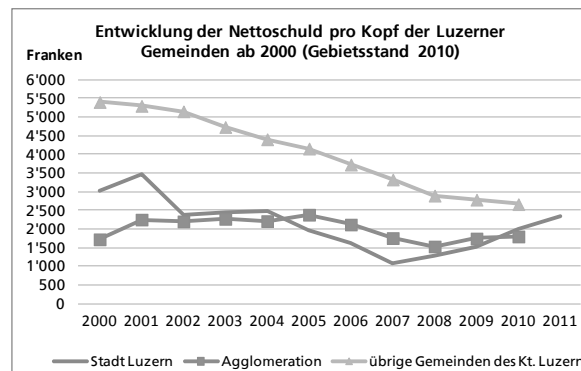
Fremdkapital (Bilanzposition 20) minus Finanzvermögen (Bilanzposition 10)

Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation von LUSTAT Statistik Luzern.

Aussage:

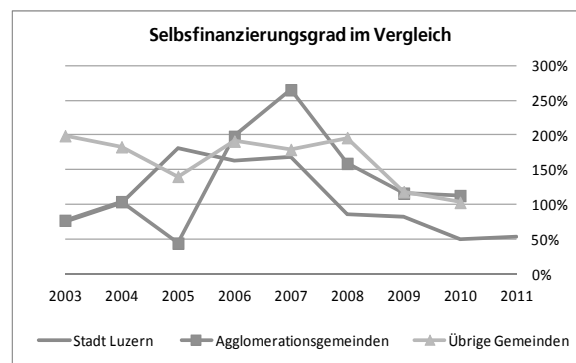
Bis zu Fr. 1'000.– wird von einer kleinen Verschuldung, bis zu Fr. 3'000.– von einer mittleren, bis Fr. 5'000.– von einer grossen und darüber von einer sehr grossen Verschuldung gesprochen.



2.6.7.2 Selbstfinanzierungsgrad

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 2003 (Gebietsstand 2010):

Jahr	Stadt Luzern	Agglomerationsgemeinden	Übrige Gemeinden
2003	75.4%	77.3%	199.0%
2004	101.3%	104.1%	183.1%
2005	181.0%	44.5%	140.5%
2006	162.2%	198.1%	191.2%
2007	168.4%	265.1%	179.15%
2008	85.8%	159.1%	196.2%
2009	82.2%	116.4%	118.5%
2010	49.7%	113.0%	103.1%
2011	53.7%		



Definition:

Bruttoüberschuss der Laufenden Rechnung dividiert durch Nettoinvestitionen. Ab 2005 neue Definition gemäss kantonalen Vorgaben.

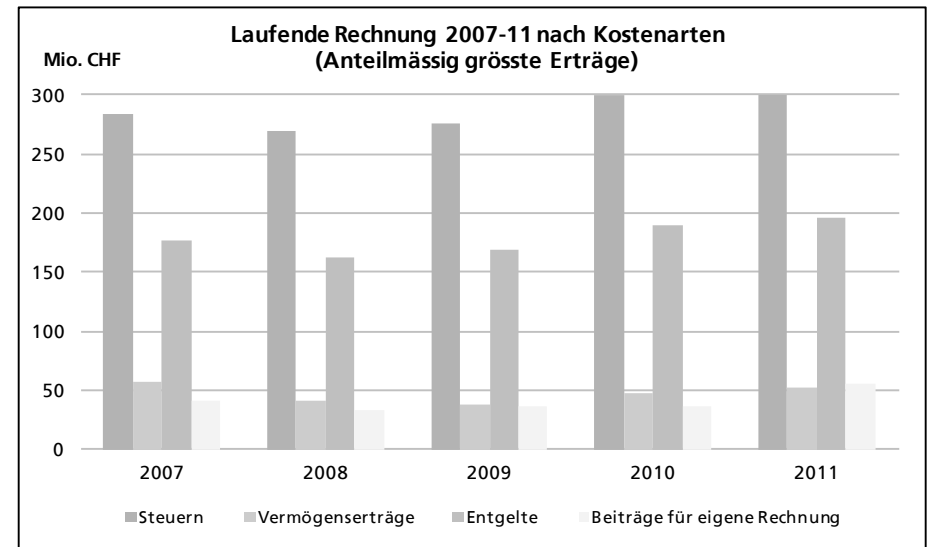
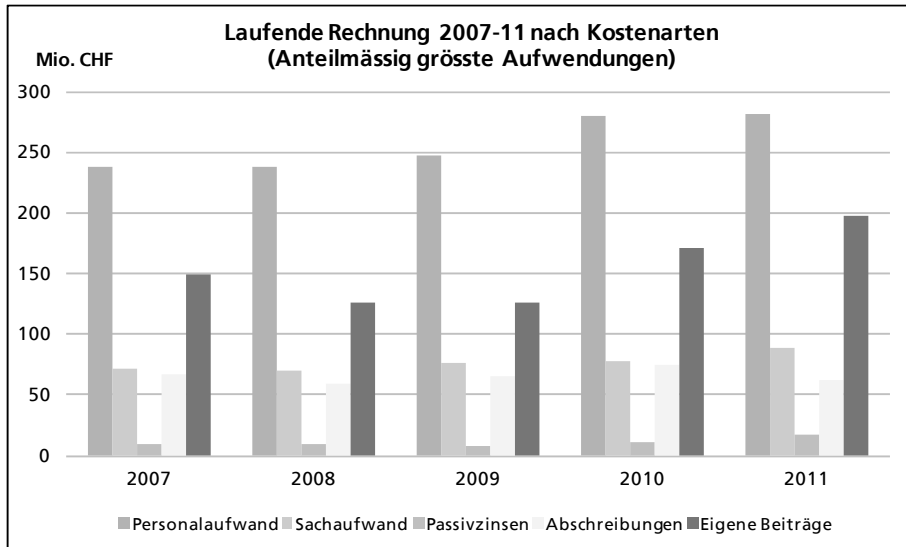
Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation von LUSTAT Statistik Luzern.

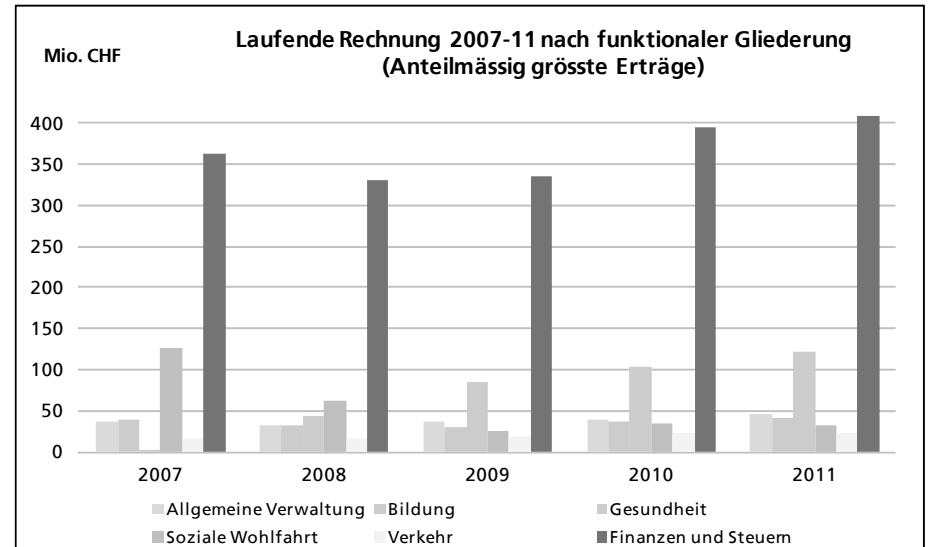
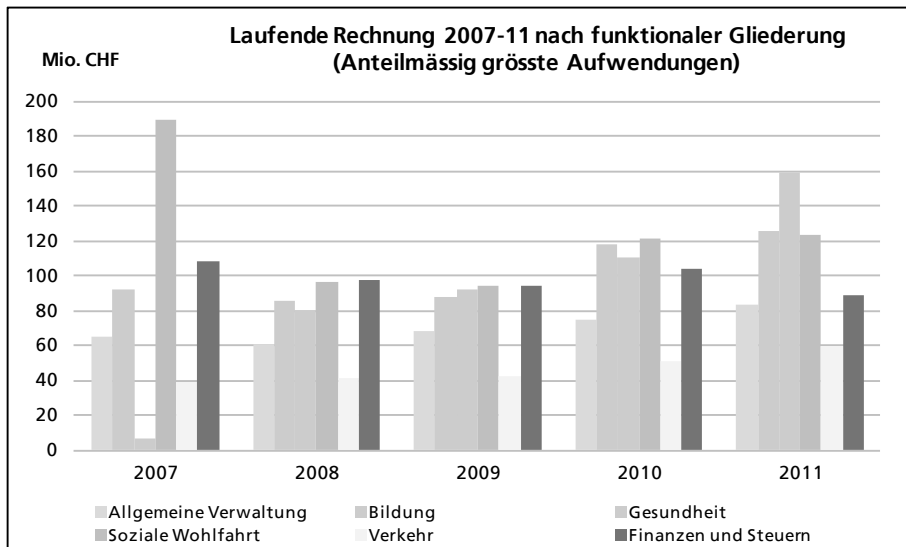
Aussage:

Ein Selbstfinanzierungsgrad (SFG) unter 100 % führt zu einer Neuverschuldung zur Finanzierung der Investitionen. Die Neuverschuldung wird bei einem SFG von unter 70 % als gross und zwischen 70 % und 100 % als volkswirtschaftlich verantwortbar beurteilt. Im Mehrjahresdurchschnitt sollte der SFG für die Stadt Luzern bei 100 % liegen bzw. im Durchschnitt von fünf Jahren mindestens 80 % erreichen, wenn die Nettoschuld pro Einwohner mehr als das kantonale Mittel beträgt (§ 29 Abs. 1 Vo über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 9.11.2004).

Entwicklung der Laufenden Rechnung nach Kostenarten 2007–2011 (2007–2009 nur Stadt Luzern ohne Littau)



Entwicklung der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung 2007–2011 (2007–2009 nur Stadt Luzern ohne Littau)



3 Kennzahlen aus dem Personalbereich

3.1 Entwicklung der Teilzeitstellen

Pensum in %	Männer			Frauen			Total			Total		Gesamttotal Männer/Frauen Köpfe
	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	Männer	Frauen	
Feb 1998	1 0%	45 4%	1'105 96%	19 7%	114 42%	136 51%	20 2%	159 11%	1'241 87%	1'151 81%	269 19%	1'420
Feb 2004	28 3%	111 14%	688 83%	274 24%	594 52%	275 24%	302 15%	705 36%	963 49%	827 42%	1'143 58%	1'970
Jan 2008	33 4%	135 16%	692 80%	258 23%	611 54%	255 23%	291 14%	746 38%	947 48%	860 43%	1'124 57%	1'984
Dez 2009	28 3%	142 16%	702 81%	206 18%	660 58%	279 24%	234 12%	802 40%	981 48%	872 43%	1'145 57%	2'017
Dez 2010	30 4%	160 21%	583 75%	262 20%	787 58%	301 22%	292 14%	947 44%	884 42%	773 36%	1'350 64%	2'123
Dez 2011	28 4%	161 21%	581 75%	258 19%	800 59%	299 22%	286 14%	961 45%	880 41%	770 36%	1'357 64%	2'127

Kommentar:

Seit der Fusion von Bürger- und Einwohnergemeinde im Jahr 2000 weist die Stadt Luzern einen hohen Anteil von Teilzeitstellen aus. Es arbeiten 14 % der Belegschaft in Pensen unter 50 % und 45 % der Mitarbeitenden in Pensen von 50 bis 99 %. Der Anteil Männer und Frauen liegt im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 36 % und 64 %.

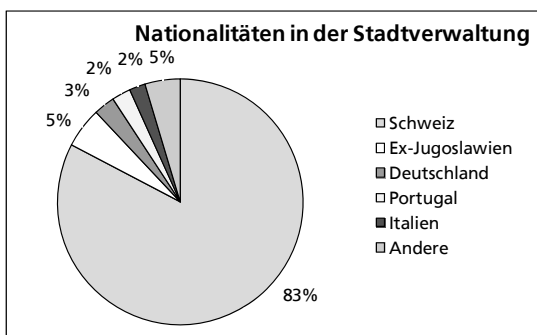
3.2 Personalfluktuations

	2007		2008		2009		2010		2011	
Austritte	154	71.3%	148	68.8%	183	79.6%	169	82.4%	171	79.9%
Pensionierungen	62	28.7%	67	31.2%	47	20.4%	36	17.6%	43	20.1%
Austritte in % des Personalbestandes 31.12. (Fluktuationsziffer)	1'971	7.8%	1'998	7.4%	2'017	9.1%	2'123	8.0%	2'127	8.0%
Kündigung durch Arbeitgeber	13	8.4%	17	11.5%	24	13.1%	20	11.8%	24	14.0%
Kündigung durch Arbeitnehmer/in	141	91.6%	131	88.5%	159	86.9%	149	88.2%	147	86.0%

Kommentar:

Die Fluktuationsrate ist im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben und liegt über den gesamten Betrieb gesehen bei 8 %, was für den öffentlichen Bereich in der Schweiz tief ist. Im Vorjahr wurde vier Mitarbeitenden weniger durch den Arbeitgeber gekündigt. Somit stieg der Prozentsatz an Kündigungen durch den Arbeitgeber von 11,8 % auf 14,0 %. Der Prozentsatz der Kündigungen durch Arbeitnehmende sank von 88,2 % auf 86,0 %.

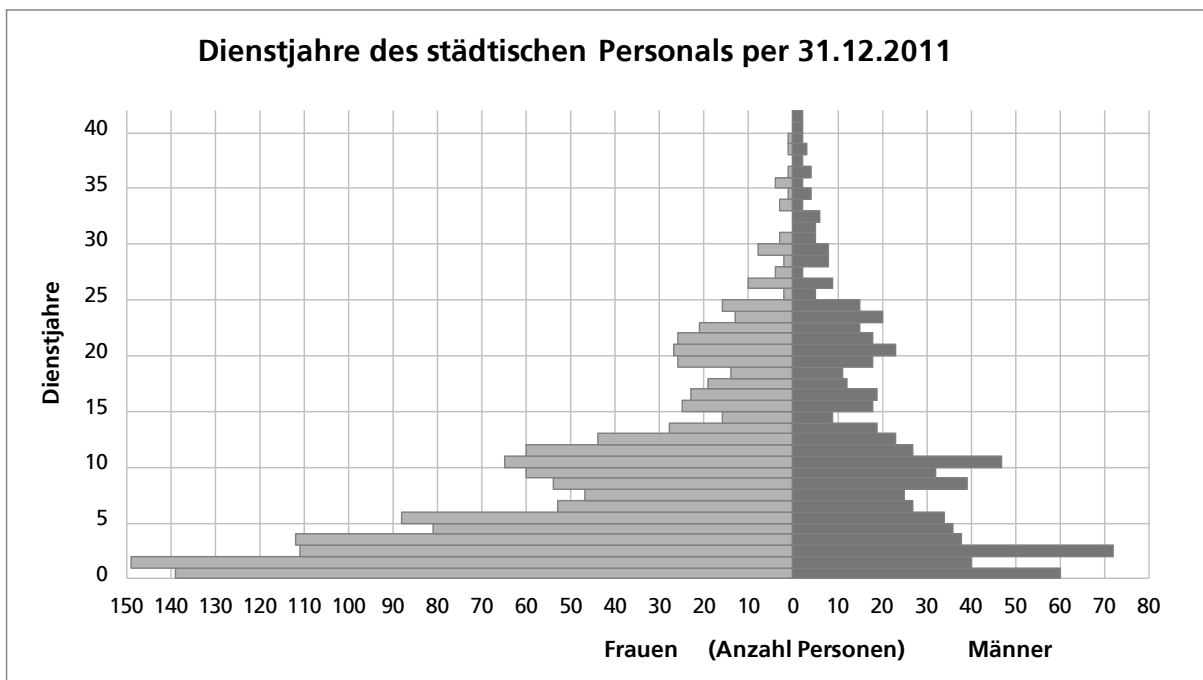
3.3 Nationalitäten



Kommentar:

Auch im Berichtsjahr hat sich die Verteilung der Mitarbeitenden auf die einzelnen Nationalitäten nicht verändert und ist seit Jahren stabil. Der Anteil der Schweizer beträgt unverändert 83 %, und 17 % der Mitarbeitenden sind anderer Nationalität.

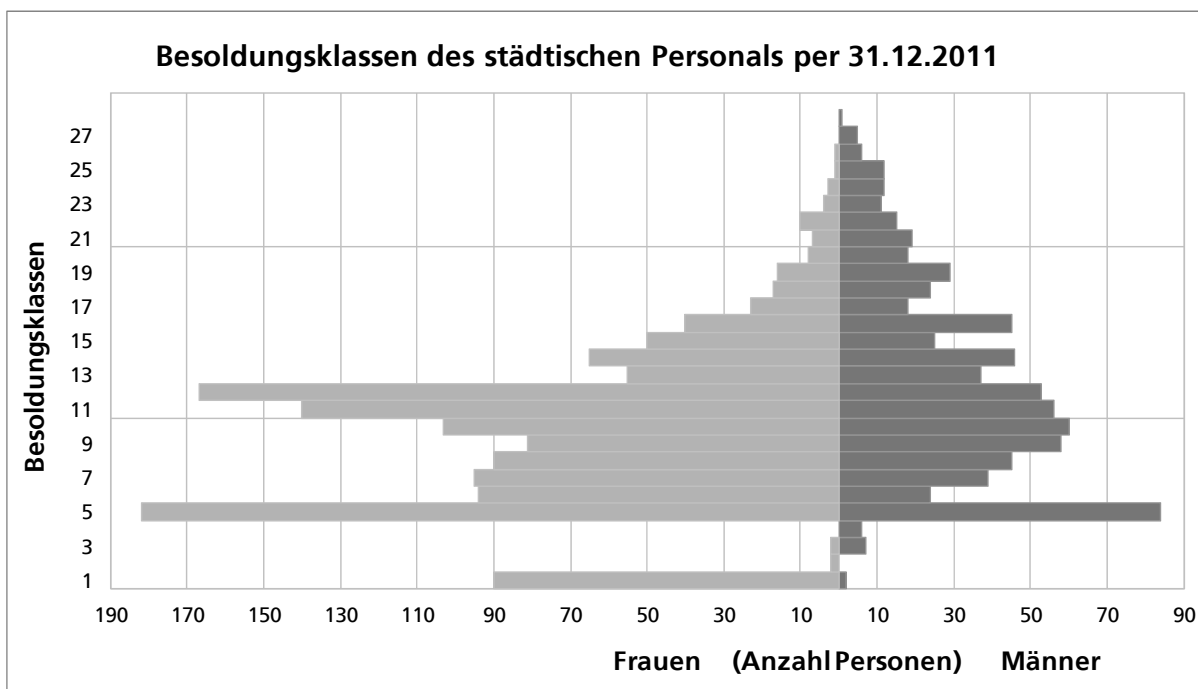
3.4 Pyramide der Dienstjahre



Kommentar:

Der Trend der letzten vier Jahre hält auch im Berichtsjahr weiterhin an. Aufgrund von Pensionierungen und Kündigungen nimmt der Anteil der Mitarbeitenden vor allem im zweiten Dienstjahr weiter zu. Der Anteil der Mitarbeitenden im ersten Dienstjahr ist nahezu unverändert geblieben.

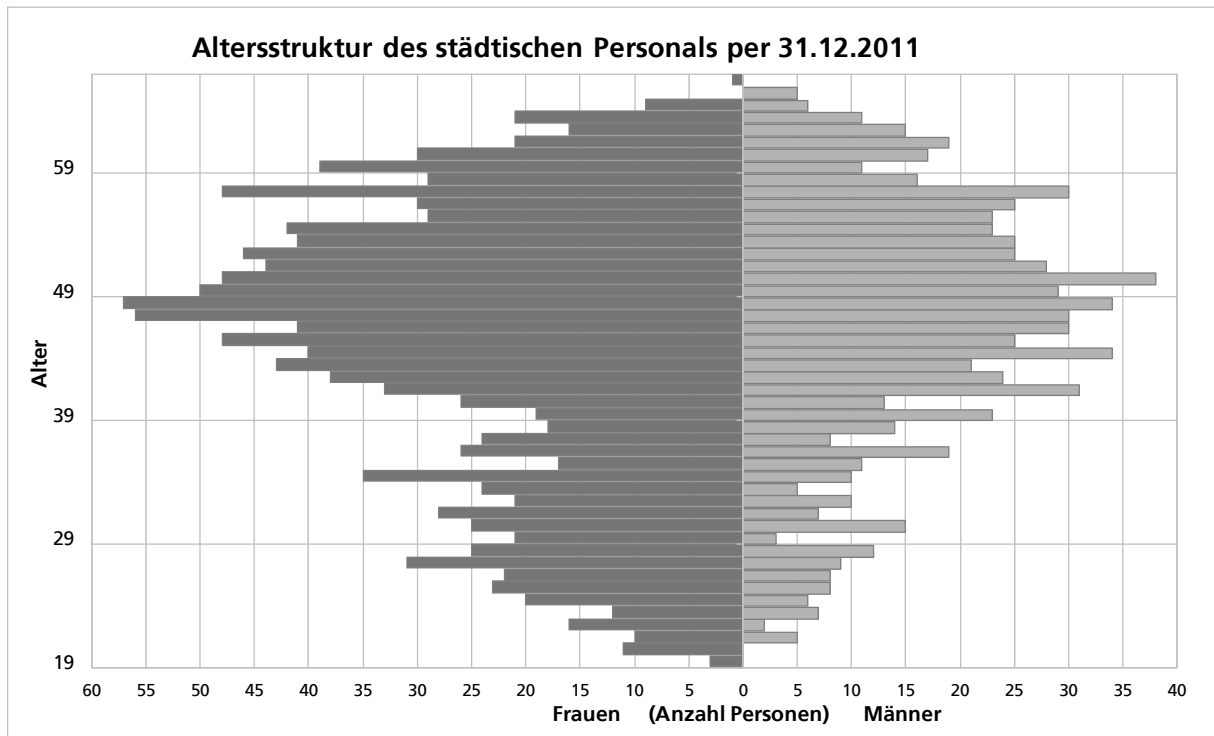
3.5 Besoldungsklassen



Kommentar:

Die meisten Mitarbeitenden sind in der Lohnklasse 5 eingestuft, es handelt sich dabei vor allem um Pflege- sowie Reinigungspersonal. Ein weiterer grosser Anteil von Mitarbeitenden ist in den Lohnklassen 11 bis 12 eingestuft. Dies sind ebenfalls Mitarbeitende im Pflegebereich sowie sozialpädagogisch Mitarbeitende und kaufmännisches Fachpersonal.

3.6 Altersstruktur



Kommentar:

Die Mehrheit der Mitarbeitenden ist zwischen 40 und 60 Jahre alt. Nach wie vor unverändert ist auch der wesentlich geringere Anteil von jüngeren Männern im Vergleich zu jungen Frauen. Dies hängt mit den Personalbewegungen im Bereich der Heime und Alterssiedlungen zusammen, da diese Berufe mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden.

4 Direktionen

4.1 Sozialdirektion

Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor

Das Jahr 2011 war für die Sozialdirektion stark geprägt von zusätzlichen Herausforderungen, welche die Dienstabteilungen an den Rand der Belastbarkeit brachten. Vor diesem Hintergrund geht vorab an alle Mitarbeitenden ein grosses Dankeschön. Denn alle Projekte konnten zur Zufriedenheit angepackt und weiterentwickelt oder bereits weitgehend umgesetzt werden. Es sind dies:

- Mitarbeit bei der Verzichts- und Kompensationsplanung 2012
- Entwicklung der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde auf 2013
- Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung
- Entwicklung der Versorgungsplanung und der Steuerung der ambulanten und stationären (Langzeit-)Pflege vor dem Hintergrund der neuen Pflegefinanzierung
- Überprüfung der Zukunft der Pflegeheime (erster Schritt)
- Festlegung der Strategie über die Zukunft der Alterssiedlungen (zweiter Schritt)
- Zusammenführung des Sozialamtes, der Amtsvormundschaft und des Arbeitsamtes zu den Sozialen Diensten auf 2012
- Überprüfung und Reorganisation der Geschäftsleitung Stab Sozialdirektion auf 2012
- Besetzung von diversen neuen Leitungs- und Fachstellen
- Erarbeitung der Strategie im Bereich Büroräume und Arbeitsplätze

Die Anstösse für diese Entwicklungsdynamik erfolgten vor allem von aussen. Zu nennen sind die Pflegefinanzierung sowie das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, die auf neuem bzw. erneuertem Bundesrecht basieren und im Kanton Luzern im Rahmen der Aufgabenteilung 2008 an die Gemeinden delegiert wurden. In diesem Zuge ist auch auf die Folgen der Revision des Arbeitslosenrechts hinzuweisen, die den Druck auf die kommunal ausgerichtete Sozialhilfe verstärkt hat. Zu nennen sind auch die Einnahmenausfälle aus der kantonalen Steuergesetzrevision, welche die Stadt sehr stark treffen und diese in strukturelle Finanzprobleme gestürzt haben. Eine der Folgen ist die Halbierung der städtischen Mietzinszuschüsse für Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL). Dies ausgerechnet in einer Zeit, in der die Wohnraumfrage – Stichworte Verknappung und Bezahlbarkeit – stark an Brisanz gewonnen hat.

Aufgabenteilung und Finanzausgleich dringend überprüfen

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung und angesichts der politischen Risiken im Sozialbereich, aber auch angesichts der entwicklungsstrategischen Herausforderungen der Stadt Luzern ist die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden in den kommenden Jahren grundsätzlich zu analysieren. Es spricht einiges dafür, dass die Aufgabenteilung und Risikoverteilung, so wie sie heute angelegt ist, nicht mehr einzig über den bestehenden Finanz- und Lastenausgleich abgedeckt werden kann. Es sind breitere Solidaritäten gefordert und im Sozial-, Gesundheits- und Infrastrukturbereich vor allem auch mehr Realitätsnähe zu den tatsächlich anfallenden Kosten.

Mit dem Rücktritt von gleich drei Abteilungsleitungen (Sozialversicherungen: Vreni Steiger Wicky, Sozialamt: Peter Erdösi, Amtsvormundschaft: Annemarie Scheidegger) ergab sich der äussere Anlass und die richtige Gelegenheit, die Strukturen dieser drei Abteilungen zu überprüfen. Zudem ging es auch darum, die Synergien aus dem Fusionsprozess Littau-Luzern möglichst optimal umzusetzen. Aus dieser Analyse ergab sich die Zusammenlegung von Amtsvormundschaft, Arbeitsamt und Sozialamt zur neuen Dienstabteilung Soziale Dienste (SD). Diese Organisationsentwicklung folgt dem gleichen Prinzip der Abteilung Kinder Jugend Familie (KJF), wonach die Aufgaben gemäss Sozialhilfe- und Vormundschaftsrecht möglichst nahe beieinander und somit in einer einzigen Abteilung erbracht werden. Dies reduziert die Schnittstellen, fördert die Zusammenarbeit und erbringt die geforderten Dienstleistungen im kostengünstigsten Rahmen, ohne an Qualität bzw. Kundennutzen zu verlieren.

In diesem Kontext ist die Raum- und Arbeitsplatzfrage zu nennen. Mit der Umsetzung des entsprechenden B+A 30/2011 "Raumentwicklung Sozialdirektion" werden die oben beschriebenen Entwicklungsprinzipien auch im infrastrukturellen Bereich umgesetzt werden können. Die Idee Sozialzentrum kann im Haus REX konsequent realisiert werden – wie auch die analoge Idee am Kasernenplatz mit der Zusammenführung aller Beratungs- und Unterstützungsdienste der KJF zu einer Art Familienzentrum.

Erfreulich sind zudem auch die Fortschritte bei der Frühen Förderung und der Quartier- und Stadtteilpolitik. Sowohl die Strategie als auch die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen wurden vom Grossen Stadtrat genehmigt.

Baustelle Alter und Gesundheit

Organisatorisch und vor allem betriebswirtschaftlich noch nicht konsequent abgebildet werden konnte der Bereich Alter und Gesundheit. Die Schaffung dieser Abteilung unter Einbezug der AHV-Zweigstelle ist ein Vorhaben, das im Jahre 2012 unbedingt umgesetzt werden sollte. Bezüglich Inhalten und Ressourcen konnte aber immerhin die neue Alterspolitik "Altern in Luzern" wesentlich auf Kurs gebracht werden.

Im Bereich der Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung – ambulant und stationär – lebte die Sozialdirektion im Jahre 2011 "von der Hand in den Mund". Sehr viel wurde vom Stab SOD – mit grosser Unterstützung der Finanzdirektion – interimistisch und mittels Überstunden geleistet. Auf Mitte 2012 konnten nun die mindesterforderlichen Ressourcen sowohl im operativen als auch im strategischen Bereich definitiv erkämpft werden. Vor allem der strategische Teil ist für die Stadt Luzern von absolut höchster Wichtigkeit. Es geht hier um strategische Planungsfragen in der Stadt Luzern, in der Region Luzern, im ambulanten und stationären Bereich, in Bezug auf die Heime mit privater und mit öffentlicher Trägerschaft, im Bereich Alterswohnen, betreutes Wohnen, Pflegeheime usw.

Vor diesem Hintergrund erfolgte auch die Erarbeitung des Berichtes und Antrages "Entwicklungsbericht zur (teil-)stationären Pflege und Betreuung", der im Frühjahr 2012 vom Grossen Stadtrat beraten werden soll. Dieser geht auf zwei Hauptbereiche ein: einerseits die Versorgungsstrategie für die Stadt Luzern und andererseits die spezifische Kostenstruktur der städtischen Heime mit den entsprechenden Entwicklungsanforderungen.

In diesem Zusammenhang ist speziell darauf hinzuweisen, dass die alltägliche Umsetzung der Pflegefinanzierung gut funktionierte, dass die Budgetstabilität aber in Bezug auf die einzelnen Heime und Trägerschaften noch zu wünschen übrig lässt. Auf städtischer Seite lässt sich solches nur mittels zusätzlicher Ressourcen im Steuerungs- und Controllingbereich sowie mit tiefgehenden Reorganisationsmassnahmen erreichen.

Baustelle Kinder- und Erwachsenenschutz

Auch das neue Recht im Bereich Kinder- und Erwachsenenschutz stellt an alle Betroffenen grosse Anforderungen. Die neue Behördenorganisation, die ab 2013 den Stadtrat als Vormundschaftsbehörde ersetzt, ist ein Jahrzehnteprojekt. Dieses ist trotz seiner grossen Komplexität in der Stadt Luzern auf gutem Weg. Es hat sich gelohnt – trotz anfänglicher Unkenrufe – das Projekt früh und mit genügend Projektressourcen an die Hand zu nehmen. Fazit über alles: Die Sozialdirektion ist für die grossen Herausforderungen, welche die Zukunft des Sozialbereichs in sich birgt, gut vorbereitet.

4.1.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Familienergänzende Kinderbetreuung Vor- und Schulbereich (Projektplan Nr. L58016)	Fünfjahresziel
– Teilprojekt Vorschulbereich: Betreuungsgutscheine für familienergänzende Kinderbetreuung (L58016.01)	5.1

Das Pilotprojekt Betreuungsgutscheine (System mit Gutscheinen), welches noch bis Ende 2012 läuft, wurde extern evaluiert. Die Ergebnisse zeigen, dass sich das Projekt positiv auf die Angebotsentwicklung auswirkt und damit eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft.

Die Tatsache, dass es jederzeit freie, bezahlbare Betreuungsplätze in Kindertagesstätten (Kitas) und bei Tageseltern gibt, ist für die Stadt Luzern ein Standortvorteil für Familien und Unternehmen. Die im Projekt angestrebten Zielsetzungen konnten erreicht werden.

Kinder Jugend Familie: Animation (Projektplan Nr. L58020)	Fünfjahresziel 0.1
---	-----------------------

Die Quartierarbeit wird ab 2012 bis 2015 auf alle sieben Stadtgebiete ausgedehnt und mit der Aufgabe der Koordination für alle Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Betagte usw.) ergänzt.

Gesundheitsplanung Stadt Luzern (Projektplan Nr. L49006)	Fünfjahresziel
– Teilprojekt: Altersleitbild/-konzept (L49006.01)	0.1, 5.2

Der auf vier Jahre angelegte Masterplan "Altern in Luzern – ein Entwicklungskonzept" ist in Umsetzung.

Schnittstellen Akut- und Langzeitpflege (Projektplan Nr. L41520)	Fünfjahresziel 4.1
--	-----------------------

Die weitere Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Spitälern, den Heimen und der Spitex wurde 2011 innerhalb des Projekts "Patientenaustrittsmanagement", unter der Federführung des Kantonsspitals Luzern, weiterentwickelt. Die Ergebnisse dieses Projekts werden noch abgewartet, bevor weitere Schritte erfolgen können.

4.1.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 11	B 11	Abwei-	in %	R 11	B 11	Abwei-	in %	(Aufwand)/	Mehrauf-	Minder-
			chung				chung		Ertrag	wand/Min-	aufwand/
									netto	derertrag	Mehrertrag
K210 Stab Sozialdirektion	1'254	1'190	64	5%	14	11	4	36%	(1'240)	61	
K211 Sekretariat Vormundschaftsbehörde	2'344	2'274	70	3%	230	207	23	11%	(2'114)	47	
K212 Amtsvormundschaft	3'831	3'823	8	0%	433	413	21	5%	(3'397)		14
K213 Sozialversicherungen Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle	1'541	1'538	3	0%	207	199	8	4%	(1'334)		5
K214 Sozialamt	6'346	6'158	188	3%	130	165	-34	-21%	(6'216)	223	
K215 Kinder Jugend Familie	5'958	5'751	207	4%	2'457	1'192	1'265	106%	(3'501)		1'058
K230 Heime und Alterssiedlungen Spezialfinanzierung	122'251	116'676	5'576	5%	122'251	116'676	5'576	5%	0		
K221 Treibhaus, Jugend Freizeit Kultur	1'175	1'188	-13	-1%	599	593	6	1%	(576)		19
K222 Ferienpass	249	255	-5	-2%	249	255	-5	-2%	0		
K223 Kinderkrippe Eichhörnli Beitragswesen	0	755	-755	100%	0	755	-755	100%	0		
K270 Wirtschaftliche Sozialhilfe	39'807	40'120	-313	-1%	17'727	19'490	-1'763	-9%	(22'080)	1'450	
K271 Alimentenbevorschussung / Inkassohilfen Spezialfinanzierungen	3'495	3'616	-120	-3%	2'423	2'300	123	5%	(1'073)		243
K290 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg	7'326	7'457	-131	-2%	7'326	7'457	-131	-2%	0		
Total	195'577	190'800	4'778	3%	154'047	149'711	4'335	3%	(41'531)	1'781	1'339
Nettoverschlechterung										(442)	

Die Rechnung der Sozialdirektion schliesst mit einem Aufwand von Fr. 195,6 Mio. (VJ: Fr. 172,8 Mio.) und einem Ertrag von Fr. 154,1 Mio. (VJ: Fr. 135,6 Mio.) ab. Der Aufwandüberschuss beträgt Fr. 41,5 Mio. (VJ: Fr. 37,2 Mio.). Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Mehrbelastung von Fr. 0,4 Mio. (Vorjahr: Minderbelastung von Fr. 0,3 Mio.). Die Abweichungen sind vor allem auf Folgendes zurückzuführen:

Der Stab wies wegen eines Krankheitsausfalls einen leicht höheren Personalaufwand und Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der neuen Pflegefinanzierung aus.

Im Sekretariat der Vormundschaftsbehörde fiel durch den Aufbau der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Mehraufwand an, der auch mit Mehreinnahmen aus Gebühren durch zusätzliche Klientschaft nicht vollständig kompensiert werden konnte. Die Amtsvormundschaft konnte den erhöhten Personalaufwand, der für die Aufarbeitung

der Littauer Mandate notwendig war, durch Mehrertrag aus Gebühren für Amtshandlungen und eingegangenen Rückerstattungen kompensieren.

In der Dienstabteilung Sozialversicherungen wurden Einsparungen im Personalbereich realisiert. Es fielen diverse Mehraufwendungen im Sachkostenbereich an, die aber durch höhere Rückerstattungen kompensiert werden konnten.

Das Sozialamt wies einen Mehraufwand von Fr. 0,3 Mio. aus. Durch Vertretungen wegen Krankheit und Mutterschaft fiel ein höherer Personalaufwand an; zusätzlich war die Rückzahlung der Mutterschaftsversicherung tiefer als erwartet.

Der Bereich Kinder Jugend Familie konnte mit einem erfreulich positiven Resultat von Fr. 1,1 Mio. besser als budgetiert abschliessen. Die Überschüsse sind einerseits auf den Ausbau

der Mütter- und Väterberatung (Gemeinde Emmen) und Jugend- und Familienberatung CONTACT (Gemeinde Horw) zurückzuführen, andererseits sind die Beiträge der Stadt Luzern für die Mütter- und Väterberatung sowie für die Jugend- und Familienberatung CONTACT als Einnahmen verbucht (siehe dazu auch Beitragswesen 840).

Die unter HAS zusammengefassten städtischen Betagtenzentren und Pflegewohnungen wiesen gegenüber dem Voranschlag ein um Fr. 1,0 Mio. schlechteres Ergebnis aus. Die Gründe werden im Bericht über das Globalbudget HAS erläutert. Ziel ist es, diesen Fehlbetrag über die nächsten drei Jahre wieder abzubauen.

Das Jugendhaus Treibhaus schloss leicht besser als im Budget vorgesehen ab.

Die Kinderkrippe Eichhörnli wird seit dem 1. Januar 2011 von einer privaten Trägerschaft geführt.

Bei der Wirtschaftlichen Sozialhilfe beträgt der Nettomehraufwand Fr. 1,5 Mio., wobei der Bruttoaufwand Fr. 0,3 Mio. unter dem vorgesehenen Betrag blieb, die Kantonsbeiträge für die Stadt Luzern hingegen deutlich unter den Erwartungen lagen (Fr. 1,8 Mio.).

Bei der Alimentenbevorschussung/Inkassohilfe entstand ein Minderaufwand von Fr. 0,2 Mio. Dieser ist einerseits auf die tieferen Beiträge (Fr. 0,1 Mio.), andererseits auf höhere Rückerstattungen (Fr. 0,1 Mio.) zurückzuführen.

Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg wird als Spezialfinanzierung geführt. Aus diesem Grund wird ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen.

4.1.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Sozialdirektion

Der Stab engagierte sich in verschiedenen direktionsinternen wie auch -übergreifenden Projektgruppen und bot somit seine Dienstleistungen im Rahmen seiner Querschnittsfunktion an.

Schwerpunkte der Stabsarbeit bildeten die Grundlagenenerhebung im Rahmen des Projekts Starke Stadtregion, die Ausarbeitung der Verzichtsplanung anlässlich des Budgetprozesses 2012 und auch die Beteiligung an der Erarbeitung der städtischen Quartier- und Stadtteilpolitik. Die erfolgreiche Verabschiedung des B+A 15/2011 "Altern in Luzern" war ein wichtiger Meilenstein. Der B+A bildet die Grundlage zur Schaffung der "Fachstelle für Altersfragen", die dem Stab angegliedert ist und ihre Tätigkeit 2012 aufnehmen wird. Eine sehr anspruchsvolle Aufgabe war die strategische und operative Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung, welche nur mit Überstunden und zusätzlichen Hilfskräften bewältigt werden konnte.

Aufgrund des bevorstehenden Wechsels der Direktionsleitung hat sich der Stab einem umfassenden Organisationsentwicklungsprozess unterzogen. Dabei wurden gemeinsam die Strukturen und Prozesse mit einer externen Fachperson analysiert und Änderungen erarbeitet. Im 1. Halbjahr 2012 werden diese umgesetzt. Der Stab ist organisatorisch bereit für den Wechsel.

Sekretariat Vormundschaftsbehörde

Anfang 2011 hat der Bundesrat entschieden, das neue Erwachsenenschutzrecht auf den 1. Januar 2013 in Kraft zu setzen. Neben einem neuen Massnahmensystem und zusätzlichen Aufgaben bringt das revidierte Recht auch neue Strukturen. So wird der Stadtrat ab 2013 als Vormundschaftsbehörde abgelöst durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB, eine interdisziplinär zusammengesetzte, unabhängige Fachbehörde. Im Juni 2011 hat der Stadtrat dem Sekretariat der Vormundschaftsbehörde den Auftrag erteilt, die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten im Rahmen des Projekts KESB in Angriff zu nehmen. In der ersten Projektphase wurde die künftige Organisationsform der Behörde und des dazugehörigen Fachdienstes erarbeitet sowie der Raum- und Finanzbedarf erhoben. Die Ergebnisse sind im B+A 3/2012 KESB abgebildet, über den der Grosse Stadtrat im Frühjahr 2012 entscheidet. Die gesetzlichen Vorgaben des Bundes und des Kantons lösen für

die Stadt Luzern jährliche Mehrkosten von rund Fr. 2 Mio. aus.

Die Anzahl bearbeiteter Geschäfte ist auch im Berichtsjahr gestiegen. Besonders markant fällt der Anstieg bei den Unterhaltsverträgen, der gemeinsamen elterlichen Sorge und dem Besuchsrecht aus. Demgegenüber konnten die Neuankordnungen von vormundschaftlichen Massnahmen stabil gehalten werden. Unter Berücksichtigung des seit der Fusion grösseren Einzugsgebiets sind die Zahlen hier sogar rückläufig. Zwar wurden die Pensen im Jahre 2011 angepasst. Die Anpassung vermochte die steigenden Fallzahlen jedoch nicht auszugleichen. Standen Ende 2009 pro 1'000 laufende Massnahmen noch 875 Stellenprozente zur Verfügung, waren es Anfang 2011 nur noch 860 und Ende 2011 noch 805.

Amtsvormundschaft

Fallzahlen

Die Mandatszahlen stiegen im Jahre 2011 von 947 auf 1'001 Mandate. Es waren 79 Mandatsabgänge zu verzeichnen, wovon 42 Todesfälle, 11 Übertragungen in andere Gemeinden und 26 Aufhebungen betrafen.

12,8 % der Klientinnen und Klienten verfügen über ein Vermögen von über Fr. 100'000.–. Die Fallbelastung pro 100%-Mandatsstelle ist mit 94 Fällen weiterhin hoch und liegt über dem Richtwert von 90.

Inhaltliche Schwerpunkte

Die zweite Phase des Organisationsentwicklungsprojekts Soziale Dienste endete mit der Erarbeitung des Detailprojekts im Juni 2011. Die Ziele wurden mit Ende der dritten Projektphase im Dezember erreicht und alle Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung abgeschlossen.

Der Stadtrat erteilte den drei Abteilungen der Sozialdirektion – Sekretariat der Vormundschaftsbehörde, Amtsvormundschaft und Kinder- und Jugendschutz – den Auftrag, das Projekt "Ressourcen- und Controllinginstrument im Vormundschaftswesen" für eine effiziente Ressourcenplanung zu starten. Das Grundlagenpapier wurde im Sommer vom Stadtrat verabschiedet und dient heute zur Steuerung und zum Controlling der Fallbelastung. Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts im Jahre 2013 wurden im Verlaufe des vergangenen Jahres gestartet.

Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle

Die Arbeitssituation hat sich parallel zur Wirtschaftslage in beiden Bereichen gegenüber dem Vorjahr nicht sehr verändert.

Im Arbeitsamt hat sich die Situation gegenüber dem Vorjahr bis im Sommer leicht verbessert: Es waren etwas mehr Abmeldungen als Anmeldungen zu verzeichnen. Im zweiten Halbjahr hat die Arbeitslosigkeit aber wieder stetig zugenommen.

Aufgrund der Rentenerhöhung und Lebenskostenanpassung mussten alle Ansprüche auf AHIZ-Haushalte neu berechnet werden, was einige Mehrarbeit zur Folge hatte.

Bei der AHV-Zweigstelle hat es sich erneut gezeigt, dass die Arbeitsbelastung im Bereich AHIZ für Heimbewohnende sehr intensiv ist. Jeden Monat müssen sämtliche AHIZ-Berechnungen aufgrund der EL-Verfügung neu überprüft werden, was auch Rückforderungen und Verrechnungen zur Folge hat.

Sozialamt

Bei der *Wirtschaftlichen Sozialhilfe* kam es zu einer Zunahme der Unterstützungsdossiers um 7,9 %, was auf eine geringere Ablösequote im zweiten Halbjahr 2011 zurückzuführen ist. Grund dafür ist die höhere Arbeitslosigkeit wegen der veränderten wirtschaftlichen Situation. Bei der *Mutterschaftsbeihilfe* ist eine markante Zunahme von 35 Anträgen im Jahr 2010 auf 53 im Berichtsjahr zu erkennen, was sich in einer Kostensteigerung von rund Fr. 0,4 Mio. zeigt.

Im zweiten Halbjahr war im Vergleich zu 2010 ein Rückgang in der *Alimentenhilfe* zu verzeichnen. Die Fallzahlen sind wieder auf dem Niveau von 2008 und 2009.

Persönliche Sozialhilfe

Im Rahmen der persönlichen Sozialhilfe konnten mehr Menschen als im Vorjahr beraten (Sozial Info REX) und in der Alltagsbewältigung unterstützt werden (Begleitetes Wohnen, Einkommensverwaltung). Damit leistete das Sozialamt erneut einen wichtigen Beitrag in der Begleitung und Unterstützung von Familien und Einzelpersonen.

Neue Organisation

Im Hinblick auf die neue Organisation der Sozialen Dienste wurden der Leistungsauftrag und die Ressourcen des Sozialamtes genau analysiert und überprüft. Das Detailkonzept zu den Sozialen Diensten (Zusammenschluss von Sozialamt, Amtsvormundschaft und Arbeitsamt) wurde im September 2011 durch den Stadtrat verabschiedet.

Kinder Jugend Familie

Die Dienstabteilung hat sich mit der Weiterentwicklung der Quartierarbeit auseinandergesetzt. Dabei ist die bewährte Zusammenarbeit mit den Kirchen, v. a. mit der katholischen, von grosser Bedeutung.

Im Vorschulbereich wurde das Pilotprojekt Betreuungsgutscheine extern evaluiert. Wie die Ergebnisse belegen, wirken sich die Betreuungsgutscheine positiv auf die Angebotsentwicklung der Kinderbetreuung aus und schaffen damit eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Veranstaltungen zum Jubiläumsanlass 200 Jahre Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg waren weitere Höhepunkte im vergangenen Jahr.

Die Beratungsangebote zur Unterstützung von Familien wurden intensiv genutzt. Mit weiteren Gemeinden wurden dafür Leistungsvereinbarungen abgeschlossen.

Um die aktuelle, unbefriedigende Raumsituation der Abteilung KJF zu beheben, wurden Lösungsvarianten evaluiert und zuhanden des Grossen Stadtrates aufgearbeitet.

Animation/Partizipation

Kinderparlament

Das Kinderparlament hat verschiedene Stellungnahmen zu städtischen Vorlagen erarbeitet (Quartier- und Stadtteilpolitik, Frühe Förderung, Bau- und Zonenordnung). Die Kinder haben die Eingabe von zwei Postulaten beschlossen (Finanzierung Kids-Blitz und Erhaltung Hirschpark). Weiter hat sich das KiPa mit dem Stadtoberförster zum Thema Spielen im Wald getroffen und das Spielplatzfest "oberes Littau" mitorganisiert.

Der Goldene Lollipop wurde der Swisssporarena für den familienfreundlichen "CSS Family Corner" vergeben. Die Saure Zitrone wurde der Kantonspolizei für die Abschaffung der Velofahrschule an Stadtluzerner Schulen überreicht.

Jugendparlament

Das Jugendparlament hat sich mit dem Thema Gewalt im öffentlichen Raum auseinandergesetzt. Im Oktober führte es zusammen mit dem Verein Gewaltlos eine erfolgreiche und gut besuchte Podiumsdiskussion zum Thema durch. Die Zusammenarbeit mit dem Verein Vimentis, der jeweils die Jungbürgerbriefe verschickt hat, wurde per Ende 2011 gekündigt. Das Ziel, die Teilnahme von jungen Bürgerinnen und Bürgern an Abstimmungen und Wahlen zu erhöhen, konnte trotz regelmässigen Versands von jugendgerechten Abstimmungsinformationen über zwei Jahre nicht erreicht werden. Das Jugendparlament hat

sich zu verschiedenen städtischen Vorlagen geäußert.

Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche

Im Gebiet Fluhmühle/Lindenstrasse wurde ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Quartierarbeit gesetzt. Als Erstes wurde das Lindengärtli umgestaltet und mit einem Volksfest eingeweiht. Die Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien erfreuen sich am neuen Ort sehr grosser Beliebtheit. Auch an den übrigen Standorten fanden unzählige Anlässe und Projekte für Kinder und Jugendliche statt. Die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern in den Quartieren läuft modellhaft.

Midnight Sports & Music

Der Trägerverein Midnight Sports Stadt Luzern betreibt drei Standorte: Ruopigen, Säli und Würzenbach. Jeden Samstagabend wird dort aktiv Sport betrieben. Die Standorte Säli und Ruopigen haben sehr hohe Teilnahmequoten. Der Standort Würzenbach wurde nach den Sommerferien neu ausgerichtet. Das Angebot heisst dort nun "Powerplay" und richtet sich an die Altersgruppe der 10- bis 13-Jährigen. Die Betriebszeiten wurden entsprechend auf den frühen Samstagabend gelegt.

Jugendkulturhaus Treibhaus

Das Jugendkulturhaus Treibhaus ist sehr beliebt. Jugendliche Aktivistinnen und Aktivisten der verschiedenen Programmgruppen haben 92 Veranstaltungen organisiert und durchgeführt. Der Mittagstisch wurde durchwegs gut besucht. Grosse Verunsicherung bei Besuchenden sowie den Betreibern hat die geplante Überbauung der Emmi in unmittelbarer Nachbarschaft des Treibhauses ausgelöst. Durch intensive Verhandlungen und einer Mediation zwischen Treibhaus, Spielteuten, Emmi und der Baudirektion konnte eine sehr gute Lösung ausgearbeitet werden. Dank diesem Verhandlungserfolg blicken sämtliche Verhandlungsparteien nun optimistisch in die Zukunft.

Ferienpass und Freizeitangebote

Das Ferienpasszentrum war erstmals seit sieben Jahren wieder auf dem Schulhausgelände Säli/Dula/Pestalozzi beheimatet. Mit den 16 Partnergemeinden konnte ein neuer Finanzierungsschlüssel vereinbart werden, der den seit drei Jahren markant gestiegenen Teilnahmezahlen Rechnung trägt.

Familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter

Monitoringbericht Kinderbetreuung

Die Datenerfassung für den Monitoringbericht

Kinderbetreuung wurde überarbeitet und angepasst. Zum fünften Mal wurde diese Erhebung zur familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschul- und Schulbereich durchgeführt.

In der Stadt Luzern besuchen 41 % der Kinder im Vorschulalter eine Spielgruppe oder werden in einer Kindertagesstätte (Kita) oder bei Tageseltern über die Tageselternvermittlung betreut (2010: 40 %). 26 % (2010: 25 %) der Kinder im Vorschulalter werden in einer Kita (25 %) oder bei Tageseltern (1 %) betreut. Der Anteil der Kinder in Spielgruppen ist mit 15 % gleich geblieben.

Insgesamt wurden die Betreuungsplätze in Kitas um 13 Plätze ausgebaut. Total gibt es in der Stadt nun 635 Plätze. Die Kitas konnten ihre Belegung von 64 % auf 75 % steigern.

Spielgruppen

Um Kindern den Spielgruppenbesuch zu ermöglichen, bekamen 47 Familien finanzielle Unterstützung. Auf Initiative der Stadt hin konnte ein privater Träger für eine Spielgruppe im kinderreichen Fluhmühlequartier gefunden werden. Seit Oktober 2011 besuchen nun Kinder an zwei Nachmittagen die Spielgruppe.

Beratungsangebote

Die drei Beratungsstellen Mütter- und Väterberatung, Jugend- und Familienberatung CONTACT sowie Kinder- und Jugendschutz haben ihre Zusammenarbeit verstärkt und gemeinsame Fallbesprechungen durchgeführt. Insbesondere die Schnittstelle Mütter- und Väterberatung – Erziehungsberatung wurde konkretisiert.

Mütter- und Väterberatung (MVB)

Die MVB erbringt Beratungen für Familien mit Kindern von 0 bis 5 Jahren, insgesamt für 15 Gemeinden (inkl. Luzern). Mit Greppen, Vitznau und Weggis wurden Verträge mit weiteren Gemeinden abgeschlossen (ab 1. Januar 2012). Die Stadt Luzern zählte 830 (Vorjahr 762) Geburten und über 5'300 (Vorjahr 5'000) Beratungen. Rund 80 % (rund 4'500) der Kinder waren im 1. Lebensjahr und 20 % (rund 1'000) im 2.–5. Lebensjahr. Die Hausbesuche im 1. Lebensjahr haben um 23 % zugenommen. Sehr gute Erfahrungen wurden mit der Beratung mit interkulturellen Vermittlerinnen für nicht oder wenig Deutsch sprechende Eltern gemacht. Das Projekt wird ab 1. Januar 2012 in die Regelstruktur aufgenommen.

Jugend- und Familienberatung CONTACT

Die Familienberatung zeigt deutlich steigende Fallzahlen (+24 % Neuanmeldungen). Das

Angebot wird neu auch für die Gemeinde Horw angeboten. Von insgesamt 425 Mandaten (Vorjahr 339) entfallen 221 (52 %) auf die Stadt Luzern (Vorjahr 195). Die interne Zusammenarbeit mit der Mütter- und Väterberatung (MVB) führte zu transparenten Prozessen und inhaltlichen Klärungen an der Schnittstelle MVB und Erziehungsberatung.

Kinder- und Jugendschutz (KJS)

KJS führte Ende Dezember 512 Mandate. Die Erhöhung von 5 % gegenüber dem Vorjahr (488 Mandate) entspricht dem schweizerischen Mittel und führt zu einer Mandatsbelastung von 76 Mandaten pro 100%-Stelle (Soll 70). 2011 wurde ein Ressourcen- und Controllinginstrument verabschiedet, welches den Mechanismus zur Stellenerweiterung (und -reduktion) definiert. Nach wie vor steigend ist die Zahl der Platzierungen in Heimen oder Familien (2011: 130). Zunehmend handelt es sich auch um sehr konfliktreiche und aufwendige Situationen in den betroffenen Familien.

Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

Das 200-Jahr-Jubiläumsjahr stand ganz im Zentrum der Aktivitäten der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg: Mit verschiedenen Anlässen wurden 160 Jahre Waisenhaus und 40 Jahre Utenberg gefeiert.

Das Jubiläumsjahr startete am 23. Februar 2011, anlässlich des Fritschi-Empfangs im Utenberg, mit dem überraschenden Theaterauftritt des fünfköpfigen Stadtrates über die Einweihungszeremonie des städtischen Waisenhauses im Jahr 1811. Am 11. Mai 2011 wurde das Jubiläumsjahr im stattkino mit der Premiere des Dokumentarfilms "Geschichten von Respekt und Zuwendung" von Ursula Brunner offiziell eröffnet. Im Film kommen fünf ehemalige Heimkinder als Zeitzeugen zu Wort. Der Wandel der städtischen Heimerziehung wird sehr eindrücklich sichtbar gemacht. Im September fand die Ausstellung "Zum Schutz des Kindes?!" in der Heiliggeistkapelle statt. Zusammen mit dem Stadtarchiv hat die KJU einen informativen, eindrücklichen Rundgang zu 200 Jahren stationärer Erziehung in der Stadt Luzern erarbeitet.

Weiter öffnete die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg die Türen für alle Interessierten. Und für die Kinder und Jugendlichen der Siedlung wurde ein grosses Kinderfest durchgeführt.

Mit der Sozialplattform zum Thema Sozialraumorientierung klang im November das Jubiläumsjahr aus.

Die vielen wertvollen Begegnungen sowie die neuen Erkenntnisse und Erfahrungen im Jubiläumsjahr sind die Motivation, die Angebote für die anvertrauten Kinder und Jugendlichen weiterzuentwickeln.

Der Grundgedanke der Sozialraumorientierung wird dabei weiterverfolgt. Der Fokus der sozialpädagogischen Arbeit richtet sich vermehrt auf die Interessen, den Bedarf und die Ressourcen der Familie. Unterstützende Angebote sollen so weit wie möglich in deren Lebenswelt stattfinden. Das familiäre Umfeld wird seinen Möglichkeiten entsprechend individuell und bedarfsorientiert in die tägliche Arbeit einbezogen. Dabei verbinden sich ambulante, stationäre und teilstationäre Hilfen flexibel und durchlässig.

Heime und Alterssiedlungen

Anfang Jahr war Heime und Alterssiedlungen (HAS) mit der Umsetzung der Neuen Pflegefinanzierung, der Einführung eines neuen Wohn- und Betreuungsvertrags für die Heimbewohnenden sowie der Umstellung auf das Pflegebedarfserfassungsinstrument RAI gefordert. Hinzu kam ein Tarifstreit mit den Krankenversicherern, ausgelöst durch die Verzögerungen bei der nationalen Harmonisierung der beiden Erhebungsinstrumente RAI und BESA sowie die Weigerung der Krankenkassen, die vom Kanton Luzern auf dem Verordnungsweg festgelegte Übergangslösung anzuerkennen. Dies führte dazu, dass ab Juni neben RAI auch wieder mit BESA eingestuft und abgerechnet werden musste.

Bei den von der Dienstabteilung geführten Alterssiedlungen erfolgte im Frühjahr die Einführung eines einheitlichen Mietvertrags mit Betreuungspauschale gemäss B+A 37/2009 "Alterssiedlungen – künftige Strategie". Mit dem im Herbst daran anschliessenden B+A 19/2011 "Entwicklung der städtischen Alterssiedlungen" können die Liegenschaften per 1. Januar 2012 vom städtischen Verwaltungsins städtische Finanzvermögen übergeführt werden. Die Anmeldung und Betagtenbetreuung bleiben weiterhin organisatorisch bei HAS.

Das aufgrund des ausgewiesenen Defizits 2010 gestartete Projekt "Neuorganisation Physiotherapie" ergab die Notwendigkeit eines Stellenabbaus und der Zentralisierung der Physiotherapie unter einer Leitung innerhalb des BZ Eichhof. Mit intensiven Gesprächen mit den Betroffenen gelang es, sozialverträgliche und akzeptierte Personalentscheide

zu treffen, sodass die neue Organisation per 1. Januar 2012 umgesetzt werden kann.

Für die Bestimmung der zukünftigen Ausrichtung und Steuerung der städtischen Versorgung sowie der strategischen Ausrichtung von HAS hat der Stadtrat im März 2011 den Startschuss zur Erstellung eines entsprechenden "Entwicklungsberichts zur (teil-)stationären Pflege und Betreuung" gegeben. Der Bericht wurde bis Ende Jahr in zwölf Meilensteinen erarbeitet und soll im Frühjahr 2012 dem Grossen Stadtrat vorgelegt werden.

Betagtenzentrum Eichhof (BZE)

Im Rahmen der Kulturentwicklung war die Gestaltung eines neuen Leitbildes ein wichtiger und wertvoller Prozess in diesem Jahr. Durch eine weiterhin intensive Schulungstätigkeit aller Führungspersonen wurde die Kundenorientierung in allen Tätigkeiten verbessert.

Eine im Berichtsjahr durchgeführte Zufriedenheitsbefragung bei Mitarbeitenden, Bewohnenden und Angehörigen zeigte ein insgesamt erfreuliches und positives Resultat.

Der Mangel an ausgebildetem Pflegepersonal macht sich zunehmend bemerkbar und wird in Zukunft eine zentrale Herausforderung darstellen.

Die Anwendung und Auswirkung der neuen Pflegefinanzierung stellte auf betrieblicher Ebene hohe Anforderungen an alle Mitarbeitenden. Das Spannungsfeld zwischen Ansprüchen und Finanzierbarkeit wird sich weiterhin verstärken und eine zunehmende Flexibilität und Professionalität in den Betrieben voraussetzen.

Die Gastronomie Eichhof erfreute ihre Kundschaft mit hochwertigen Angeboten und hat sich als Anbieterin im Bereich der Gemeinschaftsgastronomie einen guten Namen gemacht.

Betagtenzentrum Dreilinden (BZD)

Das Geschäftsjahr 2011 war durch einige Veränderungen geprägt. Die neue Zentrumsleiterin, Jasmin Höliner Künzli, übernahm im Januar ihre Aufgabe. Der stellvertretende Zentrumsleiter war zu dieser Zeit erst fünf Monate im Amt, und im August bekam das Pflegeheim Rigi einen neuen Heimarzt.

Diverse führungs- und betriebswirtschaftliche Instrumente wurden im Laufe des Jahres erarbeitet und umgesetzt. Unter anderem wurde die Einführung neuer Mitarbeitender neu

strukturiert. Ebenfalls wurde ein konsequentes Absenzenmanagement, das den Fokus auf den Dialog mit den Mitarbeitenden legt, installiert. Die Statistik zeigte erste Erfolge dieser Massnahmen. Der Führung der Mitarbeitenden wird weiterhin ein hoher Stellenwert eingeräumt, um den nach wie vor zu hohen Ausfällen durch Krankheit und Unfälle entgegenzuwirken.

Trotz der personellen Veränderungen in der Führung gestaltete sich das Jahr ohne grosse Turbulenzen oder Fluktuationen. Die schwierige Bettenbelegung wirkte sich jedoch negativ auf das Geschäftsergebnis des Berichtsjahres aus.

In der Abstimmung im November stimmte die Stadtbevölkerung erfreulich hoch dem lang ersehnten Umbau des Pflegeheims Rigi zu.

Betagtenzentrum Rosenberg (BZR)

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten in der integrierten Palliative Care und im Pflegebedarfserfassungssystem RAI-NH weitergeführt. So besuchten alle Pflegeteams die Schulung zur Kultur des Abschiedes. Zur Qualitätssicherung erarbeitete eine interne Projektgruppe die Grundlagen der Palliative Care im Rosenberg. Mit der Ausbildung von Koordinatoren und Supervisoren sowie der Einführung der RAI-NH-Pflegedokumentation wurde das Pflegebedarfserfassungssystem weiter verankert und gepflegt.

In der Hotellerie wurde das Hygienekonzept von Grund auf neu erarbeitet. Alle Mitarbeitenden wurden geschult; notwendige betriebliche Anpassungen wurden vorgenommen.

In der Entwicklung des Hauses Ost (ehemaliges Wohnheim) in ein sogenanntes Mischheim konnten drei wichtige Meilensteine erreicht werden: Das Konzept wurde aktualisiert, die Arbeits- und Führungsorganisation wurde angepasst, und der Aufenthaltsraum für die Bewohnenden konnte erstellt werden.

Einschneidende personelle Veränderungen galt es zu bewältigen: Ein sehr schmerzhafter Prozess war der Abschied vom Leiter Technik und Unterhalt, Thomas Geiser, der im Herbst unerwartet verstarb.

Betagtenzentrum Wesemlin (BZW)

Die Planung und erfolgreiche Durchführung des Rückumzuges in das sanierte Haus Morgenstern sowie die Inbetriebnahme der neuen Räumlichkeiten, zusammen mit der anspruchsvollen Umstellung des Pflegebedarfserfassungs-

systems, stellte das Personal vor grosse Herausforderungen. Dies führte u. a. dazu, dass die Einführung des RAI-Systems nicht wunschgemäß gelang. Die daraus resultierenden Fehleinstufungen, die zu finanziellen Folgen führten, wurden erkannt und die nötigen Korrekturmassnahmen eingeleitet. Bis im Juni konnte die budgetierte Höhe der Einstufungen erreicht und in der Folge gar überschritten werden. Das in der ersten Jahreshälfte entstandene Defizit gilt es, mit geeigneten Massnahmen wieder wettzumachen.

Was weiter auffällt und für das Jahr 2012 ein Schwerpunkt sein wird, ist die negative Entwicklung der Abweichung der Personalkosten zu den Taxen. Hier gilt es, alles daran zu setzen, die Personalkosten wieder in Einklang zum Ertrag zu bringen. Dazu wurde intern ein neues, differenziertes, pflegeteambezogenes Finanz-Controllinginstrument entwickelt. Gleichzeitig werden die Schnittstellen der Hotellerie zur Pflege analysiert, um die Gastronomie auf den Abteilungen ressourcenbezogen weiter optimieren zu können.

Betagtenzentrum Staffelnhof (BZS)

Das Berichtsjahr war durch viel zusätzliche Arbeit geprägt. Anfang Jahr übernahm ewl die örtliche Fernheizungszentrale im UG. Im Rahmen der geplanten Sanierung des BZS verlegte ein Teil der Bewohnenden ihr Domizil in die Aussenstandorte Hirschpark (Areal Kantonsspital) und Saphir (BZE). Danach folgte die siebenmonatige Schliessung der Küche und der Wäscherei. Während dieser Zeit bezog das BZS die Verpflegung für die verbliebenen Bewohnenden und Mitarbeitenden vom BZE. Die Verlegung der Wäscheverarbeitung ins BZE stellte eine besondere logistische Herausforderung dar.

Im Juni bezogen die Bewohnerinnen und Bewohner des "alten" BZS den neuen Erweiterungsbau Octopus. Darauf begann die Gesamtsanierung des alten Staffelnhofgebäudes. Das BZS nahm im September eine sanierte und mit modernen Gerätschaften ausgerüstete Küche und Wäscherei in Betrieb.

Die Umzüge und die Gesamträumung des "alten" BZS verliefen unfallfrei und ohne nennenswerte Störungen. In Anbetracht der Dimension des Projekts ist das nicht selbstverständlich, musste doch nebst den Zügelaktionen und den Räumungen der Institution der laufende Betriebsalltag aufrechterhalten werden.

Um eine weiterhin bedarfsgerechte Pflege und Betreuung zu gewährleisten, erwuchs im

Zusammenhang mit dem Bezug der Aussen-domizile mit den entsprechenden räumlichen Verhältnissen der Bedarf eines Teamsplittings für die anderen beiden Standorte. Dank der neuen Organisation konnten die angestrebten Vorgaben erfolgreich umgesetzt werden.

Pflegewohnungen (PW)

Drei gewichtige Themenfelder wurden aus dem Vorjahr übernommen und weiterbearbeitet: Vertiefen der Kenntnisse im RAI, Schulungen zu pflegerischen Linderungsmassnahmen und Schmerzerfassung im Bereich Palliative Care und Erweitern von Handbuch und Prozessen im Qualitätsmanagement. Nebst der dafür benötigten Zeit waren die Führungspersonen auch gefordert, Vorteile und Notwendigkeiten stets von Neuem aufzuzeigen.

Im Frühjahr galt in den PW Tribschen rund drei Wochen der "Ausnahmestandard". Erstmals erkrankten Bewohnende und Mitarbeitende am Norovirus. Die grösste Herausforderung war die Personaleinsatzplanung bei markant geschwächten Teams.

Mit einem gelungenen Siedlungsbrunch wurde das 5-jährige Bestehen der Tribschenstadt gefeiert. Es gab Gelegenheit, den Nachbarn Einblick in die Pflegewohnungen zu gewähren. Bereits auf zehn erfolgreiche Jahre konnte die Pflegewohnung Studhaldenhöhe zurückblicken.

Während bis anhin die Pflegewohnungen freie Stellen relativ gut wieder besetzen konnten, war es im vergangenen Jahr zunehmend schwierig, geeignete qualifizierte Mitarbeitende zu finden. Ein besonderes Engagement lag darum im Berichtsjahr auch in der Ausbildung von Lernenden FABE, FAGE und DN II.

Spitex/Pflegefinanzierung

Die Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung auf 1. Januar 2011 bildete eine grosse Herausforderung für sämtliche Beteiligten. Das Berichtsjahr stellte ein eigentliches Übergangsjahr dar. Die administrativen Abläufe für die Kostengutsprachen, Rechnungskontrollen und Auszahlung der Pflegerestkosten mussten sich einspielen. Unsicherheiten in der Berechnung der Pflegevollkosten (Gefahr von strukturellen Betriebsdefiziten) wurden mit den Leistungsanbietern zusammen mit der Finanzdirektion laufend analysiert und für die Leistungsvereinbarungen 2012 verhandelt. Aufgrund dieser Unsicherheiten sind für das Jahr 2012 wiederum ausschliesslich einjährige Leistungsvereinbarungen ausgearbeitet worden (Ausnah-

me Spitex Luzern Littau). Nach wie vor fehlen die Tarife für die ambulante Akut- und Übergangspflege. Dies mit der Konsequenz, dass das gesetzlich vorgesehene Pflegeangebot im ambulanten Bereich in der Stadt Luzern bis jetzt nicht angeboten werden kann. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Luzern und den Leistungserbringern hat sich bis jetzt sehr erfreulich entwickelt. Mit der Schaffung einer Fachstelle für strategische und operative Planung und Steuerung des Pflegeangebotes in der Stadt Luzern kann 2012 ein wichtiges und dringendes Anliegen umgesetzt werden.

Partizipation 60plus

Das vom Stadtrat gutgeheissene Pilotprojekt Partizipation 60plus, Nachfolgeorganisation des Seniorenrates, ist im Jahr 2011 erfolgreich gestartet. Es besteht aus einem Forum von rund 50 Personen der Generation 60 plus, die sich zu einem grossen Teil über eine Internet-

plattform am gesellschaftlichen und politischen Leben der Stadt Luzern beteiligen. Nach intensiver Arbeit des Ausschusses und der Fachstelle für Altersfragen zusammen mit dem Büro mesch wurde der Internetauftritt www.luzern60plus.ch erarbeitet und Mitte September aufgeschaltet. Nach der ersten Forumsveranstaltung vom 19. September erfolgten auf der elektronischen Diskussionsplattform Diskussionen beispielsweise über Fragen des öffentlichen Verkehrs, der Sauberkeit im öffentlichen Raum oder die Regelung "Beihilfe zum Suizid in den Betagtenzentren". Eine der Generation 60 plus angehörende Journalistengruppe betreut regelmässig die Rubrik "Aktuelles". Direkte Partizipation mit der Stadt Luzern wird weiterhin anhand von Werkstattgesprächen mit Verantwortlichen aus der Stadtverwaltung erfolgen. Die rund 50 erwarteten Forumsmitglieder haben sich konstituiert. Regelmässig melden sich weitere Interessierte; ein Zeichen, dass das Projekt die Anliegen der Generation 60 plus trifft.

4.1.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.1.4.1 Sekretariat Vormundschaftsbehörde

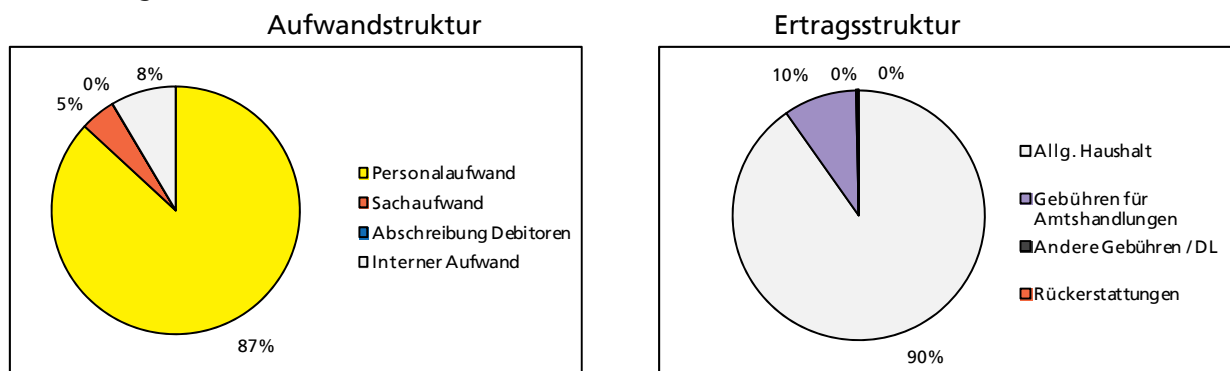
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Als Vormundschaftsbehörde ist der Stadtrat für die Anordnung und Aufhebung vormundschaftlicher Massnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zuständig und ernennt die beruflichen und privaten Betreuungspersonen. Er erteilt Zustimmungen nach Art. 421 ZGB und stellt Anträge an den Regierungsstatthalter im Rahmen des Adoptionsrechts und der Artikel 404 und 422 ZGB. Überdies ist er für die Regelung des Unterhalts und die Einräumung der gemeinsamen elterlichen Sorge für ausserhalb der Ehe geborene Kinder sowie für Besuchsrechtsregelungen zuständig und erteilt Bewilligungen für Kindertagesstätten. Das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde bereitet alle Geschäfte der Vormundschaftsbehörde vor, übernimmt die Verfahrensleitung und fällt in delegierter Kompetenz Entscheide betreffend Pflegeplatzbewilligungen sowie Abnahme der periodischen Berichte und Abrechnungen der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Die Dienstabteilung beschäftigt 19 Personen (1'430 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	2'057'829	2'344'088	2'273'900	70'188	3%	286'259	14%
Ertrag	181'157	229'760	207'000	22'760	10%	48'603	27%
Ergebnis	-1'876'672	-2'114'327	-2'066'900	-47'427	-2%	-237'656	-13%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anträge an Vormundschaftsbehörde	715	774	776	997	1009	1.2%
Sozialabklärungen	464	470	416	495	400	-19.2%
Laufende Massnahmen				1'604	1'713	6.8%
Neuanordnungen Massnahmen	220	241	277	290	283	-2.4%
Aufhebung/Übertragung Massn.	175	201	158	214	183	-14.5%
Berichtsabnahmen	573	596	502	545	693	27.2%
Vaterschaft/Unterhalt/elterliche Sorge	89	88	96	120	190	58.3%
Besuchsrecht				9	14	55.6%
Zustimmungsgeschäfte	63	54	65	63	75	19.0%
Inventare	84	93	76	93	129	38.7%

e) Kommentar

Der Mehraufwand betraf im Wesentlichen die Personalkosten. Mit dem Projektauftrag zum Aufbau der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde kamen im Verlaufe des Jahres neue Aufgaben hinzu. Dafür bewilligte der Stadtrat im Sommer 2011 eine zusätzliche Teilzeitstelle.

Die Erfassung der Sozialabklärungen wurde neu definiert. Die entsprechenden Kennzahlen sind mit denjenigen der Vorjahre nur bedingt vergleichbar.

Es wurden weniger neue vormundschaftliche Massnahmen als im Vorjahr angeordnet, kaum mehr als vor der Fusion, als das Einzugsgebiet noch wesentlich kleiner war. Da jedoch gleichzeitig die Aufhebungen und Übertragungen abnahmen, ausgeprägt vor allem bei den Erwachsenen, stieg der Bestand an laufenden Massnahmen weiter an.

Weit überdurchschnittlich haben die Entscheide über Unterhaltsregelungen, gemeinsame elterliche Sorge und Besuchsrecht zugenommen. Dies dürfte einerseits auf den seit 2010 höheren Anteil an Familien und Kindern zurückzuführen sein, andererseits aber auch auf die im Jahre 2010 entstandenen Pendenzen. Die steigende Anzahl Geschäfte hatte Auswirkungen auf die Verfahrensdauer.

4.1.4.2 Amtsvormundschaft

a) Aufgaben / Dienstleistungen

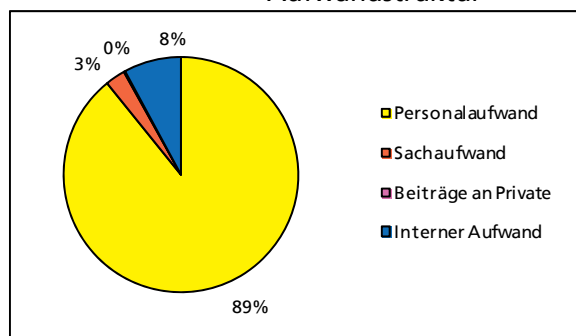
Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Amtsvormundschaft betreuen und vertreten Erwachsene, für die eine Vormundschaft, Beiratschaft oder Beistandschaft besteht. Der Aufgabenbereich der Mandatsführung umfasst, je nach Massnahme, die persönliche Betreuung, die Regelung der finanziellen Angelegenheiten, die Einkommens- und Vermögensverwaltung, die Wahrnehmung von Rechtsinteressen und die Vertretung vor Gericht und Amtsstellen. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger erstellen über die Massnahmenführung alle zwei Jahre Bericht und Rechnung. Sie werden in ihrer Tätigkeit durch die kaufmännische Fachbearbeitung, Kasse/Buchhaltung, den Rechtsdienst und den Empfang unterstützt. Die Amtsvormundschaft beschäftigt 40 Personen (2'615 Stellenprozente).

b) Ergebnis

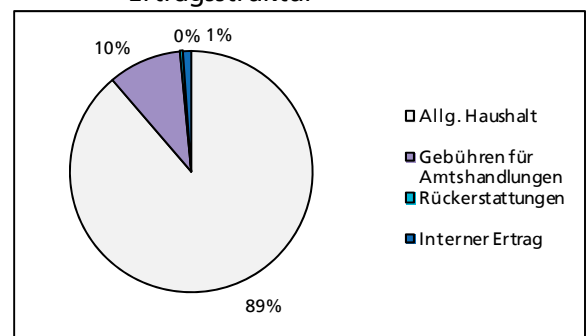
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	3'668'670	3'830'880	3'823'300	7'580	0%	162'210	4%
Ertrag	371'152	433'450	412'600	20'850	5%	62'299	17%
Ergebnis	-3'297'518	-3'397'429	-3'410'700	13'271	0%	-99'911	-3%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Klientinnen und Klienten	752	767	783	790	947	1'001	6%
Vormundschaften	189	180	176	173	178	172	
Beiratschaften	37	33	34	30	32	30	
Beistandschaften	505	532	557	573	724	784	
Andere Massnahmen	21	22	16	14	13	15	
Anzahl Neueingänge	129	117	113	98	247	135	-45%
Anzahl Abgänge	88	99	91	86	90	79	-12%
Tod	47	47	51	49	45	42	
Übertragung	12	14	8	10	11	11	
Aufhebung	29	38	32	27	34	26	

e) Kommentar

Die Anzahl der Beistandschaften hat deutlich zugenommen. Immer mehr junge Erwachsene leben in einem zunehmend schwierigeren Umfeld und sind den Anforderungen der Gesellschaft nicht mehr gewachsen. Ebenso werden zunehmend Beistandschaften für betagte Menschen errichtet, die umfassendere Unterstützung, vor allem in finanzieller Hinsicht, benötigen. Die überproportionale Zunahme der Massnahmen im Jahre 2010 ist mit der Übernahme von 125 vormundschaftlichen Massnahmen aus Littau begründet.

4.1.4.3 Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung SVS umfasst die Bereiche Arbeitsamt und AHV-Zweigstelle. Das Arbeitsamt ist zuständig für die Anmeldung von Arbeitslosen und von Personen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, zur Stellenvermittlung und zum Bezug von Versicherungsleistungen. Die Kontrollformulare "Angaben der versicherten Person" werden jeden Monat von den versicherten Personen im Arbeitsamt abgegeben. Fachlich ist das Arbeitsamt der kantonalen Dienststelle Wirtschaft und Arbeit (wira) unterstellt. Eine Zusammenarbeit erfolgt hauptsächlich mit den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) und mit den Arbeitslosenkassen.

Die AHV-Zweigstelle ist im Beitragsbereich der AHV zuständig für Abklärungen und Erfassungen von Selbstständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen. In den Bereichen Renten und Ergänzungsleistungen ist die AHV-Zweigstelle verantwortlich für die Beratung sowie die Mithilfe bei Anmeldungen und Mutationen. Dasselbe gilt auch im Bereich KVG-Prämienverbilligungen.

Fachlich ist die AHV-Zweigstelle für diese Aufgaben der Ausgleichskasse Luzern unterstellt. Die weitere Zusammenarbeit erfolgt hauptsächlich mit den städtischen Dienstabteilungen Einwohnerdienste und Steueramt.

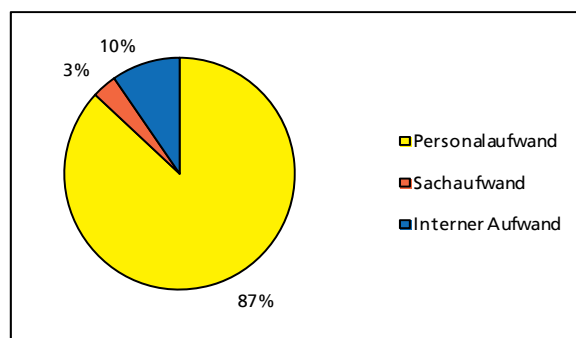
Ebenfalls von der AHV-Zweigstelle werden Anmeldungen, Berechnungen, Entscheide und die Auszahlung der städtischen Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ) sowie der Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ) übernommen. Im Stellenplan sind 12,9 Stellen bewilligt, verteilt auf 17 Personen.

b) Ergebnis

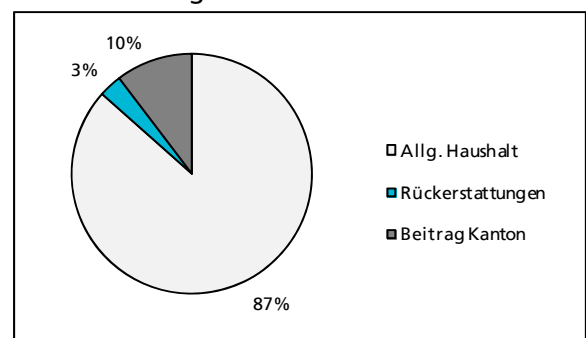
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	1'493'579	1'540'666	1'537'700	2'966	0%	47'087	3%
Ertrag	177'500	206'883	199'000	7'883	4%	29'383	14%
Ergebnis	-1'316'079	-1'333'783	-1'338'700	4'917	0%	-17'704	-1%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Arbeitsamtdossiers	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anfangsbestand	2'226	1'883	1'444	1'443	2'658	2'255	
Neuanmeldungen	2'445	2'513	2'344	2'706	3'173	3'048	
Abmeldungen	2'788	2'952	2'345	2'284	3'573	3'277	
Endbestand	1'883	1'444	1'443	1'865	2'258	2'026	-10%
Rentendossiers	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anfangsbestand	6'945	7'036	6'872	6'994	7'059	8'286	
Neuanmeldungen	540	461	529	412	1'379	498	
Abgänge	449	625	407	347	152	370	
Endbestand	7'036	6'872	6'994	7'059	8'286	8'414	2%
Prämienverbilligung	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anmeldungen	9'175	11'974	11'272	11'262	14'892	14'538	-2%

Ergänzungsleistungs-Dossiers	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anfangsbestand	3'327	3'341	3'304	3'293	3'398	4'231	
Neuanmeldungen	531	581	528	519	1'195	757	
Abgänge	517	618	539	414	362	320	
Endbestand	3'341	3'304	3'293	3'398	4'231	4'668	10%
Revisionen	499	678	710	710	287	139	-52%
AHV-Unterstellung Selbstständigerwerbende	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anfangsbestand	4'363	4'813	5'352	5'799	6'457	6'926	
Neuanmeldungen	638	691	703	980	729	435	
Abgänge	188	152	256	322	260	1'644	
Endbestand	4'813	5'352	5'799	6'457	6'926	5'717	-17%
AHV-Unterstellung Nichterwerbstätige	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anfangsbestand	2'941	2'828	3'180	3'038	4'410	4'165	
Neuanmeldungen	812	1'069	634	1'372	759	732	
Abgänge	925	717	966	433	1'004	564	
Endbestand	2'828	3'180	3'038	3'977	4'165	4'333	4%

Kommentar

Im Arbeitsamt hatte sich die Situation gegenüber dem Vorjahr bis im Sommer leicht verbessert; es waren etwas mehr Abmeldungen als Anmeldungen zu verzeichnen. Im zweiten Halbjahr hat die Arbeitslosigkeit aber wieder stetig zugenommen.

e) Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ)

Der Grosse Stadtrat hat mit B+A 18/2009 die FAZ wieder eingeführt. Das Reglement wird dann aufgehoben, wenn eine kantonale oder eidgenössische Lösung in Kraft treten wird. Die Anspruchsvoraussetzungen und die Höhe der Leistungen sind unverändert geblieben.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Ausbezahlter Betrag in Fr.	205'759	269'119	0	0	545'297	431'703	-21%
<i>Ausrichtung an:</i>							
Anzahl Haushalte	99	123			329	211	
Anzahl Kinder	185	254			610	455	
<i>Ø jährliche Leistungen in Fr.</i>							
pro Haushalt	2'078	2'187			1'657	2'046	23%
pro Kind	1'112	1'059			894	949	6%

Kommentar

Bei den Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ) wurde eine grosse Zunahme der ausgerichteten Leistung pro Haushalt verzeichnet. Diese ist darauf zurückzuführen, dass viele kinderreiche Familien die Anmeldung für FAZ eingereicht haben. Da 2010 die Anspruchsjahre 2009 und 2010 verfügt und ausbezahlt wurden und zudem Littau dazukam, kann das Jahr 2011 nur bedingt mit den Vorjahreszahlen verglichen werden.

f) Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ)**AHIZ-Haushalte**

Die AHIZ haben den Zweck, Rentnerinnen und Rentnern in der Stadt Luzern ein Mindesteinkommen zu ermöglichen, das analog zu den Ergänzungsleistungen berechnet wird. Im Gegensatz zu den Ergänzungsleistungen wird bei der Anrechnung von Mietzins und Nebenkosten auf die städtischen Verhältnisse speziell Rücksicht genommen, indem der Höchstbetrag für Mieten höher angesetzt ist und die Nebenkosten effektiv angerechnet werden können. Damit soll dem sozialpolitischen Grundsatz, wonach betagte Personen möglichst lange in ihren angestammten vier Wänden verbleiben können, Rechnung getragen werden. Auf den 1. Januar 2011 wurden die Leistungen für die neuen Fälle im Rahmen des Sparpakets reduziert.

AHIZ-Haushalte	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Höhe der Zusatzleistungen (in Mio. Fr.)	0,75	0,66	0,70	0,82	1,29	1,02	
<i>Auszahlung an:</i>							
Anzahl Haushalte am 1.1.	392	419	337	341	380	506	
Neuanmeldungen	98	65	80	95	225	67	
Abgänge	71	147	76	56	99	95	
Anzahl Haushalte am 31.12.	419	337	341	380	506	478	-6%
Davon Anzahl Frauen	253	211	211	236	316	291	
Anzahl Männer	92	70	69	84	111	117	
Anzahl Ehepaare	74	56	61	60	79	70	
<i>Leistungen pro Haushalt/Jahr in Fr.</i>							
im Durchschnitt	1'796	1'962	2'074	2'176	2'563	2'126	-17%
im Minimum	60	60	60	60	60	60	
im Maximum	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000	2'000	

AHIZ Heime

Mit B+A 44/2007 "Reform der Heimtaxen im Anschluss an die Finanzreform 08" hat das Parlament gleichzeitig einen Systemwechsel im Bereich der Finanzhilfen für Heimbewohnende ab Februar 2008 beschlossen. Überstiegen vorher die effektiven Heimkosten die Leistungen der Ergänzungsleistungen und der Krankenversicherungen, musste für die Deckung der Heimrechnungen beim Sozialamt wirtschaftliche Sozialhilfe beantragt werden. Durch die Reglementsänderung kann ein allfälliger Differenzbetrag seither auch bei Heimaufenthalt durch AHIZ vergütet werden. Dadurch wird verhindert, dass Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Luzern nur aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit Sozialhilfe beziehen müssen.

AHIZ Heimbewohnende (seit Febr. 08)	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Höhe der Zusatzleistungen (in Mio. Fr.)	1,23	1,91	2,78	2,98	7%
<i>Auszahlung an:</i>					
Anzahl Heimbewohnende am 1.1.	0	148	185	217	
Neuanmeldungen	268	124	186	323	
Abgänge	120	87	154	187	
Anzahl Heimbewohnende am 31.12.	148	185	217	353	63%
Davon Anzahl Frauen	107	139	164	264	
Anzahl Männer	41	46	53	89	
<i>Leistungen pro Person/Jahr in Fr.</i>					
im Durchschnitt	8'316	10'363	12'813	8'437	-34%
im Minimum	732	732	732		
im Maximum	31'795	32'124	59'880		

Kommentar

Bei der AHV-Zweigstelle hat es sich erneut gezeigt, dass die Arbeitsbelastung im Bereich AHIZ für Heimbewohnende ziemlich intensiv ist. Jeden Monat müssen sämtliche AHIZ-Berechnungen aufgrund der EL-Verfügung neu überprüft werden, was auch Rückforderungen und Verrechnungen zur Folge hat.

Durch die Senkung der Vermögensgrenze und der maximalen jährlichen Mietabzüge der AHIZ für Haushalte nahmen die ausgerichteten Leistungen pro Person/Jahr ab.

Dagegen nahmen bei den AHIZ für Heimbewohnende durch den Zuwachs an Bezügerinnen und Bezüger die auszurichtenden Leistungen zu.

Bei den AHIZ-Haushalten, die vor dem 1. Januar 2011 bewilligt wurden, gilt die Besitzstandswahrung, d. h., es wird noch mit der Maximalleistung von Fr. 5'000.– gerechnet. Ab 2011 erfolgen die Berechnungen mit dem Ansatz von Fr. 2'000.–.

4.1.4.4 Sozialamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Sozialamt der Stadt Luzern ist für die Ausrichtung der Sozialhilfe zuständig. Das Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern schreibt folgende Aufgaben vor:

- Wirtschaftliche Sozialhilfe für die Existenzsicherung
- Persönliche Sozialhilfe zur sozialen und beruflichen Integration (Beratung und Dienstleistungen, soziale Sachhilfen)
- Sonderhilfen: Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe
- Generelle Sozialhilfe (z. B. Leistungsverträge)

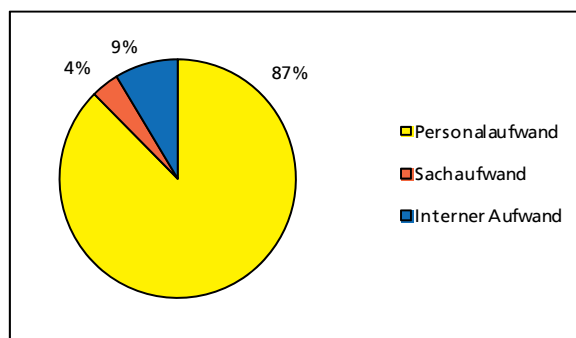
Das Sozialamt arbeitet in verschiedenen Gremien mit den Sozialdiensten der anderen Gemeinden im Kanton, dem kantonalen Sozialamt und den privaten Sozialdiensten eng zusammen. Es unterhält auch regionale und nationale Fachkontakte. Im Stellenplan sind für die Durchführung dieser Aufgaben insgesamt 45,1 Stellen bewilligt; sie sind verteilt auf 65 Personen.

b) Ergebnis

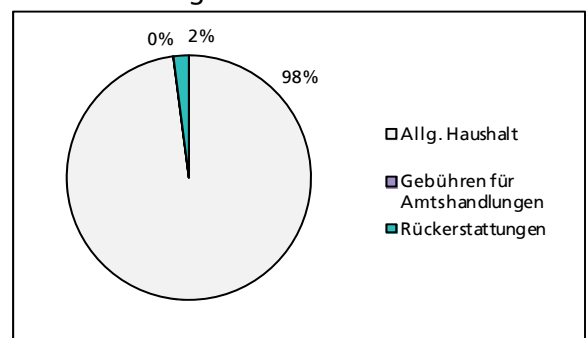
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	6'124'393	6'345'726	6'157'600	188'126	3%	221'333	4%
Ertrag	188'769	130'133	164'500	-34'367	-21%	-58'636	-31%
Ergebnis	-5'935'624	-6'215'593	-5'993'100	-222'493	-4%	-279'969	-5%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Bruttoausgaben pro Personaleinheit (WSH und Mutterschaftsbeihilfe)	1'351'739	1'351'248	726'731	719'807	781'431	783'180	0%
Nettokosten pro Personaleinheit	374'377	339'540	361'473	363'139	320'844	429'844	34%
Anzahl Personaleinheiten pro Mio. Franken Bruttoaufwand	0,74	0,74	1,40	1,38	1,36	1,28	-6%
Anzahl offene Dossiers per 31.12.	1'454	1'358	989	998	1'350	1'408	4%

e) Kommentar

Personalausfälle wegen längerer Krankheit und Mutterschaftsurlaub mussten kompensiert werden; dies führte zu einem höheren Personalaufwand als im Budget vorgesehen.

4.1.4.5 Wirtschaftliche Sozialhilfe (exkl. Mutterschaftsbeihilfe)

a) Aufgaben / Dienstleistungen

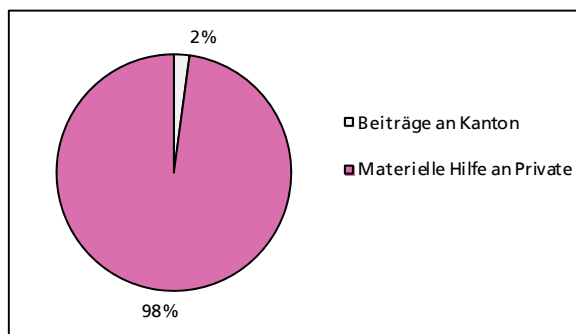
Das Sozialamt hat den Auftrag, für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Luzern Persönliche und Wirtschaftliche Sozialhilfe anzubieten. Als Bemessungsgrundlagen gelten, gemäss Sozialhilfegesetz, die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Die Kosten der Wirtschaftlichen Sozialhilfe trägt mehrheitlich die Stadt Luzern. Lediglich bei Sozialhilfebeziehenden mit einem ausserkantonalen Bürgerrecht, die weniger als zwei Jahre im Kanton Luzern wohnen, besteht eine Kostenersatzpflicht durch die Heimatgemeinde. Der Auftrag ist im Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern definiert. Zudem regelt das Sozialhilfegesetz die Alimentenhilfe und die Mutterschaftsbeihilfe, die ebenfalls nach den Richtlinien der SKOS berechnet werden.

b) Ergebnis

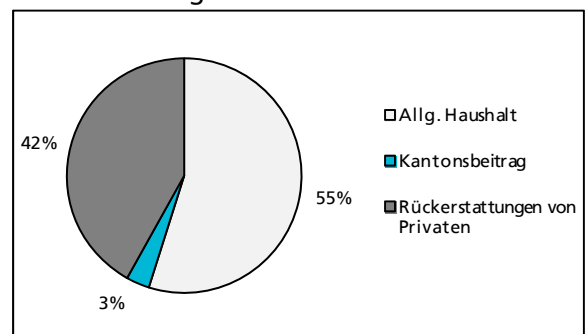
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	38'368'280	38'062'583	38'770'000	-707'417	-2%	-305'697	-1%
Ertrag	17'794'225	17'177'777	19'180'000	-2'002'223	-10%	-616'448	-3%
Ergebnis	-20'574'055	-20'884'806	-19'590'000	-1'294'806	-7%	-310'751	-2%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



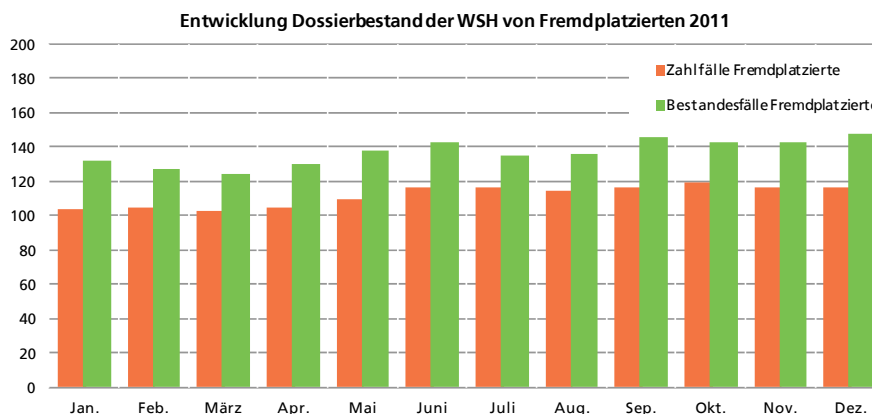
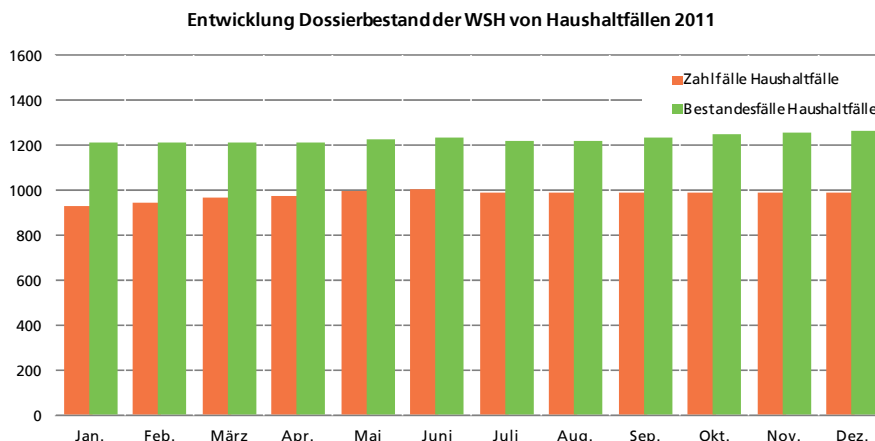
d) Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anzahl Dossiers per 31.12. (kum.)	1'995	1'954	1'773	1'412	1'839	1930	5%
Stadtbürger/innen	488	480	408	265	315	357	13%
Kantonsbürger/innen	320	303	277	225	276	280	1%
Ausserkantonale	712	693	576	425	552	577	5%
Ausländer/innen	475	478	512	497	696	716	3%
Nettoaufwand pro Dossier in Fr.	7'450	7'099	8'094	9'695	11'187	10'821	-3%

e) Kommentar

Der geringere Ertrag – dieser ist immer sehr schwierig zu budgetieren – bei den Rückerstattungen aus Renten und Arbeitslosentaggeldern führt gegenüber dem Budget zu einem höheren Nettoaufwand.

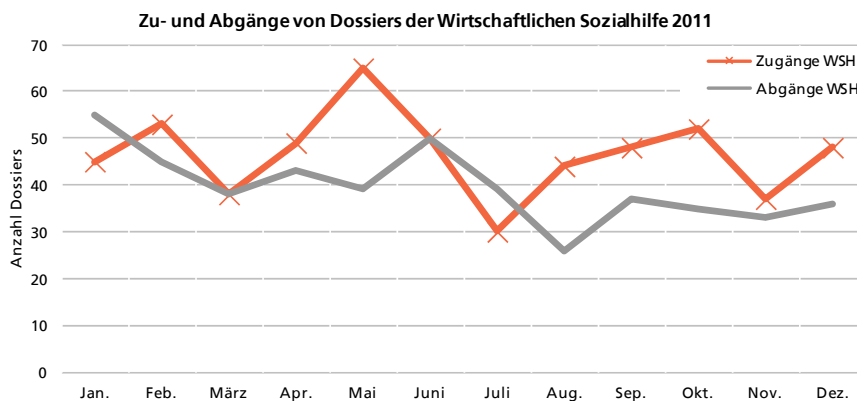
Grafische Darstellung der Entwicklung der Fallzahlen



Als Zahlfälle werden per Stichtag die Fälle gezählt, die im entsprechenden Monat eine bedarfsabhängige Sozialhilfeleistung beziehen.

Als Bestandesfälle werden per Stichtag die Zahlfälle und die Fälle gezählt, deren letzter Leistungsbezug nicht über sechs Monate zurückliegt (pendente Abschlüsse wegen hoher "Rückfallgefährdung"). Nach sechs Monaten werden die zweitgenannten Fälle definitiv abgeschlossen.

Grafische Darstellung der Entwicklung der Dossiers



Die Zahl der Abgänge hat sich verringert, Sozialhilfebeziehende finden kaum Stellen im 1. Arbeitsmarkt.

4.1.4.6 Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Mutterschaftsbeihilfe sichert Müttern und Familien, während zwölf Monaten ab Geburt des Kindes, das soziale Existenzminimum, sofern dieses nicht durch Einkommen (Lohn, Lohnfortzahlung, Versicherungen) oder Vermögen gedeckt ist (§ 54 kant. Sozialhilfegesetz SHG).

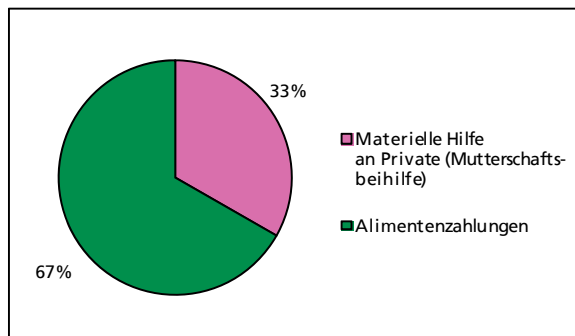
Die Alimentenhilfe umfasst einerseits die Bevorschussung von Kinderalimenten, sofern diese nicht rechtzeitig oder nicht vollständig bezahlt werden (§ 45 ff. SHG). Andererseits hat das Sozialamt Inkassohilfe für Ehegattenalimente und/oder Kinderalimente (bevorschusste und nicht bevorschusste) zu leisten (§ 44 SHG).

b) Ergebnis

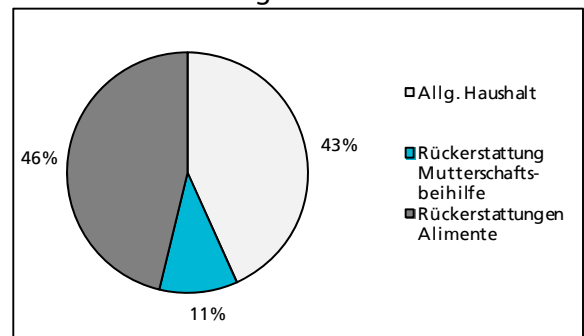
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	4'932'790	5'240'197	4'965'700	274'497	6%	307'407	6%
Ertrag	2'711'466	2'971'987	2'610'000	361'987	14%	260'521	10%
Ergebnis	-2'221'324	-2'268'210	-2'355'700	87'490	4%	-46'886	-2%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



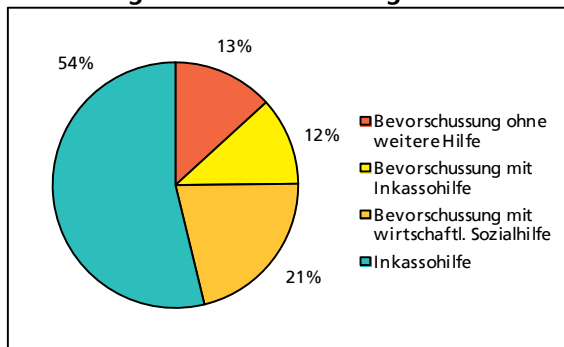
d) Spezifische Kennzahlen

Mutterschaftsbeihilfe		2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anzahl MBH (kumuliert)		51	54	70	91	30%
Bruttoauszahlungen		986'254	1'125'189	1'315'906	1'744'820	33%
Einnahmen (Renten/Lohn/Taggeld)		291'367	388'258	319'942	549'437	72%
Nettoauszahlungen		694'887	736'931	995'964	1'195'383	20%
Alimentenhilfe		2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anz. Inkassodossiers (kumuliert)		825	809	1'004	1012	1%
Anz. Bevorschussungsdossiers (kum.)		222	220	278	255	-8%
Bevorschusste Alimente		1'711'653	1'520'611	2'000'454	1'936'473	-3%
Rückerstattung / bez. Alimente		880'042	684'375	824'459	800'785	-3%
Rückerstattungsquote		51%	45%	41%	41%	0%
Anz. Inkassohilfemandate (kum.)		191	211	271	297	10%
Einkassierte Beträge (Inkassohilfe)		1'256'697	1'361'743	1'567'063	1'621'764	3%

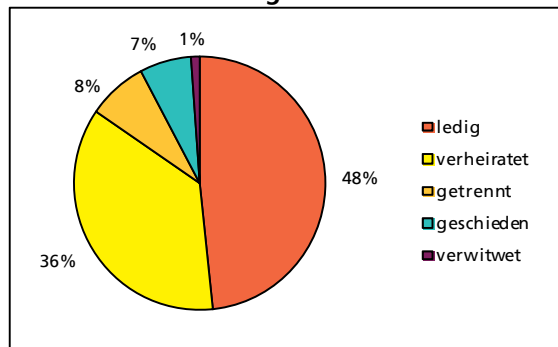
e) Kommentar

Die unerwartet grosse Zunahme an Anträgen für Mutterschaftsbeihilfe führte zu höheren Kosten. Bei der Alimentenbevorschussung ist ein leichter Rückgang zu erkennen.

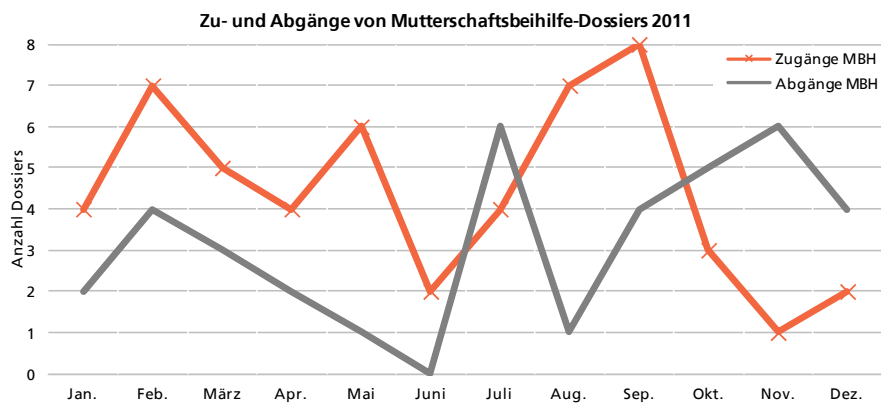
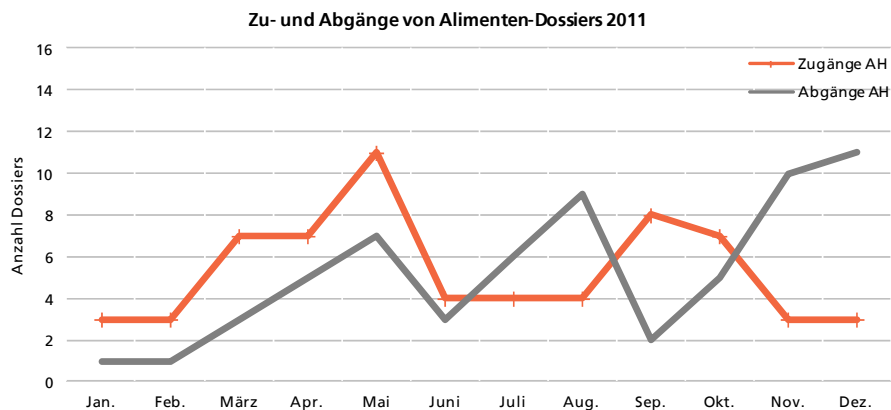
Aufteilung der Bevorschussung



Zivilstand der Bezügerinnen MBH



Entwicklung der Dossiers im Monatsvergleich



4.1.4.7 Kinder Jugend Familie

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung Kinder Jugend Familie (KJF) verfolgt eine aktive und bedarfsgerechte Kinder-, Jugend- und Familienförderung sowie eine generationenübergreifende Quartierarbeit. Die Hauptaufgaben umfassen Betreuung, Beratung, Unterstützung, Prävention und Schutz sowie Freizeitgestaltung und Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Familien.

KJF ist das Kompetenzzentrum für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Luzern. Die folgenden Unterabteilungen setzen den Leitsatz "Die Stadt Luzern will eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Stadt sein" in ihrer täglichen Arbeit um:

- *Animation/Partizipation* (Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche, Ferienpass, Freizeitangebote, Kinderparlament, Jugendparlament, Jugendhaus Treibhaus).
- *Familienergänzende Kinderbetreuung* (Aufsicht und Bewilligung von Kindertagesstätten, Frühe Förderung, Betreuungsgutscheine)
- *Beratung von Kindern, Jugendlichen und Familien* (Kinder- und Jugendschutz, Regionale Jugend- und Familienberatung CONTACT, Regionale Mütter- und Väterberatung).
- *Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg* (vgl. nachfolgendes Kapitel).

Insgesamt waren 2011 im Stellenplan 86,75 Stellen für Festangestellte bewilligt. Davon sind 41,3 Stellen in der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg.

b) Ergebnis (Institutionen: 215, 221, 222, 223)

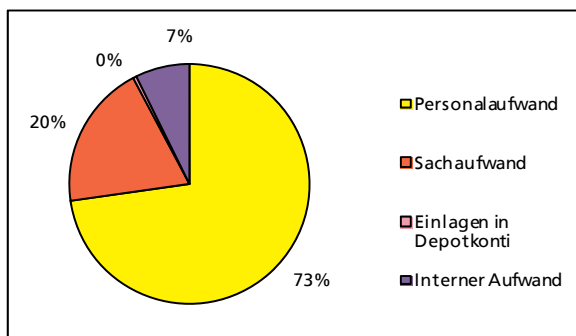
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	7'396'548	7'382'201	7'948'300	-566'099	-7%	-14'348	-0%
Ertrag	3'422'739	3'305'249	2'794'300	510'949	18%	-117'490	-3%
Ergebnis	-3'973'809	-4'076'951	-5'154'000	1'077'049	21%	-103'142	-3%

Kommentar

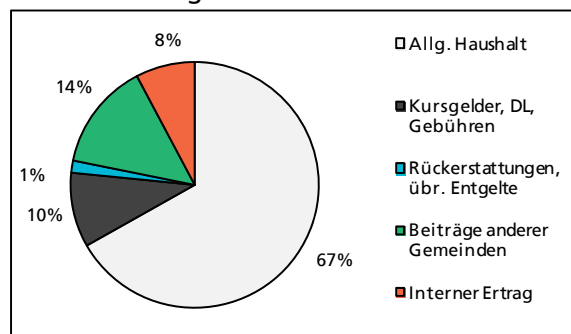
Die Kinderkrippe Eichhörnli wurde per 1. Januar 2011 in eine private Trägerschaft übergeführt. Der Aufwand und Ertrag von je Fr. 0,8 Mio. ist noch in den Budgetzahlen enthalten und zeigt sich in der Abweichung. Durch den Ausbau der Quartier- und Beratungsarbeit fiel im Bereich KJF ein höherer Personalaufwand an. Der Mehrertrag von Fr. 1,3 Mio. wurde ausgewiesen, da die Beiträge der Stadt Luzern an die Mütter- und Väterberatung sowie die Beratungsstelle CONTACT neu als Aufwand im Beitragswesen (siehe Kommentar zu Beitragswesen 840) und, wie oben ersichtlich, als Ertrag im Bereich KJF gezeigt werden.

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Kinder- und Jugendschutz	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anzahl geführte Dossiers (Mandate)	346	358	352	488	512	5%

Kommentar

Die Erhöhung von 5 % führte zu einer Mandatsbelastung von 76 Mandaten pro 100%-Stelle (Soll: 70).

Mütter- und Väterberatung MVB seit 1.1.2010	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Geburten Stadt Luzern				762	830	9%
Hausbesuche 1. Lebensjahr (LJ)				318	392	23%
Hausbesuche 2. LJ und älter				50	48	-4%
Beratungen in Sprechstunden 1. LJ				2'039	2'047	0.4%
Beratungen in Sprechstd. 2. LJ und älter				402	382	-5%
Telefonberatungen 1. LJ				1'781	2'062	16%
Telefonberatungen 2. LJ und älter				460	434	-6%
Total Beratungen				5'050	5'365	6.3%

Kommentar

Die Mütter- und Väterberatung erbringt ihre Leistungen nebst der Stadt Luzern für 14 weitere Gemeinden. 2011 ist Emmen dazugekommen. Die Beratungen werden von zehn Beraterinnen und zwei Stellvertreterinnen geleistet.

Jugend- und Familienberatung CONTACT, seit 1.1.2010	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Familienberatung						
Neuanmeldungen				100	126	26%
Laufende Fälle Ende Dezember				74	49	-34%
Jugendberatung						
Neuanmeldungen				184	232	26%
Laufende Fälle Ende Dezember				121	48	-60%
Total Fälle				195	97	-50%

Kommentar

CONTACT ist die Beratungsstelle der Stadt Luzern und von 13 weiteren Gemeinden. Seit 2011 wird die Familienberatung auch für die Gemeinde Horw angeboten. Im Jahr 2011 wurden insgesamt 553 Fälle beraten. Davon konnten 456 Dossiers abgeschlossen werden.

Familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulbereich	2008	2009	2010	2011
Anzahl Institutionen (Kitas/TEV) ¹ Stadt Luzern	15	27	29	28
Anzahl Plätze in (subventionierten) Kinderkrippen	254	514	622	661
Davon subventionierte Plätze in Kindertagesstätten (Betreuungsgutscheine)	147	BG ²	BG	BG
Anzahl Betreuungsstunden bei Tageseltern	62'435	63'700	78'075	66'981
Bruttoaufwand Kinderbetreuung Vorschulbereich	2'411'452	2'567'284	4'145'791	4'180'355

¹ Kindertagesstätten, Tageselternvermittlung.

² Betreuungsgutscheine.

Kommentar

Zwischen 1. April 2009 und 31. Dezember 2012 läuft das Projekt Betreuungsgutscheine. Die Betreuungsgutscheine werden direkt an die Eltern und nicht mehr an einzelne Betreuungsinstitutionen ausbezahlt. In der Stadt Luzern gibt es inzwischen genügend bezahlbare Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter. Es bestehen faktisch keine Wartelisten mehr.

Animation/Partizipation	2008	2009	2010	2011
Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche				
Basel-/Bernstrasse/St. Karli				
Treffangebot: Anzahl Kinder, Jugendliche	772	1'390	1'270	2'162
Spielanlässe im Quartier: Anzahl Kinder ¹	2'030	2'980	2'850	2'313
Quartieranlässe (z. B. BaBeL-Cup): Anz. Teilnehmende	340	450	240	797
Projekte mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendliche	311	1'013	1'420	2'104
Hubelmatt/Moosmatt/Säli				
Regelmässige Angebote:	294	365	580	1'335
Quartieranlässe: Anzahl Teilnehmende	260	230	450	639
Projekte und Aktionen mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendliche	2'049	1'114	1'090	2'186
Würzenbach/Büttenen/Utenberg				
Quartieranlässe: Anzahl Teilnehmende	320	985	370	548
Projekte und Aktionen mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendliche	376	1'290	1'120	460
Littau Dorf/Matt/Rönnimoos				
Regelmässige Angebote:			2'290	2'302
Raumvermietungen (inkl. Aktionsraum)			103	158
Projekte und Aktionen mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendliche			760	1'968
Spielnachmittage im Vögeligärtli: Anzahl Erwachsene und Kinder ²	1'505	1'481	1'534	1'466
Midnight Sports & Music (Säli, Würzenbach, Ruopigen). ³	2'635	2'949	7'258	4'549

¹ Verein Sentitreff (Dammgärtli und Sentitreff) und Verein BaBeL (Sagenmattrain, Grenzhof und Quartierwerkraum); Koordination und Mitarbeit Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche (QAKJ).

² Verein Spielraum, 2009 wurde die Verantwortung für die Durchführung dem Verein Spielraum übertragen.

³ Verein Midnight Projekte Schweiz, seit 2009 insgesamt drei Standorte in Luzern.

Kinder- und Jugendparlament	2008	2009	2010	2011
Kinderparlament				
Mitglieder	84	92	74	61
Kinder in Kommissionen (Teams)	40	46	39	40
Jugendparlament				
Mitglieder	12	12	10	10

Ferienpass	2008	2009	2010	2011
Anzahl verkaufter Ferienpässe	7'250	7'572	7'654	6'656
Davon Ferienpässe	1'813	1'513	1'766	1'654
Davon Ferienpässe light	5'437	6'059	5'888	5'002
Davon Kinder/Jugendliche aus der Stadt Luzern	2'282	2'445	3'071	2'770

Kommentar

Der Ferienpass wird zentral für 16 Agglomerationsgemeinden organisiert. Die Nachfrage, besonders aus den angeschlossenen Gemeinden, war im Jahre 2011 geringer als in den Vorjahren. Die Nachfrageschwankungen liegen im üblichen Rahmen.

Freizeitangebote	2008	2009	2010	2011
Osterkreativwoche				
Anzahl Teilnehmende	359	310	465	1'189
Herbstkreativwoche				
Anzahl Teilnehmende		277	329	1'043
Theaterkids				
Anzahl Teilnehmende			130	124

Jugendhaus Treibhaus	2008	2009	2010	2011
Anzahl Mittagessen pro Tag	53	55	82	90
Besucher/innen pro Abend bei Veranstaltungen	180	223	214	180
Anzahl durchgeführte Veranstaltungen	62	99	85	92
Besucher/innen pro Veranstaltung	111	99	114	54
Fremdveranstaltungen	39	38	42	37
Vermietungen Bandräume (Doppelbelegungen)	6	6	6	6

Kommentar

Die Zahl der Besucherinnen und Besucher pro Veranstaltung war tiefer als im Vorjahr, da sich das Treibhaus auf Konzertveranstaltungen konzentriert hat, die jeweils von den Programmgruppen organisiert wurden. Partys, die zwar viele Besuchende angezogen hatten, aber wenig Beteiligung der Aktivisten ermöglichten, wurden weniger berücksichtigt.

Die Veranstaltungen wurden von 13 verschiedenen Programmgruppen organisiert. Insgesamt waren 72 Aktivistinnen und Aktivisten in verschiedenen Funktionen für das Treibhaus tätig. Zudem bot das Treibhaus für 34 Jugendliche die Möglichkeit eines Nebenerwerbs.

4.1.4.8 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

a) Aufgaben / Dienstleistungen

In den sechs Wohngruppen der **Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg** wohnen 45 Kinder und Jugendliche, die aus verschiedenen Gründen für eine bestimmte Zeit nicht in ihrer Familie aufwachsen können.

In der **Notaufnahme Utenberg** (NAU) werden bis zu sieben Kinder und Jugendliche in einer akuten Gefährdungssituation rund um die Uhr aufgenommen. Zusätzlich stehen zwei Notfallbetten zur Verfügung. Die interne NAU-Schule ist dem Rektorat der Volksschule unterstellt.

In der **Wohnbegleitung Rank** finden sechs junge Erwachsene der KJU Aufnahme, die bereits weitgehend selbstständig und eigenverantwortlich denken und handeln. Die Siedlung bietet ihnen mit den 1-Zimmer-Wohnungen die Möglichkeit, diese Kompetenzen zu erweitern und gleichzeitig das selbstständige Wohnen zu erproben.

Der interne **Sozialdienst** bereitet mit den Jugendlichen den Austritt aus der KJU vor und begleitet sie helfend und beratend auch nach ihrem Heimaufenthalt auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit.

Die Siedlung ist eine anerkannte und subventionsberechtigte Einrichtung des Bundesamtes für Justiz für Leistungen des Straf- und Massnahmenvollzugs. Für sämtliche Angebote hat die Siedlung mit der kantonalen Dienststelle Soziales und Gesellschaft Leistungsverträge abgeschlossen. Die Finanzierung erfolgt mittels des kantonalen Gesetzes über die sozialen Einrichtungen.

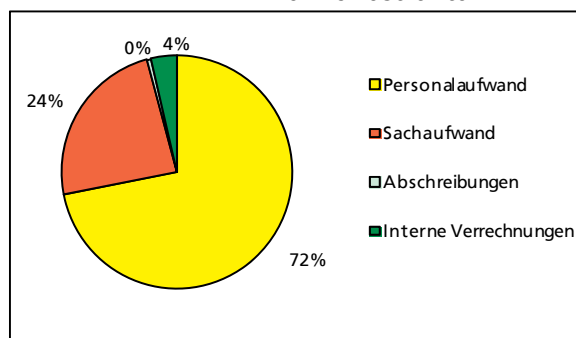
Für die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg waren 2011 insgesamt 41,30 Stellen bewilligt.

b) Ergebnis

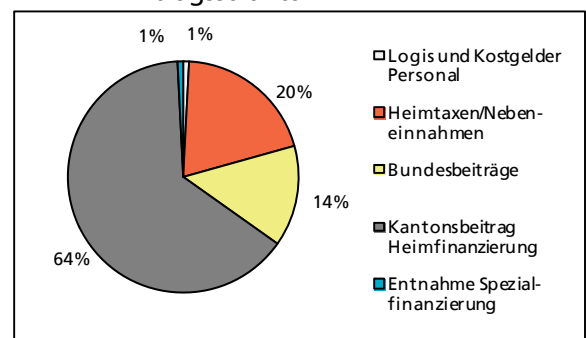
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	7'243'625	7'325'845	7'457'300	-131'455	-2%	82'220	1%
Ertrag	7'243'625	7'325'845	7'457'300	-131'455	-2%	82'220	1%
Ergebnis	0	0	0				

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eintritte 6 Wohngruppen und Rank	12	15	18	13	10	15
Austritte 6 Wohngruppen und Rank	8	15	13	11	12	11
Durchschnittliche Belegung	89%	90%	92%	96%	94%	96%
Eintritte NAU			29	75	50	45
Austritte NAU			24	70	50	43
Durchschnittliche Belegung NAU			87%	91%	97%	94%
Platzangebot insgesamt (31. Dez.)	51	51	58	58	58	58

e) Kommentar

Auch im 200-Jahr-Jubiläumsjahr war die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg weitgehend voll belegt, und es konnte mit einer beinahe ausgeglichenen Rechnung abgeschlossen werden. Lediglich Fr. 35'244.48 (0,5 % des Gesamtaufwandes) mussten dem Reservefonds entnommen werden.

4.2 Bildungsdirektion und Präsidiales

Vorwort von Urs W. Studer, Stadtpräsident und Bildungsdirektor

Manche Aufgabenfelder der Bildungsdirektion plus geniessen hohe mediale öffentliche Beachtung, andere finden unter Ausschluss der öffentlichen Berichterstattung statt. Im Jahresbericht sollen die vielen wiederkehrenden Verwaltungsaufgaben nicht übergangen werden. Denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter "meiner" Direktion leisten gerade im Unbeachteten viel Beachtliches.

Da werden täglich Dutzende Gebisse der Schulkinder kontrolliert, zahllose Akten für die Nachwelt sauber sortiert und archiviert, sämtliche Löhne jeden Monat pünktlich bezahlt, Hunderte Stadtrats- und Parlamentsgeschäfte sorgfältig aufbereitet, die Mitarbeitenden rechtlich, persönlich, kommunikativ und fachtechnisch beraten, Sportplätze und -hallen verwaltet, verteilt übers Jahr Hunderttausende Bücher, DVDs und andere Medien ausgeliehen, Schulkinder nicht nur unterrichtet, sondern auch ausserhalb der Schulzeiten betreut usw. Alle diese Leistungen werden in der medialen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, von den externen und internen Kundinnen und Kunden jedoch sehr geschätzt.

Rund 970 Lehrpersonen bringen Kindern Lesen und Schreiben, Singen und Rechnen bei, thematisieren gesellschaftliche Entwicklungen, führen Projekte durch, helfen, Arbeitstechniken einzuüben. Mit der Einführung der Integrativen Förderung (IF) sind seit August 2011 neue anspruchsvolle Aufgaben hinzugekommen. Der Schulalltag ist für Lehrpersonen, Kinder und Eltern komplexer und damit auch reichhaltiger geworden. Nach der Einführung auf der Unterstufe werden in den kommenden Jahren auch Mittel- und Oberstufe der Primarschule von den neuen Unterrichtskonzepten der IF profitieren können. Mit IF wurde auch die Integrierte Sonderschulung (IS) eingeführt. Kinder mit Behinderungen können seit diesem Schuljahr Regelklassen besuchen.

Parallel dazu wurde die Heilpädagogische Schule (HPS), welche die Stadt Luzern seit 1962 geführt hatte, kantonalisiert. Auf Antrag der Gemeinde Emmen und der Stadt Luzern hatte der Regierungsrat im Dezember 2009 entschieden, die Kantonalisierung der Heilpädagogischen Schulen per 1. August 2011 zu vollziehen. Dazu war eine Änderung des Volksschulbildungsgesetzes notwendig, welche am 15. Mai 2011

von den Stimmberechtigten angenommen wurde. Einhergehend mit der Kantonalisierung wurden die Heilpädagogischen Schulen Emmen und Luzern zu einer Schule zusammengelegt. Der bisherige Schulleiter HPS Luzern, Jürg Jodelhauser, führt die HPS Luzern-Emmen seit dem Schuljahr 2011/2012. Die räumlichen Umsetzungsarbeiten werden voraussichtlich Ende 2012 abgeschlossen sein.

Auf Ende 2010 wurde die Schulpflege der Stadt Luzern aufgehoben. An ihre Stelle trat nahtlos die neu gebildete ständige Bildungskommission des Grossen Stadtrates, welche im Verlauf des Jahres zusätzlich die Aufgaben der bisherigen stadträtlichen Musikschulkommission übernahm. Die Bildungskommission konnte sich rasch einen Überblick über die Tätigkeiten und die wichtigen Projekte in der Bildungsdirektion, wozu auch Kultur- und Sportthemen gehören, verschaffen. Die Zusammenarbeit zwischen Bildungskommission und -direktion funktioniert sehr gut.

Neben ganz grossen Vorhaben wie dem Projekt "Starke Stadtregion Luzern", der Eröffnung der Swisssporarena oder Planungsarbeiten zum Ausbau der Ruderinfrastruktur war die Bildungsdirektion massgeblich am Aufbau des städtischen Auftritts in den Social-Media-Plattformen Facebook und Twitter beteiligt. Das seit dem 18. April 2011 dauernde Pilotprojekt ist ein Erfolg. Luzern kann über die neuen Medien mit insgesamt 3'000 Fans/Followern direkt kommunizieren. Luzern hat damit bedeutend mehr Kontakte als jede andere Schweizer Stadt. Aber nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität stimmt: Der Luzerner Auftritt wird von Fachleuten und Kundenschaft immer wieder gelobt.

Unter Fachleuten anerkannt und bei einem breiten Publikum beliebt ist auch das Europa Forum Luzern, das im Mai 2011 zum 20. Mal stattgefunden hatte. Das zweimal jährlich stattfindende Forum funktioniert unter anderem auch darum so gut, weil zahlreiche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mitwirken. Ihnen und allen anderen freiwillig tätigen Personen in Luzern spreche ich meinen besonderen Dank aus; 2011 war notabene auch Europäisches Jahr der Freiwilligen.

4.2.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Neue Stadtgemeinde / Starke Stadtregion Luzern
(Projektplan Nr. L02001)

Fünfjahresziel
0.2

Adligenswil, Ebikon und Kriens sowie im März 2012 leider auch Emmen haben sich deutlich gegen die Erarbeitung eines Fusionsvertrags mit der Stadt Luzern ausgesprochen. Die Stadt Luzern zeigte sich einer Vertragserarbeitung mit einem Ja-Anteil von rund 62 % sehr offen.

Metropolitanraum Zürich
(Projektplan Nr. L02016)

Fünfjahresziel
6.1, 8.2

Die Stadt Luzern brachte sich insbesondere in der Projektkoordination (operativer Ausschuss) stark ein. Bei den konkreten Projekten war es den Mitarbeitenden der Stadt aus Ressourcengründen nur möglich, in den Echogruppen mitzuarbeiten.

Rudersportanlage Rotsee, Erneuerung
(Projektplan Nr. I34001)

Fünfjahresziel
3.1

Der Verein Naturarena Rotsee hat sich gebildet. Die öffentliche Hand ist mit dem regionalen Entwicklungsträger LuzernPlus vertreten. Kontakte mit dem Kanton Luzern, der Gemeinde Ebikon und der Stadt Luzern sind aufgebaut. Der Verein erstellt im Winterhalbjahr 2011/2012 nach Absprache mit den Exekutiven von Stadt und Kanton im Wettbewerbsverfahren ein Vorprojekt, welches die Basis für die weiteren Schritte, auch im politischen Raum, bilden soll. Die Dienstabteilung Kultur und Sport hat ferner im Sommer 2011 alle Akteure, inkl. Exponenten des Schweizerischen Ruderverbandes, zu einer koordinierenden Aussprache eingeladen, welche zu einer Klärung der Aufgaben und Rollen beigetragen haben dürfte.

Kulturstandort Luzern, Aktualisierung
(Projektplan Nr. L30201)

Fünfjahresziel
3.2

Im Berichtsjahr entstand ein umfangreicher Bericht mit einer Standortbestimmung über das kulturelle Leben und die Situation der kulturellen Akteure in Luzern. Er liegt im Januar 2012 dem Stadtrat vor – geplant ist ein breites Vernehmlassungsverfahren.

Infrastrukturanpassung an neue Lernformen
(Projektplan Nr. I21901)

Fünfjahresziel
2.1

Der Umgang mit der Heterogenität im Klassenzimmer erfordert neue Lernformen. Bei Schulhäusern, die nicht innerhalb der nächsten fünf Jahre renoviert werden, sind infrastrukturelle Anpassungen vorzunehmen. Der entsprechende Bericht und Antrag wird im ersten Halbjahr 2012 dem Parlament zugeleitet.

Soziale Arbeitsplätze für leistungsverminderte Mitarbeitende
(Projektplan Nr. L02017)

Fünfjahresziel
0.3

Das Pilotprojekt wurde zusammen mit der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit weiter vorbereitet. Das Projekt wird im Jahre 2013 ausgewertet. Anschliessend werden die konkreten Massnahmen vorgeschlagen.

4.2.2 Rechnungsergebnis im Überblick Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 11	B 11	Abwei- chung	in %	R 11	B 11	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K100 Grosser Stadtrat	582	600	-18	-3%	0	0	0		(582)		18
K101 Stadtrat	3'539	3'738	-198	-5%	10	9	1	11%	(3'529)		200
K111 Stadtkanzlei	4'735	4'578	157	3%	1'796	1'693	103	6%	(2'939)	54	
K112 Personalamt	2'661	2'538	123	5%	2'651	2'653	-1	0%	(10)	125	
Spezialaufgaben											
K120 Leistungen Personal und Rentner	17'378	17'640	-262	-1%	2'267	2'456	-189	-8%	(15'111)		73
Total	28'895	29'094	-198	-1%	6'725	6'811	-86	-1%	(22'171)	179	291
Nettoverbesserung										112	

Das Gesamtergebnis schliesst mit Fr. 112'000.– rund 0,5 % besser ab als budgetiert.

Im Grossen Stadtrat konnte die Sitzung vom Dezember 2011 nicht mehr mit dem Dezember-Lohnlauf ausbezahlt werden. Ausserdem wurden weniger Spesen benötigt als angenommen.

Im Stadtrat führten Todesfälle von zwei alt Stadträten und einem alt Bürgerrat dazu, dass weniger Pensionskassenleistungen erbracht werden mussten.

Die Mehraufwendungen in der Stadtkanzlei von Fr. 54'000.– entfielen hauptsächlich auf höhere interne Verrechnungen von IT-Dienstleistungen sowie den Wegfall von internen Verrechnungen an andere Abteilungen.

Bei der Dienstabteilung Personal wurde im Budget 2011 eine Sparpaket-Einsparung irrtümlich doppelt abgezogen, was zu einer Budgetüberschreitung bei den Löhnen führte.

Die internen Verrechnungen für IT-Dienstleistungen fielen höher aus als angenommen, und die internen Verrechnungen an andere Abteilungen konnten nicht im vollen Umfang in Rechnung gestellt werden.

Bei den Leistungen für das städtische Personal resultiert ein Plus von Fr. 73'000.– gegenüber Budget. Dieses setzt sich aus verschiedenen Posten zusammen: Die Übergangsrenten für frühzeitig in Pension gegangene Mitarbeitende sind stark zurückgegangen, nämlich um Fr. 405'000.–. Um eigene stellenlose Lehrabgänger/innen für eine Übergangszeit weiterbeschäftigen zu können, wurden zusätzliche Mittel im Umfang von Fr. 167'000.– benötigt. Die Aus- und Weiterbildung kostete Fr. 16'000.– mehr, für Fahrvergünstigungen wurden Fr. 23'000.– mehr aufgewendet und für Stelleninserate und Assessments Fr. 85'000.– mehr ausgegeben.

Bildungsdirektion

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 11	B 11	Abwei- chung	in %	R 11	B 11	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K310 Stab Bildungs- direktion	1'080	1'100	-20	-2%	204	205	-1	0%	(876)		19
K3110 Volksschule	89'530	89'285	245	0%	21'393	20'934	458	2%	(68'137)		214
K3111 Heilpädagogische Sonderschule	3'514	6'262	-2'749	-44%	3'514	6'271	-2'757	-44%	0	8	
K3112 Sprachheil- kindergarten	318	338	-20	-6%	318	338	-20	-6%	0		
K3113 Schulgesundheits- dienst	130	163	-33	-20%	0	0	0		(130)		33
K3115 Elternschule	61	69	-8	-12%	21	21	0	0%	(40)		8
K312 Musikschule	8'342	8'607	-265	-3%	3'278	3'621	-343	-9%	(5'064)	78	
K315 Kultur und Sport	4'441	4'373	68	2%	766	750	16	2%	(3'675)	52	
K317 Kinder- und Jugendzahnklinik <i>Spezialaufgaben</i>	1'170	1'216	-46	-4%	482	621	-139	-22%	(687)	92	
K320 Stadtbibliothek	2'292	2'299	-6	0%	391	465	-74	-16%	(1'901)	67	
K321 Musik- und Atelier- zentrum Sedel	172	162	10	6%	56	60	-4	-7%	(116)	14	
K322 Richard Wagner Museum	207	209	-2	-1%	56	50	6	12%	(151)		8
Total	111'255	114'083	-2'828	-2%	30'478	33'335	-2'857	-9%	(80'777)	311	282
Nettover- schlechterung											29

Die Rechnung 2011 der Bildungsdirektion schliesst mit einem Aufwand von Fr. 111,3 Mio. und einem Ertrag von Fr. 30,5 Mio. ab. Die Nettobelastung liegt somit rund 0,1 % oder Fr. 29'000.– über der Budgetvorgabe.

Beim Stab der Bildungsdirektion konnten Einsparungen im Personal- und Sachaufwand die leicht erhöhten internen Verrechnungen ausgleichen. Es resultiert ein leichter Minderaufwand.

Die Volksschule hat das Globalbudget durch Einsparungen im Sachaufwand und erhöhte Bundes- und Kantonsbeiträge geringfügig unterschritten. Die Heilpädagogische Schule wurde per 1. August 2011 kantonalisiert. Die Rechnung schliesst geringfügig über der Budgetvorgabe ab.

Die Rechnung des Sprachheilkinder Gartens weist entgegen dem Budget 2011 eine höhere Entnahme aus der Spezialfinanzierung zum Ausgleich der Rechnung aus. Beim Schulgesundheitsdienst resultiert ein Minderaufwand, da weniger Untersuchungen durchgeführt wurden. Die Elternschule verzeichnete weniger Kursteilnehmende als prognostiziert. Dies führte zu tieferen Personal- und Sachkosten, welche die Ertragsausfälle leicht überkompensieren.

Die Musikschule verzeichnete 2011 leicht tiefere Schülerzahlen als budgetiert und schliesst deshalb 1,6 % über der Budgetvorgabe ab. Der vorgegebene Kostendeckungsgrad von mindestens 40 % ist mit 40,6 % eingehalten.

Kultur und Sport schliesst 2011 leicht über Budget ab. Der Mehraufwand ist auf die Projekte "Kultur-Agenda 2020" und "Leitbild Sport" zurückzuführen. In der Kinder- und Jugendzahnklinik hat 2011 eine Pensumsreduktion auf Leitungsebene stattgefunden. Die dadurch erzielten Einsparungen konnten die Ertragsausfälle (weniger Behandlungen) nicht ausgleichen, das Budget wurde um 16 % überschritten.

Die Stadtbibliothek hat auch 2011 die budgetierten Ausleihzahlen nicht erreicht. Durch weniger Medienankäufe und Einsparungen im Sachaufwand konnte der Minderertrag leicht abgedeckt werden. Trotzdem resultiert eine Budgetüberschreitung von rund 4 %. Das Atelierzentrum Sedel verzeichnete leichte Erhöhungen im baulichen Unterhalt und bei den Betriebskosten.

Das Richard Wagner Museum schliesst rund 5 % unter der Budgetvorgabe ab, dies aufgrund tieferer Gebäudekosten und leicht erhöhter Erträge (neue Ausstellung).

4.2.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Bildungsdirektion und Präsidiales

Neben den Kernaufgaben eines Direktionsstabes liegt die Verantwortung für die folgenden Bereiche beim Stab BID+:

- Projektkoordination Stadt Luzern für die Starke Stadtregion Luzern
- Projektkoordination Stadt Luzern für den Metropolitanraum Zürich
- Teilprojektleitung Verzeichtsplanung BID+
- Qualitätsmanagement KJK
- Ansprechstelle Quartiervereine
- Mitarbeit Quartier- und Stadtteilpolitik
- Projektleitung Social Media
- Koordination Kantonalisierung HPS
- Koordination der Kommissionsbereinigung im Bildungsbereich

Sie sind zum Teil an anderer Stelle beschrieben.

Städtepartnerschaften

Im Mai hat der Grosse Stadtrat den B+A 2/2011 "Städtepartnerschaften – Fortführung 2012–2014" zustimmend zur Kenntnis genommen. Zuvor hatte die Geschäftsprüfungskommission einen Berichtsentwurf zurückgewiesen, der die Städtepartnerschaften zu einer Daueraufgabe machen wollte. Das Parlament will regelmässig über die Städtepartnerschaften diskutieren können. Deshalb hat es den Auftrag erteilt, Kriterien zu erarbeiten, um Mehrwerte der einzelnen Partnerschaften beurteilen zu können. Im nächsten Bericht und Antrag, der 2014 dem Parlament vorgelegt werden muss, ist darüber Rechenschaft abzulegen.

Stadtkanzlei

Im Berichtsjahr wurden 1'151 Stadtratsbeschlüsse und 1'599 Eingänge bei der Stadtratspost verarbeitet. Das entspricht dem Durchschnitt der letzten Jahre. Die Anzahl Berichte bzw. Berichte und Anträge (B+A) reduzierte sich von durchschnittlich rund 50 auf 30. Hauptgrund dafür ist, dass die Einbürgerungen seit dem 1. Januar 2011 abschliessend von einer Kommission (Ausländer/innen) bzw. vom Stadtrat (Schweizer/innen) behandelt werden. Die entsprechenden B+A sind damit weggefallen. Es wurden ferner 824 amtliche Beglaubigungen vorgenommen. Dazu kommt, dass der ehemalige Gemeindeschreiber von Littau gestützt auf die Bestandesgarantie gemäss Fusionsvertrag und auf der Basis einer schriftlichen Vereinbarung weiterhin als Notar tätig sein kann.

Die zuständige Mitarbeiterin der Stadtkanzlei besuchte insgesamt 78 Jubilarinnen und Jubilare. Sie durfte so der ältesten Einwohnerin

und dem ältesten Einwohner der Stadt sowie 10 100-Jährigen und 66 95-Jährigen im Namen der Stadt gratulieren und ein kleines Geschenk überreichen.

Anlässe

Die Stadtkanzlei organisiert im Jahresverlauf jeweils verschiedene kleinere und grössere Anlässe oder Empfänge. Daraus sind im Berichtsjahr folgende erwähnenswert:

- Empfänge an folgenden zwei Anlässen des Europa Forums Luzern: "Wirtschaft, Demografie, Altersvorsorge" am 9.5.2011 und "Wege aus der Schuldenkrise" am 7./8.11.2011;
- Luzerner Empfang anlässlich Tanz-Festival am 14.5.2011 im Südpol;
- letztmals (Sparpaket) Einladung des Lucerne Festival Orchestra am 20.8.2011 nach dem letzten Konzert im Rahmen von LUCERNE FESTIVAL im Sommer 2011.

Am 14. Juni 2011 trafen sich der Regierungsrat und der Stadtrat in corpore zu einer gemeinsamen Besprechung. Diese soll jeweils jährlich im Frühjahr stattfinden. Zudem trifft sich der Stadtrat viermal pro Jahr mit den städtischen Mitgliedern des Kantonsrates zu einem Gedankenaustausch.

Der Stadtrat ordnete seine Klausuren neu. Diese fanden wie folgt statt: je 2 Tage im Januar und März, 3 Tage im Juli und 2 Tage im November.

Kommunikation

Die Stadtverwaltung verfolgt in ihrer Kommunikationsarbeit den Ansatz der Integrierten Kommunikation. Information und Dialog werden bei allen Verwaltungstätigkeiten und in allen Projekten von Anfang an eingesetzt. Dieses Vorgehen ist für ein erfolgreiches Arbeiten von Stadtrat und Verwaltung notwendig und führt dazu, dass die Stelle für Kommunikation in allen wichtigen Projekten direkt beteiligt ist und die Direktionen in den andern berät.

2011 war aus kommunikativer Sicht wiederum ein intensives Jahr. Aus der grossen Zahl der Projekte stachen besonders hervor: Starke Stadtregion Luzern, Eröffnungen Sportanlagen Allmend, Jubiläum 200 Jahre Waisenhaus/Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg, Kampagne gegen Littering "Luzern glänzt".

2011 erweiterte die Stelle für Kommunikation ihre Palette der Kommunikationsmassnahmen mit verschiedenen Angeboten im Bereich von Social Media. In einem erfolgreichen Pilotprojekt wurden erste Erfahrungen gesammelt.

Neu ergänzen Facebook, Twitter und Google+ die eingespielten Massnahmen wie Internet, Newsletter, "Stadtmagazin" oder den Mediensendienst.

Im personellen Bereich bewilligte der Stadtrat der Stelle für Kommunikation eine Praktikumsstelle. Sie ermöglicht Studierenden im Bereich Kommunikation einen wertvollen Einblick in das vielfältige Feld der Kommunikation einer Stadt. Solche Praktika sind sehr gesucht. Schliesslich half die Stelle für Kommunikation mit, die Strategie "Film + Fernsehen Luzern" weiter zu konkretisieren. Mit ihrem Know-how in Kommunikation organisierte die Stelle den Rahmen zur Sendung "SF bi de Lüt – Live" mit und unterstützte die Betreuung der "Tatort"-Produktionen von Schweizer Radio und Fernsehen.

Stadtarchiv

Weiterhin bewährt sich das Konzept der mehrstufigen und nach Bedarf unterschiedlich tiefen Erschliessung, sodass die Bestände des Stadtarchivs trotz beschränkter Ressourcen hinreichend gesichert und für die Benutzung zugänglich gemacht werden können. Dies gilt namentlich auch im Zusammenhang mit dem Projekt "Aufarbeitung des Gemeindearchivs Littau". Im Berichtsjahr abgeschlossen werden konnte die Zusammenführung, Bewertung, Ordnung und Verzeichnung des alten Gemeinderatsarchivs und der Historischen Sammlung, womit sich nun ein breiter Einblick in die Entwicklung der Gemeinde Littau im 19. und 20. Jahrhundert bietet. Neben dem Gemeinderatsarchiv und der Historischen Sammlung wurden mit Fotoarchiv, Schulakten und Teilungsakten weitere Teile des Littauer Bestandes in Angriff genommen.

Der fortschreitende Aufarbeitungsstand zeigt sich nicht zuletzt in der wachsenden Zahl der Forschungsarbeiten, die sich auf die Bestände des Stadtarchivs stützen und mit ihren Erkenntnissen einen nicht unwesentlichen Beitrag für das Selbstverständnis der Stadt leisten. Nicht selten geht die Unterstützung des Stadtarchivs über das Zugänglichmachen seiner Bestände und die Beratung bei dessen Benutzung hinaus. So hat das Stadtarchiv 2011 die Publikation der Forschungsergebnisse des Instituts für Musikpädagogik der Hochschule Luzern zur Geschichte der Musikschule Luzern mit der Aufnahme in die städtische Schriftenreihe "Luzern im Wandel der Zeiten" ermöglicht und für das Jubiläum "200 Jahre. Vom Waisenhaus zur Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg" eine Ausstellung zur Entwicklung der stationären Kinderbetreuung in Luzern erarbeitet.

Ein besonderes Highlight im Berichtsjahr war für das Stadtarchiv die Übernahme des Kleintheaterarchivs, dessen Aufarbeitung durch das Architekturbüro CAS Architekten Luzern gesponsert wurde. Die offizielle Übergabe in Anwesenheit von Kleintheater-Gründer Emil Steinberger hat für grosses Medienecho gesorgt.

Der Zukunftssicherung gewidmet war im Berichtsjahr die Arbeit in den Projekten "Schriftgutmanagement" und "Stadtarchiv-Neubau": Mit den Entwürfen von Richtlinien und Anleitungen liegen die Grundlagen für die Verbesserung des städtischen Schriftgutmanagements vor. Dieses ist wesentlicher Bestandteil einer zeitgemässen, rechtssicheren Geschäftsverwaltung und unterstützt die rationelle Verwaltungsführung. Aufgrund mangelnder finanzieller, aber auch personeller Ressourcen musste von der ursprünglichen Zielsetzung einer flächendeckenden Einführung des vollelektronischen Schriftgutmanagements abgerückt werden. Stattdessen wird vorderhand angestrebt, das vollelektronische Schriftgutmanagement punktuell dort zu implementieren, wo der Gewinn aufgrund des Dokumentenanfalls und durch die Optimierung der Geschäftsprozesse besonders gross ist.

Im Februar und März 2011 wurde die Jurierung für ein neues Stadtarchiv in Ruopigen durchgeführt. Die Jury entschied sich einstimmig für das Projekt "Tabularium" der Enzmann Fischer Architekten AG. Der Wettbewerbsbeitrag wurde seither intensiv weiterbearbeitet und optimiert und auf Anfang 2012 dem Stadtrat vorgelegt.

Personal

Einer der Schwerpunkte war die Vorbereitung der Teilrevision des städtischen Personalreglements. Die Stadt Luzern will als Arbeitgeberin weiterhin über attraktive Anstellungsbedingungen verfügen, um im Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Der B+A zur Teilrevision des Personalrechts wird im Frühling 2012 dem Grossen Stadtrat unterbreitet.

Die Stadt Luzern bildet rund 150 Lernende in 20 Berufen aus. Davon sind 90 Lernende in der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS) tätig. HAS wird in den nächsten Jahren die Anzahl der Lernenden erhöhen; dies auch im Sinne eines Beitrags zur eigenen Nachwuchsförderung und der Sicherung des Personalbestands. Im Zentrum steht v. a. die Ausbildung zur Fachangestellten Gesundheit. Aus strategischen und strukturellen Gründen wurde im Berichtsjahr die Trennung der Ausbildungsverantwortung zwischen HAS und der

übrigen Stadtverwaltung vorbereitet. Sie wird derzeit umgesetzt. Bei HAS wird neu das Kompetenzzentrum Bildung zuständig sein. Für die Stadtverwaltung bleibt die Fachstelle Berufsbildung der Dienstabteilung Personal verantwortlich. Übergeordnete strategische Themen wie z. B. die Lohn- und Rekrutierungspolitik werden in einer gemeinsamen Steuerungsgruppe koordiniert.

Zusammen mit der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit wird ein Pilotprojekt Arbeitsintegration durchgeführt. Für leistungseingeschränkte Mitarbeitende sollen spezielle Arbeitsplätze und Einsatzmöglichkeiten geschaffen werden. Das Projekt wurde 2010 gestartet und soll 2013 ausgewertet werden. Die fünf Abteilungen Tiefbauamt, Heime und Alterssiedlungen, Soziale Dienste, Immobilien und Personal sind daran beteiligt.

Im Tiefbauamt wird ein Pilotprojekt "Gesundheit am Arbeitsplatz" durchgeführt. Mit der SUVA wurde für alle Mitarbeitenden ein Gesundheitsparcours angeboten. Ziel ist die Sensibilisierung für die persönliche Gesundheit und das Einleiten von Massnahmen, damit die Mitarbeitenden gesund bleiben.

Die Einführung des neuen Personalinformationssystems steht vor dem Abschluss. Mit dieser neuen Software erhalten beispielsweise die Führungskräfte neue Instrumente in der Personalarbeit. Auch ist ein eigentliches Personalcontrolling in Vorbereitung, das per 2013 aktiv wird.

Volksschule

Integrative Förderung

Seit Schulbeginn 2011/2012 wird in allen Schulhäusern die Integrative Förderung im Kindergarten und in den 1. und 2. Klassen der Primarstufe umgesetzt. In den Schulhäusern Moosmatt und St. Karli wird auf Wunsch der Schulteams bereits die ganze Primarschule integrativ geführt, im Schulhaus Wartegg bis 5. Klasse und in den Schulhäusern Büttenen und Unterlöchli bis 4. Klasse.

In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden Grundfragen zur operativen Umsetzung von IF geklärt und Unterlagen erarbeitet. Eine Webseite mit allen relevanten Dokumenten und einer thematischen Landkarte mit IF-Unterlagen wurde erstellt und den Lehrpersonen kommuniziert: www.integration.vsluzern.ch In mehreren Schulhäusern wurden Informationsveranstaltungen für die Erziehungsberechtigten durchgeführt.

Zur Weiterentwicklung der Sekundarstufe I wurde eine eigene Projektorganisation eingesetzt. In enger Zusammenarbeit mit den Schulleitungen soll dadurch die Basis für die Ein-

führung des integrierten Modells gelegt und sollen die Umsetzungsschritte definiert werden.

Betreuung / Additive Tagesschule

Seit Schuljahrbeginn 2011/2012 werden, mit Ausnahme von Fluhmühle, alle Schulbetriebs-einheiten der Primarstufe als Additive Tagesschulen geführt (B+A 1/2008). Die schul- und familienergänzenden Betreuungsangebote gehören zum schulischen Angebot. Seit 1. Januar 2011 sind die Schulleitungen zuständige Behörde.

Schulanlagen

Felsberg: Nach Abschluss des Architekturwettbewerbes konnte das Architekturbüro Menzi & Bürgler aus Zürich mit der Weiterbearbeitung und Ausführung der Gesamtsanierung und des Ausbaus der Schulanlage Felsberg beauftragt werden.

Mariahilf: Die Schulräume im Südflügel wurden für die Primarschulnutzung angepasst. Die drei Primarschulklassen Grabenhof konnten danach definitiv im Schulhaus Mariahilf einquartiert werden.

Maihof: Der Souverän bewilligte am 15. Mai 2011 den beantragten Baukredit von Fr. 18,5 Mio. Die 5. und 6. Klassen wurden für die gut ein Jahr dauernde Sanierungszeit in die Schulräumlichkeiten Grabenhof disloziert.

Geissenstein: Der B+A 18/2011 für die Sanierung und Erweiterung (Betreuungsangebot) wurde vom Parlament gutgeheissen.

Musikschule

Im Rahmen des Jubiläums "150 Jahre Musikschule Luzern" fanden ein Jubiläumskonzert im KKL und 52 weitere Auftritte in der Stadt Luzern statt. Ein Jubiläumsbus, ein Jubiläumsbuch (eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Musikschulen Luzern und Littau), das Fest der Jugend im Südpol und das Fest der Lehrenden verdienen hier Erwähnung. Ende Dezember 2011 sind auf der Westseite des Südpols provisorisch zwei Pavillons aufgebaut worden. Drum-Set und Bandproben werden in den nächsten fünf Jahren nicht im, sondern beim Südpol stattfinden. In der Planung des Neubaus der Hochschule Luzern – Musik auf der Nachbarparzelle ist bereits vorgesehen, dass zwei Schlagzeugzimmer für die MSL zur Verfügung stehen werden. Es hat sich leider erwiesen, dass Schlagzeugunterricht und gleichzeitig Konzerte in den Sälen aus akustischen Gründen nicht möglich sind. Dies ist bedauerlich. Aber es ist wichtig, hier festzuhalten, dass die Akustik in den 20 Musikschulräumen und in den drei Sälen unseren hohen Ansprüchen gerecht wird.

– für alle Musikinstrumente und Gesang – ausser für Schlagzeug.

Die Musikschulkommission wurde im Berichtsjahr durch die parlamentarische Bildungskommission ersetzt.

An nationalen und regionalen Musikwettbewerben erspielten sich unsere Musikschülerinnen und Musikschüler 25 Podestplätze. Besonders zu erwähnen ist der erste Preis der beiden Cellistinnen Dominique und Rahel Eichenberger der Violoncelloklasse Peter Leising am Schweizerischen Jugendwettbewerb in Basel.

Kultur und Sport

Die Aktivitäten der Dienstabteilung Kultur und Sport waren vor allem geprägt durch die beiden laufenden Prozesse zur kulturpolitischen Standortbestimmung (Projekt Kultur-Agenda 2020) und für ein neues Sportleitbild der Stadt Luzern. Beide Projekte beschäftigten mehrere Mitarbeitende der Abteilung intensiv und neben ihren Stammaufgaben. Erfreulicherweise konnten beide Projekte 2011 frist- und zeitgerecht abgewickelt werden. Insbesondere auch die in beiden Projekten vorgesehenen Phasen der Partizipation und Diskussion mit den Stakeholdern verliefen erfolgreich, waren aber auch von viel Vorbereitungsarbeit und Verarbeitungsaufwand geprägt. Im Herbst 2011 entstanden der Grundlagenbericht zur Kulturpolitik der Direktion und der Planungsbericht zum Sportleitbild.

Daneben lag im sportlichen Bereich der Akzent auf der Inbetriebnahme der Allmend-Anlagen auf der Basis von neuen Nutzungsbestätigungen. Mit Blick auf die Eröffnung des Hallenbades entwickelte die Abteilung, zusammen mit verschiedenen Partnern aus der Verwaltung, die Vorlage zur städtischen Bäderpolitik – ein umfangreiches Werk, welches die Thematik von Grund auf beleuchtet und dem Grossen Stadtrat im ersten Halbjahr 2012 Gelegenheit geben wird, sich mit den drei städtischen Badeanlagen (Hallenbad, Tribschenbad und Zimmereggbad) zu befassen bzw. Weichen für deren Zukunft zu stellen.

Im Förderbereich wurde – vor dem Hintergrund weiterhin laufender Sparanstrengungen und der kulturpolitischen Standortbestimmung – auf die Erneuerung der Subventionsverträge per 2012 verzichtet. Die geltenden Verträge wurden in der Kompetenz des Stadtrates verlängert: Per 2014 sollen die Weichen dann neu gestellt werden.

Der Bund hat ein neues Kulturförderungsgesetz: Im Rahmen dieser Arbeiten auf Bundesebene gelang es, für die Finanzierung der gesamtschweizerisch bedeutenden Sammlungs-

tätigkeit des Verkehrshauses der Schweiz eine stabile Rechtsgrundlage zu schaffen.

Der Zweckverband Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern wurde von Regierungsrat und Stadtrat beauftragt, Vorarbeiten für eine neue Theaterinfrastruktur in Luzern an die Hand zu nehmen. Ein entsprechender Auftrag wurde im Herbst 2011 erteilt: Die Arbeiten beginnen Anfang 2012. Die bisher informelle Konferenz Schweizer Städte für Kulturfragen konstituierte sich 2011 neu und wurde als Städtekonferenz Kultur (SKK) zu einer Sektion des Schweizerischen Städteverbandes. Die Stadtluzerner Delegierte wirkt im Vorstand mit. Im Herbst 2011 initiierte Bundesrat Didier Burkhalter den nationalen Kulturdialog, an dem auch die SKK mitwirkt.

Im Integrationsbereich wurde am 2. Juli ein öffentlicher Anlass durchgeführt, der dem 10-jährigen Bestehen der städtischen Integrationsstätigkeit gewidmet war. Es gelang, mit diesem Anlass und der dazu publizierten Broschüre für das Thema zu sensibilisieren und dessen gesellschaftliche Relevanz darzustellen. Ende 2011 trat die Stadt Luzern der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus bei. Verschiedene Vorlagen zu soziokulturellen Themen (Quartierpolitik, frühe Förderung) beinhalten auch integrationspolitisch relevante Aspekte: Die Integrationsbeauftragte hat daran intensiv mitgearbeitet.

Ebenso hat die Dienstabteilung Kultur und Sport an der Entwicklung und inhaltlichen Ausgestaltung der städtischen Gesamtplanung mitgearbeitet: Die Dienstchefin hat Einsitz im Ausschuss zur Gesamtplanung, welcher die Arbeiten inhaltlich begleitet.

Stadtbibliothek

Mit einer Viertelmillion Besuchen und einer halben Million Ausleihen gehört die Stadtbibliothek zu den am stärksten frequentierten Stadtbibliotheken der Schweiz. Die Veränderungen in der Buchbranche machen sich auch in der Bibliothek bemerkbar: Erste Anlaufstelle für Informationen ist heute nicht mehr die Bibliothek, sondern das Internet. Diesem Umstand wurde im Frühling Rechnung getragen, indem in Zusammenarbeit mit vier weiteren grossen Stadtbibliotheken ein Angebot zur Recherche in elektronischen Datenbanken aufgeschaltet wurde. Dieses enthält auch die Möglichkeit, 1'700 Zeitungen aus aller Welt in 50 verschiedenen Sprachen online zu lesen. Auch Musik und Filme werden immer mehr online konsumiert. Obwohl immer noch ein Drittel der ausgeliehenen Medien Non Books sind (CDs und DVDs), nahm hier die Nachfrage im letzten Jahr um 10 % ab, während der Rückgang in der Buchausleihe 3,5 % betrug. Damit

bricht ein wesentlicher Bestandteil der Gebühreneinnahmen langsam weg. Neben der Reduktion des Medienbudgets und dem Verzicht auf das zugemietete Sitzungszimmer wird für 2012 eine Erhöhung der Ausleihgebühren geplant, die allerdings ein Mitgehen aller Verbandsbibliotheken erfordert.

Kinder- und Jugendzahnklinik

Hauptprojekt im Jahr 2011 war die Erarbeitung eines Qualitätsmanagements, das im Juni umgesetzt wurde. Im November erfolgte ein erstes externes Audit durch Experten der Schulzahnklinik Zürich, welche der KJZK grundsätzlich ein gutes Zeugnis ausstellten. Der Audit-Bericht ergab einige Anregungen zu Verbesserungen,

die geprüft werden. Im September 2011 wurde der Internetauftritt der KJZK implementiert. Gleichzeitig wurde bei diversen städtischen Stellen, welche Publikumsverkehr haben, die neu gestaltete Broschüre aufgelegt. Ob mit diesen beiden Massnahmen eine bessere Wahrnehmung der KJZK in der Bevölkerung und damit eine bessere Klinikauslastung erzielt werden kann, wird die Zukunft weisen.

Im Bereich der Klinikeinrichtung konnten einige kleinere Verbesserungen im Hinblick auf ein kindgerechtes Ambiente umgesetzt werden. Im Bereich Praxisadministration wurde der elektronische Terminkalender und der SMS-Reminder eingeführt. Mit diesen Features wird das Patienten-Bestellwesen optimiert.

4.2.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.2.4.1 Stadtkanzlei

a) Aufgaben / Dienstleistungen

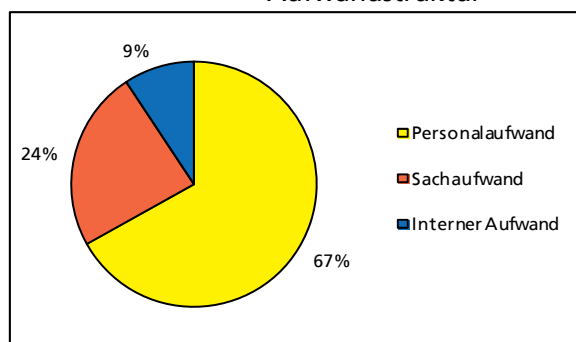
Die Stadtkanzlei ist eine wichtige Anlaufstelle für Fragen aus der Bevölkerung. Als Stabsstelle erbringt die Stadtkanzlei Dienstleistungen für den Stadtrat und die Verwaltung und führt das Sekretariat des Grossen Stadtrates von Luzern. Der Stadtkanzlei sind zwei Bereiche angegliedert: Die Stelle für Kommunikation stellt die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Luzern sicher, das Stadtarchiv gewährleistet mit der Sicherung, Aufbewahrung, Erschliessung, Auswertung und Beratung die langfristige Zugänglichkeit des überlieferungswürdigen städtischen und stadtbezogenen Schriftguts. In der Stadtkanzlei arbeiten 31 Personen (2'175 Stellenprozente).

b) Ergebnis

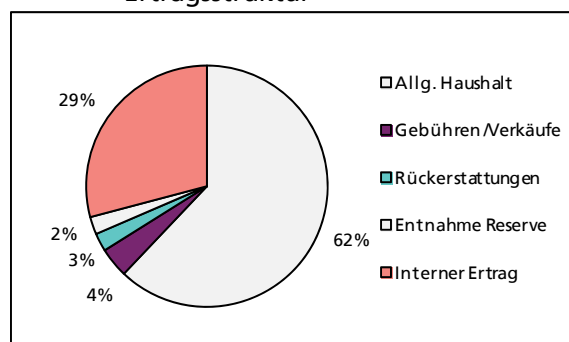
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	4'779'129	4'735'060	4'578'200	156'860	3%	-44'069	-1%
Ertrag	1'738'438	1'796'109	1'692'900	103'209	6%	57'671	3%
Ergebnis	-3'040'691	-2'938'951	-2'885'300	-53'651	-2%	101'739	3%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2007	2008	2009	2010	2011
Kanzleidienste					
Ausgefertigte Stadtratsbeschlüsse inkl. Berichte und Anträge (B+A) und Protokollnotizen	1'193	1'234	1'169	1'198	1'115
Anzahl Beglaubigungen	714	705	723	746	824
Kommunikation					
Anzahl Medienorientierungen	38	49	37	21	39
Anzahl Medienmitteilungen	370	371	372	368	348
Stadtarchiv					
Neuzugang Aktenbestand in Laufmetern	85,41	57,02	110,31	742,51	57,17
Auskünfte (Benutzungstage)	1'342	1'400	1'215	1'377	1'234
Pensenaufwand für Auskünfte	60 %	65 %	60 %	68 %	60 %

e) Kommentar

Im zweiten Jahr nach der Fusion mit Littau hat insgesamt die Anzahl ausgefertigter Stadtratsbeschlüsse (StB) bereits wieder abgenommen (-7 %). Davon hat allerdings die Gruppe der Baubewilligungs-Beschlüsse nochmals um +8 % auf total 217 zugenommen, nachdem diese bereits im Jahr 2010 um +20 % angewachsen war. Nochmals markant zugenommen (+10,5 %) hat die Anzahl Beglaubigungen. Bei der Medienarbeit hat sich die Anzahl Medienorientierungen wieder auf einem hohen Niveau eingependelt, weil mehrere Bauvorhaben zur Präsentationsreife fortgeschritten waren. Am häufigsten präsent war die Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit mit 143 Medienmitteilungen und 13 Medienorientierungen. Während im Stadtarchiv die Zahl der Benutzungstage, abhängig von Komplexität und Umfang der Fragestellungen, von Jahr zu Jahr schwankt, steigt jene der Benutzerinnen und Benutzer seit Jahren kontinuierlich an. Seit 2005 ist ein Wachstum von rund +24 % festzustellen. Die Anzahl der schriftlichen Anfragen ist gegenüber letztem Jahr deutlich gesunken, bewegt sich aber weiter auf hohem Niveau.

4.2.4.2 Musikschule

a) Aufgaben / Dienstleistungen

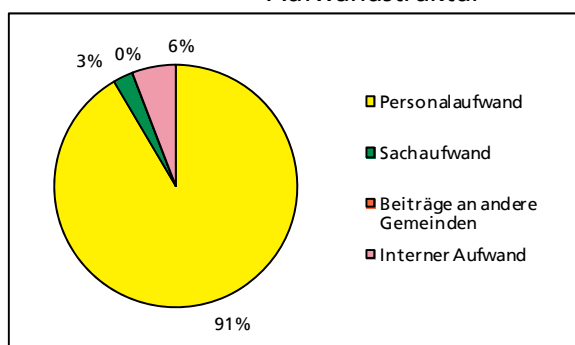
An der Musikschule werden Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt Luzern bis zum erfüllten 20. Lebensjahr zu einem vergünstigten Jugendtarif unterrichtet. Lernende von kantonalen Mittelschulen und von Aussengemeinden können zu lohnkostendeckenden Tarifen aufgenommen werden. Seit 1986 wird auch Erwachsenen Musikunterricht zu lohnkostendeckenden Schulgeldtarifen erteilt. Hauptangebot ist der Instrumental-, Gesangs- und Ensembleunterricht. Als Lehrkräfte sind diplomierte Musiklehrpersonen nach kantonalem Recht im öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis angestellt. Das Schulgeld wird in Abstimmung mit den Agglomerationsgemeinden und den kantonalen Richtlinien vom Stadtrat festgesetzt. In begründeten Fällen werden für Kinder und Jugendliche aus Luzern Schulgeldermässigungen gewährt. Der Unterricht der Musikschule findet in den Teilzentren Südpol, Dula, Spitalmühle, Warteggsschlössli, Utenberg, Unterlöchli, Moosmatt, Würzenbach, Littau Dorf, Matt, Ruopigen und Staffeln statt. In der Musikschule arbeiten 118 Lehrpersonen (45 Vollzeitstellen).

b) Ergebnis

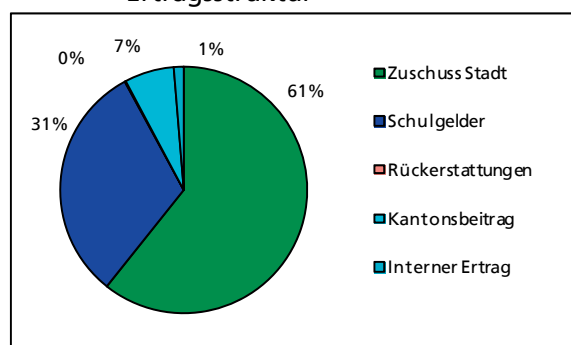
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	8'163'569	8'342'125	8'607'100	-264'975	-3%	178'556	2%
Ertrag	2'851'157	3'278'034	3'621'100	-343'066	-9%	426'877	15%
Ergebnis	-5'312'412	-5'064'091	-4'986'000	-78'091	-2%	248'321	5%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	2007 2006/07	2008 2007/08	2009 2008/09	2010 2009/10	2011 2010/11	Veränd.
Anzahl Schüler/innen total	2'930	2'950	2'856	3'268	3'198	70
davon Erwachsene	273	257	315	270	305	35
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	2'183	2'308	2'349	2'498	2'524	26
Kostendeckungsgrad insgesamt	39,8%	38,2%	40%	35,7%	40,6%	4,9
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	41,76	41,69	41,34	48,83	45,17	3,66

e) Kommentar

Der Kostendeckungsgrad beträgt 40,6 %. Mit der kantonalen Verordnung über die kommunalen Musikschulen vom 27. April 2010 ist u. a. auch die kantonale Subventionierung der neuen obligatorischen Gemeindeaufgabe Musikschule festgelegt. Damit wurde die Erhöhung des Kostendeckungsgrads von 35 % auf 40 % möglich. Die neue Vorgabe des Kostendeckungsgrads konnte in der Rechnung 2011 eingehalten werden. Die Schülerzahl (3'198) ist leicht rückläufig (3'268 im vergangenen Jahr). Sie manifestiert sich in der reduzierten Anzahl Unterrichtspensen und erklärt sich in erster Linie mit sinkenden Schülerzahlen an der Volksschule.

4.2.4.3 Kultur und Sport

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Seit dem 1. Juli 2006 besteht die Dienstabteilung Kultur und Sport. Eine Organisationsentwicklung im Jahr 2008 führte zu einer Gliederung in die Bereiche Förderung und Infrastruktur. Alle Fragen rund um Kulturanlässe, -projekte und -angebote, aber auch Sportveranstaltungen und -events sowie das umfangreiche Beitragswesen sind dem Bereich Förderung zugewiesen. Der Bereich Infrastruktur verwaltet die städtischen Turn- und Sportanlagen sowie die Aulen, Singsäle, Küchen und Schulzimmer ausserhalb der Schulzeit und ist Fachstelle für Bau und Betrieb von Sportanlagen. Der Dienstabteilung administrativ unterstellt ist die Stadtbibliothek.

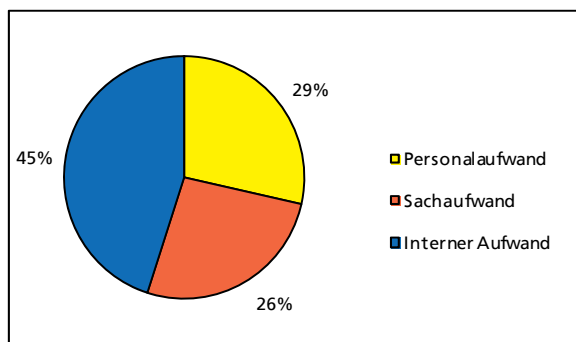
Mit zur Dienstabteilung gehört auch die Integrationsbeauftragte, welche die Aufgaben und Leistungen zur Integrationspolitik erfüllt. Ebenfalls ist die Dienstabteilung Kultur und Sport für das Konzertzentrum Sedel und das Richard Wagner Museum verantwortlich.

b) Ergebnis

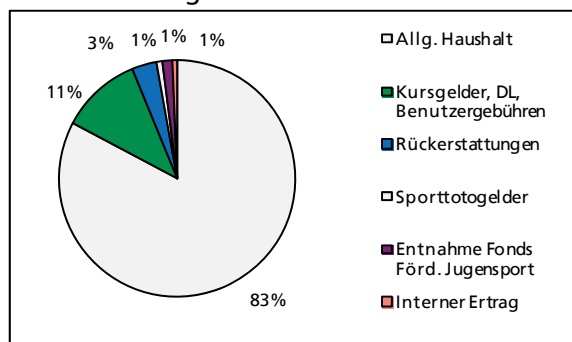
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	4'110'787	4'440'999	4'373'300	67'699	2%	330'213	8%
Ertrag	667'231	765'986	750'000	15'986	2%	98'755	15%
Ergebnis	-3'443'556	-3'675'013	-3'623'300	-51'713	-1%	-231'458	-7%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Die Zahlen zum Beitragswesen in der Kulturförderung werden seit einigen Jahren gemäss Grundlagenbericht Kultur-Standort Luzern vom Mai 2001, Seite 25, dargestellt, jedoch ohne anteiligen administrativen Aufwand:

Beitragswesen Kulturförderung

	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Kulturförderung aus LR	16'595'645	15'488'035	15'532'700	-44'665	-0%	1'107'611	7%
Kulturförderung aus Billettsteuer	3'656'059	3'662'778	3'297'400	365'378	11%	-6'719	-0%
Total	20'251'705	19'150'813	18'830'100	320'713	2%	1'100'892	5%

Beitragswesen Sportförderung

	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Sportförderung aus LR	3'255'850	2'785'773	2'838'500	-52'727	-2%	470'077	14%
Sportförderung aus Billettsteuer	1'430'666	1'663'442	1'307'600	355'842	27%	-232'777	-16%
Total	4'686'515	4'449'216	4'146'100	303'116	7%	237'300	5%

Im Folgenden werden im Sinne der Fortschreibung der früheren Kennzahlen nur ganz wenige und punktuelle Leistungen der Dienstabteilung Kultur und Sport beleuchtet. Kenngrössen mit mehr Aussagekraft sind im Kulturbereich den Berichten und Rechenschaftspapieren der unterstützten Institutionen zu entnehmen, die zumeist als Vereine oder Stiftungen organisiert sind. Für das Controlling derselben durch die Verwaltung findet das Reglement über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling Anwendung.

Kulturförderung

Rechnungsjahr	2008	2009	2010	2011	Abw.
Aufwand (exkl. Abschreibungen und Zinsen auf Kulturbeiträgen, netto) für Kulturförderung pro Einwohner/in der Stadt in Fr.	424.68	410.03	313.36	300.27	-13.09

Hallenbelegungen

	2008		2009		2010		2011		
	Std./Woche	Std./Jahr	Std./Woche	Std./Jahr	Std./Woche	Std./Jahr	Std./Woche	Std./Jahr	Veränderung in %
Drittbelegung									
Belegungen Erwachsene (E)	653	30'038	648	29'808	782	35'973	794	36'524	+1.5
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	514	23'644	505	23'218	614	28'265	627	28'842	+2.1
Belegungen Jugendliche (J)	757	34'822	800	36'806	946	43'528	963	44'298	+1.8
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	593	27'278	625	28'769	779	35'823	812	37'352	+4.2
Total E und J	1'410	64'860	1'448	66'614	1'728	79'501	1'757	80'822	+1.7
davon Vereinsbelegungen Turnhallen (46 Kalenderwochen)	1'107	50'922	1'130	51'987	1'393	64'088	1'439	66'194	+3.3
Vergleich: Schulbelegungen (40 Kalenderwochen)	1'183	47'320	1'178	47'120	1'570	62'826	1'634	62'929	+4.0

e) Kommentar

Der leicht tiefere Aufwand in der Kulturförderung pro Einwohner/in gegenüber 2010 ist u. a. auf den leicht tieferen Beitrag der Stadt an den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe zurückzuführen.

4.2.4.4 Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten

a) Beschreibung

Der FUKA-Fonds ist im Bereich der städtischen Kulturförderung das zentrale Instrument der Stadt Luzern für die Veranstaltungs- und Projektförderung. Der FUKA-Fonds bezweckt die Förderung und Unterstützung kultureller Projekte und kultureller Aktivitäten. Er fördert ein möglichst breites Spektrum kultureller Aktivitäten von Kulturschaffenden und Veranstaltern mit Bezug zur Stadt Luzern; dies in Form von Produktions- und Veranstaltungsbeiträgen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Innovationsförderung und auf Anschubfinanzierungen.

Herkunft der Mittel

Der Fonds wird aus dem Billettsteuerertrag der Stadt Luzern gespeist. 15 % der entsprechenden Erträge werden jährlich in den Fonds eingelegt. Die Billettsteuer wird bei den steuerpflichtigen Veranstaltern der Stadt Luzern erhoben und kommt vollends der Sport- und Kulturförderung zugute. Es handelt sich um ein Instrument, das einen finanziellen Ausgleich zwischen Sport- und Kulturförderung schafft und gleichzeitig eine verursacherbezogene Finanzierung der entsprechenden Kosten ermöglicht (Finanzierung zulasten der Veranstaltungsbesuchenden und nicht zulasten der städtischen Steuerzahlenden).

Fondsverwaltung

Die Fondsverwaltung wird vom Stadtrat von Luzern eingesetzt. Ihr gehören verwaltungsexterne Personen an, die über die entsprechenden Kenntnisse der Luzerner Kulturszene verfügen und als Kulturvermittler/innen in der Lage sind, über die eingehenden Gesuche zu entscheiden. Die Fondsverwaltung entscheidet abschliessend. Die Dienstabteilung Kultur und Sport (Kulturförderung) ist in der Fondsverwaltung vertreten. Ihr obliegt die notwendige Koordination mit den übrigen Instrumenten städtischer, regionaler und kantonaler Kulturförderung.

b) Ergebnis

	2007	2008	2009	2010	2011
Einlage in den FUKA-Fonds (Billettsteuer)	720'482.05	722'181.10	693'238.80	763'008.75	798'933.10
Rückerstattungen	0	2'600.00			
Darlehen/Rückstellungen	0				
Total Fondseinlagen	720'482.05	722'181.10	693'238.80	763'008.75	798'933.10
Geleistete Beiträge pro Jahr	730'123.30	769'129.60	692'057.70	943'437.10	934'222.55
Fondsreserve per 1.1.	887'846.35	878'205.10	833'856.60	837'075.70	656'647.35
Fondsreserve per 31.12.	878'205.10	833'856.60	835'037.70	656'647.35	521'357.90

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den FUKA-Fonds geförderten kulturellen Sparten ergeben folgende Werte (in %-Anteilen):

Sparte	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Ausstellungen/Installationen	13	12	10	10	11	+1
Musik inkl. CDs (alle Sparten)	24	25	35	23	33	+10
Theater/Tanz/Performance	28	21	25	23	23	0
Film/Video	7	6	6	6	6	0
Druckkosten (inkl. Literatur)	5	9	8	8	5	-3
Spartenübergreifende/diverse Projekte	14	23	11	23	17	-6
Kulturvermittlung/Verwaltung	3/6	2/2	2/3	2/5	2/3	0/-2

d) Kommentar

Im Jahr 2011 wurden an sieben Fondssitzungen rund 310 Anträge geprüft. An einer zusätzlichen Sitzung wurden grundsätzliche Fragestellungen zur Förderpraxis erörtert. Der FUKA-Kiosk in der Heiliggeistkapelle war siebenmal für die Bevölkerung geöffnet, das Kulturvermittlungsprojekt "Kostprobe" konnte zweimal erfolgreich durchgeführt werden.

4.2.4.5 Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes

a) Beschreibung

Beitragsberechtigt sind Sportvereine, Klubs und Interessengemeinschaften mit Sitz in der Stadt Luzern, die Schüler- und Jugendabteilungen für Mitglieder im Alter von 7 bis 20 Jahren führen und einen regelmässigen Trainingsbetrieb aufrechterhalten. Die Aktivitäten und Mitglieder müssen unter der Obhut von qualifizierten Leitenden stehen. Nur teilweise beitragsberechtigt sind Organisationen, die nur teil- oder zeitweise ein sportliches Programm anbieten (z. B. Pfadfinder).

Mittelverwendung

Die Fondseinlage beträgt 15 % der Billettsteuererträge, wovon in einem ersten Schritt die Vereinsbeiträge, in einem zweiten Schritt die Kopfquotenbeiträge und in einem dritten Schritt die Aufwendungen der Sportorganisationen für Angebote im Jugendsport ausgerichtet werden. Sofern danach noch Mittel vorhanden sind, kann die Fondsverwaltung weitere Beiträge an Projektgesuche sprechen.

Der Vereinsbeitrag ist ein abgestufter Grundbeitrag (Stufe I: bis 50 Aktivmitglieder, Stufe II: 51–300 Aktivmitglieder, Stufe III: ab 301 Aktivmitglieder). Der Kopfquotenbeitrag ist ein Beitrag an die Leiterentschädigung, der sich nach der Gesamtzahl der erfassten Jugendlichen richtet.

Fondsverwaltung

Die Fondsverwaltung wird vom Stadtrat von Luzern eingesetzt. Ihr gehören verwaltungsexterne Personen an, die über die entsprechenden Kenntnisse der Luzerner Sportszene verfügen. Die Fondsverwaltung entscheidet abschliessend. Die Dienstabteilung Kultur und Sport ist in der Fondsverwaltung vertreten.

b) Ergebnis

	2008	2009	2010	2011
Total Fondseinlagen/Billettsteuern	722'181.10	693'238.80	763'008.75	798'933.10
Ausbezahlte Beiträge pro Jahr	487'983.00	506'349.75	556'470.00	620'658.00
Entnahme für K+S Sportteil	500'000.00			
Entnahme für Jugendsport	238'151.20	315'292.75	64'000.00	61'000.00
Fondsreserve per 1.1.	838'369.21	334'416.11	206'012.41	348'551.16
Fondsreserve per 31.12.	334'416.11	206'012.41	348'551.16	451'328.86

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den Jugendsport-Fonds geförderten Sparten sind sehr unterschiedlich. In Franken und prozentmässig ergeben sich folgende Werte:

Sparte	2008	Anteil in %	2009	Anteil in %	2010	Anteil in %	2011	Anteil in %
Ballsportarten (Hallen, Rückschlagspiele)	104'695	21,7	95'930	18,9	123'855	22,3	141'040	22,7
Fussball und Landhockey	100'530	20,8	100'065	19,9	131'250	23,6	133'010	21,4
Leichtathletik, Turnen und polysportive Arten	81'965	17,0	88'095	17,4	91'345	16,4	77'385	12,5
Schnee-, Eis-, Bergsport	71'090	14,7	81'920	16,2	32'125	5,8	42'205	6,8
Radsport	3'685	0,8	4'255	0,8	7'885	1,4	7'280	1,2
Wassersport	48'050	10,0	55'920	11,0	39'475	7,1	53'845	8,7
Schiesssport							2'945	0,5
Kampfsport	27'500	5,7	29'210	5,8	28'580	5,1	29'320	4,7
Diverse ⁵	40'485	8,4	47'205	9,3	95'760	17,2	125'203	20,1
Assoziierte	4'845	1,0	3'760	0,7	6'195	1,1	8'425	1,4
Total	482'845	100	506'360	100	556'470	100,0	620'658	100,0

d) Kommentar

Die Höhe des Pro-Kopf-Beitrages an die städtischen Sportvereine konnte mit Fr. 105.– auf gleichem Niveau wie 2010 gehalten werden. Die Umsetzung des neuen Reglements über den Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes aus dem Jahr 2009 verläuft problemlos.

⁵ Behindertensport, Billard, OL, Golf, Fechten, Frisbee, Reiten, Rugby, Schach, Schwingen.

4.2.4.6 Stadtbibliothek

a) Aufgaben / Dienstleistungen

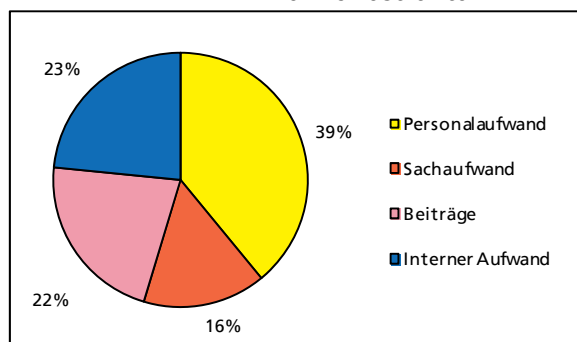
Die Stadtbibliothek Luzern bietet der Bevölkerung in der Hauptstelle am Löwenplatz sowie in der Bibliothek Ruopigen (ehemals Gemeindebibliothek Littau) ein aktuelles und breites Sortiment von insgesamt rund 100'000 Medien zur Ausleihe an. Mit der Veranstaltungsreihe "Buchstart" werden Kinder von 1 bis 3 Jahren angesprochen, während bei den Begegnungen mit Autorinnen und Autoren und deren neuen Büchern die erwachsene Leserschaft im Fokus steht.

b) Ergebnis

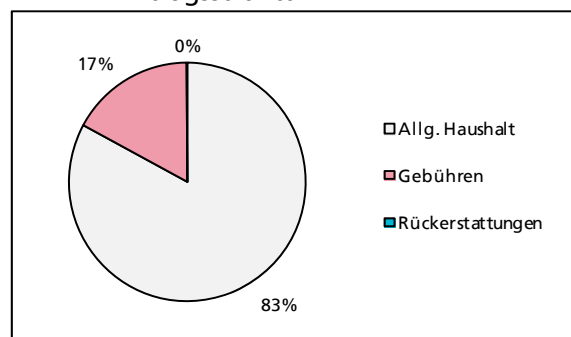
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	2'266'630	2'292'462	2'298'500	-6'038	0%	25'832	1%
Ertrag	396'747	391'259	465'000	-73'741	-16%	-5'487	-1%
Ergebnis	-1'869'884	-1'901'203	-1'833'500	-67'703	-4%	-31'319	-2%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Ausleihen	542'981	527'645	526'800	517'067	562'786	532'345
Bestandeszahl	89'351	85'922	84'821	85'635	97'446	96'532
Umsetzung des Bestandes	6,08-mal	6,14-mal	6,21-mal	6,04-mal	5,77-mal	5,51-mal
Ø Kosten pro Ausleihe	Fr. 3.67	Fr. 3.73	Fr. 3.70	Fr. 4.02	Fr. 4.03	Fr. 4.31
Eintritte	266'388	256'992	254'751	254'157	257'854	255'257
Kunden, aktive Zusammensetzung	21'550	20'998	20'752	20'312	21'715	20'780
Anteil Stadt	49,8%	49,5%	50,3%	50,7%	56,8%	56,8%
Anteil BVL	21,0%	21,1%	20,2%	19,6%	15,9%	16,6%
Anteil übrige	29,2%	29,4%	29,5%	29,8%	27,3%	26,6%

e) Kommentar

Im Berichtsjahr konnten die Internet- und Katalogabfrage-Stationen erneuert werden, deren Hardware weitgehend noch aus der Erstausrüstung 1999 stammte. Gleichzeitig wurde in Zusammenarbeit mit den Stadtbibliotheken von Basel, Bern, Zürich und Winterthur ein erstes Paket von digitalen Datenbanken mit vielfältigen Recherchemöglichkeiten bereitgestellt. Es beinhaltet z. B. tagesaktuelle Schweizer Zeitungs- und Zeitschriftenartikel sowie die Möglichkeit, online 1'700 Zeitungen aus 100 Ländern in 50 Sprachen zu lesen.

Während die Ausleihzahlen in der Bibliothek Ruopigen auf dem Vorjahresniveau gehalten werden konnten, waren sie in der Stadtbibliothek um knapp 6 % rückläufig. Dieser Trend zeigt sich besonders deutlich bei den Non Books. So wurden z. B. im Vergleich zum Vorjahr 10 % weniger DVDs ausgeliehen. Dieser Trend wird sich fortsetzen und die Einnahmenseite weiterhin negativ beeinflussen. Grund dafür sind wachsende attraktive Angebote mit direktem Internet-Download.

4.2.4.7 Kinder- und Jugendzahnklinik

a) Aufgaben / Dienstleistungen

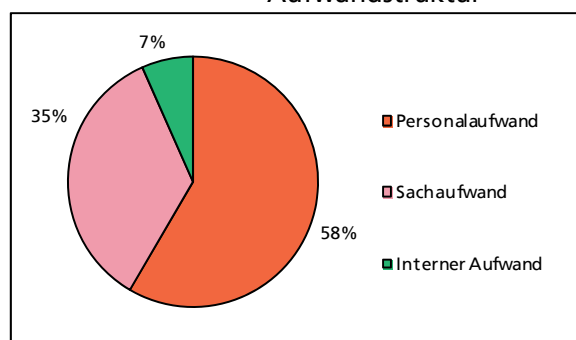
Gestützt auf § 52 des Gesundheitsgesetzes vom 13. September 2005 sorgt die Kinder- und Jugendzahnklinik für die regelmässige zahnmedizinische Prophylaxe und Untersuchung im Rahmen der Schulzahnpflege. Auf dem Gebiet der Stadt Luzern werden beide Aufgaben durch die KJZK wahrgenommen, im Stadtteil Littau erfolgen die Klassenuntersuchungen durch private Zahnärzte; die KJZK ist für die gesamstädtische Organisation verantwortlich. Die KJZK ermöglicht allen vorschul- und schulpflichtigen Kindern mit Wohnsitz in der Stadt Luzern eine gute zahnärztliche Versorgung. Die Leistungen werden nach dem SSO-Tarif für Schulzahnpflege abgerechnet. Der Taxpunktwert beträgt Fr. 3.25. Die Erziehungsberechtigten tragen bis zu einem Betrag von Fr. 150.– die vollen Kosten. Behandlungskosten über Fr. 150.– werden den Erziehungsberechtigten zu abgestuften Ansätzen in Rechnung gestellt, massgebend ist die Höhe des steuerpflichtigen Einkommens plus 20 % des Reinvermögens. Die Dienstabteilung KJZK beschäftigt momentan 6 Personen (490 Stellenprozente) sowie 9 Schulzahnpflege-Instruktorinnen und 1 -Instruktor stundenweise.

b) Ergebnis

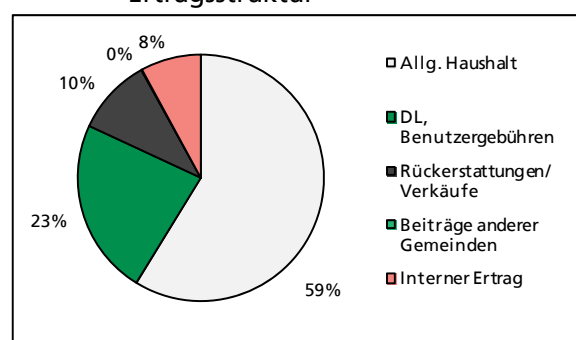
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	1'139'425	1'169'634	1'223'900	-54'266	-4%	30'209	3%
Ertrag	530'505	482'227	621'100	-138'873	-22%	-48'277	-9%
Ergebnis	-608'920	-687'407	-595'000	-92'407	-16%	-78'487	-13%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anzahl untersuchte Lernende	4'236	3'911	4'038	3'550	3'364	-186
Anzahl Patienten der KJZK	2'541	2'783	2'717	2'681	2'650	-31
Anzahl Behandlungen pro Jahr	1'337	1'393	1'313	1'225	1'158	-67
Anzahl Behandlungen in Lachgas	97	32	62	74	88	+14
Anzahl Behandlungen in Vollnarkose	25	34	18	16	12	-4
Anzahl KFO-Fälle	160	0	0	0	0	0

e) Kommentar

Seit der Liberalisierung der Schulzahnpflege 2008 lassen immer häufiger die Eltern ihre Kinder durch Privatzahnärzte untersuchen und behandeln. Die Wettbewerbssituation unter den Zahnärzten in der Region Luzern, verursacht durch die kontinuierliche Zuwanderung von Zahnärzten aus dem Ausland, macht das Kind als Patient wieder attraktiv. Dieser Trend widerspiegelt sich in der seit Jahren andauernden Abnahme der Patienten- und Behandlungszahlen. Allerdings werden immer noch 92,4 % aller Kinder und Jugendlichen in der KJZK untersucht. Auf die verminderte Nachfrage nach zahnärztlichen Dienstleistungen reagierte die KJZK mit Pensumreduktionen um 40 %, wodurch auf der Ertragsseite entsprechende Mindereinnahmen resultierten. Ein Teil der durch die Prozentreduktion verminderten Lohnkosten wurde für die Finanzierung von Aushilfspersonal für Mitarbeiterinnen verwendet, die wegen Mutterschaft oder Krankheit längere Zeit vom Dienst dispensiert waren. Der Aufwand wurde zusätzlich gesteigert durch nicht vorhersehbare Mehrausgaben im Bereich Unterhalt und Reparaturen der technischen Einrichtung der KJZK, diverse Kleinprojekte im IT-Bereich und zwingende Ausgaben für Anschaffungen im Bereich Arbeitsergonomie.

4.3 Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit

Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Direktorin Umwelt, Verkehr und Sicherheit

Das Jahr 2011 geht auf nationaler und internationaler Ebene als Jahr der atompolitischen Kehrtwende in die Geschichte ein. Der Begriff "Atomausstieg" wurde zum politischen Schlagwort. Als sich im März 2011 die Nuklearkatastrophe in Fukushima ereignete, war in der Stadt Luzern gerade der Bericht und Antrag "Energie- und Klimastrategie" zur Verabschiedung durch den Stadtrat bereit. Dieser B+A 7/2011 mit dem neuen Reglement für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik entstand als direkter Gegenvorschlag des Stadtrates zur Volksinitiative der Jungen Grünen Luzern.

Da abzusehen war, dass es auf Bundesebene noch einige Jahre dauern wird, bis die in der Folge von Fukushima angekündigte Energiewende verbindlich beschlossen wird, entschied sich der Stadtrat noch im März 2011, seine Energie- und Klimastrategie nicht kurzfristig abzuändern. Der in enger Zusammenarbeit mit ewl erarbeitete B+A 7/2011 wurde im Juni im Grossen Stadtrat behandelt. Die wichtigsten Inhalte des neuen Energiereglements bilden der schrittweise Atomausstieg bis spätestens 2045, die Reduktion des Energieverbrauchs auf 2000 Watt pro Kopf bis im Zeitraum 2050–2080, die Reduktion des Treibhausgasausstosses auf 1 Tonne CO₂-Äquivalente pro Kopf und Jahr bis 2050 sowie die Weiterführung der erfolgreichen Fördertätigkeit durch den städtischen Energiefonds. Initiative und Gegenvorschlag wurden den Stimmberechtigten in einer Doppelabstimmung im November unterbreitet. In dieser Volksabstimmung wurden sowohl der stadträtliche Gegenvorschlag mit 68 % wie auch die Initiative mit 52 % Ja-Stimmen angenommen. Die Stichfrage entschied klar zugunsten unseres Gegenvorschlags.

Neben diesem Abstimmungserfolg im Bereich der Energiepolitik möchte ich im Rückblick auf das Jahr 2011 insbesondere auf unsere Tätigkeiten im öffentlichen Raum hinweisen. Dieser wurde auch 2011 intensiv und individuell genutzt. Das ist erfreulich und zeugt von einer lebendigen Stadt, hat aber mit Nachtruhestörungen, Verschmutzung, Vandalismus und Gewalt auch eine Kehrseite.

Mit dem breit angelegten Massnahmenpaket "Bahnhofplatz" hat man dem Gebiet vom Inseli bis zum Vögeligärtli im vergangenen Jahr

von Frühling bis Herbst erneut hohe Beachtung geschenkt: Mit täglicher Reinigung von 5 bis 22 Uhr, mit starker Präsenz der SIP und der Luzerner Polizei sowie durch gute Zusammenarbeit mit der SBB, der vbl, der SGV und dem KKL gelang es, das Zentrum sicher und während der Reinigungszeiten sauber zu halten.

Die Kampagne "Luzern glänzt" hat nach 1999 erneut die Bevölkerung für das Thema Abfall sensibilisiert und mit verschiedensten Aktionen zu mehr Selbstverantwortung angeregt. Das Projekt Sommerbars war bis 2011 befristet und darf als Erfolg bezeichnet werden. Der Stadtrat hat darum auf der Ufeschöti und dem Inseli die Weiterführung bis 2017 beschlossen. Um den zu erwartenden höheren Nutzungsdruck des Inseliparks – durch Universität und die Überbauung Citybay – abzufedern, wechselt die Bahnhofplatz-Sommerbar neu ebenfalls auf das Inseli an den früheren Standort der Volière. Betrieben wird diese Bar unter anderem durch Studierende der Uni Luzern. Man will so die Nutzenden des Inseliparks von Beginn an mit in die Verantwortung nehmen.

Nach der Verbesserung der Beleuchtung auf dem Europa- und dem Bahnhofplatz in den letzten Jahren wurde dies Ende 2011 auch für den Inselipark beschlossen. Die Vorarbeiten haben bereits begonnen, der Park soll ab Frühjahr 2012 in hellerem Licht erscheinen und so allen Luzernerinnen und Luzernern wie auch allen Gästen nachts gut beleuchtet zugänglich sein.

Die Auswahl der Themen für dieses Vorwort versteht sich als Beispiel für die vielfältigen Aufgaben, die es in der Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit im vergangenen Jahr zu erledigen galt. Ich danke allen Beteiligten für ihren Einsatz zugunsten unserer Stadt Luzern. Mit dem Projekt MehrWertschätzung hat der Stadtrat dem Anliegen Ausdruck gegeben, diesem Einsatz, der immer häufiger unter erschwerten finanziellen und personellen Engpässen geleistet wird, das notwendige Gewicht und die Anerkennung zu geben. Viele Mitarbeitende erfüllen ihren Auftrag im Tagesgeschäft, das in keinem Geschäftsbericht erwähnt wird. Ihnen gilt mein besonderer Dank.

4.3.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Tiefbahnhof: Städteallianz öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz (Projektplan Nr. L79003)	Fünfjahresziel 6.1, 8.2
--	-----------------------------------

Der Bund hat das Paket Bahn 2030 weiterentwickelt zur Vorlage Finanzierung und Ausbau Bahn-Infrastruktur (FABI), die er im Frühjahr 2011 in eine breite Vernehmlassung schickte. Im strategischen Entwicklungsprogramm (STEP) weist der Bund den Ausbau des Bahnknotens Luzern der zweiten Dringlichkeitsstufe zu. Das würde heissen, dass der Tiefbahnhof frühestens nach 2040 realisiert würde.

Der Stadt Luzern ist es gelungen, dass sich die Partner der Städteallianz im Rahmen des Lobbyings für einen Ausbau der Achse Luzern–St. Gallen explizit auch für eine Priorisierung des Tiefbahnhofs Luzern aussprechen. Nur so kann der Kapazitätsgewinn durch den Ausbau des Zimmerbergbasistunnels auch an die Zentralschweiz weitergegeben werden.

Unter der Federführung des Kantons Luzern starteten im Sommer 2011 die Arbeiten für ein Vorprojekt Tiefbahnhof Luzern.

Leitlinien Stadtverkehr / Monitoring Gesamtverkehr (Projektplan Nr. I69047)	Fünfjahresziel 6.2, 6.3
---	-----------------------------------

Im November 2011 lag der Konzeptbericht Monitoring Gesamtverkehr Luzern vor. Die von Kanton, Verkehrsverbund Luzern (VVL) und Stadt gemeinsam erarbeitete Konzeption zeigt auf, wie künftig in der Agglomeration Luzern das Monitoring der Mobilitätsentwicklung in einer Gesamtverkehrs-sicht erfolgt. Dieses bildet auch die Grundlage für die im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts Agglomerationszentrum Luzern zu erarbeitenden Ziele für die Entwicklung des Modalsplits in der Stadt Luzern.

Agglomerationsprogramm: K 32a Zentralstrasse–Inseli (Velotunnel Bahnhof) / Velostation Bahnhof / K 4/32 Allmend–Bahnhof (Langsamverkehrsachse ZB-Trasse) (Projektplan Nr. I69041, I62402 und I69040)	Fünfjahresziel 6.2
--	------------------------------

Die Projektierungsarbeiten für die direkte Veloverbindung Zentralstrasse–Inseli (Velotunnel) wurden bis Anfang 2013 sistiert. Bis dann liegt das Vorprojekt für den Tiefbahnhof vor. Es wird ersichtlich sein, ob der bestehende Posttunnel erhalten bleibt und wie vorgesehen für den Velotunnel umgenutzt werden kann (voraussichtlich Anfang 2013).

Für die Velostation am Bahnhof genehmigte das Parlament den Baukredit im Dezember 2011. Der Baubeginn ist für die zweite Hälfte 2012 geplant.

Das Vorprojekt für die Umnutzung des Zentralbahntrassees als Langsamverkehrsachse liegt voraussichtlich im März 2012 vor. Der Baubeginn ist vorgesehen für Anfang 2013.

Veloparking / Neugestaltung Grendel–Löwengraben (Projektplan Nr. I62401 und I62096)	Fünfjahresziel 6.2
---	------------------------------

Das Vorprojekt für die Umgestaltung des Grendels (Schwanenplatz bis Löwengraben) liegt vor. Dessen Verabschiedung durch die verschiedenen Interessengruppen ist noch ausstehend.

Parkraumbewirtschaftung und Zufahrt Altstadt (Projektplan Nr. L69050)	Fünfjahresziel 6.2
---	------------------------------

Die Umsetzungsvorschläge aus dem Hauptprojekt im Bereich Parkraumbewirtschaftung sind definiert und werden 2012 in eine breite Vernehmlassung gehen. Im Verlauf der Projektarbeit zeigte sich, dass die Zufahrtssituation zur Altstadt separat angegangen werden muss.

Nutzungskataster öffentlicher Raum
 (Projektplan Nr. I79001)

 Fünfjahresziel
 7.1

Die Vorbereitungen für die Erarbeitung eines Nutzungskatasters für die wichtigsten öffentlichen Räume konnten noch nicht gestartet werden. Da das Budget für die Realisierung dafür im Finanzplan auf das Jahr 2012 geschoben wurde, findet der Grossteil der Arbeiten 2012 statt.

Zusammenarbeit Stadt-REAL in der Abfalllogistik
 (Projektplan Nr. L72502)

 Fünfjahresziel
 0.2, 0.3

REAL vergab die Sammellogistik im Herbst 2011 für drei Lose an Private und beschloss gleichzeitig, eine eigene Fahrzeugflotte anzuschaffen. Die Stadt betreibt die Sammellogistik im vierten Los des Verbandsgebietes. Sie wird voraussichtlich die Wartung der Flotte von REAL im Auftragsverhältnis übernehmen.

Die Reduktion der Separatsammelstellen von 41 auf neu 30 und die Umstellung auf das Behältersystem von REAL wurde per Ende Jahr zu 90 % abgeschlossen.

Vorzone Allmend / Natur- und Erholungsraum Allmend
 (Projektplan Nr. I69046 und I77001)

 Fünfjahresziel
 6.2, 7.1

Im Mai 2011 verabschiedete der Stadtrat das Parkierungskonzept Allmend. Die Vorzone im Stadionbereich wurde termingerecht auf die Stadioneröffnung im Juli 2011 fertiggestellt und in Betrieb genommen. Die altlastentechnische Sanierung der Kurzdistanzanlagen Zihlmatt ist im Zusammenhang mit dem Bau der Schiesssporthalle erfolgt. Ein Konzeptvorschlag für den Hundefreilauf auf der Allmend wurde gemeinsam mit den Nutzergruppen erarbeitet.

Familiengartenstrategie
 (Projektplan Nr. I78002)

 Fünfjahresziel
 7.1

Die planerischen Grundlagen für die altlastentechnische Sanierung der Familiengartenareale im Friedental (Sanierungsprojekt, Freiraum- und Gestaltungskonzept) wurden vom Stadtrat verabschiedet. Weitere organisatorische und vertragliche Fragestellungen (z. B. Familiengartenordnung, Arealpläne) im Zusammenhang mit dem für Herbst 2012 geplanten Bericht und Antrag "Städtische Familiengartenstrategie" wurden bearbeitet.

Energie- und Klimapolitik Stadt Luzern
 (Projektplan Nr. L78001)

 Fünfjahresziel
 7.2

Am 27. November 2011 hat die Stimmbevölkerung der Stadt Luzern dem Gegenvorschlag des Stadtrates zur Initiative "Luzern mit Strom ohne Atom" mit 68 % Ja zugestimmt. Das neue Energiereglement und die zugehörige Verordnung sind seit dem 1. Januar 2012 in Kraft.

Auswirkungen der 24-Std.-Gesellschaft im öffentlichen Raum / Luzern glänzt
 (Projektplan Nr. L11903 und Nr. L72501)

 Fünfjahresziel
 1.1

Die Einbindung von Clubs, Bars und Take-away-Betrieben konnte noch nicht wie vorgesehen umgesetzt werden. Bei der Handhabung des revidierten Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grundes sind bei der konkreten praktischen Umsetzung der Massnahmen noch einige Fragen offen, welche durch die Dienstabteilungen Tiefbauamt und Stadtraum und Veranstaltungen noch bearbeitet werden.

Die Arbeitsgruppe Sicherheit nimmt alle zwei Monate eine Lageanalyse der Sicherheits- und Sauberkeitslage der öffentlichen Räume vor. Zusätzlich werden die Rapporte der SIP und des Strasseninspektorats durch die Stelle für Sicherheitsmanagement wöchentlich analysiert, um Trends frühzeitig zu erfassen. Ein Monitoring im Sinne eines Arbeitsinstruments konnte nicht entwickelt werden, weil keine Ressourcen dafür bereitgestellt werden konnten.

Im Rahmen der Kampagne "Luzern glänzt" führte das Strasseninspektorat vier Sensibilisierungsaktionen durch ("spielend einfach", "Putztüfelitag", "Schichtkaffee", "respect my work"). Eine dauernde, messbare Reduktion der Abfallmengen im öffentlichen Raum konnte nicht nachgewiesen werden. Entsprechend hoch bleiben die Reinigungskosten.

4.3.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.– Dienst- abteilungen		Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
		R 11	B 11	Abwei- chung	in %	R 11	B 11	Abwei- chung	in %	(Auf- wand)/Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrer- trag
K410	Stab UVS	1'309	1'195	114	10%	133	14	119	850%	(1'176)		5
K411	Stadtpolizei	6'000	6'000	0	0%	0	0	0		(6'000)		
K412	Bevölkerungs- dienste	4'293	4'183	111	3%	1'647	1'570	77	5%	(2'646)	34	
K413	Umweltschutz	4'254	4'660	-406	-9%	1'507	1'931	-423	-22%	(2'746)	16	
K414	Tiefbau	53'263	52'757	507	1%	31'792	32'746	-955	-3%	(21'472)	1'461	
K415	Stadtraum und Veranstaltungen <i>Spezialaufgaben</i>	3'710	3'143	566	18%	5'335	4'510	825	18%	1'625		259
K420	Zivilschutz	405	322	83	26%	180	78	102	131%	(226)		18
K421	öko-forum <i>Spezial- finanzierungen</i>	586	516	70	14%	439	412	27	7%	(147)	44	
K490	Parkingmeter	5'833	7'025	-1'192	-17%	5'833	7'025	-1'192	-17%	0		
K491	Feuerwehr	5'303	5'020	283	6%	5'303	5'020	283	6%	0		
K492	Kehricht- beseitigung	8'846	9'719	-873	-9%	8'846	9'719	-873	-9%	0		
K493	Stadtentwässerung	9'612	10'202	-590	-6%	9'612	10'202	-590	-6%	0		
Total		103'413	104'741	-1'328	-1%	70'626	73'226	-2'600	-4%	(32'787)	1'555	282
Netto- verschlechterung												1'274

Die Rechnung der Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit schliesst, hauptsächlich aufgrund der Budgetüberschreitung des Tiefbauamts, insgesamt um Fr. 1'274'000.– schlechter ab als budgetiert.

Die Rechnung des Stabs schliesst netto gemäss Budget ab. Die Abweichungen von Aufwand und Ertrag lassen sich mit der Erneuerung der Telematiksysteme Gemeindeführungsstab erklären (nationales Projekt). Die Kosten wurden vollständig durch den Ersatzbeitragsfonds finanziert.

Die Bevölkerungsdienste verzeichnen eine Ergebnisverschlechterung von Fr. 34'000.–. Zu Mehraufwendungen führten die höheren Frankaturen beim Versand der Stimmrechtsausweise (Gewicht der Kuverts höher als üblich) sowie höhere Personalkosten infolge Mutterschaft und falsch budgetierter Löhne.

Tiefere Rückerstattungen infolge geringerer Ausgaben für Projekte beeinflussten Aufwand und Ertrag. Unter dem Strich schloss die Dienstabteilung Umweltschutz im Rahmen des Budgets (Minderaufwand Fr. 16'000.–) ab.

Das Tiefbauamt schliesst mit einem Mehraufwand von Fr. 1,46 Mio. ab. Auf der Einnahmenseite fehlen die Bestattungsgebühren in der

Höhe von Fr. 500'000.–. Die Mehrkosten (Korrektur Fehlbuchungen früherer Jahre, Zunahme Strassenunterhalt, intensiver Winter 2010/2011 sowie Übernahme von Aufgaben der Stadtpolizei usw.) konnten nicht kompensiert werden. Weitere Informationen (inkl. Spezialfinanzierungen Kehrichtbeseitigung und Stadtentwässerung) sind dem detaillierten Bericht zum Globalbudget zu entnehmen.

Die Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen erreicht eine Verbesserung von Fr. 259'000.–. Der höhere Personalaufwand konnte durch den deutlichen Mehrertrag im Bereich der Ausnahmegewilligungen Strassenverkehr mehr als kompensiert werden.

Die Auswertung der Spezialfinanzierung Parkingmeter zeigt, dass die Parkgebühreneinnahmen analog 2010 nicht im geplanten Umfang erreicht werden können. Die Gründe liegen bei den verhältnismässig zu tiefen Preisen für Tageskarten. Die Preiserhöhung der Tagesparkkarte tritt per 1. Januar 2012 in Kraft.

Die Rechnung der Feuerwehr Stadt Luzern schliesst um über Fr. 1 Mio. besser als budgetiert ab. Tiefere Ausgaben beim Personal- und Sachaufwand sowie höhere Erträge aus der Feuerwehr-Pflichtersatzabgabe trugen zum positiven Ergebnis bei.

4.3.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab

Der Stab unterstützt die Direktorin Umwelt, Verkehr und Sicherheit (UVS) bei ihrer politischen Arbeit, der Führung sowie in Fragen von Strategie und Kommunikation. Er nimmt die administrative Leitung der Direktion wahr und koordiniert innerhalb der Direktion, der Stadtverwaltung und gegen aussen.

Die Direktion UVS hat sich 2011 entschieden, das ganzheitliche Führungsmodell auf der Basis der European Foundation for Quality Management (EFQM) zu übernehmen und Mitglied des Swiss Excellence Forums zu werden. In den nächsten Jahren werden Strategie, Prozesse, Dienstleistungen und Organisation der UVS systematisch optimiert. Der Stab wurde beauftragt, die Umsetzung gemeinsam mit der Geschäftsleitung UVS voranzutreiben.

Neben den Kernaufgaben engagierte sich der Stab intensiv in verschiedenen direktionsübergreifenden Projekten. Am 21. Januar 2011 ist das neue Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes in Kraft getreten. Der Stab hat die Umsetzung durch die Dienstabteilungen Stadtraum und Veranstaltungen (STAV) sowie Tiefbauamt (TBA) begleitet und unterstützt.

Der Rechtsdienst der UVS war stark in die Abklärungen und Verhandlungen mit dem Kanton betreffend die Zuständigkeit zur Durchsetzung städtischer Reglemente involviert. Kanton und Stadt haben eine Vereinbarung ausgearbeitet, welche die Prozesse und Zuständigkeiten regelt. Ein vom Sicherheitsausschuss von Stadtrat und Regierungsrat in Auftrag gegebenes externes Rechtsgutachten stützt diese Vereinbarung. Die Zusammenarbeit ist im zweiten Halbjahr 2011 gut angefallen. Ein weiterer Aufgabenbereich des Rechtsdienstes war die Sicherstellung der juristischen Begleitung der neuen Einbürgerungskommission.

Der Stab hat zudem die Reorganisation des Finanz- und Rechnungswesens beim TBA sowie die Einführung der Kostenrechnung bei STAV begleitet. Das 2010 lancierte Projekt Parkraumbewirtschaftung ist gemäss den Meilensteinen auf Kurs. Im Projekt wird die Bewirtschaftung des Parkraums überprüft, vereinheitlicht und vereinfacht.

Stark in Anspruch genommen haben den Stab die Arbeiten an den Vorlagen zur Eindämmung

der Auswirkungen der Strassenprostitution in Wohnquartieren. Zudem hat die Stelle für Sicherheitsmanagement das Projekt Sommerbars ausgewertet. Die Sommerbars werden – teilweise mit Standortanpassungen – weitergeführt. Die Interventionen der Stadt bei den kantonalen Stellen zur Beruhigung der Situation im Umfeld der Klubs Opera und Knascht haben nur teilweise zum Erfolg geführt. Der Entscheid zum Opera steht noch immer aus. Die Massnahmen aus dem Sicherheitsbericht 2010 wurden einer Nutzwertanalyse unterzogen, um sie bezüglich Realisierung zu priorisieren.

Im Dezember hat die Direktorin UVS eine Taskforce des Stabes beauftragt, bei der Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen eine fundierte Problemanalyse durchzuführen, Massnahmen abzuleiten und umzusetzen. Die Taskforce untersucht u. a. Prozesse, Aufbauorganisation, Produkte, Geldflüsse und IT-Unterstützung. Ziel ist es, die Dienstabteilung effizienter und effektiver sowie für künftige Herausforderungen fit zu machen.

Gemeindeführungsstab

Der Gemeindeführungsstab hat die Strukturen und Prozesse systematisch überprüft und weiter optimiert. Die bestehende Ausbildungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz wurde bis 2015 verlängert. Das Aus- und Weiterbildungsprogramm für die nächsten Jahre sieht unter anderem eine Stabsrahmenübung (2012), eine Einsatzübung (2013) und die Teilnahme an der Sicherheitsverbandsübung (2014) des Bundes vor.

In einem Projekt im Auftrag des Bundes und des Kantons Luzern wurde der geschützte Führungsstandort Ruopigen des Gemeindeführungsstabs mit zeitgemässer Telematik (TV-, Handy-, Polycom-Empfang und Internet) ausgerüstet. Zudem hat die Stelle für Kommunikation der Stadt die Grundlagen erarbeitet, um bei Ereignisfällen rasch eine Hotline für die Bevölkerung in Betrieb zu nehmen. Im Rahmen einer eintägigen Ausbildungssequenz und des Stabstrainings "Europa 11" wurden der Informationsfluss am Führungsstandort und die Stabsarbeitsprozesse geschult. Die Zusammenarbeit mit der Führungsunterstützung der ZSOpilatus hat sich bewährt. Die Erkenntnisse des Trainings fliessen in die künftige Ausbildung und die Weiterentwicklung des Gemeindeführungsstabs ein.

Bevölkerungsdienste

Neben der Kerntätigkeit befassten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Einwohnerdienstes mit weiteren Abschlussarbeiten im Zusammenhang mit der Registerharmonisierung. Dadurch konnte die inhaltliche Vollständigkeit und die materielle Korrektheit des Einwohnerregisters nochmals erheblich gesteigert werden.

Der Zivilstandskreis der Stadt Luzern besteht aus sieben Gemeinden mit insgesamt 98'000 Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Nationalitäten. Es war wiederum ein sehr ereignisreiches Jahr mit zahlreichen Beurkundungen. Zwei weitere Mitarbeitende erlangten in diesem Jahr den eidg. Fachausweis für Zivilstandsbeamte. Somit ist das Zivilstandsamt bestens gerüstet, um auch in Zukunft der immer komplexeren Verarbeitung der Geschäftsfälle gerecht zu werden.

Das neue Reglement über die Einbürgerungskommission ist seit 1. Januar 2011 in Kraft. Neu entscheidet abschliessend eine siebenköpfige ausserparlamentarische Kommission über die Zusicherung des Stadtbürgerrechtes an ausländische Staatsangehörige. Die neuen Mitglieder der Einbürgerungskommission haben sich rasch in die neue Materie eingearbeitet und trafen sich insgesamt zu 13 Sitzungen. Die Zusammenarbeit zwischen der neuen Kommission und der Verwaltung ist äusserst angenehm und speditiv. Behandelt wurden Gesuche aus dem Stadtteil Littau aus den Jahren 2007, 2008 und 2009. Aus dem übrigen Stadtgebiet wurden Gesuche verarbeitet, welche in den Jahren 2009 und 2010 beim Ressort Bürgerrechtswesen eingereicht wurden.

Schwergewicht der insgesamt fünf Urnengänge bildeten die zwei Wahlurnengänge vom 10. April (kant. Erneuerungswahlen) und 23. Oktober (eidg. Erneuerungswahlen). Durch die Fusion ist die Anzahl der Stimmberechtigten markant angestiegen, und trotzdem konnten die Endresultate (dank optimaler Organisation) früher als in den Vorjahren ermittelt werden. Die Wahlen vom 23. Oktober wurden erstmals von Pius Stadelmann, neuer Leiter Wahlen und Abstimmungen, geleitet. Eine OECD-Delegation machte sich anlässlich dieser Wahlen über das schweizerische Wahlverfahren und insbesondere über die Praxis in der Stadt Luzern kundig. Die zahlreichen Fragen der osteuropäischen Delegation konnten fundiert und zur vollen Zufriedenheit beantwortet werden.

Umweltschutz / öko-forum

Seit zehn Jahren werden Fördergelder aus dem Energiefonds ausbezahlt. 31 % der ausbezahlten Beiträge wurden dabei an Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien (Photovoltaik, thermische Solaranlagen, Umweltwärme, Abwasserwärmenutzung, Biomasse) geleistet, 36 % gingen an vorbildliche Gebäudeerneuerungen (inkl. Energiecoaching) und Minergiebauten. Mit dem restlichen Drittel der Gelder wurden Projekte in den Bereichen umweltfreundliche Mobilität (8 %) und effiziente Haustechnik (6 %) sowie die Erarbeitung von Studien, Konzepten und Kampagnen unterstützt. Dank der ausgeführten Projekte konnten jährlich 32 GWh an konventioneller Energie und rund 6'500 Tonnen CO₂ eingespart werden.

Für die Siedlung Friedberg erarbeitete eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe unter Federführung des Umweltschutzes eine ganzheitliche Sanierungsstrategie, welche das Potenzial zur Reduktion des Energieverbrauchs bei Erhalt des kulturellen Erbes (Denkmalschutz) vertieft untersuchte.

Aus dem Aktionsplan Luftreinhaltung und Klimaschutz wurden die folgenden Massnahmen lanciert:

- "Richtig feuern": Die städtischen Kaminfeiger instruierten in der Heizsaison 2010/2011 rund 600 Haushalte im schadstoffarmen Betrieb des Holzofens oder des Cheminées. Die Kampagne läuft im Winter 2011/2012 weiter.
- "Energisch optimieren": Das Programm unterstützt KMU in der Stadt Luzern bei der Planung und Umsetzung von wirtschaftlichen Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Es konnte im März 2011 gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden lanciert werden.
- "Besser wohnen": Im Oktober 2011 wurden sämtliche Mitarbeitenden der Stadt Luzern mit einem Flyer bedient, der einfache Tipps enthält, wie zu Hause und am Arbeitsplatz Energie und Geld eingespart werden kann.

Die seit 2009 stattfindenden Umweltkontrollen auf Baustellen umfassten 2011 erstmals auch Kriterien des Gewässerschutzes. An sechs Kontrolltagen wurden 36 Baustellen mit total 90 Baumaschinen kontrolliert. 8 % der kontrollierten Maschinen mussten beanstandet werden (Vorjahr 10 %).

Im Rahmen des Internationalen Jahres des Waldes organisierte der Umweltschutz zusammen mit Partnerorganisationen zwei Walddtage, die mit insgesamt über 600 Besuchenden auf ein grosses und sehr positives Echo stiessen.

23 Landwirtschaftsbetriebe beteiligen sich am Vernetzungsprojekt (gemäss Öko-Qualitätsverordnung), welches das Ziel verfolgt, die ökologischen Ausgleichsflächen zu fördern und besser zu vernetzen. Bereits wurden erste Aufwertungsmassnahmen umgesetzt. So konnten im Rahmen einer Hochstamm-Obstbaumaktion rund 200 Bäume neu gepflanzt werden.

Weitere Tätigkeiten des Umweltschutzes im Jahr 2011 waren unter anderen:

- Erarbeitung von fachlichen Grundlagen für die laufende BZO-Revision (z. B. Schutzverordnungen)
- Ökologische Baubegleitung, Planung und Umsetzung von Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen bei grösseren Bauvorhaben (z. B. Ausbau Zentralbahn, Sanierung Museggmauer, A 2 Cityring, Deponieprojekte Littauer Berg)
- Grössere ökologische Aufwertungsmassnahmen (z. B. Rotsee-Friedental, Dorenbach, Allmend, Dietschiberg, Unter-/Oberlöchli)
- "Luzern grünt"-Jahreskampagne (Wildgehölzabgabe, Kurse, Exkursionen)

Bereits zum dritten Mal wurden 2011 die rund 30 Indikatoren der Nachhaltigen Entwicklung erhoben. Sie bildeten eine wichtige Grundlage für die Gesamtplanung 2012–2016.

Die neue Energie- und Klimastrategie der Stadt Luzern sowie das Freiraum- und Gestaltungskonzept Friedental wurden einer Nachhaltigkeitsbeurteilung unterzogen.

Die Anzahl der Beratungen durch das öko-forum belief sich auf 12'100. Die Umweltbibliothek verzeichnete 9'500 Ausleihen. Das Angebot der beliebten Tageskarten Gemeinde wurde auf 20 Karten ausgebaut.

Tiefbauamt

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Globalbudgets hat das Tiefbauamt seinen Leistungsauftrag aktualisiert und auf die Vorgaben der Nachhaltigkeitsdimensionen aus der Gesamtplanung ausgerichtet. Als Pilot für das neue Berichtswesen wurde das Reporting auf oberster Ebene verwesentlich und über die vier Leistungsgruppen vereinheitlicht. Damit ist eine solide Grundlage geschaffen für die Umsetzung der entsprechenden Controllingprozesse im Jahr 2012.

Im Bereich Strassen und Mobilität entwickelte das Tiefbauamt zusammen mit dem Verkehrsverbund Luzern (VVL) und dem Kanton das Konzept Monitoring Gesamtverkehr Luzern. Es zeigt auf, wie künftig die Mobilitätsentwicklung in der Agglomeration Luzern gemessen

wird. Damit ist ein erster Schritt getan für die Umsetzung einer nachhaltigen städtischen Mobilität (B+A 7/2010). Für die Formulierung quantitativer Ziele einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung braucht es ein Gesamtverkehrskonzept als zweiten Schritt. Das entsprechende Projekt wurde zusammen mit Kanton und VVL aufgelegt. Im Juli 2011 wurde die neue Swissporarena auf der Allmend eröffnet. Das Tiefbauamt hat mit der Erstellung der ersten Etappe der Vorzone und mit dem Parkierungskonzept wesentliche Voraussetzungen für einen reibungslosen Betrieb ab der ersten Stunde geschaffen. Gleichzeitig wurden die Kunstrasenplätze im Bereich Allmend Süd zur Nutzung freigegeben, sodass auch der Breiten-sport auf der Allmend profitiert.

Das Strasseninspektorat bezog den neuen Stützpunkt Littau. Damit hat es sehr günstige Voraussetzungen, im Stadtteil Littau/Reussbühl den Strassenbetrieb und -unterhalt effizient sicherzustellen. Gleichzeitig entstehen im Dorfzentrum neue Chancen für die Stadtentwicklung.

Mit dem Sicherheitsholzschlag an der Baselstrasse wurde der neue Aufgabenbereich Naturgefahren sicht- und hörbar. In einer konzer-tierten Aktion von Stadt, Kanton und Korporation wurden rund 500 Bäume aus dem rutschgefährdeten Hang ausgeflogen.

Bei der Siedlungsentwässerung löste die geänderte Finanzierung eine Neubeurteilung des Projekts Gütschbachableitung aus. In einer Projektreview wird geklärt, in welche Richtung das Projekt weitergehen soll. Die Übergabe der 18 km Verbandskanäle an REAL förderte einen Sanierungsbedarf von rund Fr. 60 Mio. zu Tage. Davon sind rund Fr. 30 Mio. als dringliche Massnahmen in den nächsten fünf Jahren zu realisieren. Für das Hirschmattquartier wurde zusammen mit ewl die Fortsetzung der umfassenden Werkleitungssanierung als Gesamtprojekt mit intensiver Bauweise angestossen.

Das Schwergewicht im Bereich Grünräume lag 2011 in Littau. Die Stadtgärtnerei sanierte den Spielplatz Matt und führte für den 33-jährigen Fussballplatz des FC Littau in Ruopigenmoos eine Totalsanierung durch. Damit können die Spiel- und Trainingszeiten auf dem Sportrasen um rund 50 % erhöht werden. Um auch in der internen Zusammenarbeit mehr Kosten-Leistungs-Transparenz nach dem Besteller-Ersteller-Prinzip zu ermöglichen, konzipierte die Stadtgärtnerei zusammen mit der Dienstabteilung Immobilien ein Service-Level-Aggreement, welches 2012 umgesetzt wird.

Das Strasseninspektorat senkte die Kosten der Abfallentsorgung durch die Umstellung auf die Einmalsammlung ausserhalb des Stadtzentrums und durch die Umlagerung der freigegebenen Kapazitäten in den Stadtteil Littau/Reussbühl um rund Fr. 1 Mio.

Stadtraum und Veranstaltungen

Eine der Herausforderungen des vergangenen Jahres bildete die Einführung und Umsetzung des neuen Reglements und der Verordnung über die Nutzung des öffentlichen Grundes. Mit den neuen Vorgaben wird den veränderten Bedürfnissen im Zusammenhang mit der Nutzung des öffentlichen Grundes Rechnung getragen. Die Absicht, mehr Ordnung und Transparenz bei dieser Nutzung zu schaffen, erforderte viel Überzeugungs- und Kommunikationsarbeit. Im Sommer waren es häufig die Strassenmusizierenden, welche Bewohnerinnen und Bewohner der Altstadt, aber auch die Geschäfte und Büros zu Reklamationen bewogen. Die Umsetzung der dafür verabschiedeten Bestimmungen gestaltete sich als schwierig. Eine Nachbesserung wurde daher auf Mitte Jahr vorgenommen. Mit der Unterstützung der Luzerner Polizei reduzierten sich im Verlaufe des Sommers die Reklamationen.

Die Anzahl der Gesuche für die Nutzung des öffentlichen Grundes hat erneut zugenommen. Dabei handelt es sich immer mehr um Gesuche, die individuelle Auswirkungen auf den öffentlichen Raum haben, umfangreiche Abklärungen erfordern und somit nicht standardisiert abgewickelt werden können. Die SIP wurde bei ihrem vielfältigen Auftrag mit über 85'000 Kontakten durch zwölf Zivildienstleistende unterstützt. Haupteinsatzgebiete bildeten die Altstadt, der Bahnhofplatz, die Baselstrasse, deren Umgebung sowie der Europaplatz. Im Veranstaltungsbereich wurden erstmals qualitative und finanzielle Eventcontrollings durchgeführt. Gross war der Andrang auch am Schalter. Das Büro für Ausnahmebewilligungen bediente rund 14'000 Kundinnen und Kunden. Gut ein Drittel der Kundschaft bezog Tagesparkkarten.

Intern befasste sich die Dienstabteilung intensiv mit organisatorischen Optimierungen. Dabei stehen standardisierte Prozesse auf der Basis der neuen Rechtsgrundlagen im Fokus.

Die Direktorin UVS hat Mitte Dezember den Stab UVS beauftragt, bei der Dienstabteilung STAV Anfang 2012 eine umfassende Situationsanalyse durchzuführen. Daraus sollen in den Folgemonaten eine Strategie entwickelt

und die nötigen organisatorischen Massnahmen abgeleitet und umgesetzt werden. Untersucht werden insbesondere Ablauforganisation (Prozesse), Aufbauorganisation, Produkte, Finanzwesen und IT.

Zivilschutz

Im vergangenen Jahr feierte die ZSOpilatus ihr 10-jähriges Bestehen. Im Rückblick kann festgehalten werden, dass die beim Zusammenschluss definierten Leistungsvorgaben deutlich übertroffen wurden. Ohne qualitative oder quantitative Einbussen ergaben sich daraus für die Stadt Luzern jährlich wiederkehrende Einsparungen von mehr als Fr. 1 Mio.

Mit der konsequenten Ausrichtung auf eine bedürfnisorientierte Nothilfeorganisation mit kurzer Reaktionszeit konnte die Akzeptanz bei den Partnerorganisationen Polizei und Feuerwehr gewonnen und bei verschiedenen Einsätzen gefestigt werden. Dank einem dienstleistungsorientierten Übungs- und Ausbildungskonzept wurde zudem jedes Jahr aus Zivilschutzkursen ein Mehrwert für die Gemeinschaft von 13 bis 15 Personenjahren generiert.

Auch im vergangenen Jahr erbrachte die ZSOpilatus für die Gemeinden Horw, Kriens und Luzern an insgesamt 3'227 Diensttagen Arbeitsleistungen in Form von Einsätzen für Veranstaltungen, sozialdienstlichen Einsätzen, Pflege von Wald und Landschaft, Wartung und Unterhalt von Schutzanlagen der Gemeinden sowie Unterstützung kommunaler Führungsorgane und Kulturgüterschutz. Das entspricht einem Leistungsumfang von ungefähr 13 Personenjahren.

Der Betreuungsdienst der ZSOpilatus unterstützte die Betagtenzentren der Stadt, indem er ihnen zusätzliches Personal zur Verfügung stellte. Mit seiner Hilfe konnte beispielsweise das BZ Staffelnhof seinen Bewohnerinnen und Bewohnern beim Umzug eine 1:1-Betreuung ermöglichen, und auch das BZ Wesmlin sowie das BZ Dreilinden konnten von den Diensten der ZSOpilatus profitieren.

Über das ganze Jahr verteilt halfen Pioniere der ZSOpilatus bei Unterhaltsarbeiten entlang dem Renggbach, bei der Pflege von Wanderwegen und Wasserläufen im Bireggwald und bei der Erneuerung des Vitaparcours im Zimereggwald. Sie leisteten personelle Unterstützung beim schweizerischen Turnfest von SATUS und bauten auf Anfrage der kantonalen Dienststelle Landwirtschaft und Wald Begehungswege zur Erschliessung von unzu-

gänglichem Gelände in Fontannen bei Wolhusen.

Die periodischen Wartungs- und Unterhaltsarbeiten der Schutzbauten konnten in allen Anlagen nach den vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) vorgegebenen Standards und Intervallen durchgeführt werden. Überprüfungen durch Spezialisten des BABS und der kantonalen Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug bestätigen den fachlich einwandfreien Zustand der technischen Einrichtungen und einen der Bedrohungslage angemessenen Bereitschaftsgrad.

Die Nothilfeformation Cobra war zum dritten und letzten Mal für eine Woche im Urserntal im Einsatz. Zirka 60 Personen leisteten während einer Woche wertvolle Hilfe beim Wiederaufbau der durch Schnee und Unwetter beschädigten Infrastruktur.

Bei der Ausbildung von Stabsassistenten zur Unterstützung ziviler Führungsorgane wurde die Zusammenarbeit mit dem Gemeindeführungsstab (GFS) der Stadt Luzern und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz weitergeführt. Mit periodischen Modulen im Abstand von drei Monaten konnten allgemeine fachdienstliche Kompetenzen gefestigt, neue Elemente eingebaut und die kurzfristige Einsatzbereitschaft bei besonderen Ereignissen sichergestellt werden.

Feuerwehr

Im Berichtsjahr bewältigte die Feuerwehr Stadt Luzern 505 Alarmeinsätze und 220 geplante Einsätze wie Bereitschaftsdienste bei Grossanlässen oder Wachdienste im Luzerner Theater. Bei den Alarmeinsätzen konnte sie 34 Personen und 17 Tiere aus bedrohlichen Notlagen retten. Zusätzlich wurde sie 22-mal bei medizinischen Notfällen zugunsten des Rettungsdienstes 144 alarmiert.

Nebst der Einsatzbewältigung und der Aus- und Weiterbildung wurden 2011 folgende Schwerpunkte verfolgt:

- Überprüfung der Milizorganisation
- Ersatzbeschaffung der persönlichen Brandschutzausrüstung

- Ersatzbeschaffung von drei Grossfahrzeugen durch zwei identische Tanklöschfahrzeuge. Mit der Reduktion um ein Grosseinsatzfahrzeug können auch Kostenreduktionen erreicht werden.
- Beschaffung 15-t-Lastwagen für Elementarereignisse
- Umstellung des Intranets auf SharePoint-Technologie. Es wurde eine leistungsfähige interne Informationsplattform geschaffen.
- Öffentlichkeitsarbeit mit eigenem Facebook-Auftritt und Gewinnung neuer Feuerwehrleute mit "verjüngtem" Werbeflyer
- Aktionskampagnen zur körperlichen Fitness und gesunden Ernährung
- Die laufenden Anpassungen der Einsatzdispositive für die Grossbaustellen Cityring A 2, Stadion- und Hochhäuserbau Allmend sowie Allmendtunnel Zentralbahn stellten nebst der Vielzahl von laufenden Anpassungen bei der ordentlichen Einsatz- und Notfallplanung weiterhin eine grosse Herausforderung dar. Sie konnten mit grossem Aufwand sichergestellt werden.
- Die Absenzen im Übungsdienst konnten erfreulicherweise gegenüber dem Vorjahr reduziert werden.
- Schulung der städtischen Mitarbeitenden im Rahmen des Projekts "Sicherheit in der Verwaltung"

2011 wurden 178 Feuerwehrleute in der Sportmedizin St. Anna im Bahnhof, Privatklinik Hirslanden, medizinisch auf ihre Feuerwehrtauglichkeit und weitere Gesundheitskriterien geprüft. Damit haben unter der Führung der drei Feuerwehrärzte in den letzten beiden Jahren alle 360 Angehörigen der Feuerwehr Stadt Luzern diese periodische Untersuchung absolviert. Obwohl die Leistungsvorgaben streng sind, darf aufgrund der Auswertungen festgehalten werden, dass das Feuerwehrkorps fit ist. Lediglich bei acht Personen musste eine Dispensation mit Vorgaben zur Gewichtsreduktion angeordnet werden. Weitere Informationen können dem Tätigkeitsbericht 2011 der Feuerwehr Stadt Luzern entnommen werden.

4.3.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.3.4.1 Stadtraum und Veranstaltungen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen (STAV) ist verantwortlich für die Umsetzung des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grundes, des Reglements über das Taxiwesen sowie des Reglements und der Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung beim Dauerparkieren auf öffentlichem Grund.

Sie bearbeitet Bewilligungen für die temporäre Benutzung des öffentlichen Grundes (Standaktionen, Promotionen, Goodwill-Aktionen, kleinere, mittlere und grosse Anlässe, Plakate, temporäre Illuminationen). Sie koordiniert und erteilt Bewilligungen für die Durchführung der traditionellen Märkte sowie der Herbstmesse. Im Weiteren bewirtschaftet sie die kommerzielle Nutzung des öffentlichen Grundes (Boulevardrestaurants, Geschäftsauslagen, Verkaufsstände) inkl. Bewilligungen und Kontrolle. Sie erteilt Bewilligungen für temporäre Verlängerungen und gibt Stellungnahmen zu temporären Bewilligungen im Gastgewerbe ab. Sie fakturiert sämtliche temporären Inanspruchnahmen des öffentlichen Grundes durch Baustellen. Bei Events und grösseren Veranstaltungen unterstützt sie die Veranstaltenden durch Vermittlung von Kontakten und Koordination von Bedürfnissen seitens der Veranstaltenden und der Stadt. Sie erteilt die Bewilligung hierfür und ist verantwortlich für die Kontrolle. Sie erteilt Bewilligungen für Tiefflüge über der Stadt. Auf der Basis des Taxireglements erteilt sie Bewilligungen im Taxiwesen, nimmt Chauffeurprüfungen ab und setzt die gesetzlichen Grundlagen um. Die Abteilung bewirtschaftet den gesamten öffentlichen Parkraum und erteilt die Ausnahmebewilligungen im Strassenverkehr. Die Parkplatzwärter gewährleisten die Organisation des Carbetriebes in der Stadt. In der Pilzsaison ist die Abteilung STAV für die Pilzkontrolle verantwortlich. Durch die SIP wird das Sicherheitsgefühl und die gegenseitige Rücksichtnahme im öffentlichen Raum gefördert. Dies erfolgt durch Vermittlung bei Konflikten, die Kommunikation von Verhaltensregeln und die Förderung der friedlichen Koexistenz.

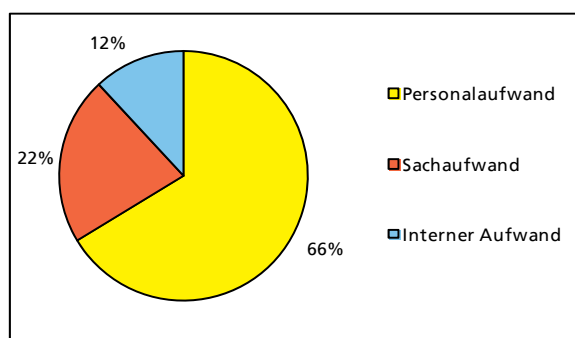
Die Abteilung STAV beschäftigt 22 Personen mit 2'000 Stellenprozenten. Im Rahmen des Sparpakets 2011 wurde eine Stelle zu 100 % abgebaut. Im Sommer erhöht sich die Anzahl der beschäftigten Personen durch SIP-Teilzeitangestellte innerhalb der bewilligten Stellenprozente.

b) Ergebnis

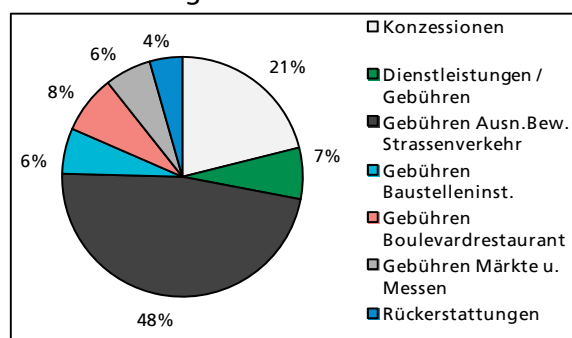
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	3'398'466	3'709'563	3'143'300	566'263	18%	311'097	9%
Ertrag	4'729'929	5'334'763	4'509'900	824'863	18%	604'834	13%
Ergebnis	1'331'464	1'625'200	1'366'600	258'600	19%	293'737	22%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Stadtraum und Veranstaltungen bis 30.6.2009 Gewerbe- und Gesundheitspolizei	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anz. Bewilligungen ¹ für Benützung öffentl. Grundes (im 2011 wurden 100 Gesuche abgelehnt)	798	834	854	976	1'047	7.3%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe						
- durch STAV	1'728	1'381	1'439	1'673	² 1'320	
- durch das Amt für Gastgewerbe (Kanton) (neu: Gastgewerbe und Gewerbebehörde)	824	632	820	476	² 557	

e) Kommentar

Die Gesuchszahl für die vielfältige Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes hat erneut stark zugenommen. Nebst den bewilligten 1'047 Gesuchen wurden im Jahre 2011 auch 100 Gesuche abgelehnt. Auch diese Gesuche erfordern vor dem Entscheid intensive Abklärungen und Gespräche mit Veranstaltenden und involvierten Parteien. Gegenüber 2007 beträgt die Steigerung der Gesuchszahl bei gleichen Personalressourcen über 40 %.

Legende:

¹ Die Zahlen der Jahre 2007 bis 2010 beziehen sich auf die Anzahl "Eingegangener Gesuche". Ab 2011 werden die "Erteilten Bewilligungen" sowie die "Abgelehnten Gesuche" ausgewiesen. Ein Vergleich ist daher nur bedingt möglich.

² Mit der neuen Polizeiorganisation 2010 gibt die Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen STAV bei den Verlängerungen im Gastgewerbe nur noch Stellungnahmen ab. Für die Bewilligungen ist neu vollumfänglich die Dienststelle Gastgewerbe und Gewerbepolizei des Kantons zuständig. Die statistischen Vergleiche mit früheren Jahren sind somit schwierig. Gastgewerbe und Gewerbepolizei hat 2011 total 1'877 Bewilligungen ausgestellt. Bei 1'320 von den gesamten 1'877 Bewilligungen hat STAV eine Stellungnahme eingereicht.

4.3.4.2 Bevölkerungsdienste

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Bevölkerungsdienste umfassen die Bereiche Einwohnerdienste, Regionales Zivilstandsamt, Bürgerrechtswesen sowie Wahlen und Abstimmungen. Die Dienstabteilung beschäftigt 30 Personen (2'580 Stellenprozente).

Die *Einwohnerdienste* führen das Einwohnerregister. Darunter fallen das Registrieren von Zu-, Weg- und Umzügen, die administrative Verarbeitung von zivilrechtlichen Ereignissen der Einwohnerinnen und Einwohner, das Erstellen von Ausweisen, Zeugnissen und Bescheinigungen, das Registrieren von Aufenthaltsbewilligungen von ausländischen Staatsangehörigen, die Bearbeitung von Adressanfragen und das Erteilen von Auskünften an Amtsstellen. Im Weiteren veranlassen die Einwohnerdienste die Mitteilung der Einwohnerdaten an Amtsstellen, das Erstellen von Einwohnerstatistiken und das Organisieren von Zählungen und Erhebungen. Zum weiteren Aufgabenbereich gehören das Führen des Hunderegisters, das Inkasso der Hundesteuer sowie die Stimmrechtskontrolle bei Initiativen und Referenden von Bund, Kanton und Stadt.

Das *Regionale Zivilstandsamt* ist zuständig für die Beurkundung des Personenstandes der Bürgerinnen und Bürger und Einwohnerinnen und Einwohner des Zivilstandskreises Luzern (Geburt, Anerkennung, Eheschliessung, Tod). Weitere Aufgaben sind Beratung in ehe-, namens- und bürgerrechtlichen Angelegenheiten aufgrund von Geburten und Eheschliessungen sowie Durchführung von Ziviltrauungen. Dem Regionalen Zivilstandsamt ist das Bestattungsamt der Stadt Luzern angegliedert. Die Eintragungen in den Zivilstandsregistern bilden die Grundlage für die Ausstellung von Zivilstandsdokumenten zum Beweis der personen- und familienrechtlichen Stellung jeder Bürgerin und jedes Bürgers, für den Nachweis des Bürgerrechtes in der Heimatgemeinde und damit des Schweizer Bürgerrechtes, für die Abgabe von Ausweispapieren wie Heimatscheinen, Identitätskarten, Reisepässen, für vormundschaftliche Massnahmen, für die Feststellung der Erben, das Bestattungswesen, die militärische Aushebung, die Bevölkerungsstatistik, genealogische Forschungen und wissenschaftliche Erhebungen usw.

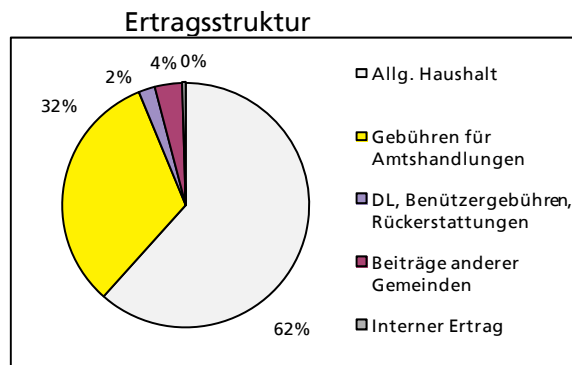
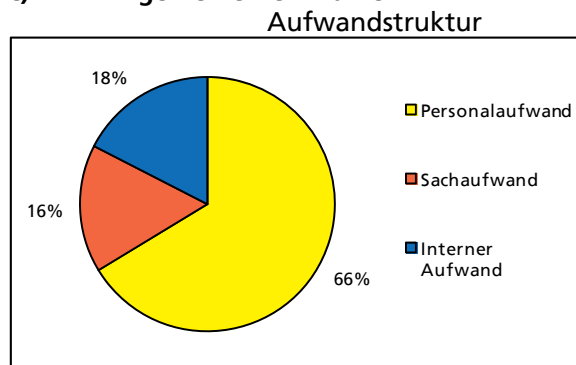
Anlaufstelle für einbürgerungswillige Personen schweizerischer und ausländischer Nationalität ist der Fachbereich *Bürgerrechtswesen*. Er ist zuständig für den administrativen Bereich bei der Zusicherung/Erteilung des Stadtluzerner Bürgerrechtes, von der Beratung der Gestuchstellenden, der Kontrolle und der Ergänzung der Unterlagen, den dazu erforderlichen Abklärungen, der Vorbereitung der Sitzungen der Einbürgerungskommission bis zur positiven Entscheidmittelung an die Gestuchstellenden nach dem Beschluss der Einbürgerungskommission bzw. des Stadtrates.

Dem Ressort *Wahlen und Abstimmungen* obliegt die Organisation und Durchführung aller Wahlen und Abstimmungen von Bund, Kanton, Stadt und Kirchgemeinden in der Stadt Luzern. Die gesamten Aufwendungen im Personal- und Sachaufwand für andere Körperschaften werden diesen vollumfänglich in Rechnung gestellt.

b) Ergebnis

	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	4'050'250	4'293'427	4'182'500	110'927	3%	243'177	6%
Ertrag	1'781'773	1'647'095	1'570'000	77'095	5%	-134'678	-8%
Ergebnis	-2'268'477	-2'646'333	-2'612'500	-33'833	-1%	-377'856	-17%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

Einwohnerdienste	2007	2008	2009	2010	2011	Abw.
Gesamtbevölkerung Stand per 31.12.	61'248	61'874	62'166	80'226	80'915	1%
Anzahl Ausländer Stand per 31.12.	12'191	12'455	12'458	19'026	19'072	0,3%
Zuzug Wochenaufenthalter	857	827	827	752	875	16%
Änderung Wochenaufenthalt in Wohnsitz	225	269	257	253	263	4%
Anzahl Wochenaufenthalter Stand per 31.12.	1'847	1'941	1'969	2'129	2'234	5%
Zivilstandsamt	2007	2008	2009	2010	2011	Abw.
Geburten	2'396	2'472	2'546	2'579	2'518	-2,4%
Eheschliessungen	532	586	581	613	547	-11%
Registrierte Partnerschaften	22	13	11	8	13	62,5%
Todesfälle	1'292	1'302	1'433	1'386	1'330	-4%
Bürgerrechtswesen	2007	2008	2009	2010	2011	Abw.
Ertelung bzw. Zusicherung des Stadtbürgerrechtes	229/399	247/438	216/400	311/597	244/430	-22%/-28%
(behandelte Gesuche)						
an Schweizer (Gesuche/Personen)	67/101	67/105	61/98	93/149	58/90	-38%/-40%
an Ausländer (Gesuche/Personen)	162/298	180/333	155/292	218/448	186/340	-15%/-24%
davon erleichterte Einbürgerungen	84	91	76	84	76	-9,50%
Einbürgerungsgesuche Ausländer						
Neu eingegangene Gesuche	162	131	101	164	160	-2,5%
Pendente Gesuche Stand per 31.12.	422	356	277	391	395	1%
Wahlen und Abstimmungen	2007	2008	2009	2010	2011	Ø
Stimmberechtigte	41'384	41'543	41'823	51'217	51'534	45'500
Stimmbeteiligung (gerundet)	44%	50%	44%	40 %	40 %	44 %
Stimmende	18'056	20'915	18'838	20'523	20'719	19'810
Gesamtkosten pro Abstimmung	126'734	99'265	166'176	157'454	196'864*	149'299
Kosten pro Stimmberechtigte/n	Fr. 3.06	Fr. 2.46	Fr. 3.95	Fr. 3.07	Fr. 3.82	3.27
Kosten pro Stimmgabe	Fr. 7.01	Fr. 4.93	Fr. 9.92	Fr. 8.42	Fr. 9.50	7.96
Anzahl Urnengänge p.a.	6	4	5	4	5	4.80

e) Kommentar

Pro halbtägige Sitzung behandelte die neue Einbürgerungskommission im Durchschnitt 17 Gesuche. Im Jahre 2011 fanden die kantonalen und eidgenössischen Erneuerungswahlen statt.

4.3.4.3 Umweltschutz

a) Aufgaben / Dienstleistungen

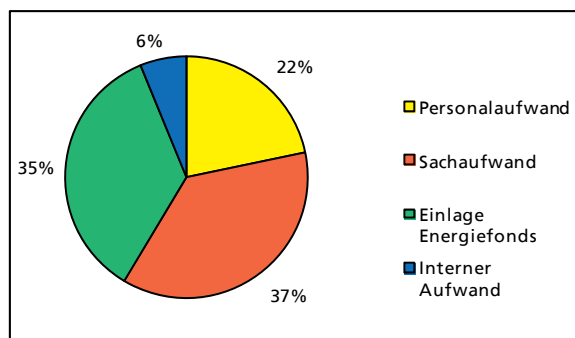
Die Hauptaufgaben der Dienstabteilung Umweltschutz liegen im Gesetzesvollzug, in der Grundlagenbeschaffung zur Umweltsituation und in der umfassenden Umweltinformation. Der Umweltschutz ist die städtische Fachstelle für den Natur- und Landschaftsschutz und den technischen Umweltschutz. Daueraufgaben und Projekte dienen der Reduktion der Umweltbelastung und der Aufwertung des städtischen Lebensraums für Mensch und Natur. Umweltinformation und -beratung erfolgen primär durch die Mitarbeitenden des öko-forums. Die Dienstabteilung Umweltschutz beschäftigt elf Personen (840 Stellenprozente).

b) Ergebnis

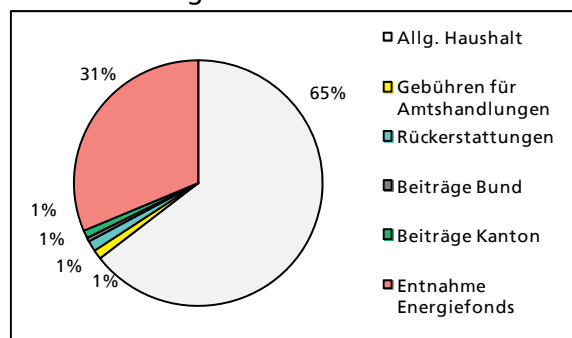
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	4'529'081	4'253'515	4'659'700	-406'185	-9%	-275'566	-6%
Ertrag	1'708'488	1'507'386	1'930'500	-423'114	-22%	-201'102	-12%
Ergebnis	-2'820'593	-2'746'129	-2'729'200	-16'929	-1%	74'463	3%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Energie					
<i>Energiefonds</i>					
Neu zugesicherte Förderbeiträge (Fr.)	369'264	2'915'687	1'191'222	1'351'198	13%
Ausbezahlte Förderbeiträge (Fr.)	774'061	1'361'836	1'381'529	1'208'934	-12%
Unterstützte Projekte	62	91	67	92	37%
Stand Energiefonds per Ende Jahr	3'859'054	3'462'579	3'484'556	3'653'464	5%
Natur- und Landschaftsschutz					
<i>Projekt "Luzern grünt"</i>					
Beratungen vor Ort	43	52	46	35	-24%
Abgegebene Pflanzen	1'530	1'405	1'837	1'553	-15%
Emissionsschutz					
<i>Anzahl Feuerungskontrollen</i>	2'149	2'637	2'646	3'046	15%
Anteil Beanstandungen bei Ölfeuerungen	36%	27%	14%	18%	29%
bei Gasfeuerungen	24%	16%	14%	11%	-21%
Mobilfunkantennen					
Beurteilte Baugesuche	7	8	8	6	-25%
Beurteilte Messberichte	5	4	6	1	-83%
Standorte insgesamt per Ende Jahr	40	42	64	68	6%

e) Kommentar

Das Nettoergebnis der Dienstabteilung Umweltschutz lag nur unwesentlich unter dem Budget. Hingegen fielen Aufwand und Ertrag deutlich tiefer aus als budgetiert. Der Hauptgrund liegt beim Energiefonds, wo die ausbezahlten Förderbeiträge (und damit auch die Entnahme aus dem Fonds) die budgetierte Summe nicht erreichten.

Der Stand des Energiefonds blieb dank der vorübergehenden zusätzlichen Äufnung (bis 2014) stabil. Zwar liegen noch über Fr. 3 Mio. im Fonds, tatsächlich verfügbar (= nicht an Projekte zugesichert) sind aber lediglich rund Fr. 750'000.–.

Das Projekt "Luzern grünt" ist in der Bevölkerung nach wie vor sehr beliebt. Die Anzahl der abgegebenen Pflanzen und persönlichen Beratungen vor Ort bewegte sich im Rahmen der Vorjahre.

In den geraden Jahren werden anteilmässig weniger Feuerungsanlagen kontrolliert als in den ungeraden Jahren (Ausnahme 2010: Fusion mit Littau). Seit der letzten Verschärfung der lufthygienischen Anforderungen im Jahre 2005 nimmt die Beanstandungsquote kontinuierlich ab. Dies zeigt, dass beanstandete Anlagen laufend saniert oder ersetzt werden. Bei den Ölfeuerungen, bei denen der Rückgang in den vergangenen Jahren besonders stark war, musste 2011 allerdings ein geringfügiger Anstieg verzeichnet werden.

Das Netz der Mobilfunkantennen-Standorte auf Stadtgebiet wird nach wie vor weiter verdichtet. Die Anzahl an Baugesuchen für den Neubau oder die Umrüstung von Antennen lag leicht unter derjenigen des Vorjahrs.

4.3.4.4 Zivilschutz

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Der Zivilschutz ist eine Nothilfeorganisation. Er kommt dann zum Einsatz, wenn die Mittel der Blaulichtorganisationen erschöpft sind oder wenn diese Unterstützung anfordern. Dadurch wird deren Durchhaltefähigkeit bei grossen und/oder lang andauernden Ereignissen erhöht. Beispiele für Einsätze des Zivilschutzes sind die Betreuung von Kriegsflüchtlingen im Eigenthal 1998/1999, die Bereitstellung von Sandsäcken zur Eindämmung des Hochwassers 1999 und 2005 oder die Überwachung der Schadensgebiete bei den Unwettern 2005.

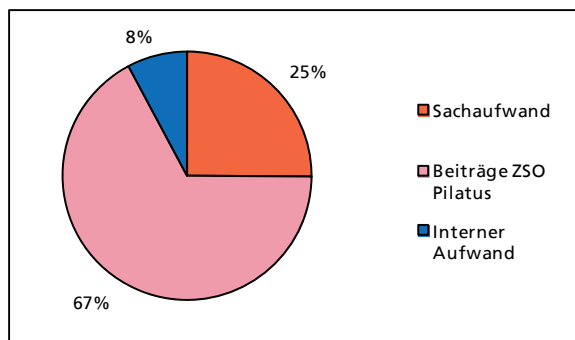
Die Grund- und die Kaderausbildung der Schutzdienstpflichtigen erfolgt durch Bund und Kanton. Aufgabe der Gemeinden ist es, das notwendige Wissen im Rahmen von Wiederholungskursen zu festigen und zu erweitern. Im Einsatz und bei der Ausbildung leistet der Zivilschutz einen Beitrag zum Schutz und zur Hilfe für die Bevölkerung bei der Bewältigung von ausserordentlichen Lagen.

b) Ergebnis

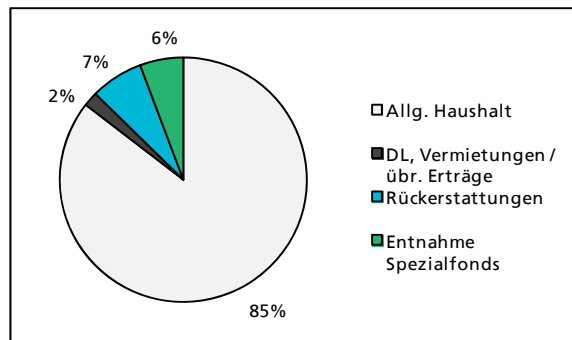
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	1'163'767	1'231'548	1'172'200	59'348	5%	67'782	6%
Ertrag	116'844	179'607	77'500	102'107	132%	62'763	54%
Ergebnis	-1'046'923	-1'051'941	-1'094'700	42'759	4%	-5'018	-0%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen (gem. Jahresrechnung ZSOpilatus)

	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Kostenanteil Stadt Luzern an der ZSOpilatus	910'755	710'531	746'499	824'028	831'999	1%
Kosten pro Einwohner/in in Fr.	15.59	12.01	12.48	10.76	10.75	0%
Einsatztage ZSOpilatus	2'637	3'899	2'997	3'256	3'227	-1%
Kosten pro Einsatztag in Fr.	21.35	16.92	20.89	21.54	22.24	3%
Kosten für städtische ZS-Bauten	277'237	504'714	302'102	325'000	405'000	25%

e) Kommentar

Der deutliche Anstieg bei den Kosten für städtische ZS-Bauten ist auf den Erneuerungsbedarf einer Schutzanlage auf dem Gebiet des Stadtteils Littau zurückzuführen. Der Mehraufwand von Fr. 80'000.– wurde aber durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit Fr. 55'000.– und einer Vergütung aus dem Ersatzbeitragskonto 2282.21 von Fr. 33'000.– abgegolten.

4.3.4.5 öko-forum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das 1987 gegründete öko-forum ist die erste Anlaufstelle für Fragen aus den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz und Energie. Seit dem Jahre 1999 ist das öko-forum die offizielle stationäre und telefonische Umweltberatungsstelle für den ganzen Kanton Luzern und seit April 2007 die Erstanlaufstelle für die kantonalen Förderprogramme im Energiebereich. Der Kanton leistet für diese Ausweitung des Leistungsauftrages finanzielle Entschädigungen.

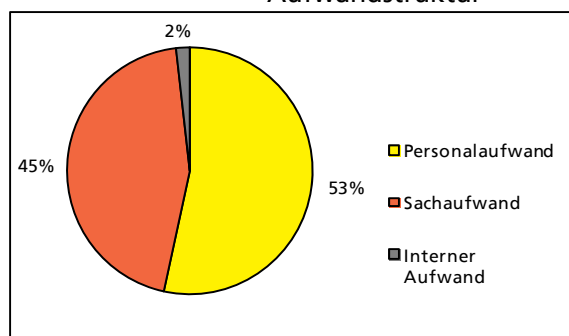
Das öko-forum ist organisatorisch Teil der städtischen Dienstabteilung Umweltschutz.

b) Ergebnis

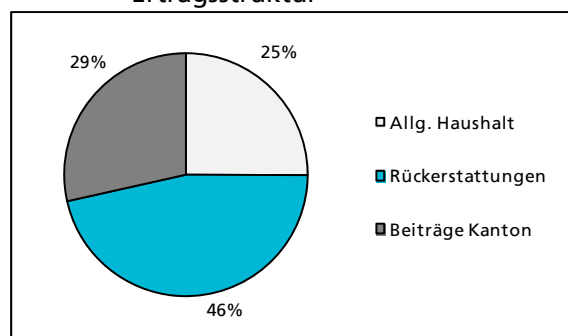
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	499'596	585'800	515'500	70'300	14%	86'204	17%
Ertrag	407'425	438'976	412'100	26'876	7%	31'551	8%
Ergebnis	-92'171	-146'824	-103'400	-43'424	-42%	-54'653	-59%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Anzahl Beratungen	12'627	12'734	15'677	13'316	12'112	-9%
davon Stadtbevölkerung	8'019	7'684	7'736	6'949	6'081	-12%
Anzahl Ausleihen von Medien	11'323	11'714	11'411	11'109	9'493	-15%

e) Kommentar

Der Anteil der Stadt Luzern an der Finanzierung des öko-forums konnte seit dem Jahre 2000 von etwa 70 % auf 25 % reduziert werden. Drei Viertel der Kosten werden heute durch den Kanton, durch Gemeinden und Private getragen.

Der Aufwandüberschuss lag mit Fr. 146'824.- deutlich über dem budgetierten Betrag von Fr. 103'400.-. Die Mehreinnahmen aus dem Verkauf der beliebten SBB-Tageskarten konnten die Kosten, die aus einem längeren krankheitsbedingten Ausfall eines Mitarbeiters entstanden, nur teilweise kompensieren.

Die Anzahl der Umweltberatungen und der Ausleihen von Medien ging gegenüber dem Vorjahr weiter zurück. Damit setzte sich ein Trend fort, der bereits im Jahre 2010 zu beobachten war. In Zusammenarbeit mit dem Kanton wurde vor diesem Hintergrund ein Prozess zur Überprüfung und Weiterentwicklung des Konzepts der Umwelt- und Energieberatung gestartet.

4.3.4.6 Feuerwehr

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Kernaufgabe der Feuerwehr ist die Intervention bei Bränden, Naturereignissen, Explosionen, Einstürzen, Unfällen oder ABC-Ereignissen zum Schutz von Mensch, Tier, Umwelt und Sachwerten. Der Feuerwehr obliegt die im Feuerschutzgesetz umschriebene Aufgabe des unverzüglichen, befristeten Ersteinsatzes in Kooperation mit Polizei und Sanität. Hinzu kommen Einsätze für Bereitschafts-, Wach-, Kontroll- und Verkehrsdienste sowie technische Hilfeleistungen.

Als Stützpunktfeuerwehr nimmt die Feuerwehr Stadt Luzern auch kantonale Aufgaben wahr und ist dank zusätzlichen Einsatzmitteln in der Lage, andere Feuerwehren wirksam zu unterstützen: Brand und Naturereignisse, Strassenrettung, Ölwehr (Land und Gewässer), Strahlenwehr, Langzeit-Atmenschutzgeräte, Nationalstrasse (Autobahn) und Schienennetz.

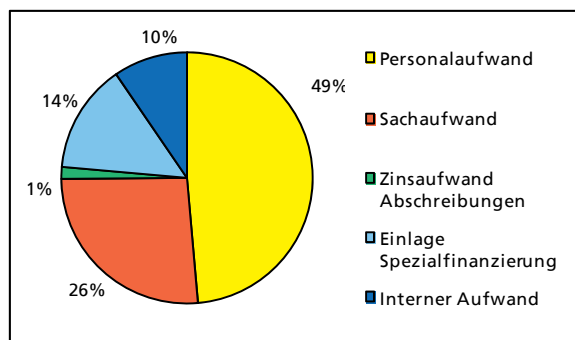
Bei der Feuerwehr sind zehn Personen mit 1'000 Stellenprozenten fest angestellt. Zur Dienstabteilung Feuerwehr gehört auch die Feuerpolizei, welche mit 200 Stellenprozenten den vorsorglichen Brandschutz sicherstellt. Das Feuerwehrkorps ist nach dem Milizsystem zusammengesetzt und wird für den Ernstfalleinsatz mit Pager- und Telefonalarm aufgeboden.

b) Ergebnis

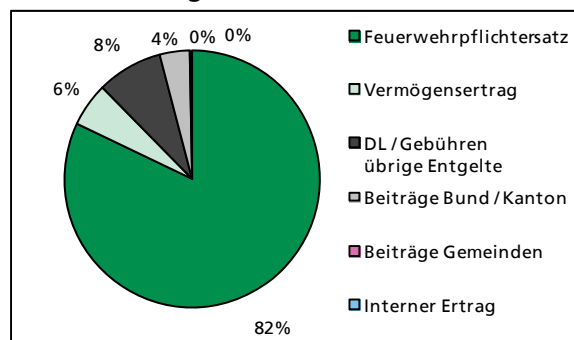
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	5'195'721	5'303'001	5'020'000	283'001	6%	107'280	2%
Ertrag	5'195'721	5'303'001	5'020'000	283'001	6%	107'280	2%
Ergebnis	0	0	0	0		0	

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2007	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Alarmeidgänge	520	529	545	534	505	-5%
davon Fehlalarme (aber Ausrücken des Polizei-Löschpiketts oder Teile der Feuerwehr)	275	225	248	240	285	19%
Einsätze total (Alarmeidgänge + im Voraus geplante)	835	785	803	783	725	-7%
Einsatzstunden total (inkl. Polizei-Löschpikett)	8'420	10'279	14'943	13'427	11'346	-15%
Besoldete Stunden für Übungen, Kurse und Rapporte	20'297	19'713	24'008	26'035	27'664	6%
Besoldete Stunden für Retablierung, AVOR, Fourier- und Doku-Dienst	3'789	2'055	3'314	3'187	2'745	-14%

e) Kommentar

Die Rechnung der Feuerwehr schliesst mit einer deutlichen Besserstellung gegenüber dem Budget ab. Anstelle der geplanten Entnahme von Fr. 281'200.- konnte eine Einlage von Fr. 745'572.54 in die Spezialfinanzierung der Feuerwehr getätigt werden.

Die hohe Abweichung und Verbesserung des Ergebnisses hat mehrere Gründe: Aufgrund des kantonalen Ersatzbeschaffungsprojekts für ein neues Feuerwehr-Alarmierungssystem im Jahr 2013 wurde auf die Realisierung der integrierten Navigationslösung verzichtet. Weitere Gründe sind die

tieferen Kosten für den Arbeitsfunkkanal dank Nutzung eines bestehenden Antennenstandortes, geringere Sold- und Unterhaltskosten aufgrund weniger Einsätzen als im Vorjahr sowie höhere Erträge aus der Feuerwehrpflicht-Ersatzabgabe.

4.4 Baudirektion

Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor

Zum letzten Mal darf ich als Baudirektor das Vorwort zu einem Geschäftsbericht der Stadt Luzern verfassen. Ich nehme die Gelegenheit wahr, einige Erkenntnisse aus meiner zwölfjährigen Amtszeit niederzuschreiben: drei Aspekte, welche ich als positive Besonderheiten der Stadt Luzern erachte, drei Gesichtspunkte, welche sich als Risiken darstellen.

Mitarbeitende der Stadtverwaltung

Die Stadt Luzern verfügt über eine Vielzahl von Mitarbeitenden, für welche der Beruf nicht einfach eine Erwerbstätigkeit darstellt, sondern eine eigentliche Berufung. Insbesondere auch beim Kader ist das Engagement, die Stadt Luzern vorwärtszubringen, aussergewöhnlich. Die Stadt verfügt in dieser Hinsicht über Stärken, die nicht hoch genug geschätzt werden können. Die obersten Verantwortungsträger der Stadt tun gut daran, zu diesen "Ressourcen" Sorge zu tragen. Für die stets tolle Zusammenarbeit danke ich herzlich.

Zusammenwirken öffentliche Hand – Zivilgesellschaft

Luzern verfügt über einen spezifischen Erfolgsfaktor: das Zusammenwirken von öffentlicher Hand und Zivilgesellschaft, PPP genannt. Seit Jahrzehnten ist die hohe Lebensqualität der Stadt geprägt durch das konstruktive Mitwirken von privaten Kräften. Ein beredtes Zeichen ist der gemeinnützige Wohnungsbau, wo sich zahlreiche Baugenossenschaften verdient gemacht haben. Weiter seien das KKL und die Sportarena Allmend, aber auch viele Kultur- und Sportorganisationen genannt.

Gesamtplanung und Finanzplanung als strategische Führungsmittel

Die Gesamtplanung enthält das Regierungsprogramm, welches vom Grossen Stadtrat mitgetragen wird. Wesentlicher Bestandteil ist die Finanzplanung. Indem diese Führungsinstrumente so eng verknüpft sind, kann die Stadt eine verantwortungsbewusste und strukturierte politische Diskussion und Kultur pflegen. Es soll nicht eine Finanz- bzw. Steuerpolitik betrieben werden, ohne die entsprechenden Konsequenzen zu bedenken. "Wenn, dann" soll der Denkansatz sein, wenn über die Steuern die finanziellen Ressourcen zur Sicherstellung des Service public festgelegt werden.

Herausforderungen des föderativen Systems

Die Stadt Luzern ist kein geschlossenes politisches System, sondern den Einflüssen der Bundes- und Kantonspolitik ausgesetzt. Die gegen-

wärtigen finanziellen Probleme und das damit verbundene strukturelle Defizit sind vor allem auf exogene Faktoren zurückzuführen. Entscheide in Bundesbern und im Kanton haben grossen Einfluss auf die Herausforderungen der Stadt. Wenn durch Pflegegeldleistungen von Fr. 17 Mio. pro Jahr die Stadt zusätzlich belastet wird, so hat dies enorme Auswirkungen. Auch Revisionen im Invalidenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz treffen schlussendlich die Gemeinden. Wenn beispielsweise psychisch Kranke oder Ausgesteuerte keine Gelder mehr von den Versicherungen erhalten, so bleibt regelmässig die Not trotzdem bestehen. Letztlich muss die Stadt als Gemeinwesen über die wirtschaftliche Sozialhilfe die materiellen Probleme der betroffenen Personen auffangen. Auch das Erwachsenenschutzrecht (vormals Vormundschaftsrecht), welches perfektioniert worden ist, hat für die Stadt respektable Mehraufwendungen zur Folge. Es leuchtet ein, dass es erschwert ist, eine kohärente städtische Finanzpolitik zu betreiben, wenn derartige kommunal nicht beeinflussbare Faktoren eine noch so vorausschauende Handlungsweise in Frage stellen. Dies wird noch akzentuiert, wenn der Kanton eine Steuerpolitik betreibt, welche grosse Auswirkungen auf die kommunalen Steuereinnahmen hat. Es muss zwischen Kanton und Gemeinden eine Art "Konzerndenken" stattfinden. In dieser Hinsicht muss die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden optimiert werden.

Steuerpolitik / Leistungen der Stadt

Wenn die Stadt durch eine Finanzpolitik darauf reduziert wird, nur noch die gesetzlichen Aufträge zu erfüllen, so wird insbesondere das Sport- und Kulturleben, welches die Stadt Luzern positiv prägt, aber auch die freiwillige Solidarität enorm leiden. Wenn Anschubleistungen der Stadt nicht mehr möglich sind, entfallen oft auch die Leistungen von Privaten. Das Eingesparte wirkt sich überproportional aus, die Lebensqualität der Stadt sinkt drastisch.

Überstrukturierte Situation in unserer Region

Der Stadtrat setzt sich seit Jahren für eine starke Stadtregion ein. Leider sagten alle beteiligten Gemeinden Nein zu Fusionsverhandlungen. Nun müssen anderweitige Zusammenarbeitsformen eingeführt werden, denn nur wenn unser Lebensraum aus einer Hand verantwortet werden kann, können angemessene Lösungen, z. B. im Siedlungs- und Verkehrsbereich, erwirkt werden.

4.4.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

BZO-Revision, Phase II (Projektplan Nr. I79078)	Fünfjahresziel 8.1
---	------------------------------

Die revidierte Bau- und Zonenordnung wurde vom 18. August bis 16. September 2011 öffentlich aufgelegt. Innert dieser Frist sind rund 230 Einsprachen mit zum Teil mehreren Anträgen sowie 160 Einsprachen mit je einem gleichlautenden Antrag eingegangen. Die Stadtentwicklung hat im Winter 2011/2012 in der Folge rund 160 Einspracheverhandlungen durchgeführt. Es zeichnet sich ein zweites Auflageverfahren mit Änderungen aus den Einspracheverhandlungen ab.

Standortentwicklung (Projektplan Nr. L84003)	Fünfjahresziel 8.1
--	------------------------------

Die Entwicklungsprinzipien aus den Schlüsselarealen sind in die Revision der BZO eingeflossen; aber was die Hochhausstandorte betrifft, auch mit zahlreichen Einsprachen in Frage gestellt worden.

Im Stadtteil Littau wurden die Entwicklungspotenziale erhoben, die Umsetzung des Masterplans Luzern Nord ist eingeleitet und der Gebietsmanager Luzern Nord eingesetzt. Die Abstimmung von Siedlung und Verkehr im Stadtteil Littau ist und bleibt eine grosse Herausforderung.

Wettbewerb Entwicklung Inseliquai–Alpenquai (Projektplan Nr. I79014)	Fünfjahresziel 7.1
--	------------------------------

Der Wettbewerb zur Seeuferplanung (Abschnitt Inseli bis technischer Sporn) bleibt bis auf Weiteres aus inhaltlichen und finanziellen Gründen sistiert.

Planungsbericht Quartier- und Stadtteilpolitik (Projektplan Nr. L79004)	Fünfjahresziel 0.1
---	------------------------------

Der Planungsbericht zur städtischen Quartier- und Stadtteilpolitik (B+A 12/2011) ist vom Parlament zustimmend zur Kenntnis genommen worden. Erste Umsetzungsmassnahmen wurden eingeleitet.

BaBeL-Quartierentwicklung, Projektierung 2009–2012 (Projektplan Nr. L79001.02)	Fünfjahresziel 0.1
--	------------------------------

Im April 2011 hat der Stadtrat die finanzielle Unterstützung des Projekts mit jährlich Fr. 120'000.– für die Periode 2012–2014 zugesichert. Strategisch und operativ ist die Zusammenarbeit über die Quartiergrenze hinaus bereits punktuell erfolgt und soll in Zukunft noch intensiviert werden. Einer allfälligen Zusammenlegung mit dem Entwicklungsprojekt Fluhmühle stehen die Quartierkräfte eher kritisch gegenüber.

Stadtarchiv, Neubau auf Areal Kantonsschule Reussbühl (Projektplan Nr. I09005)	Fünfjahresziel 0.3
--	------------------------------

Bereits im Februar 2011 konnte das Wettbewerbsverfahren für einen Neubau des Stadtarchivs abgeschlossen werden.

Nach Abschluss des Projektwettbewerbs wurde umgehend die Detailprojektierung in Angriff genommen. Der Bericht und Antrag für den erforderlichen Ausführungskredit konnte per Ende 2011 erstellt werden und liegt zuhanden der zuständigen Instanzen zum Entscheid vor.

4.4.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 11	B 11	Abwei- chung	in %	R 11	B 11	Abwei- chung	in %	(Auf- wand)/Ertra- g netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K510 Stab Baudirektion	1'727	1'676	51	3%	779	766	12	2%	(949)	39	
K512 Städtebau	2'588	2'552	36	1%	2'551	2'012	539	27%	(37)		503
K514 Immobilien	5'576	5'460	116	2%	2'301	2'444	-142	-6%	(3'275)	259	
K515 Geoinformations- zentrum	3'908	3'717	192	5%	4'232	4'084	149	4%	324	43	
K516 Stadtentwicklung <i>Spezialaufgaben</i>	1'298	958	341	36%	296	0	296		(1'003)	45	
K520 Liegenschaften Verwaltungsverm.	30'083	31'692	-1'609	-5%	34'110	34'994	-884	-3%	4'027		725
K521 Liegenschaften Finanzvermögen	9'763	9'148	615	7%	9'763	9'148	615	7%	0		
Total	54'945	55'203	-258	0%	54'032	53'448	584	1%	(912)	386	1'228
Nettoverbesserung										842	

Die Rechnung der Baudirektion schliesst mit einer Nettoverbesserung von Fr. 0,84 Mio. ab. Mehraufwendungen und Mindererträgen von Fr. 0,39 Mio. stehen Mehrerträge und Minderaufwendungen von Fr. 1,24 Mio. gegenüber. Beim Aufwand verzeichnet die Rechnung Minderausgaben von Fr. 0,26 Mio. Die Ausgaben enthalten dabei auch Nachtragskredite des Stadtrates in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 lit. b und c GO im Umfang von total Fr. 1,19 Mio.

Bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens fallen Minderausgaben von Fr. 1,61 Mio. an. Die Abweichungen vom Budget betreffen dabei vor allem die Konten Personalaufwand, Energiekosten, betriebliche Unterhaltsaufwendungen, Heiz- und Nebenkosten an Dritte sowie interne Verrechnungen.

Demgegenüber stehen Mehrausgaben von Fr. 51'000.– beim Stab (Nachtragskredit für Anwaltskosten und höhere EDV-Kosten), von Fr. 36'000.– beim Städtebau (EDV-Dienstleistungen), von Fr. 116'000.– bei den Immobilien (Personalaufwand, Nachtragskredit für Raumentwicklung sowie interne Verrechnungen), von Fr. 192'000.– beim GIS (temporär besetzte Stellen und Abschreibungen von EDV-Infrastruktur), von Fr. 341'000.– bei der Stadtentwicklung (verrechenbarer Personalaufwand und diverse Nachtragskredite für Erschliessungs- und Ent-

wicklungskonzepte) sowie von Fr. 615'000.– bei den Liegenschaften des Finanzvermögens (Neuschätzung eines Baurechts und Mehrablieferung Nettoliegenschaftsertrag).

Beim Ertrag schliesst die Rechnung mit Mehreinnahmen von Fr. 0,58 Mio. ab. Wesentliche Abweichungen sind beim Städtebau (Fr. 539'000.–, mehr Baubewilligungsgebühren), beim GIS (Fr. 149'000.–, Mehrumsatz durch temporär besetzte Stellen sowie Rückvergütung für verkaufte Occasionsgeräte), bei der Stadtentwicklung (Fr. 296'000.–, Gebühren für diverse Dienstleistungen, Projektweiterverrechnungen und Entnahme aus Rückstellungen) sowie bei den Liegenschaften des Finanzvermögens (Fr. 615'000.–, mehr Mietzinseinnahmen, ausserordentliche Versicherungs-Rückvergütungen und Aktivierungen nach Totalsanierungen) zu verzeichnen. Zudem resultiert beim Stab ein Mehrertrag von Fr. 12'000.– (diverse Dienstbarkeitsentschädigungen).

Schliesslich resultieren bei zwei Konti Mindererträge, nämlich Fr. 142'000.– bei den Immobilien (geringere Verrechnungen zulasten der Investitionsrechnung) sowie Fr. 884'000.– bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens (einerseits geringere interne Verrechnungen, andererseits höhere Konzessionsgebühren für Kabelnetze).

4.4.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Baudirektion

Der Stab unterstützt die Direktion in der politischen, betrieblichen und fachlichen Führung. Er koordiniert die Verwaltungstätigkeit innerhalb der Direktion und gegen aussen und ist auch verantwortlich für die Kommunikation. Der Stab führt zudem den Rechtsdienst der Direktion und ist verantwortlich für die Direktionsfinanzen und das Controlling.

Nebst diesen Kernaufgaben engagierte sich der Stab im Berichtsjahr stark für die städtische Wohnraumpolitik, die BZO-Revision sowie die Bauprojekte Allmend.

Bereich Finanzen und Controlling

Nebst den üblichen Kernaufgaben im Bereich Rechnungswesen wurden insbesondere folgende Projekte mit bearbeitet:

- Umsetzung der vom Grossen Stadtrat beschlossenen Massnahmen der BD im Projekt Sparpaket 2011
- Globalbudget mit Leistungsauftrag GIS; Fertigstellung der Vorarbeiten zur Einführung per 1. Januar 2012
- Vertretung der Direktion in den Projektgruppen "Teilrevision Personalrecht/Personalverordnung" sowie "Nachhaltige Sicherung Finanzhaushalt"
- Erstellung der Leistungsblätter BD für das neue Berichtswesen ab 2013, zusammen mit den Fachabteilungen und der Finanzverwaltung
- Weiterentwicklung der Produktgruppe "Brenn- und Treibstoffe" im Beschaffungswesen Stadt Luzern

Städtebau

Neben der Begleitung und Beratung diverser einzelner Bauprojekte war die Dienstabteilung Städtebau in folgende grössere Projekte involviert: Begleitung Projekte Plan Lumière, Planung Löwengraben-Grendel, Langsamverkehrsachse Zentralbahn, Verkehrslösung und Bebauung Grossmatte West, Machbarkeitsstudie und Studienauftrag Ersatzneubau ABL Himmelrich III, Investorenwettbewerb Industriestrasse, Studienauftrag Naturarena Rotsee, Mitwirkung im Beirat Städtebau Luzern Süd, in der kant. Denkmalkommission und der Brunnenkommission. Bearbeitet wurden auch politische Vorstösse wie etwa zur Dauer des Baubewilligungsverfahrens oder erleichterten Bewilligungen von Solaranlagen.

In der Stadtbaukommission wurden an 12 Sitzungen 43 Sachgeschäfte insbesondere auch zur Revision der BZO und diverse Infor-

mationstraktanden behandelt. Seit April ist Armando Meletta, Architekt in Luzern, neuer Präsident der Stadtbaukommission.

Der bisherige Kulturgüterschutzraum Fluhgrund musste aufgelöst werden. Die eingelagerten Bilder der Hof- und Spreuerbrücke und eine Auswahl von Gegenständen der Mariahilfkirche sind nun fachgerecht zwischengelagert, bis der Kulturgüterraum im Neubau des Stadtarchivs genutzt werden kann. Die Ausstattungsinventare zum Am-Rhyn-Haus, Richard Wagner Museum und zur Mariahilfkirche wurden erstellt.

Zum Ende 2011 konnte die Arbeitsgruppe Bauinventar die noch offenen Objekte im Rahmen der BZO-Revision für die Stadt Luzern abschliessen. Die elektronischen Daten des Altstadt- und Hotelinventars sind über WebGIS aufrufbar.

2011 gingen zirka 170 Baugesuche zu inventarierten oder geschützten Bauten in der Stadt Luzern ein. Das Ressort Denkmalpflege begleitet und unterstützt bei erhaltenswerten Gebäuden sowie bei einzelnen schützenswerten Objekten; so beim Ökonomiegebäude der Villenanlage Dreilinden und der Restaurierung der Spreuerbrücke inkl. der Kapelle. Im Rathaus wurden bereits fünf der sechs historischen Kachelöfen vollumfänglich restauriert. Fassaden und Dach des Am-Rhyn-Hauses wurden restauriert, wobei das Haus zur Reuss hin mit Mikropfählingen statisch stabilisiert wurde.

Im Auftrag des Ressorts werden die Bilder auf der Spreuer- und der Kapellbrücke von einem Restaurator zweimal jährlich kontrolliert, und wenn nötig werden konservatorische Massnahmen vollzogen. An diversen Brunnenanlagen wurden Restaurierungs- und Unterhaltsarbeiten durchgeführt. Im September 2011 erkundeten über 300 Besuchende am Tag des Denkmals die Mariahilfkirche und die Villenanlage Dreilinden. Im Berichtsjahr wurden total 580 Baugesuche zur Bearbeitung eingereicht. Dies umfasst neben neuen Bauvorhaben auch Projektänderungen, Vorprojekte, Fensterersatz usw. Vom Ressort Baugesuche wurden total 551 Gesuche behandelt, davon 83 mit Einsprachen. Es mussten neun Baugesuche vom Stadtrat abgewiesen werden. Zudem wurden zehn nicht bewilligungsfähige Gesuche von den Gesuchstellern zurückgezogen. In diesen Zahlen enthalten sind auch 101 Gesuche bzw. 73 Entscheide für Plakatschlagstellen und Reklameanlagen im vereinfachten Verfahren. Das Bauvolumen betrug rund Fr. 426 Mio. Die Bearbeitung der Bauvoranfragen und Baugesuche umfasste auch die Beratung und Unterstützung von Bauvorhaben in baurechtlicher und städtebaulicher/architektonischer Hin-

sicht. In enger Zusammenarbeit mit der APG SGA konnte die Umsetzung des Plakatvertrags praktisch abgeschlossen werden.

Trotz des erneut markanten Anstiegs der Baugesuchszahlen konnte die Bearbeitungsdauer wieder auf das Niveau der Vorjahre 2008 und 2009 gesenkt werden. Bei einem weiteren Anstieg der Zahlen wird dieses Niveau ohne personelle Verstärkungen aber nicht zu halten sein. Ein wichtiger Meilenstein zur Verbesserung und Beschleunigung der Abläufe soll die Einführung einer durchgehend elektronischen Bearbeitung des Bewilligungsverfahrens sein. Das Projekt wird voraussichtlich 2012 gestartet. Die Gesuche aus dem ehemaligen Gemeindegebiet Littau sind inzwischen voll in den Bewilligungsablauf integriert. Jedoch musste das Bearbeitungsteam durch interne Verschiebungen verstärkt werden.

Um dem gesetzlichen Auftrag aus dem Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister vom 1. Januar 2008 und anderer amtlicher Register gerecht zu werden, müssen die relevanten Objektdaten in den entsprechenden Registern in der vom Bundesamt für Statistik geforderten Qualität erstellt, mutiert und verwaltet werden. Dies benötigt nach wie vor zusätzliche Ressourcen, da die Datenbasis z. T. von ungenügender Qualität ist. Die Datenbereinigung für das Gebäude- und Wohnungsregister wurde deshalb im Berichtsjahr wiederum mit temporären personellen Ressourcen fortgesetzt. Die Verantwortlichkeit für die Führung der relevanten Objektdaten im System obliegt der Dienstabteilung Städtebau. Dazu mussten im Jahre 2011 Prozessveränderungen im Bereich Städtebau analysiert werden. Diese sollen 2012 umgesetzt werden.

Stadtentwicklung

Die neue Dienstabteilung Stadtentwicklung ist seit Mai 2010 operativ tätig. Ihr Aufgabenbereich setzt sich aus der Betreuung der Gesamtplanung und der räumlichen Stadtentwicklung zusammen. Mit der Verabschiedung des B+A 12/2011 ist die Stadtentwicklung neu auch zur Fach- und Anlaufstelle für Quartierfragen erklärt worden. Wie im vergangenen Jahr bindet die laufende Revision der BZO einen Grossteil der personellen Ressourcen der Stadtentwicklung. Im Berichtsjahr wurde die revidierte BZO für den Stadtteil Luzern öffentlich aufgelegt und mit den Einspracheverhandlungen begonnen.

Zudem wurde der Bebauungsplan B 139 Kantonsspital, das Leitbild Luzern Süd und der Masterplan Luzern Nord dem Grossen Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt.

Im Aufgabenbereich Gesamtplanung wurde zuhanden des Stadtrates der Gesamtplanungsprozess 2011–2015 ausgewertet und die Gesamtplanung 2012–2016 erarbeitet.

Im Rahmen der neu definierten Quartier- und Stadtteilpolitik wurden erstmalig drei Stadtteilkonferenzen durchgeführt.

Immobilien

Im Zentrum der Dienstabteilung Immobilien standen die Aktivierung verschiedener Entwicklungsschwerpunkte auf Stadtgebiet und wichtiger Areale in Kriens. So wurde der Investorenwettbewerb Industriestrasse erfolgreich abgeschlossen und die Machbarkeitsstudie Obere Bernstrasse als Basis für die Zusammenarbeit mit den Baugenossenschaften erarbeitet. Für die Areale Hinterschlund und Mattenhof in Kriens konnten wichtige Planungsschritte zusammen mit den Partnern vollzogen werden.

Bereich GM (Immobilien Gebäudemanagement)

Der Bereich GM ist verantwortlich für den technischen und baulichen Unterhalt und Betrieb der Gebäude im Verwaltungsvermögen. Mit den Informatikinstrumenten CAFM (u. a. Flächenmanagement) und STRATUS (Strategische Unterhaltsplanung) wurden sämtliche Schulbauten, Betagtenzentren und Verwaltungsbauten erfasst. Die laufenden Auswertungen ergeben wichtige Hinweise für die Unterhaltsplanung, dienen aber auch als Informationspool für sämtliche Objektverantwortlichen. Zudem konnten mit dem Flächenmanagement und der umgestellten Kostenstellenlegung erstmals für die Bildungsbauten die exakten Heiz- und Nebenkosten ausgewiesen werden.

Ressort Sozial- und Spezialbauten

Nebst den üblichen grösseren und kleineren Wartungs- und Unterhaltsarbeiten standen 2011 verschiedene Modernisierungen der technischen Einrichtungen in den Betagtenzentren sowie bei der Aufbahnhalle Friedental im Vordergrund. Erwähnenswert ist auch die Innensanierung des Zytturns mit dem Einbau der Grossuhrenaussstellung.

Ressort Bildungsbauten

Neben den üblichen Arbeiten wurde ein Schwerpunkt auf Sicherheits- und Organisationsfragen gelegt. Die Hauswarte wurden betreffend die Grundlagen der Arbeitssicherheit sowie den neusten Stand der Reinigungstechnik geschult, und die ersten zehn Schulanlagen wurden in

Bezug auf Brandschutz und Personensicherheit sowie Umsetzung der EKAS-Vorschriften überprüft.

Ressort Verwaltungs- und Kulturbauten

Der Schwerpunkt lag 2011 nebst den zahlreichen kleineren Instandsetzungsmassnahmen insbesondere auch in grösseren Reparaturarbeiten im Bereich der Haustechnik im Stadthaus. Im Rathaus wurden notwendige Sanierungen im Gebäudeinnern sowie an den historischen Kachelöfen mit Einbezug der Denkmalpflege durchgeführt.

Auf betrieblicher Seite wurde im Haus der Informatik die Neuorganisation der Reinigungsdienstleistung mit daraus folgenden Pensenergebnissen des Reinigungspersonals umgesetzt.

Bereich IPM

(Immobilien Bauprojektmanagement)

Das für das Berichtsjahr geplante Investitionsprogramm und -volumen konnte realisiert werden.

Die Bauarbeiten für den im Dezember 2010 bewilligten neuen Stützpunkt für das Strasseninspektorat im Stadtteil Littau konnten im März gestartet werden. Bereits im Oktober erfolgte der Umzug in die neue Anlage, und der Betrieb wurde aufgenommen.

Der Neubauteil des BZ Staffelnhof konnte im Juni dem Betrieb übergeben werden. Mit den Umbauarbeiten im Altbau wurde in der Folge gestartet.

Am 27. November bewilligten die Stimmberechtigten den Ausführungskredit für den Ersatzneubau der Häuser Rigi des BZ Dreilinden.

Die dringend notwendigen Dach- und Fassadensanierungen am Am-Rhyn-Haus konnten durchgeführt werden. Ebenso wurde, als erste Etappe, die Aussensanierung am Ökonomiegebäude bei den Liegenschaften Dreilinden ausgeführt.

Im Mai bewilligten die Stimmberechtigten den Ausführungskredit zur Sanierung des Schulhauses Maihof. Bereits im August wurde das notwendige Provisorium erstellt und im Oktober in Betrieb genommen. Ebenfalls wurde bereits im Oktober mit den eigentlichen Bauarbeiten gestartet.

Den Ausführungskredit zur Sanierung des Geissenstein-Schulhauses bewilligte der Grosse Stadtrat am 1. Dezember.

Bereich IFL (Immobilien Finanzliegenschaftsmanagement)

Im Geschäftsjahr 2011 wurde das städtische Grundstück an der Büttenenhalde an die Mobimo AG veräussert. Weiter wurden die Ver-

marktungen von drei Parzellen im Stadtteil Littau sowie eines Grundstücks in Kriens vorgenommen. Diese beiden Geschäfte werden Anfang 2012 den zuständigen Behörden zur Genehmigung unterbreitet. Der Investorenwettbewerb für das Areal an der Industriestrasse wurde im Herbst 2011 abgeschlossen. Das daraus folgende Verkaufsgeschäft mit der Allreal AG wird voraussichtlich im Herbst 2012 den Stimmberechtigten zur Genehmigung unterbreitet.

Für die Ansiedlung der HG Commerciale auf dem städtischen Grundstück im Hinterschlund, Kriens, wurden die intensiven Planungsarbeiten fortgeführt. Es ist vorgesehen, den erarbeiteten Gestaltungsplan im Frühjahr 2012 bei der Gemeinde Kriens einzureichen.

Die Entwicklung des Areals Mattenhof, Kriens, wird durch die drei Grundeigentümer Mobimo AG, Gemeinde Kriens und Stadt Luzern gemeinsam vorgenommen. Dabei wurde die Projektleitung an die Mobimo AG übertragen. Zurzeit sind intensive Verhandlungen mit möglichen Investoren und sogenannten Ankermietern im Gang. Die mögliche Realisierung des neuen Kantonsgerichts an diesem Standort wurde durch den Kanton bis auf Weiteres sistiert.

Nachdem der Grosse Stadtrat dem B+A 19/2011 "Entwicklung der städtischen Alterssiedlungen" zugestimmt hat, wurden die städtischen Alterssiedlungen per 31. Dezember 2011 ins Finanzvermögen übergeführt. Dazu wurde im bestehenden Globalbudget eine neue Leistungsgruppe eröffnet. Die notwendigen Arbeiten zur reibungslosen Überführung dieser Objekte wurden bis Ende 2011 abgeschlossen. Für weitere Ausführungen aus dem Bereich IFL wird auf das Kapitel 5.4 verwiesen.

Geoinformationszentrum

Als Kompetenzzentrum mit direktionsübergreifender Querschnittsfunktion bearbeitete das Geoinformationszentrum (GIS) in den Bereichen Geodatenprodukte, Vermessungen, Netzinformationen und Geoapplikationen im Berichtsjahr verschiedenste Projekte. Dank markt- und kundengerechtem Dienstleistungsangebot für die städtische Verwaltung, die Werkleitungsbetreiber (TBA, ewl, FTTH, Swisscom, Cablecom, Sunrise) sowie Private konnte ein sehr erfreulicher Ertragsüberschuss erwirtschaftet werden.

Aufgrund der in den letzten zwei bis drei Jahren eingeführten und gefestigten Organisationsstruktur wurde für das GIS ab 2012 das Globalbudget mit Leistungsauftrag aufgebaut.

Dazu sind die Leistungsgruppen, die Aufgabenfelder sowie die Klassifikation der GIS-Dienstleistungen definiert worden. Ebenfalls war der Aufbau eines neuen Leistungserfassungssystems notwendig. Die bisherige Software Sokrates wurde durch die neue Software Vertec ersetzt. Die Vollkostenrechnung konnte 2011 bereits als Test mitgeführt werden.

Die Stadt Luzern führte seit über 100 Jahren die amtliche Vermessung auf eigene Verantwortung durch. Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement des Kantons Luzern teilte im Zusammenhang mit der Änderung der Geoinformationsverordnung den Kanton neu in fünf Nachführungskreise ein. Gegen den Willen der Stadt Luzern wurde per 31. Dezember 2011 der Nachführungskreis Stadt aufgehoben, und die Nachführungsarbeiten der amtlichen Vermessung wurden durch den Kanton an einen privaten Unternehmer vergeben.

Sämtliche Geodatenprodukte wurden wie gewohnt nachgeführt und befinden sich auf einem aktuellen Stand. Der letzte Bearbeitungsschritt für die Fertigstellung 2012 des Projekts digitales 3-D-Stadtmodell konnte in Angriff genommen werden.

Nebst der gezielten Unterhaltspflege des städtischen Vermessungsfixpunktnetzes führte der Bereich Vermessungen verschiedene Leitungs-, Bau- und Ingenieurvermessungsarbeiten sowie thematische Vermessungen durch.

Der Bereich Netzinformationen war geprägt von einer regen Bautätigkeit. Der Arbeitsanfall und die damit verbundene Auslastung bzw. Belastung der Mitarbeitenden für die Dokumentation (inkl. Leitungsvermessung) des Leitungskatasters und der Werkinformationen war sehr hoch. Die Datenmigration von der alten Software Geomedia auf die neue städtische ArcGIS-Software konnte über sämtliche Medien (Stadtentwässerung, Swisscom, Fernwärme u. a.) abgeschlossen werden.

Im Bereich Geoapplikationen konnten dienstabteilungsübergreifend verschiedene Themen und Aufgaben mittels GIS bearbeitet bzw. gelöst und auf dem WebGIS als Basisinformationen zur Verfügung gestellt werden. Ein Schwerpunkt war u. a. die laufende Bearbeitung der Revision der Bau- und Zonenordnung (Nutzungsplanung, Erschliessungsrichtplan) sowie die digitale Aufbereitung von Daten des Stadtteils Littau auf dem geografischen Informationssystem.

4.4.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.4.4.1 Städtebau

a) Aufgaben / Dienstleistungen

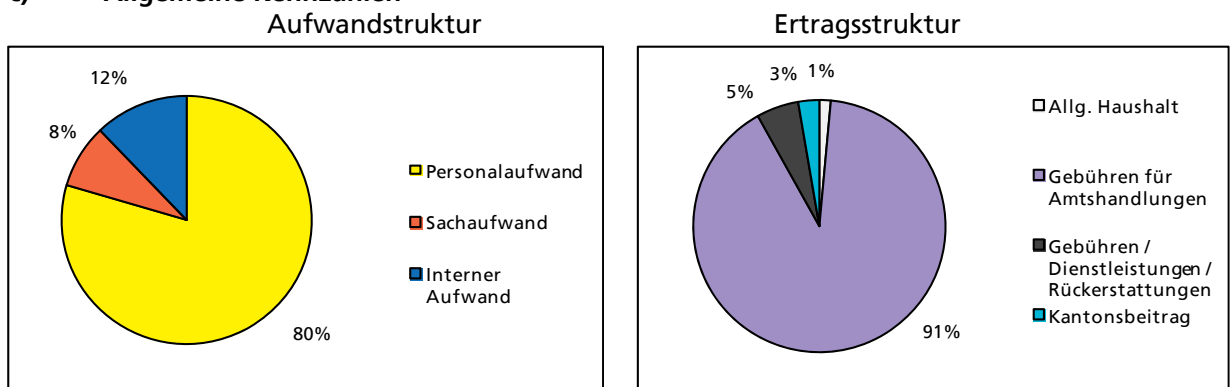
Die Dienstabteilung Städtebau fördert und unterstützt die nachhaltige, qualitätsvolle bauliche Entwicklung der Stadt. Sie behandelt stadträumliche, architektonische und baurechtliche Fragen, organisiert und koordiniert Konkurrenzverfahren und berät intern und extern in Fragen der Stadtgestaltung, der Denkmalpflege, der Inventarisierung und des Kulturgüterschutzes. Sie stellt die zeitgerechte Abwicklung des Baubewilligungsverfahrens sicher. Bauwillige werden bei ihren Planungen und Projekten beraten und begleitet. Die Abteilung beschäftigt 17 Personen (1'435 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	*R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	3'751'077	2'588'132	2'551'700	36'432	1%	-1'162'945	-31%
Ertrag	2'129'399	2'550'747	2'011'900	538'847	27%	421'348	20%
Ergebnis	-1'621'678	-37'385	-539'800	502'415	93%	1'584'292	98%

* Rechnung 2010 inkl. Abteilung Stadtentwicklung

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2007	2008	2009	2010	2011
Total eingegangene Baugesuche	416	418	385	451	580
Total Anzahl behandelte Baugesuche	417	427	364	468	551
- davon mit Einsprachen	60 (14%)	61 (14%)	47 (13%)	51 (11%)	83 (15%)
- abgewiesene Baugesuche	1	7	3	5	9
- zurückgezogene Baugesuche	18	14	12	10	10
Bewilligtes Bauvolumen	375 Mio.	539 Mio.	314 Mio.	419 Mio.	426 Mio.
Total offene Baugesuche per 31.12.	90	120	139	157	190
Erledigte Baugesuche⁶	2007	2008	2009	2010	2011
Ordentl. Verfahren innert 40 Arbeitstagen (AT)	48%	44%	55%	39%	48%
Ordentl. Verfahren über 40 AT	52%	56%	45%	61%	52%
Vereinfachtes Verfahren innert 25 AT	39%	45%	44%	41%	47%
Vereinfachtes Verfahren über 25 AT	61%	55%	56%	59%	53%
Einsprachen im ordentlichen Verfahren	47	48	40	41	66
Einsprachen im vereinfachten Verfahren	13	13	7	10	17

e) Kommentar

Nachdem bereits das Jahr 2010, bedingt durch die Fusion Littau-Luzern, einen Anstieg der eingegangenen bzw. behandelten Baugesuche und des Bauvolumens verzeichnete, haben sich diese Zahlen für das Berichtsjahr 2011 noch einmal markant erhöht. Umso erfreulicher ist es, dass die Behandlungsdauer der einzelnen Gesuche wieder auf den Stand der Vorjahre gebracht werden konnte.

⁶ In diesen Zahlen enthalten sind auch Projektänderungen, Verlängerungen von Baubewilligungen, Fassadenrenovierungen, Fensterersatz usw.

4.4.4.2 Stadtentwicklung

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Im Rahmen der Gesamtplanung unterstützt die Dienstabteilung Stadtentwicklung den Stadtrat bei der Formulierung seiner nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik und bearbeitet Entwicklungsprojekte, welche ihr durch die Gesamtplanung zugewiesen werden.

Für die räumliche Stadtentwicklung erarbeitet sie die notwendigen Planungsinstrumente, stimmt diese auf die übergeordneten Vorgaben ab, koordiniert deren Genehmigungsverfahren und berät intern und extern bei planungsrechtlichen Verfahrensfragen.

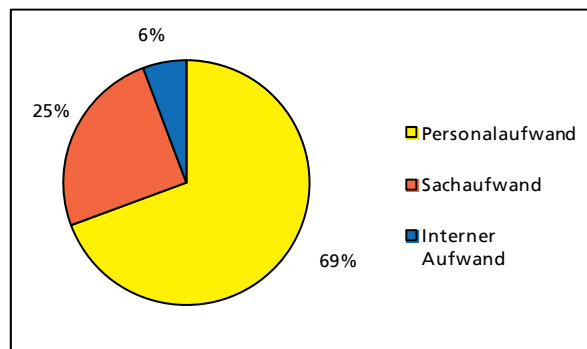
Für die überkommunale Raumentwicklung arbeitet die Dienstabteilung mit LuzernPlus und dem Kanton zusammen. Die Abteilung beschäftigt 6 Personen (500 Stellenprozente).

b) Ergebnis

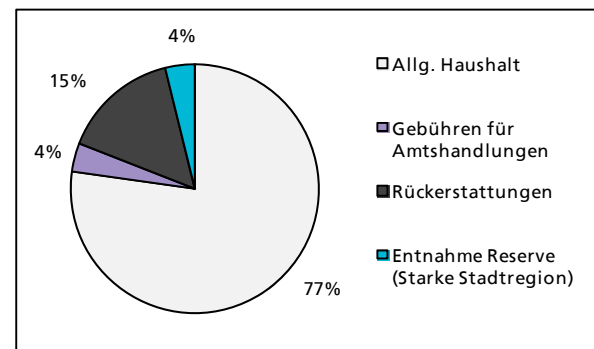
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand		1'298'358	957'800	340'558	36%		
Ertrag		295'815	0	295'815			
Ergebnis		-1'002'544	-957'800	-44'744	5%		

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2007	2008	2009	2010	2011
<i>Gesamtplanung / Quartier- und Stadtteilpolitik</i>					
laufende Verfahren					12
sistierte / abgeschlossene Verfahren					5
<i>Richt- und Nutzungsplanungen</i>					
laufende Verfahren					13
sistierte / abgeschlossene Verfahren					6
<i>Masterpläne / Konzepte / Studien</i>					
laufende Verfahren					7
sistierte / abgeschlossene Verfahren					4
<i>Stellungnahmen / Vorstösse</i>					
laufende Verfahren					4
sistierte / abgeschlossene Verfahren					25

e) Kommentar

Die Aufwendungen und Erträge der Dienstabteilung Stadtentwicklung (operativ tätig seit Mai 2010) waren im Rechnungsjahr 2010 noch in der Dienstabteilung Städtebau enthalten.

Die spezifischen Kennzahlen werden ab 1. Januar 2011 wie oben dargestellt geführt, weshalb diese Tabelle noch keine Vorjahreszahlen beinhaltet.

4.4.4.3 Immobilien

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung Immobilien ist das Kompetenzzentrum für Liegenschafts- und Hochbaufragen und betreut sämtliche Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens. Mit einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Bau- und Immobilienstätigkeit werden dabei die Ziele einer umfassenden Stadtentwicklung unterstützt. Die Dienstabteilung betreibt für die Stadt ein professionelles, koordiniertes und marktorientiertes Immobilienmanagement, bei dem alle Immobilienprozesse aktiv und ganzheitlich gesteuert werden. In ihrer Rolle als Eigentümerin gewährleistet sie die optimale Nutzung, die konsequente Werterhaltung sowie den Substanzerhalt.

Für Käufe und Veräusserungen sowie die Vermietung von Wohnungen, Gewerbeflächen und Parkplätzen, die sich im Eigentum der Stadt befinden, ist der Bereich *Finanzliegenschaften-Management* (IFL) zuständig.

Der Bereich *Bauprojekt-Management* (IPM) stellt für die städtischen Infrastrukturinvestitionen im Hochbau eine nachhaltige Projektrealisierung sicher. Dabei gewährleistet IPM eine nutzer- und objektspezifische Planung und Realisierung gemäss Zielvorgaben. Der Bereich *Gebäudemanagement* (GM) ist verantwortlich für den Betrieb (Hauswartung, Reinigung) sowie den baulichen und technischen Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens; dies unter Berücksichtigung der Kriterien Wirtschaftlichkeit, Zweckmässigkeit, Nachhaltigkeit und Verhältnismässigkeit. In der Dienstabteilung Immobilien arbeiten 197 Personen (total 9'070 Stellenprozente).

b) Ergebnis (Abteilungen 514, 520, 521)

	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	27'004'333	40'276'926	41'653'900	-1'376'974	-3%	13'272'593	49%
Ertrag	33'255'739	46'174'388	46'586'000	-411'612	-1%	12'918'649	39%
Ergebnis	6'251'407	5'897'463	4'932'100	965'363	20%	-353'944	-6%
Baul. U'halt	7'574'795	8'290'383	7'799'000	491'383	6%	715'587	9%

In obigen Zahlen sind auch Fr. 9'762'691.– für den Bereich Finanzliegenschaften (Umsatz Konto 521) enthalten; dieser Teilbereich der Dienstabteilung Immobilien wird mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt und separat kommentiert (siehe Kapitel 5.4).

Aufwendungen GM für den baulichen Unterhalt (Konti 314.00, 314.02, 314.03 und 314.10)

Funkt. Gliederung	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Verwaltung	2'693'003	2'964'824	2'924'400	40'424	1%	271'821	10%
Sicherheit	182'218	90'759	82'000	8'759	11%	-91'459	-50%
Bildung	1'650'752	1'790'067	1'829'700	-39'633	-2%	139'315	8%
Kultur und Freizeit	90'248	180'649	304'400	-123'751	-41%	90'401	100%
Soziale Wohlfahrt	1'844'180	2'510'666	2'592'200	-81'534	-3%	666'486	36%
Verkehr	32'518	82'464	107'500	-25'036	-23%	49'946	154%
Volkswirtschaft	52'794	33'144	61'000	-27'856	-46%	-19'650	-37%
Finanzen	28'070	28'669	27'900	769	3%	599	2%
Zwischentotal	6'573'783	7'681'242	7'929'100	-247'858	-3%	1'107'459	17%
./. Aufwand Art. 60 GO	-490'728	-539'541	0	-539'541		-48'813	-10%
Total¹	6'083'055	7'141'701	7'929'100	-787'399	-10%	1'058'646	17%

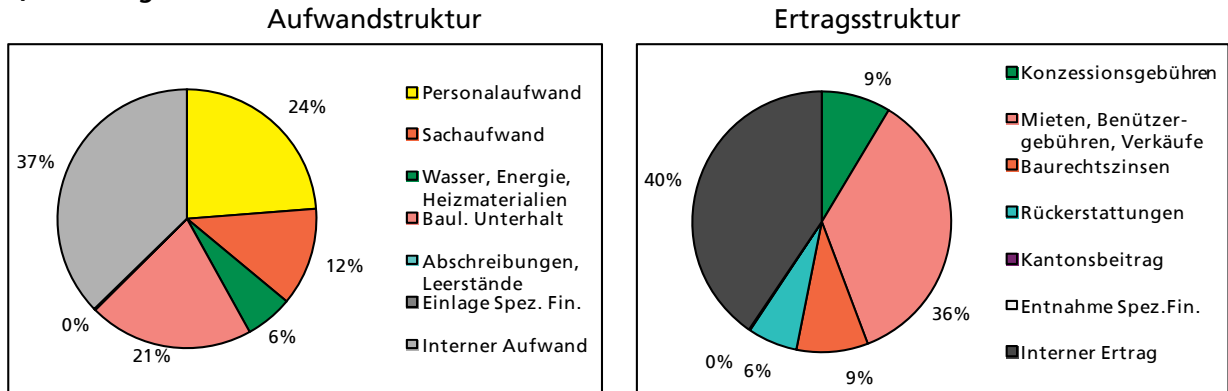
¹ Reiner baulicher Unterhalt.

Vergleich Rechnung 2011 zu Budget 2011

Die Ausgaben für den reinen baulichen Unterhalt der Abteilung Immobilien, Bereich Gebäudemanagement, konnten auch im Berichtsjahr gegenüber dem Budget aufgrund günstigerer Arbeitsvergaben und Projektoptimierungen um rund 10 % unterschritten werden. Die Erhöhung von

Fr. 1'058'646.– oder rund 17 % gegenüber der Vorjahresrechnung ist auf dringend notwendige ausserordentliche Unterhaltsarbeiten, via Nachtragskredite finanziert, zurückzuführen.

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

Gebäudemanagement GM für baulichen Unterhalt:	2008	2009	2010	2011	Veränd.
Aufwand in Fr. für					
Primarschulen (inkl. Turnhallen)	659'308	1'157'503	1'308'678	1'413'897	8%
pro Schülereinheit (10: 3'433 / 11: 3'313 / -3.5%)	264	486	381	427	12%
pro m ² (61'201 m ²)	16	27	21	23	8%
Oberstufenschulen (inkl. Turnhallen)	704'218	276'670	845'110	746'330	-12%
pro Schülereinheit (10: 1'453 / 11: 1'394 / -4.1%)	755	297	582	535	-8%
pro m ² (42'143 m ²)	23	9	20	18	-12%
BZ/Pflegeheim/Pflegewohnungen	2'191'667	3'261'426	1'953'720	2'718'097	39%
pro Bett (10: 899 / 11: 894 / -0.6%)	2'884	4'425	2'173	3'040	40%
Alterssiedlungen	546'365	947'131	505'006	725'104	44%
pro Wohnung (10: 232 / 11: 232 / 0.0%)	2'355	4'082	2'177	3'125	44%

e) Kommentar

Die spezifischen Kennzahlen beinhalten die Aufwendungen für den baulichen Unterhalt der Schulhäuser, Betagtenzentren sowie der Alterssiedlungen in der Stadt Luzern. Die Veränderungen von Jahr zu Jahr sind auf die unterschiedlich anfallenden Unterhaltsarbeiten zurückzuführen.

Bei den Schulhäusern ist der Unterhalt gegenüber dem Vorjahreswert in etwa konstant geblieben (grosse Sanierungen bei einzelnen Liegenschaften sind via B+A in der Investitionsrechnung zusätzlich in Bearbeitung und Ausführung).

Bei den Betagtenzentren wurden zwei grössere Unterhaltsarbeiten über Budgetkredite in der Investitionsrechnung (> Fr. 250'000.–) ausgeführt, nämlich:

- BZ Rosenberg, Ausbau Aufenthaltsraum und Pflegebäder
- BZ Eichhof, Sanierung diverse Liftanlagen

4.4.4.4 Geoinformationszentrum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Der Grundauftrag des Geoinformationszentrums mit marktnahem Dienstleistungsangebot besteht aus den Kernbereichen "Geodatenprodukte" (Erhebung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Geobasis- und Geofachdaten), "Vermessungen" (Leitungsvermessung, Bau- und Ingenieurvermessung und Thematische Vermessung) sowie "Netzinformationen" (Dokumentation des Leitungskatasters und von Werkinformationen). Die mit dem Betrieb des geografischen Informationssystems verbundene Querschnittsfunktion des GIS zu den städtischen Dienstabteilungen wird mit dem Kernbereich "Geoapplikationen" (GIS-Koordination, GIS-Anwendungen, Geodatenmanagement und GIS-Support) sichergestellt.

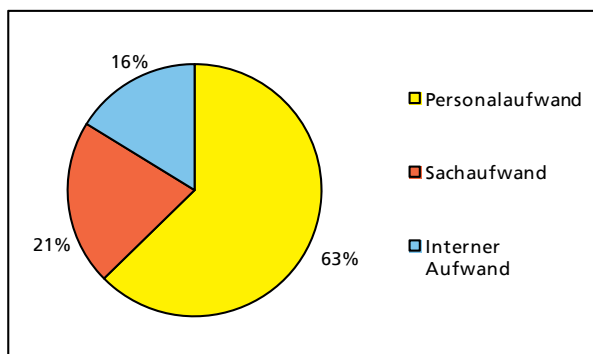
Der Leitungskataster beinhaltet sämtliche Medien, erstreckt sich über das ganze heutige Gebiet der Stadt Luzern und ist die Grundlage für die Baukoordination und die damit verbundene und gesicherte Auskunftspflicht über unter- und oberirdische Leitungen. Mit Werkleitungsbetreibern bestehen vertragliche Vereinbarungen für die Führung von Werkinformation mit hohem Detaillierungsgrad. Der Gebietsperimeter von ewl erstreckt sich mit rund 35 Gemeinden über die Stadtgrenze hinaus. Die einzelnen Dienstleistungen aus den Kernbereichen, wie das Baubewilligungsverfahren, die baupolizeilichen Kontrollen, die Baukoordination und die Auskunftserteilung betreffend den Leitungskataster, und die Daten der amtlichen Vermessung sind zu einer hohen Masse untereinander vernetzt und korreliert. Im GIS arbeiten 25 Personen (davon vier Lernende) mit 1'980 Stellenprozenten.

b) Ergebnis

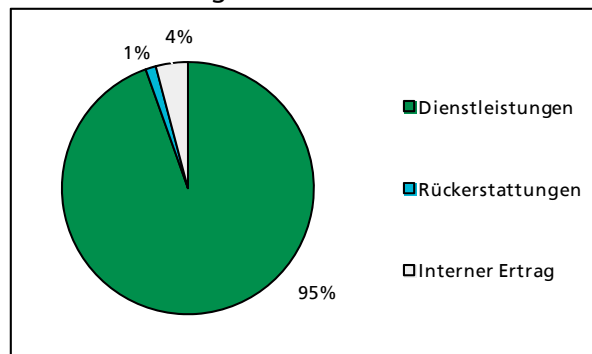
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	3'414'635	3'908'489	3'716'600	191'889	5%	493'854	14%
Ertrag	3'696'608	4'232'353	4'083'600	148'753	4%	535'745	14%
Ergebnis	281'973	323'864	367'000	-43'136	-12%	605'837	-215%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Anzahl der wichtigsten Geschäfte:

	2008	2009	2010	2011
Grenzmutationen	25	18	22	27
Bestandesänderungen	124	95	80	134
Handänderungen	1'581	997	1'389	1'638
Baupolizeiliche Kontrollen (Bauten)	120	87	160	183
Leitungsmutationen (Wasser, Abwasser, Gas, Elektro)	1'370	1'686	1'868	2'107
Datenbezüge durch Dritte	910	735	1'176	757
Datenbezüge durch Stadt intern	215	235	205	293
Datenbezüge durch ewl	430	421	445	321

e) Kommentar

2011 konnte ein sehr erfreuliches Betriebsergebnis erreicht werden. Budgetiert war ein Gewinn von Fr. 367'000.–. Das Ergebnis weist einen Gewinn von Fr. 323'864.– aus. Auf Ende des Berichtsjahres kündigte das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement des Kantons Luzern der Stadt Luzern den Dienstvertrag über die amtliche Vermessung. Dies erfolgte gegen den Willen der Stadt mit der Ände-

zung der kantonalen Geoinformationsverordnung, indem der Nachführungskreis Stadt aufgehoben wurde und diese Arbeiten an einen privaten Unternehmer vergeben wurden. Für die Bereitstellung zur Abgabe der städtischen Daten und Pläne der amtlichen Vermessung waren umfangreiche Arbeiten notwendig, welche dem Kanton nicht in Rechnung gestellt werden konnten, was sich auf das Rechnungsergebnis auswirkte. Die Stadt stellte dem Kanton eine Ersatzforderung für nicht amortisierte Investitionen, worüber Verhandlungen laufen.

4.5 Finanzdirektion

Vorwort von Stefan Roth, Finanzdirektor

Die Stadt Luzern befindet sich in einer ausgesprochen schwierigen Finanzlage. Sowohl das aktuelle Defizit wie auch die finanziellen Ausichten der kommenden Jahre stellen eine echte Herausforderung dar. 2010 musste die Stadt erstmals seit langer Zeit wieder ein Defizit ausweisen, welches sich 2011 weiter erhöhte. Auch für 2012–2014 muss mit weiteren erheblichen Verlusten gerechnet werden. Die Verschuldung wird bis gegen Fr. 300 Mio. ansteigen. Trotz zahlreichen kostensenkenden Massnahmen und eher optimistischen Schätzungen bei den Erträgen gelingt es planungsmässig nicht, die Finanzen bis zum Ende der Planperiode wieder ins Lot zu bringen. Der städtische Haushalt steckt aktuell in einem strukturellen Defizit. Das bedeutet, dass der Fehlbetrag nicht mehr in der Schwankungsbreite liegt, die durch das Auf und Ab der Konjunktur erklärt werden kann. Die schwierige Finanzsituation ist auch nur zu einem kleineren Teil auf konjunkturelle Faktoren, also konkret auf die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, zurückzuführen. Hauptgründe sind vielmehr Steuersenkungen, vor allem auf kantonaler Ebene, und die Kosten der Pflegefinanzierung. Der Stadtrat hat schon länger auf die sich abzeichnende Lage reagiert und Gegensteuer gegeben. Doch die bisher realisierten Massnahmen, unter anderem ein Sparpaket von rund Fr. 16,7 Mio. und ein Verzichts- und Kompensationsprogramm im Umfang von Fr. 5,7 Mio., reichen noch nicht, um die hohen Defizite zu verhindern und die Neuverschuldung zu stoppen, zumal die verschiedenen Massnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Luzern ihre Wirkung erst in den kommenden Jahren entfalten werden. Nachdem sich auch in der Finanzplanung 2012–2016 keine wesentliche Verbesserung abzeichnet, wird der Stadtrat im Frühling 2012 eine gesamtstrategische Auslegeordnung vornehmen und voraussichtlich für das Jahr 2013 eine Steuererhöhung beantragen.

Mit der Steuererhöhung kann erreicht werden, dass

- ab 2015 wieder positive Rechnungsergebnisse erzielt werden können,
- der Selbstfinanzierungsgrad ab 2015 wieder bei 100 Prozent liegen wird und
- die Verschuldung ebenfalls ab 2015 wieder abgebaut werden kann.

Aufgrund der Ankündigung einer Steuerfusserhöhung wurde eine Dringliche Motion (Nr. 236 2010/2012) eingereicht, die anstelle einer Steuererhöhung ein weiteres Entlastungspaket 2013 fordert. Anlässlich der Ratssitzung vom

27. Oktober 2011 wurden die Anliegen als Postulat überwiesen. Der Stadtrat wird mit der gesamtstrategischen Auslegeordnung 2013–2017 mögliche weitere Entlastungsmassnahmen konkret diskutieren.

Aus Sicht des Stadtrates dürfen die anstehenden Probleme aber nicht rein "finanztechnisch" angegangen werden. Die angespannte Finanzlage zwingt auch zur Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Fragen, wie etwa den folgenden:

- Welches ist das Selbstverständnis der Stadt, insbesondere: Kann und will sich die Stadt auf die Erbringung der minimalen Leistungen zurückziehen, die jede Gemeinde erbringen muss, oder nimmt sie ihre Zentrumsaufgaben und ihre postulierte Funktion als "Motor" für die kantonale und regionale Entwicklung in einer aktiven Form wahr, die auch zu zusätzlichen Aufgaben und Kosten führt?
- Wie gewichtet die Stadt die anstehenden strategischen Grossprojekte im Hinblick auf die langfristige Attraktivität und Entwicklung der Stadt, welchen Einsatz kann und will sie dafür leisten, und wie kann sie diesen Einsatz in Einklang bringen mit einer ausgeglichenen Haushaltsentwicklung?
- Der Kanton Luzern und die Gesamtheit der Luzerner Gemeinden haben 2010 positive Rechnungsabschlüsse in erfreulicher Höhe erzielen können – nicht aber die Stadt und mehrere grosse Agglomerations- und Zentrums Gemeinden, die sich in einer finanziell sehr schwierigen Situation befinden, sowohl was die Gegenwart als auch was die weiteren Perspektiven betrifft. Meint es der Kanton ernst mit seinem Bekenntnis zur Stärkung der Zentren, oder wie lässt sich darauf hinarbeiten, dass er vermehrt den Tatbeweis für dieses Bekenntnis erbringt?
- Gemäss Planung liegen die Steuererträge der juristischen Personen am Ende der Planjahre rund Fr. 15 Mio. tiefer als im Durchschnitt der Jahre 2002–2009, obwohl aufgrund der Halbierung der Gewinnsteuern in den Planjahren 2013 und 2014 hohe Wachstumsraten eingerechnet sind. Gibt es Möglichkeiten, über die bereits beschlossenen und eingeleiteten Massnahmen hinaus weitere Ansiedlungen von juristischen Personen und somit ein stärkeres Wachstum des Steuersubstrats zu forcieren? Oder müssen die Einbussen aus der kantonalen Steuerstrategie bei den juristischen Personen verstärkt in die Diskussionen mit dem Kanton über die künftige finanzielle Entwicklung und weitere Entlastungen eingebracht werden?

Die Fragestellungen sind erkannt, die Auseinandersetzung damit gehört zu den zentralen strategischen Führungs- und Planungsaufgaben der Stadt. Parallel zur Gesamtplanung 2013–2017 wird daher eine Auslegeordnung und Standortbestimmung aus gesamtstrategischer Sicht gemacht. Vor diesem Hintergrund werden die oben aufgeworfenen Fragen behandelt. Damit wird auch die Voraussetzung geschaffen, um eine Steuerfusserhöhung auf einer breiter ab-

gestützten Basis – und nicht bloss finanzplanungsorientiert – zu diskutieren.

Für den Stadtrat kommt es nicht in Frage, vom finanzpolitischen Hauptziel abzuweichen: Die Neuverschuldung ist bis Mitte Jahrzehnt zu stoppen und anschliessend die Nettoschuld wieder abzubauen. Diesem Fünfjahresziel hat auch das Parlament im Rahmen der Beratung der Gesamtplanung 2011–2015 zugestimmt.

4.5.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Massnahmenpaket Wirtschaft (Projektplan Nr. L84006)	Fünfjahresziel 8.1, 8.2
---	-----------------------------------

Die Liste "Massnahmenpaket Wirtschaft" wird regelmässig angepasst und zählt verschiedene Massnahmen und Projekte auf, die für die Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft relevant sind. Im Jahre 2011 waren dies vor allem die Projekte "Starke Stadtregion" mit leider negativem Resultat aus allen beteiligten Gemeinden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Studie "Luzern 2020" zum wirtschaftlichen Entwicklungspotenzial zu erwähnen. Im Rahmen der BZO-Revision standen die Errichtung eigentlicher Businesszonen in der Rösslimatt und die Anpassungen und Ausweitung der Tourismuszone im Vordergrund. Mit dem erfolgreich durchgeführten Investorenwettbewerb wurde die zukünftige wirtschaftliche und Wohnnutzung des Schlüsselareals Industriestrasse einen wichtigen Schritt weiter vorangetrieben (siehe auch L84003).

Neben der Mitarbeit bei der eigenen städtischen Wohnpolitik wurde der Umzugsmonitor mit der Hochschule Luzern – Wirtschaft eingerichtet, welcher die Motive für Zu- und Wegzüge der Stadtbevölkerung erfasst. Daueraufgaben wie Bestandespflege gegenüber einzelnen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden, Vertretung wirtschaftlicher Anliegen in zahlreichen städtischen Projekten und Arbeitsgruppen sowie Förderung des Dialogs zwischen Wirtschaft und Verwaltung (Mittagsvorträge) wurden erfolgreich weitergeführt. Städtische Dienstleistungen wie Energieberatung oder das Angebot an Kindertagesstätten wurden durch gezielte Veranstaltungen besser mit der Wirtschaft vernetzt.

Sparpaket und Steuerertragssteigerung (Projektplan Nr. L90003)	Fünfjahresziel 9.1
--	------------------------------

Die erste Tranche der beschlossenen Massnahmen des Sparpakets 2011 wird planmässig umgesetzt. Mit B+A 5/2011 wurden die Grundlagen für die Umsetzung derjenigen Massnahmen geschaffen, die in die Kompetenz des Grossen Stadtrates fallen.

Koordinierte Entwicklung Schlüsselareale (Siehe Projekt "Standortentwicklung" der BD mit Projektplan-Nr. L84003)	Fünfjahresziel 8.1
--	------------------------------

Siehe L84003.

Eigentümerstrategie	Fünfjahresziel 0.2
----------------------------	------------------------------

Im Berichtsjahr stand die Überprüfung der Eigentümerstrategie für die beiden Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt, vbl Verkehrsbetriebe AG und ewl Energie Wasser Luzern Holding AG, im Vordergrund.

Der Verwaltungsrat der vbl AG hat im Berichtsjahr die Unternehmensstrategie überprüft und sie bestätigt. Damit befindet sich die vbl AG weiter auf dem Weg der Erreichung der übergeordneten politischen Ziele der Stadt. Eine Überarbeitung der längerfristig ausgerichteten Eigentümerstrategie steht bei vbl AG nicht an. Mit dem Controllingkreislauf ist die regelmässige Beurteilung der städtischen Zielsetzungen bei vbl AG gewährleistet.

Die national und weltweit geführte Diskussion um die Atomenergie und die stadträtliche Antwort auf die Volksinitiative "Luzern mit Strom ohne Atom" führten bei der ewl-Gruppe zu einer Neuausrichtung der Beschaffungsstrategie. Nach der Annahme des Energiereglements durch die Stimmberechtigten am 27. November 2011 wird die Eigentümerstrategie für ewl 2012 umformuliert und dem Parlament mit der Gesamtplanung 2013–2017 vorgelegt.

4.5.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 11	B 11	Abwei- chung	in %	R 11	B 11	Abwei- chung	in %	(Aufwand) /Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
610 Stab Finanz- direktion	768	793	-25	-3%	63	67	-4	-6%	(705)		21
611 Finanzverwaltung	2'358	2'480	-122	-5%	1'179	1'133	46	4%	(1'179)		169
612 Steueramt	7'852	8'265	-413	-5%	2'676	2'329	348	15%	(5'176)		760
613 Teilungsamt	1'638	1'667	-29	-2%	1'426	1'230	196	16%	(212)		225
614 Prozesse und In- formatik <i>Adm. unterstellte Dienstabteilungen</i>	11'057	11'107	-50	0%	11'292	10'108	1'184	12%	235		1'233
615 Betreibungsamt	2'269	2'395	-126	-5%	2'836	2'906	-70	-2%	567		56
616 Finanzinspektorat	652	681	-29	-4%	56	65	-9	-14%	(596)		20
Total	26'594	27'388	-794	-3%	19'528	17'838	1'690	9%	(7'066)	0	2'484
Nettoverbesserung											2'484

Die Finanzdirektion weist gegenüber dem Budget eine Nettoverbesserung von rund Fr. 2,5 Mio. aus.

Die Finanzverwaltung schliesst netto um rund Fr. 170'000.– besser ab. Diese Verbesserung hängt im Wesentlichen von drei Faktoren ab: Infolge Personalmutationen und weniger temporären Einsätzen liegen die Besoldungen um Fr. 54'000.– tiefer. Die Rückerstattungen weisen einen Mehrertrag von Fr. 64'000.– auf infolge einer Abgeltung für das Inkasso der Wasserversorgung Littau, nicht budgetierter VR-Honorare sowie Entschädigungen für Arbeiten im Beschaffungswesen. Durch haushälterischen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln konnten weitere Einsparungen von rund Fr. 52'000.– realisiert werden.

Das Ergebnis des Steueramts fällt um Fr. 760'000.– besser aus. Alleine bei den Besoldungen resultieren Minderaufwendungen von Fr. 437'000.– infolge Mutationsgewinnen und temporär nicht besetzten Stellen. Andererseits konnten Mehreinnahmen im Steuerinkasso von rund Fr. 347'000.– vorwiegend wegen höherer Steuereinnahmen erzielt werden.

Das Teilungsamt konnte infolge Reduktion der Pensen den Personalaufwand gegenüber dem Budget um Fr. 31'200.– senken. Mehr Erbteilungen führen zu unerwarteten Mehreinnahmen von Fr. 160'000.–.

Die Rechnung der Dienstabteilung Prozesse und Informatik schliesst netto um Fr. 1,2 Mio. besser ab. Einerseits ist die Verbesserung von Fr. 0,5 Mio. systembedingt, da erst mit dem Jahresabschluss alle Projektkosten weiterverrechnet werden. Andererseits ist die Verbesserung von Fr. 0,7 Mio. fast ausschliesslich durch Drittaufträge erzielt worden. Die Mehraufwendungen für die neue IT-Strategie konnten in anderen Positionen kompensiert werden.

Das Betreibungsamt sah sich mit rückläufigen Betreuungsfällen konfrontiert. Die Mindereinnahmen konnten mit Personalabgängen, welche nicht ersetzt wurden, mehr als kompensiert werden. Netto konnte die Rechnung um rund Fr. 56'000.– verbessert werden.

4.5.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Finanzdirektion

Wirtschaftsfragen

Die Erhaltung und Stärkung der Ertragskraft ist das wesentliche Ziel der Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft. Zu den wichtigsten Massnahmen aus wirtschaftlicher Sicht gehören insbesondere diejenigen, welche die Standortqualität erhalten und weiter verbessern: Entwicklung bestehender und neuer Schlüsselareale im Rahmen der neuen BZO, z. B. Errichtung einer eigentlichen Businesszone entlang Rösslimatt oder durch Ausschreiben von Investorenwettbewerben wie an der Industriestrasse. Zur Standortpolitik gehören ebenso die Förderung von attraktivem Wohnraum und ganz zentral die verschiedenen Verkehrsprojekte, welche auch in Zukunft die Erschliessung des Wohn- und Wirtschaftsstandortes Luzern ermöglichen. Die Expansion bereits ansässiger Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen wird begleitet und unterstützt – prominentestes Beispiel: der Pharmakonzern Merck, Sharp & Dome (MSD). Die Bestandespflege und Vernetzung mit den Luzerner Unternehmen wird unter anderem mit direkten Besuchen sowie regelmässigen Austauschgesprächen zwischen Wirtschaftsverbänden und Stadtrat sichergestellt. In der Vortragsreihe "Wirtschaftsdialog" diskutieren Führungsverantwortliche bedeutender ansässiger Unternehmen mit Vertretern des Stadtrates und Kaderleuten der Verwaltung über aktuelle Herausforderungen. 2011 waren die Unternehmungen MSD, Concordia und Bucherer zu Gast.

Finanzverwaltung

Auch 2011 waren die Mitarbeitenden der Finanzverwaltung zusätzlich zu den Stammaufgaben des Tagesgeschäftes in zahlreichen Projekten engagiert: Die Umsetzung der Massnahmen aus dem Sparpaket 2011 erfolgt planmässig. Mit B+A 5/2011 wurden zudem auch die Grundlagen geschaffen für die Umsetzung derjenigen Massnahmen, die in die Kompetenz des Grossen Stadtrates fallen. Der Prozess zur Erarbeitung des Voranschlages 2012 wurde erstmals zwei Monate später gestartet. Da zwischen Rohbudget und Planbudget grosse Abweichungen feststellbar waren, wurde parallel zum eigentlichen Budgetprozess eine Verzichts- und Kompensationsplanung durchgeführt, um den Voranschlag 2012 um rund Fr. 5 Mio. zusätzlich zu entlasten. Im Berichtsjahr stand als Jahreszielsetzung die Überprüfung der Eigentümerstrategie der Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt, vbl Ver-

kehrsbetriebe AG und ewl Energie Wasser Luzern Holding AG, im Vordergrund. Die weltweit geführte Diskussion um die Atomenergie und das städtische Energiereglement erforderten eine Neuausrichtung der Beschaffungsstrategie ewl. Nach den inzwischen erfolgten politischen Weichenstellungen wird das Thema im kommenden Jahr im Rahmen des Beteiligungscontrollings weiterbehandelt.

Die hohen Investitionen für laufende und zukünftige Projekte übersteigen den Investitionsplafond zunehmend. Dennoch ist es im Berichtsjahr gelungen, mit sachlich und betrieblich begründbaren Verschiebungen den Plafond für 2012 von Fr. 47,5 Mio. einzuhalten. Der grosse Investitionsüberhang der kommenden Planjahre wird es in Zukunft immer schwieriger machen, die Zielgrössen der Finanzplanperiode einzuhalten.

Ende 2009 hat der Stadtrat das Projekt "Umsetzung Beschaffungskonzept" im Rahmen des Projekts FLL in Auftrag gegeben. Die Umsetzung des Leitbildes und der Aufgabenteilung unter Einbezug der verantwortlichen Leadeinkäufer wurde im März 2011 abgeschlossen. Seit 2011 wird die Aufgabe des Beschaffungsverantwortlichen durch einen betriebswirtschaftlichen Mitarbeiter der Finanzverwaltung wahrgenommen.

Die Leadeinkäufer wurden in regelmässigen Veranstaltungen fachlich begleitet. In der Personalzeitung "bostitch" wurde das Konzept des städtischen Beschaffungswesens vorgestellt, die relevanten Informationen im Intranet wurden aktualisiert. Im Controllingkreis wird sichergestellt, dass die erkannten Synergiepotenziale der Fusion Littau-Luzern sowie Einsparungen von rund Fr. 1 Mio. bis Ende 2013 erzielt werden können.

Nach einem ressourcenbedingten Unterbruch im Jahre 2010 wurden die Arbeiten zum Projekt Neues Berichtswesen ab März 2011 wieder aufgenommen. Zusammen mit den Dienstchefs und den Verantwortlichen für Finanzen und Controlling der Direktionen wurden die Leistungsblätter der Dienstabteilungen erarbeitet und in eine Nullnummer integriert. Auch die Berichterstattung für die Dienstabteilungen mit Leistungsauftrag und Globalbudget wird ab 2013 vereinfacht. Die Nullnummern wurden den Mitgliedern der ständigen Kommissionen des Grossen Stadtrates am 3. November 2011 vorgestellt und positiv aufgenommen. Die notwendigen, meist

redaktionellen, Anpassungen im Geschäftsreglement des Grossen Stadtrates sowie im Reglement über den Finanzhaushalt werden dem Parlament mit B+A 13 "Neues Berichtswesen" in der ersten Jahreshälfte 2012 unterbreitet. Die Umsetzung des neuen Konzepts erfolgt mit dem Voranschlag 2013 per Mitte 2012.

Seit 2012 wird die Dienstabteilung GIS mit Globalbudget geführt. Im Berichtsjahr wurden daher die Vorarbeiten zur Umsetzung eingeleitet, die Kostenrechnungsstruktur definiert und die notwendigen Instrumente eingerichtet. Zudem musste die Kostenrechnung des Tiefbauamtes an das neue Konzept des Infrastrukturmanagements angepasst werden.

Steueramt

Esther Müller, Leiterin des Steueramts, hat das Steueramt im Mai 2011 verlassen. Neuer Leiter des Steueramtes seit 1. November 2011 ist David Schär. Er ist Betriebsökonom FH und eidg. dipl. Steuerexperte und ist vom kantonalen Steueramt Zürich zur Stadt Luzern gestossen. Er verfügt über eine langjährige Erfahrung im Steuerfach, sowohl als Berater als auch in der Verwaltung. In der Zeit von Mai bis Oktober 2011 wurde das Steueramt von Andreas Bräm, Teamleiter Kundendienst, interimistisch geführt.

Das Steueramt hat die Leistungs- und Qualitätsziele erreicht. Dies ist nicht zuletzt auf die stetige Optimierung der Abläufe und Prozesse in den letzten Jahren zurückzuführen.

Im Jahr 2011 hat die Umsetzung des Projekts LuTax begonnen: Alle Gemeindesteuerämter wurden auf eine gemeinsame kantonale Plattform migriert und die Bearbeitungsprozesse auf kantonomer und kommunaler Ebene vereinheitlicht. Zudem wird kantonsweit auf die papierlose Veranlagung umgestellt. Die Prozesse des städtischen Steueramts dienen dabei als Vorlage. Die Umsetzung von LuTax erfolgt planmässig. Ende Jahr 2011 waren bereits 17 Gemeindesteuerämter auf die neue Plattform migriert. Die Migration des Steueramtes der Stadt ist im Januar 2013 vorgesehen. Die Migration aller Luzerner Gemeinden soll im Sommer 2013 abgeschlossen sein.

Das Steueramt der Stadt führt die operativen Tätigkeiten inkl. Scanning von Steuererklärungen bis Ende 2012 noch in eigener Regie durch. Mit der Migration auf LuTax werden bei der Stadt einige Funktionen entfallen. Mit den Vorbereitungsarbeiten für die Migration und Planung der notwendigen personellen und organisatorischen Anpassungen wurde

bereits begonnen. Die Ressourcen im Bereich Informatik wurden reduziert bzw. teilweise auf die Dienstabteilung Prozesse und Informatik (PIT) übertragen.

Teilungsamt

Der Schwerpunkt lag im Berichtsjahr auf der termin- und sachgerechten Bewältigung der Kernaufgaben. Aufgrund von personellen Engpässen – zwei Mitarbeiterinnen genossen ab dem Frühjahr Mutterschaftsurlaub – war die Belastung für die Mitarbeitenden hoch. Dank gutem Pendenzenstand und der Verschiebung von internen Projekten konnte diese Situation gut gemeistert und gegen Ende des zweiten Halbjahres konnten auch die Rückstände wettgemacht werden.

Per Ende Mai 2011 wurde der langjährige Buchhalter pensioniert. Die Einführung der neuen Mitarbeiterin in die TA-Buchhaltung war erfolgreich. Das Tagesgeschäft und der Jahresabschluss klappten problemlos.

Das Teilungsamt als Aufsichtsbehörde hatte sich mit einer Aufsichtsbeschwerde gegen einen Willensvollstrecker zu befassen. Das aufwendige Verfahren konnte erstinstanzlich erledigt werden.

Das Finanzinspektorat hat im Oktober 2011 eine Revision für das Jahr 2010 durchgeführt und konnte am 26. Oktober 2011 einen sehr guten Bericht (ohne Auflagen) erstellen. Seit dem 1. Januar 2008 bis zur Fusion wurden insgesamt 231 Erbschaftsfälle von Littau bearbeitet. Beim noch einzigen pendenten Erbschaftsfall ist eine Erbschafts- und Ungültigkeitsklage beim Bezirksgericht hängig.

Die Leistungs- und Qualitätsziele konnten 2011 erreicht werden. Die Altersstruktur der Erbschaftsfälle ist sehr gut, und mit 380 pendenten Fällen konnte die Zielvorgabe eingehalten werden.

Prozesse und Informatik (PIT)

Programm IT-FIT: In der ersten Jahreshälfte wurden die veralteten PCs und Monitore in der gesamten Verwaltung erneuert, sodass wieder ein schnelles und komfortables Arbeiten möglich ist. Ausserdem wurde im Rechenzentrum einiges an Infrastruktur modernisiert, sodass aktuelle Anforderungen an Sicherheit und Performance erfüllt werden können. Das wichtige Projekt Sovite zur Einführung von Windows7 im Jahr 2012 wurde als Fortsetzung der Modernisierung der Informatikinfrastruktur gestartet.

Informatikstrategie: Durch eine Situationsanalyse der Informatik bei der Stadt Luzern wurde die Ausgangslage für die Strategie dokumentiert. Zusammen mit Vertretungen der Direktionen wurde in mehreren Workshops die Grundlage für die Definition der neuen Informatikstrategie gelegt. Neben den Kundengruppen, den Kernkompetenzen und den Services wurden auch die Initiativen zur Umsetzung der Informatikstrategie festgelegt.

Schulinformatik: Die vier Primarschulhäuser des neuen Stadtteils Littau wurden mit einer neuen Informatikinfrastruktur ausgerüstet. In allen sechs Sekundarschulhäusern wurden alte Linux-Server durch neue Microsoft-Server ersetzt und nach einem einheitlichen und servicefreundlichen Standard konfiguriert. Zusätzlich wurden über 40 Kindergärten mit einem PC-Arbeitsplatz/Drucker und einem Internetzugang (SAI: Schulen ans Internet) ausgerüstet. Die Projekte für ein neues Outputmanagement an den Schulen und zur Zentralisierung der Schulserver sind gestartet worden, sodass 2012 die Optimierung der Schulinformatik weiter voranschreiten kann.

Externe Kundschaft, RZ-Littau: Neun von zehn Gemeinden haben einen neuen Vertrag bis 2014 unterschrieben. Der Vertrag regelt das Verhältnis von PIT zu den Gemeinden neu in Richtung Dienstleisterin und Kundschaft.
REAL: Die Übernahme der Informatik von REAL wurde Anfang 2011 abgeschlossen.
ewl: Der auf Ende 2011 geplante Weggang von ewl zu einem anderen IT-Dienstleister hat sich

verzögert. Der neue Migrationstermin ist für März 2012 geplant. Auch nach dem Wechsel wird PIT noch Dienstleistungen in den Bereichen Output und Informatik für ewl erbringen.

Betreibungsamt

Im Berichtsjahr wurden deutlich weniger Betreibungen eingeleitet. Das Betreibungsamt bearbeitete 20'994 Betreibungen (Vorjahr: 24'649) und 9'459 Pfändungsvollzüge (Vorjahr: 13'076). Im Weiteren wurden 7'400 Verlustscheine mit einem Verlustbetrag von Fr. 23 Mio. ausgestellt. Trotz dieses Rückgangs konnte der budgetierte Ertrag von Fr. 2,9 Mio. bis auf Fr. 70'291.– fast erreicht werden.

Obwohl durch die Softwareablösung der Betreibungsapplikation und das Einrichten einer elektronischen Schnittstelle für Betreibungsbegehren auf Verlangen des Bundesamtes für Justiz im IT-Bereich ein zusätzlicher Aufwand von Fr. 60'000.– entstanden ist, schliesst die Jahresrechnung durch die Nichtwiederbesetzung einer Stelle und kleinere Mutationsgewinne leicht über dem budgetierten Ertragsüberschuss ab (Rechnung 2011: Fr. 567'168.–; Budget 2011: Fr. 511'400.–).

Erfreulich ist die Zunahme der Bestellungen von persönlichen Betreibungsauszügen über den Online-Schalter der Stadt Luzern um rund 1'000, auf insgesamt 3'866 Auszüge. Im Jahr 2012 ist diese Möglichkeit auch für juristische Personen geplant.

4.5.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.5.4.1 Steueramt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

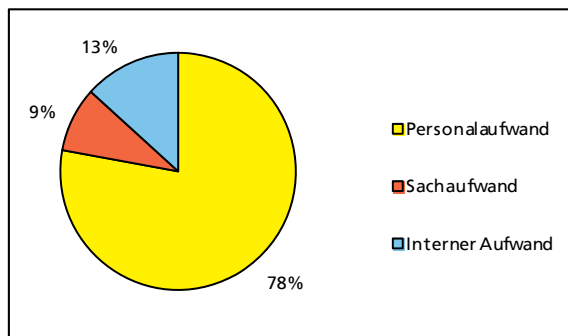
Im Steueramt sorgen 58 Mitarbeitende (51,2 Stellen) für die Registerführung, die Veranlagung und den Bezug der ordentlichen Gemeinde- und Staatssteuern für die natürlichen Personen (ausser Einzelfirmen). Bei den juristischen Personen und den Einzelfirmen erfolgt das Inkasso durch das Steueramt, die Veranlagung erledigt die kantonale Dienststelle Steuern. Bei den Sondersteuern ist das Steueramt zuständig für die Grundstückgewinn- und die Handänderungssteuern sowie die Liegenschaftssteuern. Zudem werden die Billettsteuern und die Kurtaxen erhoben und bezogen. Das Steuerregister für die ordentlichen Steuern umfasst rund 55'000 Personen und Gesellschaften.

b) Ergebnis

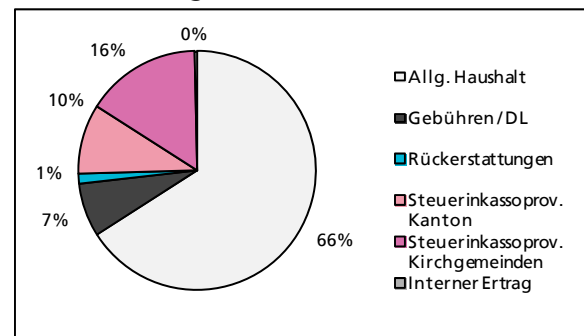
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	8'344'492	7'852'435	8'265'200	-412'765	-5%	-492'057	-6%
Ertrag	2'494'503	2'676'470	2'328'800	347'670	15%	181'967	7%
Ergebnis	-5'849'989	-5'175'965	-5'936'400	760'435	13%	674'024	12%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Erledigte Veranlagungen	40'058	37'998	45'353	42'305	45'196	49'645	50'035
Offene Veranlagungen							
Selbstständigerwerbende	3'019	3'284	3'372	2'639	2'372	DST	DST
Offene Veranlagungen							
Unselbstständigerwerbende	5'604	9'994	6'709	8'389	7'118	11'638	11'106
Aufwand brutto pro Steuerpfl.	157	154	145	146	151	146	137
Aufwand netto pro Steuerpfl.	88	81	79	78	80	100	87
Total Steuerertrag pro Einheit in Fr. 1'000 (Luzern)	121'230	130'731	130'696	133'235	134'770	147'884	148'464
Anteil Steuererklärungen PC	40%	47%	50%	49%	56%	59%	59%

e) Kommentar

Per 1. Januar 2010 ging die Veranlagungskompetenz für Selbstständigerwerbende an die Dienststelle Steuern des Kantons (DST) über. Insgesamt schliesst das Steueramt über Fr. 0,76 Mio. besser ab als budgetiert. Dazu trugen Mehrerträge und Einsparungen in ähnlichem Umfang bei. Trotz tieferem Mitarbeiterbestand wurden nochmals mehr Veranlagungen erledigt. Aufgrund der höheren Erledigungszahlen erhöhten sich die Einnahmen von anderen Gemeinwesen (z. B. Inkassoprovisionen).

4.5.4.2 Teilungsamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

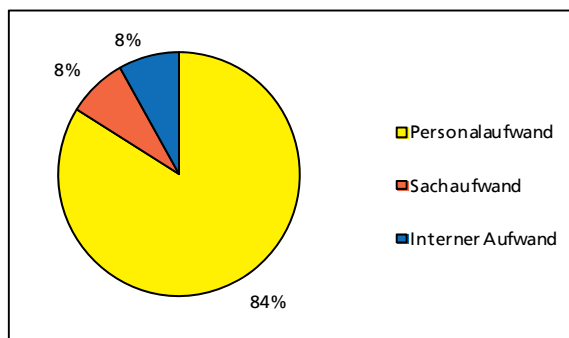
Das Teilungsamt erledigt die der Teilungsbehörde gesetzlich zugewiesenen Aufgaben wie Inventarisierungen, Erbenabklärungen, Testamentseröffnungen, Erbenverhandlungen, Erbbescheinigungen, amtliche Mitwirkung bei Erbteilungen, Erbteilungen als Willensvollstrecker und im Auftrag der Erben, Veranlagung und Bezug der Erbschaftssteuern für Stadt und Kanton, Depotstelle für Testamente, Ehe- und Erbverträge, Auskunft und Beratung, Aufsichtsbehörde über die Willensvollstrecker, Erbschaftsverwalter und Erbenvertreter. Der Personalbestand umfasst 13 Mitarbeitende (11,60 Pers.-Einheiten).

b) Ergebnis

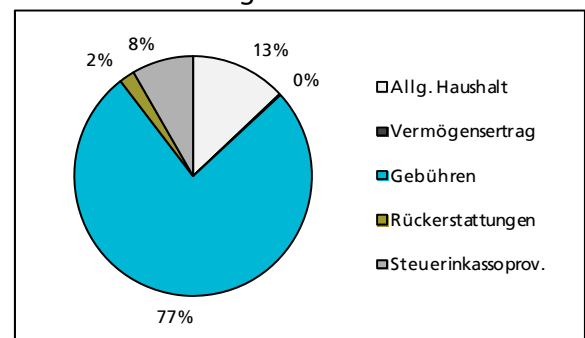
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	1'647'411	1'638'440	1'667'200	-28'760	-2%	-8'971	-1%
Ertrag	1'294'195	1'426'283	1'230'000	196'283	16%	132'087	10%
Ergebnis	-353'216	-212'157	-437'200	225'043	51%	141'058	40%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen (inkl. Littau ab 2008)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Erbschaftsfälle neu	718	720	708	785	868	786	801
Erbschaftsfälle pendent	341	322	325	341	369	345	380
Erbschaftsfälle erledigt	776	739	705	769	840	810	766

Durchschnittswerte in Fr. je erledigten Erbschaftsfall:

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Aufwand	2'058	2'086	2'074	1'965	2'046	2'034	2'139
Ertrag	1'552	1'743	1'872	1'658	1'331	1'598	1'862
Erbschaftssteuern	7'469	7'355	9'684	7'279	8'467	7'836	9'417

e) Kommentar

Das Teilungsamt hat im Jahre 2011 verschiedene Sparpaket-Massnahmen umgesetzt (Reduktion Stellenprozente, Gebührenmanagement). Das Ergebnis der Laufenden Rechnung ist u. a. auch deshalb sowohl gegenüber dem Budget als auch gegenüber dem Vorjahr deutlich besser ausgefallen. Trotz der Sparmassnahmen konnten die Leistungs- und Qualitätsziele erreicht werden. Die Altersstruktur der Erbschaftsfälle ist sehr gut. Die erhöhte Belastung konnte dank dem nach wie vor guten Pendenzenstand verkraftet werden.

Der budgetierte Ertrag aus Erbschaftssteuern im Betrag von Fr. 6,7 Mio. (Stadtanteil) wurde ebenfalls um rund Fr. 0,5 Mio. übertroffen.

4.5.4.3 Prozesse und Informatik

a) Aufgaben / Dienstleistungen

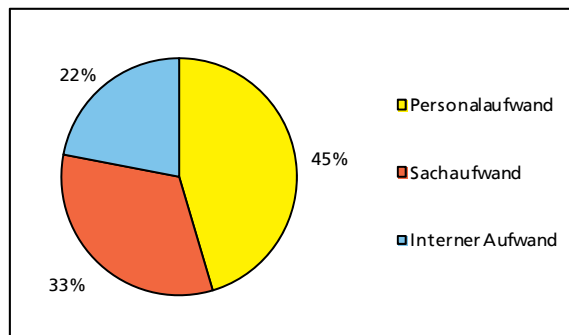
Die Dienstabteilung Prozesse und Informatik berät die Dienstabteilungen der Stadtverwaltung bei der Lösung von Organisations- und Informatikaufgaben. Sie betreibt die eingesetzten Informatik- und Kommunikationsinfrastrukturen und leistet ergänzende Dienste im Zentrum für Informationsverarbeitung (inkl. Reprodienste). Der Postdienst und der Betrieb der Telefonanlagen gehören ebenfalls zu den Dienstleistungen von PIT. Die Abteilung beschäftigt 43 Personen (3'635 Stellenprozente, inkl. 5 Lernende/Praktikanten).

b) Ergebnis

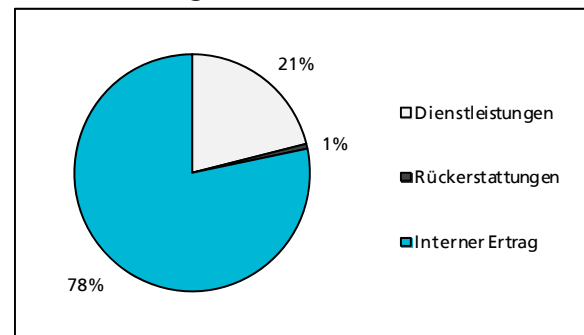
	R 2010	R 2011	B 2011	Abw. zu B 11 in Fr.	Abw. zu B 11 in %	Abw. zu R 10 in Fr.	Abw. zu R 10 in %
Aufwand	10'798'010	11'056'831	11'106'600	-49'769	-0%	258'821	2%
Ertrag	10'617'027	11'291'944	10'108'400	1'183'544	12%	674'918	6%
Ergebnis	-180'984	235'113	-998'200	1'233'313	124%	416'097	230%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2007	2008	2009	2010	2011
Informatikausrüstung:					
Mit Informatik ausgerüstet (ab 2008 nur Verwaltung)	1'179	1'020	1'022	1'028	1'040
Informatik an den Volksschulen (Anz. PC)		475	490	1'091	1'206
Verrechnung pro PC-Arbeitsplatz/Jahr (Verw.)	2'900.-	2'700.-	2'460.-	2'940.-	2'940.-
(Unterhalt, Betrieb, Netzwerk, Schulung)					
Verfügbarkeiten:					
Gesamtsystem	98,91%	98,93%	99,37%	99,94%	99,37%
Von Ausfall Betroffene im Durchschnitt	41%	65%	77%	30%	48,5%
Service-Desk:					
Total gelöste Fälle Service-Desk	7'368	6'887	8'235	8'440	7'436
Schulung:					
Kurse und Workshops	47	39	46	21	14
Total Kursteilnehmende	353	293	288	134	84
Projekte:					
Anzahl Projekte	84	75	71	66	91
Anzahl Stunden für Projekte	14'500	12'828	13'184	17'391	14'155
Stundenanteil PIT für Projekte	52,8%	25,7%	47,6%	51,9%	62%

e) Kommentar

Die Kosten konnten trotz zusätzlicher ungeplanter Aufwendungen für ein neues Postfahrzeug und die externe Unterstützung für das Projekt Informatikstrategie unter dem budgetierten Betrag gehalten werden. Ursächlich hierfür sind geringere Ausgaben für Lizenzierungen und Ersatzbeschaffungen. Der Ertrag konnte durch die Erbringung zusätzlicher Leistungen für externe Kundschaft gesteigert werden; hierbei handelt es sich aber zum Grossteil um einmalige Erträge. Die grosse Abweichung beim Ertrag zwischen Budget und Rechnung 2011 basiert auf folgender Budgetpraxis: Im Budget werden die Kosten für Kleinprojekte und die PIT-Leistungen für die Projekte den einzelnen Kunden (Dienstabteilungen) nicht angezeigt, weil zum Budgetzeitpunkt noch nicht klar

ist, ob diese Projekte auch realisiert werden. Die Erträge dieser Positionen betrugen im Jahr 2011 rund Fr. 1 Mio.

Die Projektaktivitäten waren durch das Programm IT-FIT geprägt (zirka 5'500 Stunden). Die Erneuerung des IT-Arbeitsplatzes zeigte bei den gesunkenen Service-Desk-Fällen bereits Wirkung. Die Gesamtstundenzahl der Projekte ist wieder gesunken, da die riesigen Aufwände im Jahr 2010 für die Fusion Littau-Luzern eine Ausnahme bildeten. 2011 wurde erstmalig die individuelle Betreuung/Beratung der Dienstabteilungen mit eingerechnet (zirka 1'000 Stunden).

4.6 Beitragswesen

4.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 11	B 11	Abwei- chung	in %	R 11	B 11	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
800 Allg. Verwaltung	525	462	63	14%	27	25	2		(498)	61	
810 Öffentliche Sicher- heit	1'199	1'219	-20	-2%	0	0	0		(1'199)		20
820 Bildung	14'880	13'532	1'348	10%	0	0	0		(14'880)	1'349	
830 Kulturförderung	15'424	15'480	-56	0%	0	0	0		(15'424)		56
831 Denkmalpflege	279	100	179	179%	301	0	301		22		122
832 Sport	1'396	1'292	105	8%	0	0	0		(1'396)	104	
833 Freizeitgestaltung	459	464	-5	-1%	2	0	2		(458)		6
840 Gesundheit	36'592	35'204	1'388	4%	0	0	0		(36'592)	1'389	
L850 Familienergänzende Kinderbetreuung	4'180	4'888	-708	14%	980	400	580		(3'200)		1'288
851 Fürsorge	50'931	48'934	1'997	4%	0	0	0		(50'931)	1'997	
852 Wohnbauförderung	73	90	-17	-19%	73	91	-18	-20%	0	1	
860 Verkehr	15'893	15'306	587	4%	3'929	3'593	336	9%	(11'963)	250	
870 Umwelt- und Raum- ordnung	13	13	0	0%	0	0	0		(13)		
880 Volkswirtschaft	1'224	1'226	-2	0%	360	383	-23		(864)	20	
Total	143'069	138'210	4'859	4%	5'672	4'492	1'180	26%	(137'397)	5'171	1'492
Netto-verschlechterung											3'679

Im Bereich der allgemeinen Verwaltung fielen die Beiträge an den Städteverband, den Verband Luzerner Gemeinden und an LuzernPlus aufgrund der Fusion mit Littau höher aus (Pro-Kopf-Beitrag).

Bei der öffentlichen Sicherheit resultiert der Minderaufwand aus dem tieferen Betriebsbeitrag an die ZSOpilatus.

Beim Bildungsbereich fielen die Beiträge an die Kantonsschulen rund Fr. 0,4 Mio., diejenigen an die Heilpädagogischen Schulen Fr. 0,2 Mio. tiefer aus. Dafür mussten aufgrund einer Finanzierungsänderung Fr. 2 Mio. mehr Beiträge an den kantonalen Pool für die Sonderschulkosten geleistet werden.

Die Kulturförderung musste einen um rund Fr. 0,1 Mio. tieferen Beitrag an den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe leisten. Im Sportbereich dagegen resultierten höhere Defizitbeiträge an die Hallenbad AG, bedingt durch die Erarbeitung des neuen Betriebskonzeptes Allmend.

Der Mehraufwand bei der Gesundheit entstand hauptsächlich durch die neue Führung

der Mütter- und Väterberatung (budgetiert im Bereich KJF, Bruttoverbuchung) sowie durch die um Fr. 0,7 Mio. höheren Pflegekostenbeiträge an private Heime.

Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung wurden Fr. 0,6 Mio. weniger für Betreuungsgutscheine ausbezahlt. Dazu resultierten Mehreinnahmen aus Bundes- und Kantonsbeiträgen über Fr. 0,6 Mio.

Die grössten Mehrkosten im Bereich der Fürsorge waren die Kantonsbeiträge an die EL (+Fr. 2,1 Mio.) sowie die Beiträge AHIZ für Heimbewohnende (+Fr. 1,0 Mio.). Tiefere Beiträge für Krankenversicherung, Heimfinanzierung, Familienzulagen u. a. konnten den Mehraufwand etwas reduzieren.

Im Bereich des Verkehrs waren die um Fr. 0,5 Mio. höheren Kosten an den öffentlichen Personenverkehr sowie die um Fr. 0,8 Mio. tieferen Parkingmetereinnahmen Grund für das schlechtere Ergebnis. Rückerstattungen des Kantons sowie die Verrechnung für Investitionen der Zentralbahn vermochten die Mehrkosten etwas zu mildern.

5 Dienststellen mit Leistungsauftrag und Globalbudget

5.1 Heime und Alterssiedlungen / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.1.1 Leistungsziele / Zielerreichung

1. **Das stationäre Pflegeheim-Angebot in der Stadt Luzern wird im Sinne einer bedarfsgerechten Versorgung beibehalten und weiterentwickelt.**
 Mit der Wiedereröffnung des sanierten Hauses Morgenstern, BZ Wesemlin, im September 2010 und dem nachfolgenden Umzug der Bewohner/innen des BZ Staffelnhof in die Provisorien Hirschpark und Saphir im Januar 2011 wird das Bettenangebot der städtischen Betagtenzentren und Pflegewohnungen bei rund 900 Betten konstant gehalten. Bei weiter sinkender Auslastung und steigendem Pflegebedarf soll das Bettenangebot aber auch unterjährig so weit wie möglich optimiert werden.
 Gleichzeitig ist ein neuer "Entwicklungsbericht zur stationären und halbstationären Langzeitpflege und Betreuung" zu erarbeiten, um als Grundlage für die zukünftige Strategieplanung unter den sich ändernden Rahmenbedingungen mit der neuen Pflege- und Spitalfinanzierung sowie der kantonalen Pflegeheimplanung zu dienen.
Erreicht: Das Bettenangebot wurde konstant gehalten. Die Erarbeitung des "Entwicklungsberichts" verlief gemäss Plan.
2. **Ausgewählte (teilstationäre) Spezialangebote ergänzen das vorhandene Langzeitpflegeangebot.**
 Nach der Sanierung des Hauses Morgenstern steht auch dem BZ Wesemlin (nach dem BZ Dreilinden und dem BZ Eichhof) eine Demenzabteilung für Menschen mit besonderem Bewegungsdrang und Weglaufgefährdung zur Verfügung.
 Die beiden in den vergangenen zwei Jahren als Pilotprojekt betriebenen Spezialangebote Übergangspflege und Palliativabteilung wurden 2010 erfolgreich evaluiert und werden nun optimiert in den Normalbetrieb übergeführt.
Erreicht.
3. **Die Bewohner/innen der städtischen Altersinstitutionen fühlen sich als Individuum respektiert.**
 Heime und Alterssiedlungen (HAS) orientiert sich weiterhin an den beiden Leitsätzen:
 "Wir gewährleisten unseren Bewohnerinnen und Bewohnern einen Alltag, der den regulären Umständen und Bedingungen ihrer gewohnten Lebensweise so nahe wie möglich kommt."
 Und: "Wir ermöglichen unseren Bewohnerinnen und Bewohnern, nach ihren eigenen Möglichkeiten selbst zu bestimmen, wie sie ihr Leben gestalten." Im Rahmen des neuen Qualitätsmanagements von HAS wird der Umsetzungsgrad der beiden Leitsätze in Bewohner- und Angehörigenbefragungen periodisch überprüft.
Erreicht: Die Zufriedenheitsbefragungen bei Bewohnern, Bewohnerinnen, Angehörigen und Mitarbeitenden in den BZ Wesemlin und Eichhof ergaben erfreulich positive Resultate.
4. **Wohlbefinden und Gesundheit der Bewohner/innen werden so weit wie möglich erhalten und verbessert.**
 Nach erfolgten Standortbestimmungen und Startveranstaltungen in den Jahren 2008 und 2009 erfolgt die vertiefte Verankerung des Konzepts "Integrierte Palliative Care"⁷ in den Folgejahren gemäss Planung.
Erreicht: Die betriebsspezifisch gewählten Weiterbildungsmodule von Caritas/Curaviva für 2011 wurden erfolgreich umgesetzt.
5. **Zwischenmenschliche Beziehungen und Begegnungen im Heimaltag werden bewusst gefördert.**
 Das vielfältige Angebot an Aktivitäten wie auch die bestehenden Freiwilligengruppen werden als Mittel der Alltagsgestaltung und Begegnung aufrechterhalten und weiter gefördert.
Erreicht: Im europäischen Freiwilligenjahr 2011 sind von der Stadt Luzern und den Betagtenzentren und Pflegewohnungen verschiedene Aktivitäten für und mit Freiwilligen durchgeführt worden.

⁷ Palliative Care umfasst palliative Medizin und Pflege/Betreuung und meint Schmerzlinderung sowie soziale, psychische und religiös-spirituelle Unterstützung von Menschen mit unheilbaren fortschreitenden Erkrankungen in ihrer letzten Lebensphase.

6. Das Hotellerieangebot entspricht den Bedürfnissen der Bewohner/innen.

Die Standards des bestehenden Hotellerieangebots werden grundsätzlich beibehalten, schrittweise qualitativ überprüft und sofern notwendig ergänzt.

Erreicht.

7. Die Mitarbeitenden sind die entscheidende Ressource zur Erfüllung des Leistungsauftrags.

Aufgrund des sich abzeichnenden Mangels an Pflegefachpersonal wird der Schwerpunkt bei der Personalerhaltung und -gewinnung gesetzt. Konkret soll ein Projekt zur Nachwuchsförderung und Laufbahnplanung gestartet werden, das intern und extern entsprechend zu kommunizieren ist. Gleichzeitig werden die Ausbildungsanstrengungen der letzten Jahre weitergeführt.

Die Umsetzung des sich an die neue Bildungssystematik anlehnenen neuen "Stellenschlüssels Pflege und Betreuung" soll intensiv begleitet und vor allem zur Führungsentwicklung des unteren und mittleren Kaders genutzt werden.

Zum Teil erreicht: Erste Massnahmen für eine heimübergreifende Personal- und Laufbahnenentwicklung wurden eingeleitet. Der Start des Projekts zur Umsetzung des neuen "Stellenschlüssels Pflege und Betreuung" musste nochmals um ein Jahr verschoben werden.

8. Der finanzielle Mitteleinsatz erfolgt wirtschaftlich, effizient und effektiv.

Per 1. Januar 2011 wird das Globalbudget HAS in eine Spezialfinanzierung übergeführt. Die Deckung der Vollkosten (inkl. Zinsen und Abschreibungen der Anlagen) liegt im Jahr 2011 bei insgesamt 99,5 %.

Zum Teil erreicht: Die Überführung in die Spezialfinanzierung erfolgte ohne nennenswerte Probleme. Der budgetierte Kostendeckungsgrad von 99,5 % wurde jedoch um 1 % bzw. knapp Fr. 1 Mio. verfehlt.

5.1.2 Globalbudget

(in Franken)	IST 2011	SOLL 2011	Abweichung B2011/B2010		SOLL 2012	IST 2010
Kosten	107'285'166	104'959'900	2'325'266	2%	104'600'300	89'049'833
/J. Ertrag	-105'764'512	-104'451'600	-1'312'912	1%	-104'869'500	-92'284'203
Verrechnung Restfinanzierungsbeitrag ²	-	41'200	-41'200	-100%	49'000	-
Gemeindebeitrag an Kernleistungen ²	-320'500	-320'500	-	0%	-394'200	-
Gemeindebeitrag an Nebenleistungen ²	-661'500	-661'500	-	0%	-362'900	-
Einlage/Entnahme Spezialfinanzierung ²	-538'654	432'500	-971'154	-225%	977'300	-
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	-	-	-	0%	-	-3'234'371
kalkulatorische Kosten	-	-	-	0%	-	12'855'745
Globalbudget (inkl. kalkulatorischer Kosten)	-	-	-	0%	-	9'621'374
Kostendeckungsgrad (in Prozent) ^{1, 3}	98.6%	99.5%			100.2%	90.6%

¹ Der Kostendeckungsgrad bezeichnet das Verhältnis der Erträge zur Summe aller Kosten; er wird also inkl. Zinsen und Amortisation (bis 2010: kalkulatorische Kosten) berechnet.

² Die Beiträge bzw. Einlage in die Spezialfinanzierung sind in der Finanzbuchhaltung gerundet, dies im Gegensatz zu den Zahlen in der Kostenrechnung.

³ Der Kostendeckungsgrad berechnet sich vor Verrechnung des Restfinanzierungsbeitrags, den Gemeindebeiträgen bzw. der Einlage in die Spezialfinanzierung.

5.1.3 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu Budget und Rechnung 2011 sowie (für den Überjahresvergleich) zur Rechnung 2010 und zum Budget 2012.

Hinweise zum Globalbudget

Um die (netto) Betriebskostenentwicklung über die laufenden Jahre hinweg aufzeigen zu können, werden im Globalbudget die durch Umbauten bedingten vorübergehenden Kostenveränderungen in den Investitionen der jeweiligen Einzelprojekte kalkuliert und kreditiert und fliessen in Form von Kompensationszahlungen in die Rechnung ein.

Der Vergleich von Rechnung und Budget 2010 mit den Vorjahren ist trotzdem nur bedingt möglich, da am 1. Januar 2011 das Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung in Kraft trat. Dieses regelt im Kernpunkt die Aufteilung der Pflegekosten zwischen pflegebedürftigen Personen, Krankenversicherern und den Kantonen bzw. Gemeinden neu (siehe Voranschlag 2011: Leistungsauftrag mit Globalbudget HAS, Kapitel 2). Neben den Restfinanzierungsbeiträgen an die ungedeckten Pflegekosten wurden für 2011 erstmals auch Gemeindebeiträge zur vollen Kostendeckung der Leistungsgruppen "Spezialabteilungen" und "Arztdienst" sowie einzelner Nebenbetriebe budgetiert. Die Beiträge werden dem Globalbudget gutgeschrieben und im Beitragswesen (Konto 840.363.xx) der Stadt Luzern belastet. Mit diesem Vorgehen sind sämtliche Leistungen im Globalbudget HAS vollständig ausfinanziert. Damit wird gewährleistet, dass die Bewohnertaxen in Zukunft zweckbestimmt verwendet werden und dass schwankende Ergebnisse über mehrere Jahre hinweg wieder ausgeglichen werden können.

Eine weitere Differenz zwischen Rechnung 2010 und Budget/Rechnung 2011 betreffen die Personalhäuser auf dem Areal Eichhof. Diese wurden bis Sommer 2010 vom BZ Eichhof mit entsprechenden Einnahmen und Kostenumlagen auf die Leistungsgruppe "übrige Nebenbetriebe" betrieben und danach der Stiftung Student Mentor Fondation übergeben.

5.1.3.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Grundleistungen	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Pensionstage	314'280	312'551	313'328	311'120
Kosten pro Pensionstag	170.55	169.57	171.82	143.48
Ertrag pro Pensionstag	-171.46	-170.95	-174.94	-140.77
Ergebnis	-287'918	-432'517	-977'257	844'286
Kostendeckungsgrad	100.8%	100.8%	101.8%	98.1%

LG 2: Pflegeleistungen	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
durchschnittliche Pflegestufe	5.4	5.4	5.4	
Kosten pro Pflegestufe (und Tag)	25.7	25.4	25.1	
Ertrag pro Pflegestufe (und Tag)	-25.4	-25.4	-25.1	
Ergebnis	439'214	-41'233	-48'950	6'498'504
Kostendeckungsgrad	99.0%	100.1%	100.1%	85.8%

LG 3: Spezialabteilungen	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Pensionstage/Aufenthaltstage Ü'Pflege	3'212	3'212	3'212	3'242
Kosten pro Pensionstag Ü'Pflege	451.08	392.32	445.37	434.07
Ertrag pro Pensionstag Ü'Pflege	-406.88	-389.85	-381.82	-362.36
Ergebnis	186'732	124'715	236'575	414'818
Kostendeckungsgrad	90.1%	93.0%	88.0%	78.7%

LG 4: Arztdienst	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	2'284'517	2'370'523	2'792'497	3'047'595
Ertrag	-1'985'150	-2'174'740	-2'634'900	-2'154'057
Ergebnis	299'367	195'783	157'597	893'538
Kostendeckungsgrad	86.9%	91.7%	94.4%	70.7%

Kernleistungen total	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	100'956'407	98'945'949	101'263'865	95'461'475
Ertrag	-100'319'012	-99'099'200	-101'895'900	-86'810'329
Ergebnis	637'395	-153'251	-632'035	8'651'146
Kostendeckungsgrad	99.4%	100.2%	100.6%	90.9%

LG 5: Alterssiedlungen	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	3'524'575	3'476'414	614'000	3'201'342
Ertrag	-2'764'490	-2'924'300	-342'500	-2'687'328
Ergebnis	760'085	552'114	271'500	514'013
Kostendeckungsgrad	78.4%	84.1%	55.8%	83.9%

LG 6: Restauration	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	2'420'998	2'139'211	2'310'647	2'264'333
Ertrag	-2'526'873	-2'245'000	-2'448'000	-2'317'326
Ergebnis	-105'875	-105'789	-137'353	-52'994
Kostendeckungsgrad	104.4%	104.9%	105.9%	102.3%

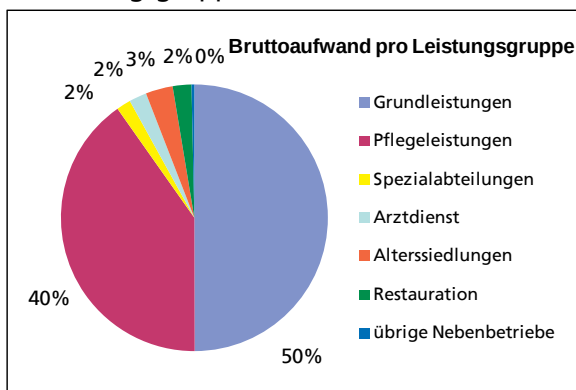
LG 7: übrige Nebenbetriebe	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	383'185	398'327	411'801	978'427
Ertrag	-195'336	-183'100	-183'100	-469'219
Ergebnis	187'849	215'227	228'701	509'208
Kostendeckungsgrad	51.0%	46.0%	44.5%	48.0%

Nebenleistungen total	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	6'328'758	6'013'951	3'336'448	6'444'101
Ertrag	-5'486'699	-5'352'400	-2'973'600	-5'473'874
Ergebnis	842'059	661'551	362'848	970'227
Kostendeckungsgrad	86.7%	89.0%	89.1%	84.9%

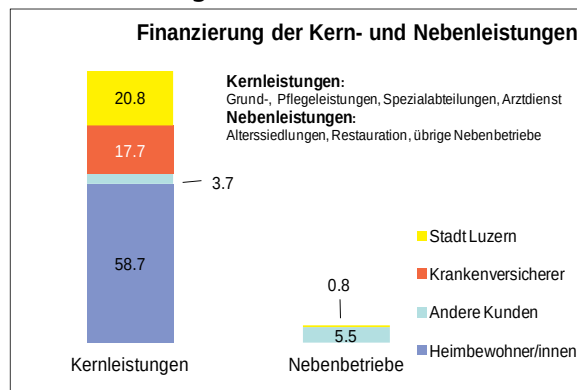
Ergebnis HAS total	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	107'285'166	104'959'900	104'600'313	101'905'577
Ertrag	-105'805'712	-104'451'600	-104'869'500	-92'284'203
Ergebnis	1'479'454	508'300	-269'187	9'621'373
Kostendeckungsgrad	98.6%	99.5%	100.3%	90.6%

5.1.3.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

a) Leistungsgruppen und Bruttoaufwand



b) Finanzierung in Mio. Fr.



5.1.3.3 Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Hinweise und Erläuterungen zu den Sollvorgaben

Gesamtergebnis

Die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS) schliesst Fr. 971'154.– schlechter ab als budgetiert. Damit wurde ein Kostendeckungsgrad von 98,6 % statt der budgetierten 99,5 % erreicht. Der grösste Teil des Defizits fiel mit Fr. 790'646.– in den Kernleistungen an, und hier vor allem in der Leistungsgruppe 2: Pflegeleistungen (mit Fr. 480'446.–).

Bei den Nebenleistungen konzentriert sich das Defizit auf die Leistungsgruppe 5: Alterssiedlungen (mit Fr. 207'971.–).

Anstelle einer budgetierten Einlage in die Spezialfinanzierung, Bereich 1: Grundleistungen (LG 1) von Fr. 432'500.– kommt es hier nur noch zu einer Einlage von Fr. 287'918.–. Bei der Spezialfinanzierung, Bereich 2, welche die übrigen Leistungsgruppen umfasst, wird eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung von Fr. 826'572.– notwendig (siehe Kapitel 5.1.6). Diese ist innerhalb von maximal vier Jahren wieder auszugleichen.⁸

Leistungsumfang und Kostendeckungsgrad in den Leistungsgruppen

Trotz Erreichung der budgetierten Bettenauslastung von 96,2 % und lediglich leicht unter dem Budget liegender Pflegebedürftigkeit (–0,04 Pflegestufen) gelang es nicht, die finanziellen Ziele in den Leistungsgruppen 1 und 2 (Grund- und Pflegeleistungen) zu erreichen.

Bei den **Grundleistungen** (LG 1) liegt der Grund darin, dass das Budget 2011 noch fehlerhafte Kostenzuordnungen aufwies. So wurden die Erträge aus Betreuungszuschlägen in den spezialisierten Palliativ- und Demenzabtei-

lungen zwar in der Leistungsgruppe 1 budgetiert, die entsprechenden Kosten jedoch in Leistungsgruppe 2. Diese Differenzen wurden nun in der Rechnung 2011 (wie auch im Budget 2012) bereinigt. Dafür, dass die Einbussen nicht höher ausgefallen sind, waren vor allem zurückgestellte Anschaffungen beim Sachaufwand verantwortlich.

Für die markante Budgetabweichung bei den **Pflegeleistungen** (LG 2) sind mehrere Gründe massgebend:

2011 waren unterjährig erhebliche Schwankungen bei der Auslastung und der Pflegebedürftigkeit festzustellen. Diese hatten verschiedene Ursachen: Zeitlich gehäufte Bewohnerwechsel in einzelnen Betagtenzentren führten zu einer vorübergehenden Abnahme der Bettenauslastung und des durchschnittlichen Pflegebedarfs. Die sanierungsbedingten Umzüge in den BZ Wesemlin und Staffelnhof sowie die Volksabstimmung zur Sanierung des BZ Dreilinden bewirkten einen zeitweisen Nachfragerückgang und führten zu entsprechenden Auslastungsschwankungen in der Bettenbelegung.

Bei all diesen Schwankungen gelang es nur unzureichend, den Personaleinsatz entsprechend flexibel zu gestalten, was zu einem Kostenüberhang führte. Erschwerend wirkte dabei der überdurchschnittlich hohe Anteil an Langzeitkrankheitsausfällen im Jahr 2011. Weitere Unsicherheiten auf der Einnahmenseite und Mehraufwand auf der Kostenseite erwuchsen aus der Einführung der neuen Pflegefinanzierung (mit 12 Pflegestufen) per 1. Januar 2011 und dem gleichzeitigen Wechsel vom Pflegeeinstufungsinstrument BESA zu RAI. Hinzu kam die nochmalige Umstellung der Abrechnung auf BESA per 1. Juni 2011 aufgrund des von den Krankenversicherern

⁸ Gemäss StB 359 vom 20. April 2011: Spezialfinanzierung, Verordnung, Erlass.

angestrebten Gerichtsverfahrens gegen die in der kantonalen Verordnung festgelegte RAI-Überführungstabelle. Mit dem aus der Doppelleinstufung resultierenden Mehraufwand konnte zumindest allfälligen Eventualverpflichtungen aus dem zurzeit noch hängigen Gerichtsentscheid aus dem Weg gegangen werden.

Bei den **Spezialabteilungen** (LG 3) schloss das Tagesheim Eichhof trotz einer erstmals wieder etwas tieferen Auslastung (79 %) gut Fr. 66'000.– besser ab als budgetiert. Dagegen wird die Übergangspflege im BZ Rosenberg mit Fr. 128'000.– stärker belastet. Dies vor allem wegen der Umlagen aus den Leistungsgruppen 2: Pflegeleistungen (Nachtwache) und 4: Arztdienst (Physiotherapieleistungen), die auch für 2011 noch in diesen beiden Leistungsgruppen budgetiert worden waren.

Das Ergebnis der Leistungsgruppe 4: **Arztdienst** fällt um Fr. 103'584.– schlechter aus als budgetiert. Dies infolge tieferer Erträge vor allem aufgrund nicht realisierter Tarmedienahmen im BZ Staffelnhof und Eichhof, aus Gründen fehlender Erfahrung bzw. Wechsel des Heimarztes. Weitere Ertragseinbussen erfolgten bei den Arztpauschalen im Pflegeheimbereich infolge tieferer Pflegebedürftigkeit insbesondere im BZ Dreilinden.

Die **Alterssiedlungen** (LG 5) schliessen Fr. 207'971.– schlechter ab. Die angefallenen Mehrkosten resultieren aus zusätzlichem baulichem Unterhalt und Abschlusszahlungen vor der Überführung der Liegenschaften ins Finanzvermögen per 1. Januar 2012. Die Mindererträge setzen sich zusammen aus tieferen Mieterträgen und Einnahmen aus dem Mittagstischangebot. Die für das ganze Jahr budgetierten Mietzinsanpassungen mit Einführung der Betreuungspauschale konnten erst im Verlaufe des Frühjahres nach Einzelgesprächen mit allen Mietern und anschliessenden Vertragserneuerungen umgesetzt werden.

Die Leistungsgruppe 6: **Restauration** mit einem Gewinn von Fr. 101'520.– verpasste das Budget um lediglich 4'000.–. Dabei produzierte das Personalrestaurant Salü (ähnlich wie bereits 2010) ein Defizit von rund Fr. 100'000.–. Demgegenüber konnte bei stadtexterner Kundenschaft eine Umsatzrendite von 11 % erreicht werden.

Die Leistungsgruppe 7: **Übrige Nebenbetriebe** schloss schliesslich Fr. 31'732.– besser ab als budgetiert. Die Leistungsgruppe umfasst das Therapiebad im BZ Dreilinden und 13 Perso-

nalwohnungen im BZ Rosenberg. Die Ergebnisverbesserung erfolgte vor allem beim Therapiebad, das damit noch ein Defizit von Fr. 53'544.– ausweist.

Qualitätsindikatoren

Nach den Pflegewohnungen im Jahr 2010 wurden 2011 **Zufriedenheitsbefragungen** in den BZ Wesemlin und Eichhof durchgeführt. Die Befragungen erfolgen durch "QUALIS evaluation" mit standardisierten Fragebogen und ermöglichen einen Vergleich (Benchmark) mit zurzeit rund 25 anderen befragten Heimen in der Deutschschweiz. Als Indikatoren werden die Gesamtzufriedenheit über alle Bereiche der befragten Bewohner/innen, der Angehörigen und der Mitarbeitenden ausgewiesen. Bei den Angehörigen und Mitarbeitenden gibt der wiedergegebene Prozentwert den Anteil der zufriedenen Befragten an. Bei den Bewohnerinnen und Bewohnern wird der publizierte Wert dagegen aus der Differenz der positiven und negativen Antworten gebildet. Als Sollvorgabe gilt, mindestens den Durchschnitt der anderen befragten Heime (Benchmark) zu erreichen.

Die Ergebnisse 2011 der Befragten zeigen in beiden Betagtenzentren eine hohe Bewohnerzufriedenheit und gut durchschnittliche Werte bei den Angehörigen und Mitarbeitenden. Die Ergebnisse sind in der Zwischenzeit im Detail analysiert und Verbesserungsmassnahmen sind wo notwendig eingeleitet worden.

Struktur- und Budgetveränderungen im 2012

Mit der Zustimmung zum B+A "Entwicklung der städtischen Alterssiedlungen" (B+A 19/ 2011) wurden per 1. Januar 2012 die Liegenschaften der Alterssiedlungen vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen übergeführt und werden neu vom Finanzliegenschaften-Management (IM-MO) bewirtschaftet. HAS erbringt nur noch die notwendigen Betreuungsleistungen und übernimmt die fachliche Abklärung über die Eignung von Mietern. Damit werden sich Kosten und Erträge für HAS in der Leistungsgruppe Alterssiedlungen massiv verringern.

Zudem wird per 1. Januar 2012 die Neuorganisation der Physiotherapie HAS umgesetzt. Die bisher dezentral vorhandenen Einheiten werden neu in einem internen Physiotherapie-Zentrum HAS mit einer eigenen Teamleitung und Unterstellung unter das BZ Eichhof zusammengefasst. Gleichzeitig erfolgt eine schrittweise Stellenreduktion von bisher 8 auf neu 5 Stellen. Die Physiotherapie bleibt dabei Teil der Leistungsgruppe 4: Arztdienst.

5.1.4. Stadträtlicher Leistungsauftrag: die Leistungsgruppen im Einzelnen

5.1.4.1 Kernleistungen insgesamt

Die Kernleistungen der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen bestehen aus den unten einzeln aufgeführten Leistungsgruppen zugunsten von Heimbewohnerinnen und -bewohnern:

- Grundleistungen (5.1.4.2)
- Pflegeleistungen (5.1.4.3)
- Spezialabteilungen (5.1.4.4)
- Arztdienst (5.1.4.5)

Primäre Zielgruppe ist die ältere Wohnbevölkerung der Stadt Luzern.

a) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2011	SOLL B2011	IST R2010
Kernleistungen insgesamt	Durchschnittliche Wartedauer zwischen Anmeldung und Heimeintritt für Wohnheim für Pflegeheim (inkl. Mischheim)	79 Tage 23 Tage	Max. 75 Tage Max. 30 Tage	72 Tage 22 Tage
Kernleistungen insgesamt	Bettenangebot	905 Betten	901 Betten	910 Betten
	Davon:			
	- Bettenangebot für Temporäraufenthalte	11 Betten	11 Betten	14 Betten
	- Bettenangebot in spez. Demenzwohngruppen	34 Betten	34 Betten	36 Betten ¹
	- Bettenangebot für Übergangspflege (Pilotbetrieb)	11 Betten	11 Betten	11 Betten
	- Bettenangebot in spezialisierter Palliativabteilung (Pilotbetrieb)	7 Betten	7 Betten	7 Betten
	Bettenauslastung insgesamt	96,2 %	96,2 %	95,3 %
Kernleistungen insgesamt	Anzahl Tagesplätze	12 Plätze	12 Plätze	12 Plätze
Kernleistungen insgesamt	Bewohnerzufriedenheit über alle Bereiche pro Betagtenzentrum ²	1.19	Mind. Ø-Benchmark Total: 0.93	1.14
	Angehörigenzufriedenheit über alle Bereiche pro Betagtenzentrum ²	79 %	Mind. Ø-Benchmark Total: 78 %	92 %
	Mitarbeiterzufriedenheit über alle Bereiche pro Betagtenzentrum ²	84 %	Mind. Ø-Benchmark Total: 84 %	82 %
Kernleistungen insgesamt	Anzahl Lernende und Praktikanten	122 Lernende / Praktikanten	100 Lernende / Praktikanten	110 Lernende / Praktikanten
	Anzahl Weiterbildungstage pro Vollzeitstelle (innerhalb der Arbeitszeit)	4.1 Tage	4 Tage	4.5 Tage
	Krankheitstage pro Vollzeitstelle	12.6 Tage	Max. 10 Tage	10.6 Tage
	Jahresfluktuationsrate	16.2 %	Max. 15 %	11.5 %
	Anzahl freiwillig Mitarbeitende	166 freiwillig Mitarbeitende	150 freiwillig Mitarbeitende	164 freiwillig Mitarbeitende
	Soz. Arbeitsplätze für nicht voll leistungsfähige Mitarbeitende im Rahmen von 1 % der Gesamtlohnsumme	Fr. 398'000.–	Fr. 590'000.–	Fr. 367'160.–

¹ Nach Eröffnung der neuen Demenzabteilung im BZ Wesemlin im November 2010.

² Zufriedenheitsbefragungen neu festgelegt und definiert 2010 (siehe Kapitel 5.1.3.3).

b) Mengen und Kosten

Kernleistungen total	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	100'956'407	98'945'949	101'263'865	95'461'475
Ertrag	-100'319'012	-99'099'200	-101'895'900	-86'810'329
Ergebnis	637'395	-153'251	-632'035	8'651'146
Kostendeckungsgrad	99.4%	100.2%	100.6%	90.9%

5.1.4.2 Leistungsgruppe Grundleistungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Zurverfügungstellen einer zeit- und bedarfsgerechten Unterkunft und Verpflegung mit einem persönlichen Wohnbereich, der im Rahmen der pflegerischen und sicherheitstechnischen Anforderungen weitgehendst selbst gestaltet werden soll.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Wohnangebot (Zimmer, Reinigung, Wäsche)
Verpflegung inkl. Cafeteria
Alltagsgestaltung, Betreuung/Aktivierung

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2011	SOLL B2011	IST R2010
Grundleistungen insgesamt	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Grundleistungen pro Betagtenzentrum	Siehe Indikator unter Kernleistungen	Definiertes Soll im Standardfragebogen	Siehe Indikator unter Kernleistungen
Grundleistungen insgesamt	Angehörigenzufriedenheit im Bereich Grundleistungen pro Betagtenzentrum	Siehe Indikator unter Kernleistungen	Definiertes Soll im Standardfragebogen	Siehe Indikator unter Kernleistungen
Gastronomie	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Gastronomie pro Betagtenzentrum	Siehe Indikator unter Kernleistungen	Definiertes Soll im Standardfragebogen	Siehe Indikator unter Kernleistungen
Gastronomie	Anteil Cook & Chill Bewohnermahlzeit Mittag und Abend	63 %	Mind. 60 %	62 %
Alltagsgestaltung	Angebot an Aktivitäten	Erfüllt	Mind. 3 pro Woche und BZ	Erfüllt

d) Mengen und Kosten

LG 1: Grundleistungen	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Pensionstage	314'280	312'551	313'328	311'120
Kosten pro Pensionstag	170.55	169.57	171.82	143.48
Ertrag pro Pensionstag	-171.46	-170.95	-174.94	-140.77
Ergebnis	-287'918	-432'517	-977'257	844'286
Kostendeckungsgrad	100.8%	100.8%	101.8%	98.1%

5.1.4.3 Leistungsgruppe Pflegeleistungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Gewährleisten einer angepassten Pflege, basierend auf einem ganzheitlichen, aktivierenden Pflegeverständnis, das den anerkannten Ausbildungskriterien entspricht. Diese umfasst alle KVG-pflichtigen Leistungen gemäss Art. 7 KLV: Massnahmen der Abklärung und Beratung, der Untersuchung und der Behandlung sowie der Grundpflege, die auf ärztliche Anordnung hin oder im ärztlichen Auftrag erbracht werden.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Pflegeleistungen

Pflege und Betreuung, gemäss Leistungskatalog BESA unterteilt in:

- Grundpflege I: Grundpflege und hygienische Bedürfnisse
- Grundpflege II: Hilfe beim Essen und Trinken
- Grundpflege III: Mobilisierung (Mobilität / Gehfähigkeit / Bewegungsübungen / Lagern)
- Gesundheits- und Behandlungspflege
- Psychogeriatrische Leistungen I: Zeitliche und örtliche Orientierung
- Psychogeriatrische Leistungen II: Betreuungsgespräche (Soziales Verhalten)

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2011	SOLL B2011	IST R2010
Pflege und Betreuung	BESA-Punkte pro Tag ¹	5.40	27'403 BESA-Pkte. 5.36	26'870 BESA-Pkte.
	Durchschnittliche Pflegestufe			
	Verteilung Pflegetage auf die neuen Pflegestufen:			
	- Bis Stufe 2 (bis 40 Min./Tag)	30 %	27 %	
	- Stufe 3 – 4 (41 - 80 Min./Tag)	14 %	18 %	
	- Stufe 5 – 6 (81 - 120 Min./Tag)	17 %	18 %	
	- Stufe 7 – 8 (121 - 160 Min./Tag)	21 %	17 %	
Pflege und Betreuung	- Stufe 9 – 10 (161 – 200 Min./Tag)	14 %	12 %	
	- Stufe 11 – 12 (ab 201 Min./Tag)	4 %	8 %	
Pflege und Betreuung	Überprüfung/Anpassung BE-SA-Einstufung	Erfüllt	2-mal p.a. sowie nach gesundheitl. Veränderungen	Erfüllt
Pflege und Betreuung	Anteil ausgebildetes Pflege- und Betreuungspersonal: ²			
	A-Niveau	27 %	20 %	29 %
	B-Niveau	26 %	35 %	26 %
	C-Niveau	47 %	45 %	45 %
Pflege und Betreuung	Bewohner/innen mit Dekubitus	5 Dekubitus pro 100 Bew.	Max. 10 Dekubitus pro 100 Bew.	12 Dekubitus pro 100 Bew.

¹ Ab 2011 neu mit RAI und im Zusammenhang mit der neuen Pflegefinanzierung in 12 Pflegestufen.

² Neuer Stellenschlüssel ab 2010 mit Umsetzung bis 2013:

A-Niveau = FH, HF, DN II, AKP, PsyKP, Aktivierung und DN I mit Nachqualifikation.

B-Niveau = FAGE, FAGE, Betagtenbetreuerin, FASRK, Hauspflegerin, DN I, Lernende A-Niveau.

C-Niveau = Pflegeassistenz, Schule für Pflegemitarbeit, Pflegehelferin SRK, Lernende B-Niveau.

Ohne: Leitung Pflege, Pflegeexpertin, Berufsbildnerin.

d) Mengen und Kosten

LG 2: Pflegeleistungen	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
durchschnittliche Pflegestufe	5.4	5.4	5.4	
Kosten pro Pflegestufe (und Tag)	25.7	25.4	25.1	
Ertrag pro Pflegestufe (und Tag)	-25.4	-25.4	-25.1	
Ergebnis	439'214	-41'233	-48'950	6'498'504
Kostendeckungsgrad	99.0%	100.1%	100.1%	85.8%

5.1.4.4 Leistungsgruppe Spezialabteilungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Übergangspflege:

Förderung der Funktionalität von Patientinnen und Patienten nach einer Akutphase im Spital, um wieder nach Hause zurückkehren zu können. Eine erneute Spitaleinweisung und/oder eine Langzeitpflegebedürftigkeit im Pflegeheim soll damit verhindert oder zumindest verzögert werden. Das ursprüngliche Konzept der Übergangspflege ist im Rahmen der Konkretisierungsarbeiten vom Kanton, Verband der Sozialvorstehenden SVL und von den anbietenden Gemeinden und Institutionen weiterentwickelt worden.

Tagesaufenthalte:

Zurverfügungstellen von Tagesaufenthalten zur Entlastung pflegender Angehöriger, Fördern der Selbstständigkeit und Verhindern der Vereinsamung der Betagten.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Spezialabteilungen
Übergangspflege im BZ Rosenberg
Tagesaufenthalte im BZ Eichhof

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2011	SOLL B2011	IST R2010
Übergangspflege	Bettenangebot für Übergangspflege	11 Betten	11 Betten	11 Betten
Übergangspflege	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Übergangspflege	21,7 Tage	Max. 21 Tage	19,7 Tage
Übergangspflege	Anteil der Pflegegäste, die nach der Übergangspflege nach Haus zurückkehren können	83 %	Mind. 85 %	83 %
Tagesaufenthalte	Anzahl Tagesplätze	12 Plätze	12 Plätze	12 Plätze
Tagesaufenthalte	Auslastung Tagesheim Eichhof	79 %	Mind. 85 %	98 %

d) Mengen und Kosten

LG 3: Spezialabteilungen	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Pensionstage/Aufenthaltstage Ü'Pflege	3'212	3'212	3'212	3'242
Kosten pro Pensionstag Ü'Pflege	451.08	392.32	445.37	434.07
Ertrag pro Pensionstag Ü'Pflege	-406.88	-389.85	-381.82	-362.36
Ergebnis	186'732	124'715	236'575	414'818
Kostendeckungsgrad	90.1%	93.0%	88.0%	78.7%

5.1.4.5 Leistungsgruppe Arztdienst

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Gewährleisten der ärztlichen Betreuung und eines Therapieangebotes, welches auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner ausgerichtet ist.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Arztdienst
Arztdienst im Pflegeheimbereich

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2011	SOLL B2011	IST R2010
Arztdienst	Bewohnerzufriedenheit im Bereich ärztliche Leistungen	Siehe Indikator unter Kernleistungen	Definiertes Soll im Standardfragebogen	Siehe Indikator unter Kernleistungen
Arztdienst	Angehörigenzufriedenheit im Bereich ärztliche Leistungen und Therapie	Siehe Indikator unter Kernleistungen	Definiertes Soll im Standardfragebogen	Siehe Indikator unter Kernleistungen

d) Mengen und Kosten

LG 4: Arztdienst	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	2'284'517	2'370'523	2'792'497	3'047'595
Ertrag	-1'985'150	-2'174'740	-2'634'900	-2'154'057
Ergebnis	299'367	195'783	157'597	893'538
Kostendeckungsgrad	86.9%	91.7%	94.4%	70.7%

5.1.4.6 Nebenleistungen

Die Nebenleistungen der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen bestehen aus den unten einzeln aufgeführten Leistungsgruppen für unterschiedliche Zielgruppen:

- Alterssiedlungen (5.1.4.7)
- Restauration (5.1.4.8)
- Übrige Nebenbetriebe (5.1.4.9)

a) Mengen und Kosten

Nebenleistungen total	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	6'328'758	6'013'951	3'336'448	6'444'101
Ertrag	-5'486'699	-5'352'400	-2'973'600	-5'473'874
Ergebnis	842'059	661'551	362'848	970'227
Kostendeckungsgrad	86.7%	89.0%	89.1%	84.9%

5.1.4.7 Leistungsgruppe Alterssiedlungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Zurverfügungstellen altersgerechter Wohnungen mit Notfalldienst und der Möglichkeit, weitere Betreuungs- und Servicedienstleistungen vom Betagtenzentrum zu beziehen. Bei der anstehenden Neuausrichtung der Alterssiedlungen (Betreuungskonzept, Mietzinspolitik, kalkulatorische Kosten) soll der Kostendeckungsgrad innert der nächsten 5 Jahre deutlich angehoben werden. Ein Vorgehenskonzept liegt in den Grundzügen vor.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Alterssiedlungen	
Wohnangebot	
Individuelle Serviceleistungen der Betagtenbetreuung (private Begleitung, Mahlzeitendienst, Körperpflege, Zimmerservice), der Lingerie (Näh-/Flickarbeit, Wäschereinigung) und der Hauswartung (Reparaturaufträge)	

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2011	SOLL B2011	IST R2010
Wohnangebot	Anzahl Alterswohnungen	232 Wohnungen	232 Wohnungen	232 Wohnungen
Wohnangebot	Durchschnittliche Vermietungsquote	99 %	Mind. 95 %	99 %

d) Mengen und Kosten

LG 5: Alterssiedlungen	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	3'524'575	3'476'414	614'000	3'201'342
Ertrag	-2'764'490	-2'924'300	-342'500	-2'687'328
Ergebnis	760'085	552'114	271'500	514'013
Kostendeckungsgrad	78.4%	84.1%	55.8%	83.9%

5.1.4.8 Leistungsgruppe Restauration

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Mahlzeitenproduktion und Catering für weitere stadtinterne und -externe Kundschaft. Betrieb des Personalrestaurants Salü im Stadthaus.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Restauration	
Produktion von Mahlzeiten in der Küche Eichhof und Catering für stadtinterne und -externe Kundschaft	
Personalrestaurant-Betrieb im Stadthaus	

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2011	SOLL B2011	IST R2010
Produktion Mahlzeiten / Komponenten	Umsatzrendite stadtexterne Kundschaft	11 %	Mind. 5 %	9 %

d) Mengen und Kosten

LG 6: Restauration	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	2'420'998	2'139'211	2'310'647	2'264'333
Ertrag	-2'526'873	-2'245'000	-2'448'000	-2'317'326
Ergebnis	-105'875	-105'789	-137'353	-52'994
Kostendeckungsgrad	104.4%	104.9%	105.9%	102.3%

5.1.4.9 Leistungsgruppe Leistungen in den übrigen Nebenbetrieben**a) Ziele für die Leistungsgruppe**

Personalwohnungen:

Angebot für eine temporäre Wohnmöglichkeit zur Attraktivitätssteigerung des Arbeitsplatzes für auswärtiges Fachpersonal und Lernende.

Therapiebad:

Betrieb des Therapiebades Dreilinden.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen in den übrigen Nebenbetrieben
Temporäres Wohnangebot in den Personalhäusern
Therapiebad Dreilinden

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2011	SOLL B2011	IST R2010
Personalwohnungen	Anzahl Personalwohnungen	13 Wohnungen	13 Wohnungen	130 Wohnungen
Personalwohnungen	Vermietungsquote ¹	100 %	Mind. 95 %	78 %
Therapiebad	Anzahl verkaufte Nutzerstunden (Total Std. an Gruppen und an Einzelpersonen)	2'255 Std.	Mind. 2'100 Std.	2'220 Std.

¹ Personalwohnungen im BZ Eichhof mitberücksichtigt bis zum Zeitraum der Leerung der Häuser im Juli 2010.

d) Menge und Kosten

LG 7: übrige Nebenbetriebe	IST 2011	SOLL 2011	SOLL 2012	IST 2010
Kosten	383'185	398'327	411'801	978'427
Ertrag	-195'336	-183'100	-183'100	-469'219
Ergebnis	187'849	215'227	228'701	509'208
Kostendeckungsgrad	51.0%	46.0%	44.5%	48.0%

5.1.5 Gliederung von Leistungsauftrag und Globalbudget nach Betagtenzentren

Leistungsgruppe		BZ Eichhof	BZ Dreilinden	BZ Rosenberg	BZ Wesemlin	BZ Staffelnhof	Pflege- wohnungen	Total
LG1: Grundleistungen	Pensionstage	91'359	58'746	46'937	46'764	55'156	15'318	314'280
	Kosten pro Pensionstag	180.67	141.31	160.66	203.74	162.91	178.82	170.55
	Ertrag pro Pensionstag	-174.18	-173.17	-168.97	-176.10	-165.24	-164.57	-171.46
	Kosten	16'505'425	8'301'168	7'540'970	9'527'812	8'985'226	2'739'232	53'599'834
	Ertrag	-15'913'331	-10'173'237	-7'931'138	-8'234'966	-9'114'203	-2'520'878	-53'887'752
	Kostendeckungsgrad	96.4%	122.6%	105.2%	86.4%	101.4%	92.0%	100.5%
	Ergebnis	592'094	-1'872'069	-390'168	1'292'846	-128'977	218'355	-287'918
LG2: Pflegeleistungen	durchschnittliche Pflegestufe	5.1	4.3	5.8	6.2	5.6	6.3	5.4
	Anzahl Pflegestufen	463'549	255'526	273'841	288'475	306'579	95'789	1'683'759
	Kosten pro Pflegestufe (und Tag)	24.3	25.9	24.8	23.3	29.8	27.8	25.7
	Ertrag pro Pflegestufe (und Tag)	-24.0	-24.6	-24.5	-27.0	-27.6	-25.0	-25.4
	Ergebnis pro Pflegestufe (und Tag)	0.3	1.3	0.3	-3.7	2.2	2.8	0.3
	Kosten	11'280'186	6'619'151	6'783'745	6'712'839	9'137'480	2'660'568	43'193'968
	Ertrag	-11'126'406	-6'293'467	-6'708'172	-7'776'986	-8'452'667	-2'397'057	-42'754'755
	Kostendeckungsgrad	98.6%	95.1%	98.9%	115.9%	92.5%	90.1%	99.0%
LG3: Spezial- abteilungen	Pensionstage			3'075				3'212
	Kosten pro Pensionstag			451.08				451.08
	Ertrag pro Pensionstag			-406.88				-406.88
	Kosten	491'016		1'387'073				1'878'088
	Ertrag	-440'206		-1'251'151				-1'691'356
	Kostendeckungsgrad	89.7%		90.2%				90.1%
	Ergebnis	50'810		135'922				186'732
LG4: Arztdienst	Kosten	861'221	285'623	537'389	295'945	304'338		2'284'517
	Ertrag	-814'849	-231'627	-478'910	-279'722	-180'041		-1'985'150
	Kostendeckungsgrad	94.6%	81.1%	89.1%	94.5%	59.2%		86.9%
	Ergebnis	46'372	53'996	58'479	16'223	124'297		299'367
Zwischentotal Kernleistungen	Kosten	29'137'848	15'205'942	16'249'177	16'536'597	18'427'044	5'399'800	100'956'407
	Ertrag	-28'294'792	-16'698'330	-16'369'371	-16'291'674	-17'746'910	-4'917'934	-100'319'012
	Kostendeckungsgrad	97.1%	109.8%	100.7%	98.5%	96.3%	91.1%	99.4%
	Ergebnis	843'056	-1'492'388	-120'194	244'922	680'133	481'866	637'395

Leistungsgruppe		BZ Eichhof	BZ Dreilinden	BZ Rosenberg	BZ Wesemlin	BZ Staffelnhof	Pflege- wohnungen	Total
LG5: Alterssiedlungen	Anzahl Wohnungen	176	16	40				232
	Anzahl m2	11'060	1'155	2'729				14'944
	Kosten pro m2	256.54	96.39	211.04				235.85
	Ertrag pro m2	-187.21	-131.41	-198.68				-184.99
	Ergebnis pro m2	69.33	-35.01	12.36				50.86
	Kosten	2'837'302	111'336	575'937				3'524'575
	Ertrag	-2'070'508	-151'776	-542'206				-2'764'490
	Kostendeckungsgrad	73.0%	136.3%	94.1%				78.4%
LG6: Restauration	Ergebnis	766'794	-40'440	33'731				760'085
	Kosten	2'420'998						2'420'998
	Ertrag	-2'526'873						-2'526'873
	Kostendeckungsgrad	104.4%						104.4%
LG7: übrige Nebenbetriebe	Ergebnis	-105'875						-105'875
	Kosten		189'841	193'344				383'185
	Ertrag		-135'812	-59'524				-195'336
	Kostendeckungsgrad		71.5%	30.8%				51.0%
Zwischentotal Nebenleistungen	Ergebnis		54'030	133'819				187'849
	Kosten	5'258'300	301'178	769'280				6'328'758
	Ertrag	-4'597'381	-287'588	-601'731				-5'486'699
	Kostendeckungsgrad	87.4%	95.5%	78.2%				86.7%
Gesamttotal Rechnung 2011	Ergebnis	660'919	13'590	167'550				842'059
	Kosten	34'396'148	15'507'120	17'018'458	16'536'597	18'427'044	5'399'800	107'285'166
	Ertrag	-32'892'173	-16'985'918	-16'971'101	-16'291'674	-17'746'910	-4'917'934	-105'805'712
	Kostendeckungsgrad	95.6%	109.5%	99.7%	98.5%	96.3%	91.1%	98.6%
Gesamttotal Rechnung 2011	Ergebnis	1'503'975	-1'478'798	47'356	244'922	680'133	481'866	1'479'454

5.1.6 Nachweis Veränderung Spezialfinanzierung

	Anfangs- bestand Spezial- finanzierung	Ergebnis R2011	Verrechnung Restfinanzie- rungsbeitrag	Abschluss Spezial- finanzierung HAS	Gemeinde- beitrag an Kern- leistungen	Gemeinde- beitrag an Neben- leistungen	Endbestand Spezialfinan- zierung Grund- leistungen (2280.23)	Endbestand Spezialfinan- zierung übrige Leistungen (1280.24)
LG 1: Grundleistungen	-	-287'918	-	287'918	-	-	287'918	-
LG 2: Pflegeleistungen	-	439'214	41'200	-480'414	-	-		-480'414
LG 3: Spezialabteilungen	-	186'732	-	-62'032	-124'700	-		-62'032
LG 4: Arztdienst	-	299'367	-	-103'567	-195'800	-		-103'567
Zwischentotal Kernleistungen	-	637'395	41'200	-358'095	-320'500	-	287'918	-646'013
LG 5: Alterssiedlungen	-	760'085	-	-207'985	-	-552'100		-207'985
LG 6: Restauration	-	-105'875	-	75	-	105'800		75
LG 7: übrige Nebenbetriebe	-	187'849	-	27'351	-	-215'200		27'351
Zwischentotal Nebenleistungen	-	842'059	-	-180'559	-	-661'500	-	-180'559
Gesamttotal	-	1'479'454	41'200	-538'654	-320'500	-661'500	287'918	-826'572

5.2 Volksschule / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.2.1 Leistungsziele

1. Die Aufgabenteilung und Zusammenarbeit mit der zukünftigen parlamentarischen Bildungskommission sind geklärt.
Erfüllt.
2. Bezüglich der Zusammenführung der Volksschulen Littau und Luzern sind die Abläufe geklärt, ein neues Leitbild der Integrativen Volksschule ist installiert und die Umsetzung des Leitbildes hat in den Schulbetriebseinheiten (Jahresziele 2011/2012) begonnen.
Erfüllt.
3. Additive Tagesschule:
 - Ab Schuljahr 2011/2012 ist in allen Schulbetriebseinheiten der Primarstufe Stadt Luzern (Ausnahme Schulbetriebseinheit Geissenstein/Steinhof) die additive Tagesschule umgesetzt.
Teilweise erfüllt.
 - In den Schulhäusern der Sekundarschule (Hubelmatt, Mariahilf, Matt, Staffeln, Tribtschen und Utenberg) wird ab Schuljahr 2011/2012 ein betreuter Mittagstisch angeboten.
Nicht erfüllt.
4. Die Sekundarschule gewährleistet allen Lernenden den Anschluss an weiterführende Schulen oder Berufsausbildungen.
Erfüllt.
5. Die interne Evaluation gemäss Konzept ist durchgeführt, Massnahmen werden umgesetzt.
Erfüllt.
6. Die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der integrativen Förderung im Kindergarten und in der 1. und 2. Primarstufe auf das Schuljahr 2011/2012 sind abgeschlossen, und die integrative Förderung wird umgesetzt.
Erfüllt.
7. Im Schulhaus Unterlössli werden die Lernenden der 3. bis 5. Klasse integriert gefördert; die Klassen werden als doppelstufige Klassen geführt.
Erfüllt.

5.2.2 Globalbudget

	R 2011	B 2011	Abweichung zu B11		R 2010
Direkte Kosten	66'208'926	66'010'800	198'126	0%	64'145'584
Umlagen und verrechnete Kosten	12'508'462	11'036'200	1'472'262	13%	11'359'328
./i. Ertrag	-20'683'324	-18'776'300	-1'907'024	10%	-19'564'119
Globalbudget Schulbetrieb	58'034'064	58'270'700	-236'636	0%	55'940'792
Raumkosten	10'102'898	10'080'100	22'798	0%	8'815'865
Kalk. Raumkosten	19'108'342	20'105'185	-996'843	-5%	19'046'054
Globalbudget inkl. Raumkosten	87'245'304	88'455'985	-1'210'681	-1%	83'802'712

5.2.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Additive Tagesschule: Der Aufbau des Betreuungsangebots im Schulhaus Fluhmühle ist bis zum Vorliegen und Beschluss des Berichtes und Antrages über die Betreuungsangebote gestoppt.

Mittagstische Sekundarschule: Das Leistungsziel ist nicht erreicht worden, da der politische Auftrag für die Investitionen noch nicht vorlag. Ein Umsetzungsvorschlag (inkl. Investitions- und Betriebskostenberechnung) für betreute Mittagstische in allen Zentren der Sekundarschule soll mittels Bericht und Antrag im Herbst 2012 dem Parlament zum Beschluss unterbreitet werden.

Sekundarschule: Einer der Hauptaufträge der Sekundarschule ist die Sicherstellung des Anschlusses der Lernenden an eine Berufsausbildung oder an eine weiterführende Schule. Die Verantwortung dafür liegt hauptsächlich bei den Klassenlehrpersonen, den Eltern und den Jugendlichen. Dank grosser Anstrengungen gelang die Erreichung des Ziels sehr gut. Es gibt trotzdem immer wieder einzelne Jugendliche, die direkt in den Arbeitsprozess einsteigen (0,7 %) oder nach der obligatorischen Volksschule weder ein Brückenangebot besuchen noch sonst eine Lösung haben (1,6 %).

Übertritt Sekundarschule (9. Schuljahr) – weiterführende Bildung

Schuljahr 2010/2011 Stand Juli 2011		Total
Anzahl Lernende		435
Übertritt in Lehre/Anlehre/Attest/Wirtschaftsmittelschule oder eine andere Form, die zu einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis führt.	56,3%	245
Übertritt "Startklar" (Brückenangebot)	26,9%	117
Übertritt in das Gymnasium und Fachmittelschule	10,6%	46
Privatschule, Sprachaufenthalt	3,0%	13
Direkter Einstieg in die Arbeit ohne Berufsausbildung	0,7%	3
Als arbeitslos gemeldet	1,2%	3
Noch nicht entschieden, nicht bekannt	1,6%	4
Übertritt innerhalb Sekundarschule	0,9%	4

Entwicklung der Anzahl Lernenden, welche keine Lösung gefunden hatten:

2006/07	2007/09	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12
19 (6.2%)	14 (4.8%)	5 (1.8%)	5 (2.0%)	3 (0.6%)	4 (1.6%)

Interne Evaluation: In allen Schulhäusern wurden zu selbstgewählten Bereichen interne Evaluationen durchgeführt.

Einführung der integrativen Förderung (IF): Die Vorbereitungen in den Schulteams (Schulentwicklung, Schulhauskonzepte) waren so weit fortgeschritten, dass zu Beginn des Schuljahres 2011/2012 IF auf der Kindergarten- und Primarschulstufe (1. und 2. Klassen) eingeführt werden konnte. In zwei Schulhäusern (Moosmatt, St. Karli) wurden ab Schuljahr 2011/2012 alle Lernenden integrativ gefördert, und in drei weiteren Schulhäusern (Büttenen, Unterlöchl, Wartegg) wurden alle Lernenden bis zum vierten Schuljahr integrativ gefördert.

Schulstruktur Schulhaus Unterlöchl: Der Bedarf an Plätzen in der Basisstufe ist hoch, da die Ansiedlung von Familien mit schulpflichtigen Kindern im Gebiet Ober- und Unterlöchl gross ist. Es musste daher auf das neue Schuljahr 2011/2012 eine fünfte Basisstufenklasse eröffnet werden. Der dazu notwendige Schulraum konnte durch verschiedene Raumoptimierungsmassnahmen im Schulhaus Unterlöchl gewonnen werden.

Schulunterstützung: Der Kanton Luzern hat im Berichtsjahr für alle Schuldienste des Kantons (exkl. Schulsozialarbeit) eine externe Befragung durchgeführt. Die Ergebnisse sind im Gesamten erfreulich ausgefallen, so auch diejenigen für die Stadt Luzern. Auffälligkeiten, die sich in einigen Bereichen zeigten (z. B. Belastung der Fachpersonen, Aspekte der Kommunikation, Wartelisten/Wartezeiten, räumliche Rahmenbedingungen, Aspekte in der Zusammenarbeit mit Lehrpersonen), sind z. T. nicht einfach zu interpretieren, weil es nur Gesamtzahlen und keine fachbereichsspezifischen Auswertungen gibt. Auch war die Quote der Lehrpersonen, die an der Befragung teilnahmen, sehr niedrig, d. h. nicht repräsentativ (zirka 5 % der Gesamtlehrerschaft). Bis Ende Schuljahr 2011/2012 werden die Aussagen deshalb präzisiert. Bei entsprechender Beurteilung werden Massnahmen in die Wege geleitet.

5.2.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.2.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Kindergarten	IST 11	SOLL 11
Anzahl Lernende	898	911
Kosten pro Lernende *	10'841	9'627
Kosten	9'734'950	8'770'122
kalkulatorische Gebäudekosten	553'990	511'438
Ertrag	-2'062'405	-2'141'100
Netto Vollkosten	8'226'534	7'140'460

LG 2: Primarstufe	IST 11	SOLL 11
Anzahl Lernende	3'420	3'551
Kosten pro Lernende *	12'738	12'116
Kosten	43'565'619	43'023'906
kalkulatorische Gebäudekosten	11'155'721	11'742'594
Ertrag	-10'360'309	-10'345'500
Netto Vollkosten	44'361'032	44'421'000

LG 3: Sekundarstufe	IST 11	SOLL 11
Anzahl Lernende	1'417	1'406
Kosten pro Lernende *	17'106	17'445
Kosten	24'238'570	24'526'974
kalkulatorische Gebäudekosten	6'533'434	6'839'336
Ertrag	-5'898'105	-5'903'700
Netto Vollkosten	24'873'898	25'462'611

LG 4: Betreuung	IST 11	SOLL 11
Kosten	5'933'709	6'690'314
kalkulatorische Gebäudekosten	756'895	911'142
Ertrag	-2'053'022	-1'598'700
Netto Vollkosten	4'637'582	6'002'756

LG 5: Schulunterstützung	IST 11	SOLL 11
Kosten	4'598'571	4'891'823
kalkulatorische Gebäudekosten	11'128	9'485
Ertrag	-309'110	-266'000
Netto Vollkosten	4'300'590	4'635'307

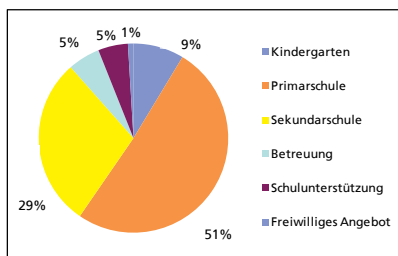
LG 6: Freiwilliges Angebot	IST 11	SOLL 11
Kosten	748'865	702'661
kalkulatorische Gebäudekosten	97'174	91'190
Ertrag	-373	0
Netto Vollkosten	845'667	793'851

Volksschule Total	IST 11	SOLL 11
Kosten	107'928'627	108'710'985
Ertrag	-20'683'324	-20'255'000
Netto Vollkosten	87'245'304	88'455'985
Raumkosten (Mieten, Heizung & Reinigung)	-10'102'898	-10'080'100
Kalk. Gebäudekosten (eigene Gebäude)	-19'108'342	-20'105'185
Netto ohne Raumkosten	58'034'064	58'270'700

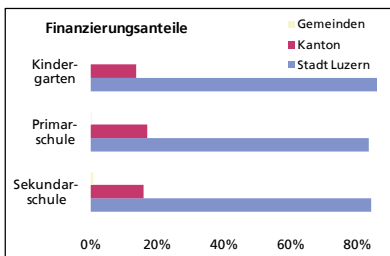
* Bruttokosten ohne kalkulatorische Gebäudekosten

5.2.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

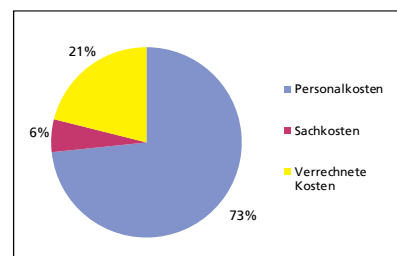
a) Bruttoaufwand LG



b) Finanzierungsanteile



c) Bruttoaufwand Kostenarten



5.2.4.3 Kurzkomentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2011

Gesamtergebnis

Die Anzahl der Lernenden ist ein aus den Schuljahren 2010/2011 und 2011/2012 gemittelter Wert. Die Detailbegründungen folgen bei den einzelnen Leistungsgruppen.

	2010	2011
Kindergarten	1'968.–	2'026.–
Primarstufe	2'529.–	2'626.–
Sekundarschule	3'565.–	3'668.–
Ausländer	705.–	707.50

Beiträge des Kantons und der Gemeinden

Die Stadt Luzern erhielt im Kalenderjahr 2011 Pro-Kopf-Beiträge des Kantons an die Aufwendungen der Volksschule:

Die Stadt Luzern erhob gemäss Vereinbarung mit den Agglomerationsgemeinden für auswärtige Lernende folgende Beiträge:

	2010	2011
Kindergarten	5'800.–	6'000.–
Primarstufe	9'900.–	10'200.–
Sekundarschule	14'500.–	14'900.–

Schülerzahlen Stichtag 1. September 2011:

Kindergarten	942
Basisstufe	91*
Primarschule inkl. Kleinklassen	3'245
Sekundarschule, Niveau A, B, C, D	1'394
Total alle Stufen	5'672

* Neueintritte 1. Februar 2012 = 13

Qualitätsindikatoren:

Anzahl Klassen und durchschnittliche Klassenbestände, Stichtag 1. September 2011:

	Anzahl Klassen		Lernende im Ø	Ø Kanton
	2010	2011	2011	2011
Kindergärten:	49	49	19,2	18,86
Regelklassen:				
Basisstufe	4	5	18,2*	19,73
Primarschulklassen	168	168	19,5	18,67
Sekundarschule, Niveau A/B	39	38	20,6	
Sekundarschule, Niveau C	28	28	16,7	
Total Sek. (A, B, C)	67	67	19,0	17,83
Kleinklassen:	40	20		
Kleinklasse B	27	10	8,5	8,79
Kleinklasse C	13	10		
Kleinklassen Sek.	13	10		
Spezialklassen:	6	6		
Aufnahmeklasse PS und Sek.	5	5	--	--
Time-out-Klasse	1	1	--	--
Total Klassen Volksschule	334	314		

* nach Neueintritten 1. Februar 2012 Ø = 20,8

Beim Festlegen der Klassenbestände wird die Zahl der fremdsprachigen Lernenden angemessen berücksichtigt.

Integrative Sonderschulung (IS)

Integrative Sonderschulung ist die wohnortsnahe Schulung von Lernenden mit einer Behinderung in einer Regelklasse. Das kantonale Konzept für die Sonderschulung 2008 schreibt vor, dass bei jeder Abklärung im Bereich der Sonderschulung auch die Möglichkeit einer integrativen Sonderschulung geprüft werden muss. Die Lernenden werden bei einer positiven Beurteilung der Bedingungen in einer Regelklasse gefördert und im Unterricht durch eine Lehrperson einer heilpädagogischen Institution (z. B. Heilpädagogische Schule Luzern-Emmen, Stiftung Rodtegg Luzern, Heilpädagogisches Zentrum Hohenrain, Stiftung Schule und Wohnen Mariazell Sursee usw.) unterstützt. Diese berät auch die Lehrperson und die Schulleitung. Die Anstellung und Finanzierung der heilpädagogischen Lehrperson ist Sache des Kantons. Notwendige bauliche Massnahmen und Einrichtungen werden separat durch den Kanton finanziert. Der Maximalbestand einer

Klasse mit integrativer Sonderschulung eines oder einer Lernenden ist auf 18 Lernende pro Klasse festgelegt.⁹

Damit eine integrative Sonderschulung in der Regelschule erfolgreich durchgeführt werden kann, müssen bestimmte vom Kanton vorgegebene Regelungen eingehalten werden und Rahmenbedingungen erfüllt sein.¹⁰

Entwicklung der Anzahl Lernenden mit integrierter Sonderschulung:

Schuljahr	Anzahl
2009/2010	14
2010/2011	14
2011/2012	23

Die integrative Förderung von Lernenden mit einer Behinderung (IS) hat folgenden Einfluss auf die durchschnittliche Anzahl der Lernenden in den Regelklassen:

	Anzahl Klassen 2011/2012	Lernende im Ø
Kindergärten total mit IS	4	19
Kindergärten total ohne IS	45	19,25
Primarschulklassen total mit IS	13	17,0
Primarschulklassen total ohne IS	155	19,5

Verteilung der IS-Lernenden:

	Anzahl Klassen	Anzahl IS-Lernende
Kindergärten	4	4
Basisstufe	3	3
Primarschule	13	14
Sekundarschule	2	2
Total	22	23

Raumangebot

Geissenstein: Der B+A für den Baukredit wurde bewilligt.

Grenzhof: Durch räumliche Optimierung konnte ein Büro für die Schulsozialarbeit bereit gestellt werden.

Hubelmatt: Die Primarschule Hubelmatt wurde mit der Primarschule Geissenstein zu einer Schulbetriebseinheit zusammengelegt. Die Sekundarschule Hubelmatt bildet eine eigene Schulbetriebseinheit. Dadurch wurde ein zusätzliches Schulleitungsbüro notwendig, das im Sommer 2011 durch Umnutzung/Sanierung eingerichtet werden konnte.

⁹ § 7 Abs. 2 Verordnung VBV und § 25 Abs. 1 Verordnung über die Sonderschulung vom 11. Dezember 2007.

¹⁰ Vgl. Dienststelle Volksschulbildung. Integrative Sonderschulung (IS) in Regelklassen: Regelungen und Rahmenbedingungen.

Mariahilf: Die Schulräume im Südflügel wurden für die Primarschulnutzung angepasst. Die drei Primarschulklassen Grabenhof konnten danach definitiv im Schulhaus Mariahilf einquartiert werden.

Maihof: Die Klassenzimmer der 5. und 6. Klassen wurden während der Sommerferien 2011 in die Unterrichtsräume Grabenhof verlegt. Die restlichen Klassen konnten ab den Herbstferien das Schulraumprovisorium auf dem Pausenplatz Maihof beziehen.

Die Arbeiten für die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage wurden begonnen.

Matt: Die Sicherheitsmängel im Bereich der Werkräume konnten durch eine umfassende Werkraumerneuerung behoben werden.

Moosmatt: Als Folge einer Einsprache gegen die Sanierung des Pausen- und Spielplatzes wurde entschieden, das Teilprojekt Sanierung und Erneuerung Spielplatz voranzutreiben und den in der Einsprache in Frage gestellten Kunstrasenteil erst mit der Gesamtsanierung des Schulhauses zu erstellen.

Die im Schulhaus integrierte und extern vermietete Wohnung wurde infolge Kündigung des Mietvertrags frei. Dadurch konnte der bisher an der Moosmattstrasse 26 untergebrachte Mittagstisch ins Schulhaus integriert werden.

Der Lehrerbereich konnte im Sommer mit einem Lehrerarbeitsraum erweitert werden.

Ruopigen: Durch den Einbau eines Treppenliftes wurde das Schulhaus behindertengerecht erschlossen. Ein auf den Rollstuhl angewiesenes Kind kann seither den Unterricht im Schulhaus Ruopigen besuchen.

St. Karli: Das Schulhaus wurde im Sommer 2011 mit neuem Schülermobiliar, höhenverstellbaren Einzelpulten und Stühlen, ausgerüstet.

Steinhof: Durch die Beschaffung von Raumtrenner-Mobiliar konnten in den Korridoren Arbeitsnischen angeboten und damit die prekäre Raumsituation etwas entschärft werden.

Kindergarten Fluhmühle: Der Kindergarten konnte bezogen und damit der KG Lindenstrasse aufgegeben werden.

Logopädie Ruopigen: Die Logopädie räumlichkeiten am Ruopigenring 57 wurden einer Asbestsanierung unterzogen.

5.2.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag: Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

5.2.5.1 Leistungsgruppe Kindergarten

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Der Lehrplan Kindergarten ist die Grundlage und die Zielvorgabe zur Förderung der Lernenden im Kindergarten. Jedes Kind erhält seinen Fähigkeiten entsprechende Förderung der Sozialkompetenzen (Weiterentwicklung von Bewegungsmöglichkeiten, Wahrnehmungsfähigkeit, Ausdrucksfähigkeit, selbstständiges Handeln und Selbstvertrauen, Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit, Umgang mit Erfolg und Misserfolg), der Sachkompetenzen (Experimentieren und Erfahren des Lebensalltags), der Selbstkompetenz (Entwicklung seiner Persönlichkeit, Beziehungs-, Kommunikations- und Entwicklungsfähigkeit, Werthaltung) sowie der Methodenkompetenzen (Erproben, Gestalten, Erforschen, Erkunden, Ordnen, Beobachten, Handeln usw.).

Die Sprachkompetenzen bei fremdsprachigen Kindern werden gefördert, sodass die Lernenden möglichst gut in die Regelklasse der Primarstufe integriert werden können.

Ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet in Klassen, die zwischen 12 und 24 Kinder zählen, damit sowohl die Förderung der Integration in Kleingruppen, in eine Grossgruppe als auch die individuelle Förderung gewährleistet ist. In besonders schwierigen Situationen unterstützen die Schulpädagogen die Entwicklung des Kindes und seine Familie sowie die Kindergartenlehrperson.

Die Kindergärten sind nach Möglichkeit in die Primarschulhäuser integriert. Die Kinder lernen sich so als Teil einer Schulgemeinschaft kennen.

Der Kindergarten nimmt gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten im Unterricht und im Bereich der Betreuungsangebote der Additiven Tagesschule den Erziehungsauftrag wahr.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Kindergartenunterricht
Spezialförderung: Deutsch als Zweitsprache

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R11	Soll B11	Ist R10
Kindergarten	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse	19,2	17,5–18,0	17,9
	Schulbetriebseinheiten: Interne Evaluation durchgeführt. ¹	erfüllt	100 %	
	Die Massnahmen aus der externen Evaluation sind fristgerecht umgesetzt und überprüft. ¹	erfüllt	100 %	
	Mitarbeitergespräch mit allen Lehrpersonen mit einem Pensum ≥ 33 % (kant. Vorgaben) durchgeführt.	90 %	100 %	
Spezialförderung	Das Q-Management des DAZ-Unterrichts ist in einem entsprechenden Konzept und Prozessbeschrieb festgelegt.	nicht erfüllt	erfüllt	--

¹ Die Primarschulen und die dazugehörigen Kindergärten werden gemeinsam evaluiert.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Mitarbeitergespräche: Das Sollziel wurde als Folge von zwei längeren krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeiten von Schulleitungen nicht erreicht. Weiter standen dringende andere Projekte an. Die Belastungen von Schulleitungen waren zu gross, insbesondere dann, wenn unvorhersehbare schwere Ereignisse Ressourcen der Schulleitungen binden.

Spezialförderung: Aufgrund der revidierten kantonalen Verordnung über die Förderangebote in der Volksschule werden grössere qualitative und quantitative Anpassungen umzusetzen sein. Es stehen merklich mehr DAZ-Lektionen zur Verfügung, und es muss ein Instrumentarium zur Sprachstandserfassung eingeführt werden. Daher ist ein Umsetzungskonzept zu den Förderangeboten in Erarbeitung. Dieses soll auf Beginn des Schuljahres 2012/2013 eingeführt werden.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		IF / DaZ	DaZ
	IST 11	SOLL 11	IST 11	SOLL 11
Vollkosten	8'898'112	8'846'677	1'390'827	434'883
Ertrag	-1'849'728	-1'926'700	-212'677	-214'400
Netto Vollkosten	7'048'384	6'919'977	1'178'150	220'483
Anzahl Kindergärtner	898	911		303
Vollkosten pro Kindergärtner	9'909	9'711		1'435
Anzahl Abteilungen	49	49		
Vollkosten pro Abteilung	181'594	180'544		

Integrierte Förderung IF auch auf der Kindergartenstufe. Der Voranschlag 2011 enthält in diesem Kostenträger nur den Anteil DaZ. In der Rechnung 2012 werden drei Kostenträger Grundunterricht, IF und DaZ geführt.

e) Weitere Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	2007 2006/07	2008 2007/08	2009 2008/09	2010 2009/10	2011 2010/11	2012 2011/12	Veränderung
Anzahl Kindergärtner	570	563	538	573	825	942	+ 117
davon 5½-Jährige	367	359	336	343	460	539	+ 79
davon 4½-Jährige	79	108	131	160	365	283	- 82
davon Zurückgestellte	124	96	71	70	53	120	+ 67

5.2.5.2 Leistungsgruppe Primarstufe

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Der Lehrplan Primarschule ist die Grundlage und die Zielvorgabe zur Förderung der Lernenden in der Primarstufe. Dementsprechend werden die Lernenden in der Entwicklung ihrer Selbst-, Sozial-, Sach- und Methodenkompetenzen aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten unterstützt. Die Primarschule trägt durch die Förderung geistiger, seelischer und körperlicher Kräfte zur ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit bei. Sie fördert die Fähigkeit zu selbstständigem, lebenslangem Lernen und die Achtung und Verantwortung gegenüber sich selbst, den Mitmenschen und der Umwelt. Ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet in Klassen, die zwischen 14 und 25 Lernende zählen. In besonders schwierigen Situationen unterstützen die Schuldienste die Entwicklung des Kindes und seine Familie sowie die Lehrpersonen und Schulleitung. Die Primarschule nimmt gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten im Unterricht und im Bereich der Betreuungsangebote der Additiven Tagesschule den Erziehungsauftrag wahr.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Regelklasse
Spezialförderung: Kleinklassen, Begabungsförderung, Deutsch als Zweitsprache

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R11	Soll B11	Ist R10
Regelklassen	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse	19,5	19,5–20,0	19,5
	Schulbetriebseinheiten: Interne Evaluation durchgeführt ¹	erfüllt	100 %	74 %
	Die Massnahmen aus der externen Evaluation sind fristgerecht umgesetzt und überprüft. ¹	erfüllt	100 %	100 %
	Mitarbeitergespräch mit allen Lehrpersonen mit einem Pensum ≥ 33 % (kant. Vorgaben) durchgeführt.	90 %	100 %	96 %
	Alle Schulhausteams nehmen am kant. Projekt Lehren und Lernen teil.	erfüllt	erfüllt	17
Spezialförderung	Das Q-Management des DAZ-Unterrichts ist in einem entsprechenden Konzept und Prozessbeschreibung festgelegt.	nicht erfüllt	erfüllt	--
	Die Konzepte zur integrativen Förderung sind in den Schulbetriebseinheiten erarbeitet.	erfüllt	erfüllt	--

¹ Die Primarschulen und die dazugehörigen Kindergärten werden gemeinsam evaluiert.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Mitarbeitergespräche: Das Sollziel wurde als Folge von zwei längeren, krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeiten von Schulleitungen nicht erreicht. Weiter standen dringende andere Projekte an. Die Belastungen von Schulleitungen waren zu gross, insbesondere dann, wenn unvorhersehbare schwere Ereignisse Ressourcen der Schulleitungen binden.

Spezialförderung: Aufgrund der revidierten kantonalen Verordnung über die Förderangebote in der Volksschule werden grössere qualitative und quantitative Anpassungen umzusetzen sein. Es stehen merklich mehr DAZ-Lektionen zur Verfügung, und es muss ein Instrumentarium zur Sprachstandserfassung eingeführt werden. Daher ist ein Umsetzungskonzept in Erarbeitung. Dieses soll auf Beginn des Schuljahres 2012/2013 eingeführt werden.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		IF / Kleinklassen		Deutsch als Zweitsprache		Begabungsförderung	
	IST 11	SOLL 11	IST 11	SOLL 11	IST 11	SOLL 11	IST 11	SOLL 11
Vollkosten	43'934'139	44'489'834	7'369'374	6'690'848	2'931'733	2'903'394	486'095	682'423
Ertrag	-8'533'145	-8'686'500	-995'144	-739'000	-832'020	-920'000	0	0
Netto Vollkosten	35'400'994	35'803'334	6'374'231	5'951'848	2'099'713	1'983'394	486'095	682'423
Anzahl Schüler	3'261	3'281	159	270	1'146	665		
Vollkosten pro Schüler	13'473	13'560			2'558	4'366		
Anzahl Abteilungen	169	168	21	25				
Vollkosten pro Abteilung	259'965	264'820						

Die Kosten für die integrative Förderung und Kleinklassen werden im selben Kostenträger zusammengefasst. Mehr Schüler im DaZ Unterricht als angenommen führen zu tieferen Kosten pro Schüler.

5.2.5.3 Leistungsgruppe Sekundarschule

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Die Lehrpläne der Sekundarschule sind die Grundlage und die Zielvorgaben zur Förderung der Lernenden der Sekundarschule. Die Lernenden erhalten ihren Fähigkeiten entsprechende Förderung der Sozialkompetenzen (Aufgabenbewältigung in der Gesellschaft, Konfliktfähigkeit, Toleranz gegenüber Menschen aus anderen Kulturen), der Sachkompetenzen (selbstständiges und lebensnahes Lernen, Umweltbewusstsein, Wissen als Grundlage für die spätere berufliche Ausbildung oder den Besuch weiterführender Schulen) sowie der Entwicklung ihrer Persönlichkeit (Beziehungs-, Kommunikations- und Entwicklungsfähigkeit, kritisches Urteilsvermögen, Werthaltung, Berufswahlreife, persönliche Lebensgestaltung).

Das Angebot der Sekundarschule umfasst die vier Leistungsniveaus A, B, C und D sowie eine Time-out-Klasse.

Niveau-A-Klassen werden in drei Sekundarschulzentren geführt. Ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet in Klassen, die in den Niveaus A, B und C zwischen 14 und 25 Lernende zählen und im Niveau D zwischen 6 und 12 Lernende. In besonders schwierigen Situationen unterstützen die Schuldienste die Entwicklung der Jugendlichen und deren Familie sowie die Lehrpersonen und Schulleitung.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen	
Regelklasse:	Drei Leistungsniveaus A–C
Spezialförderung:	Leistungsniveau D, Time-out-Klasse, Deutsch als Zweitsprache

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R11	Soll B11	Ist R10
Regel- klasse	Mitarbeitergespräch mit allen Lehrpersonen mit einem Pensum $\geq 33\%$ (kant. Vorgaben) durchgeführt.	90%	100 %	89,0 %
	Messung des Leistungsstands: Alle Lernenden messen im 8. Schuljahr ihren individuellen Leistungsstand mittels "Stellwerk".	99,6 %	100 %	--
	Die indiv. Förderplanung für die Lernenden ist bei allen auf das "Stellwerk" abgestellt.	95,8 %	80 %	--
	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse Niveaus A, B	20,6	20,5-21,0	21,0
	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse Niveau C	16,7	17,5-18,0	17,9
Spezial- förderung	Anzahl Klassen Leistungsniveau D	10	13	13
	Plätze in der Time-out-Klasse Stadt Luzern belegt	6–8	6–8	6–8

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Mitarbeitergespräche: Das Sollziel wurde als Folge von zwei längeren krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeiten von Schulleitungen nicht erreicht. Weiter standen dringende andere Projekte an. Die Belastungen von Schulleitungen waren zu gross, insbesondere dann, wenn unvorhersehbare schwere Ereignisse Ressourcen der Schulleitungen binden.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		Niveau D / IF		Deutsch als Zweitsprache	
	IST 11	SOLL 11	IST 11	SOLL 11	IST 11	SOLL 11
Vollkosten	25'668'743	25'645'942	4'682'394	5'197'954	420'867	522'415
Ertrag	-5'016'302	-4'820'200	-496'831	-601'600	-384'972	-481'900
Netto Vollkosten	20'652'441	20'825'742	4'185'562	4'596'354	35'895	40'515
Anzahl Schüler	1'315	1'306	102	100	532	330
Vollkosten pro Schüler	19'520	19'637	45'906	51'980	791	1'583
Anzahl Abteilungen	68	67	12	13		
Vollkosten pro Abteilung	377'482	382'775	390'199	399'843		

Da zum Teil auch eingebürgerte Schüler/innen mit dem Status Schweizer/in noch ungenügende Deutschkenntnisse haben, ist die effektive Anzahl DaZ-Schüler/innen höher als angenommen. Die DaZ-Kosten insgesamt wurden aufgrund von Schätzungen hingegen zu hoch veranschlagt.

5.2.5.4 Leistungsgruppe Betreuung

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Die Volksschule Luzern führt flächendeckend und bedarfsgerecht additive Tagesschulen. Die Einführung erfolgt etappiert. Die Kinder besuchen den obligatorischen Unterricht in der Regelklasse und werden bei Bedarf ausserhalb der Schulzeit betreut. Die Nutzung des Betreuungsangebots ist freiwillig und kostenpflichtig. Die Elemente Unterricht und Betreuung decken den ganzen Tag ab und finden alle in oder in der Nähe der Schule statt. Die Leitung der additiven Tagesschule liegt bei der Schulleitung. Die Gestaltung von Unterricht und Betreuung orientiert sich an einem gemeinsamen pädagogischen Konzept. Eine enge Verbindung von Unterricht und Betreuung ist gewährleistet.

Im Angebot ist die Aufgaben- und Lernberatung (Aufgabenhilfe) inbegriffen. Sie wird von der Schule durch die Lehrpersonen durchgeführt und findet in den Unterrichtsräumen statt.

Die Grundlagen des Angebots sind im Gesetz über die Volksschulbildung des Kantons Luzern, Art. 36, geregelt. Dieses Betreuungsangebot ist Teil des Projekts "Schulen mit Zukunft", Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen, sowie des B+A 1/2008 "Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Luzern" vom 13. März 2008.

Während der Schulferien (Ausnahme: Weihnachtsferien und erste Woche der Sommerferien) wird eine ganztägige Betreuung (7.00–18.00 Uhr) für Kindergarten- und Primarschulkinder der Stadt Luzern angeboten. Die Ferienbetreuung findet in reduziertem Umfang, möglichst zentral statt.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Additive Tagesschulen (Unterricht und Betreuung)
Mittagstische Sekundarschule

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R11	Soll B11	Ist R10
Betreuung	Aufgabenhilfe: Zugang Lernende zum Angebot	100 %	100 %	100 %
	Alle Leitungspersonen der Betreuung sind den Schulleitungen unterstellt.	erfüllt	erfüllt	--
Additive Tagesschulen: Kindergarten und Primarstufe	Anzahl Schulbetriebseinheiten, in denen die additive Tagesschule umgesetzt ist.	11	12	11
	Anzahl Tagesplätze (beinhaltet auch Mittag)	335	335	335
	Anzahl separater Mittagstischplätze	120	120	120
Additive Tagesschulen Sekundarschule	Anzahl Schulhäuser, in denen das Angebot eines betreuten Mittagstisches umgesetzt ist.	1	6	0
	Anzahl Mittagstischplätze Sekundarschule	20	60	
Ferienbetreuung	Platzangebot an 1 bis 2 zentralen Standorten	40	40	40

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren

Mittagstischplätze Sekundarschule: Das Leistungsziel ist nicht erreicht worden, da der politische Auftrag für die Investitionen noch nicht vorlag. Ein Umsetzungsvorschlag (inkl. Investitions- und Betriebskostenberechnung) für betreute Mittagstische in allen Zentren der Sekundarschule soll mittels Bericht und Antrag im Herbst 2012 dem Parlament zur Behandlung unterbreitet werden. Im Sekundarschulhaus Utenberg wird die Betreuung des Mittagstisches auf freiwilliger Basis durch die Lehrpersonen übernommen; die Infrastruktur wurde mit der Sanierung des Schulhauses bereitgestellt.

d) Mengen und Kosten

	Betreuung	
	IST 11	SOLL 11
Vollkosten	6'690'604	7'601'456
Ertrag	-2'053'022	-1'598'700
Netto Vollkosten	4'637'582	6'002'756

Die Personal-, Verpflegungs- und Raumkosten lagen unter den budgetierten Werten. Es flossen mehr Kantons- und Elternbeiträge als angenommen.

5.2.5.5 Leistungsgruppe Schulunterstützung

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Die Schuldienste (Schulpsychologischer Dienst, Logopädie, Psychomotorik, Schulsozialarbeit, Therapie für spezielle Förderung) unterstützen Lernende in ihrer Entwicklung und beraten Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen. Sie führen Abklärungen, Beratungen und Behandlungen durch. Der Schulpsychologische Dienst unterstützt und behandelt Lernende, berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen sowie weitere an der Schule und Erziehung Beteiligte; er beantragt Massnahmen bei Lern-, Leistungs- und Verhaltensproblemen sowie zur Sonderschulung.

Der Logopädische Dienst unterstützt und behandelt Klein- und Vorschulkinder sowie Lernende mit Kommunikations-, Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen; er berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen.

Die Psychomotorische Therapiestelle erfasst psychomotorische Auffälligkeiten und behandelt Lernende mit psychomotorischen Störungen; sie berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen.

Die Schulsozialarbeit fördert und unterstützt Kinder und Jugendliche in ihrer sozialen Entwicklung; sie berät und unterstützt Lehrpersonen, Schulleitungen und Erziehungsberechtigte in sozialpädagogischen Fragen und bei schwierigen Situationen im Schulalltag.

Die Therapie für spezielle Förderung behandelt Lernende mit Teilleistungsschwächen in Sprache oder Mathematik sowie Schwächen in den Basisfunktionen. Sie berät Lehrpersonen und Erziehungsberechtigte.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Schulpsychologie
Logopädie
Psychomotorik
Schulsozialarbeit
Therapie für spezielle Förderung / integrative Förderung

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R11	Soll B11	Ist R10
Schulpsychologie	Als dringend eingestufte Anmeldungen sind innerhalb von zwei Wochen in die Beratung aufgenommen.	96 %*	100 %	100 %
	Fallbesprechungen finden im erweiterten Team (Littau-Luzern) statt.	8x/Jahr	7x/Jahr	9x/Jahr
	Alle Schulpsychologinnen und Schulpsychologen setzen vermehrt schulhausnahe Arbeitsformen ein (Unterrichtsbesuche, Gespräche in Schulhäusern).	100 %	100 %	--
Logopädie	Die Zeitspanne zwischen Anmeldung und Abklärung beträgt nicht mehr als 6 Wochen.	100 %	100 %	100 %
	Die Zusammenarbeit mit IF-Lehrpersonen wird in Form von Gesprächen institutionalisiert.	erfüllt	2x/Jahr	--
	Erhalt der Fachkompetenz: Austausch neuer Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis im Team findet statt.	erfüllt	erfüllt	--
	Alle diagnostizierten schweren Sprachentwicklungsstörungen sind in die Therapie aufgenommen.	100 %	100 %	100 %
Psychomotorik	Jüngere Kinder (ab 4-Jährige) haben bei Bedarf Zugang zur Therapie.	erfüllt	erfüllt	13 %
	Das Angebot für Klassenberatungen ist in allen Kindergärten und ersten Klassen umgesetzt.	100 %	100 %	100 %
	Alle diagnostizierten schweren psychomotorischen Entwicklungsstörungen sind in die Therapie aufgenommen.	100 %	100 %	100 %

Leistung	Leistungsindikator	Ist R11	Soll B11	Ist R10
Schulsozialarbeit	Das Präventionsprojekt "echt stark bärenstark" ist ausgewertet hinsichtlich Wirkung und weiterer Durchführung.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
	Das Statistiktool der Software Scholaris ist eingeführt, und erste Auswertungen sind gemacht.	50 %**	100 %	50%
	Das Angebot der SSA ist den Eltern der Lernenden aller Erstklassen bekannt.	100 %	100 %	--
Therapie Spezielle Förderung	Früherfassung von Teilleistungsschwächen: Beratung der Lehrpersonen der 1. und 2. Klasse	90 %***	90 %	90 %
	Teilnahme der TSF an Fallsupervisionen / Praxisberatung	3x p.a.	3x p.a.	3x / Jahr
	Integrative Übergangsformen im Rahmen des TSF-Angebots werden umgesetzt und sind dem Gesamtteam vorgestellt.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
	Der Weiterbildungsbedarf für IF ist definiert, und entsprechende Umsetzungsschritte sind in die Wege geleitet	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

- * In drei Fällen war die Bearbeitung nicht innerhalb von 14 Tagen möglich (krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit der beauftragten Fachperson, Nichteinhaltung des Termins durch Klientin/Klient, Ferienunterbruch).
- ** Das Modul "Schulsozialarbeit" der Schulverwaltungssoftware weist noch Mängel auf, sodass noch keine verlässlichen Auswertungen vorliegen.
- *** Die Zahl bezieht sich auf das Schuljahr 2010/2011. Seit der Einführung von IF im Sommer 2011 auf dieser Stufe sind die IF-Lehrpersonen hier zuständig.

d) Mengen und Kosten

	Schulpsychologie		Logopädie		Therapie spez. Förderung	
	IST 11	SOLL 11	IST 11	SOLL 11	IST 11	SOLL 11
Vollkosten	1'186'288	1'189'027	993'326	1'001'169	572'951	923'357
Ertrag	-35	0	0	-5'000	-2'003	-1'000
Netto Vollkosten	1'186'253	1'189'027	993'326	996'169	570'948	922'357

	Psychomotorik		Schulsozialarbeit	
	IST 11	SOLL 11	IST 11	SOLL 11
Vollkosten	589'492	582'544	1'267'642	1'205'210
Ertrag	-13'328	0	-293'743	-260'000
Netto Vollkosten	576'164	582'544	973'899	945'210

In den Bereichen SPD, TSF und Psychomotorik gibt es vereinzelte, im Bereich Logopädie keine EO-Rückerstattungen. Im Zusammenhang mit der Einführung der integrativen Förderung (IF) fand in Klassen mit IF eine Umlagerung der Aufgaben statt. Der Bedarf an TSF-Lektionen war daher tiefer als angenommen.

5.2.5.6 Leistungsgruppe Freiwilliges Angebot

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Das kantonale Volksschulbildungsgesetz überlässt es den Gemeinden, zusätzliche Leistungen zum obligatorischen Volksschulangebot zu schaffen und zu regeln (§ 36).

Die Aufgabenhilfe ist für alle Lernenden in deren Schulhäusern zugänglich.

Luzern als Bildungs-, Wohn- und Kulturstadt legt hohen Wert auf die frühe musikalische Förderung von Kindern. Alle Lernenden der 2. und 3. Klasse erhalten eine zusätzliche Klassenstunde im Fach Musik.

Die Volksschule informiert die Eltern und die Bevölkerung regelmässig über aktuelle Themen im "Stadtmagazin".

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Freiwilliges Angebot
Freiwillige Förderung
Information

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R11	Soll B11	Ist R10
3. Schulmusikstunde	Alle 2. und 3. Klassen weisen im Stundenplan drei Musiklektionen aus.	erfüllt	100 %	erfüllt
Freiwillige Förderung	Schulhäuser, die an einem Projekt Sport und Bewegung teilnehmen.	10	6	20
	Schulhäuser, die am kantonalen Projekt "Lehren und Lernen im multikulturellen Umfeld" teilnehmen.	erfüllt	10	erfüllt
	Schulhäuser, die am kantonalen Projekt "Lehren und Lernen, auf dem Weg zur integrativen Schule" teilnehmen.	erfüllt	6	--

d) Mengen und Kosten

	Freiwilliges Angebot	
	IST 11	SOLL 11
Kosten	846'040	793'851
Ertrag	-373	0
Nettokosten	845'667	793'851

5.2.6 Kontrolle Finanzbuchhaltung / Kostenrechnung

	Kosten	Ertrag
Finanzbuchhaltung	89'529'529	21'392'567
Globalbudget Ergebnis Finanzbuchhaltung	68'136'961	
+ kalk. Raumkosten	19'108'342	
Globalbudget Volksschule KORE	87'245'304	

5.3 Tiefbauamt / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.3.1 Leistungsziele / Zielerreichung

Nachhaltiges Infrastrukturmanagement

Das Tiefbauamt der Stadt Luzern ist verantwortlich für das Infrastrukturmanagement von vier Infrastruktursystemen (Leistungsgruppen) mit einem Wiederbeschaffungswert von rund Fr. 2,5 Mia.:

- Strassennetz/Mobilität
- Siedlungsentwässerung/Naturgefahren
- Grünräume
- Abfallbewirtschaftung

Für jedes Infrastruktursystem nimmt das Tiefbauamt folgende vier Aufgaben wahr:

- Netzentwicklung und -bewirtschaftung
- Betrieb
- Erhaltung der Bausubstanz
- Realisierung von Neu- und Ausbauten

Rollen

Das Tiefbauamt sorgt für ein nachhaltiges Infrastrukturmanagement. Es entwickelt die Infrastrukturen so weiter, dass die Mobilität von morgen sicher sowie umwelt- und siedlungsverträglich ist, die hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum weiter steigt und gleichzeitig die Voraussetzungen für wachsende wirtschaftliche Prosperität gegeben sind. Es setzt eine Werterhaltungsstrategie um, die unseren Nachkommen keinen Sanierungsstau hinterlässt (Gleichgewicht von Sanierungsmassnahmen und Wertverlust). Das Tiefbauamt übt im Infrastrukturmanagement folgende Rollen aus:

Als **Eigentümerversorger** (Besteller, Bewirtschafter, Aufsichtsorgan) nimmt das Tiefbauamt die Interessen der Stadt wahr. Eine besondere Herausforderung ist die Weiterentwicklung der Infrastrukturen für künftige Bedürfnisse. Hier gilt es, mit einer weitsichtigen Planung die Zukunft richtig zu antizipieren. Häufig vergehen von der Bedürfnisidentifikation bis zur Inbetriebnahme 10 bis 20 Jahre.

Als **Leistungserbringer** (Ersteller) mit Schwergewicht im Betrieb ist das Tiefbauamt gefordert, durch laufende Effizienzsteigerungen die Kostenvorteile der Eigenleistungen (keine Mehrwertsteuer, kein Gewinn- und Risikozuschlag) gegenüber privaten Leistungserbringern sicherzustellen. Langjährige Mitarbeiter mit detaillierten Orts- und Anlagenkenntnissen und spezialisiertem Fachwissen sind dabei wichtige Leistungsträger. Bürgernähe und Kundenorientierung stehen im Zentrum der Leistungserbringung. Wichtig sind die Vereinbarung definierter Standards und die laufende Modernisierung des Fahrzeug- und Geräteinventars.

Die **Baukoordination** bündelt Bauvorhaben von Tiefbauamt, Werken und Privaten örtlich, zeitlich und finanziell zu kombinierten Projekten und koordiniert diese mit weiteren Nutzungen (Events usw.) im öffentlichen Raum. Dadurch resultieren Kostenvorteile, weniger Behinderungen im öffentlichen Raum und für die Anwohnerschaft geringere Immissionen.

Als **Projektabwickler** (Ersteller) setzt das Tiefbauamt Substanzerhaltungsmassnahmen sowie Neu- und Ausbauten an den Infrastruktursystemen um. Anspruchsvolle Bauvorhaben in einem komplexen Umfeld von unterschiedlichen Anspruchsgruppen, Verfahrensvorschriften sowie technischen Normen und Anforderungen verlangen erfahrene Bauherrenprojektleiter und einen klar definierten Projektprozess.

5.3.2 Globalbudget

	IST 2011	B 2011	Abw. IST 2011 / B 2011		B 2012
Ertrag (Kostenträgerrechnung)	-30'879'219	-31'812'406	933'187	-2.9%	-34'814'100
./. Aufwand	52'350'927	51'822'906	528'021	1.0%	54'866'600
bewilligte Nachtragskredite		816'753	-816'753		
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	21'471'708	20'827'253	644'455	3.1%	20'052'500
+ Kalkulatorische Kosten	19'698'124	19'590'906	107'218	0.5%	19'698'123
Globalbudget (inkl. kalkulatorische Kosten)	41'169'832	40'418'159	751'673	1.9%	39'750'623

5.3.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Bemerkung zur Darstellung

Erstmals präsentiert das Tiefbauamt den Abschluss der Laufenden Rechnung in der neuen Struktur mit den vier Leistungsgruppen (Strassennetz/Mobilität, Siedlungsentwässerung/Naturgefahren, Grünräume, Abfallbewirtschaftung) sowie für jede Leistungsgruppe die vier Aufgaben (Netzbewirtschaftung, Betrieb, Erhaltung, Neu-/Ausbau). Neu werden jeweils auch die Wiederbeschaffungswerte, die jährlichen Wertverluste, die Werte für die Substanzerhaltung sowie die Zustandsindizes bzw. Qualitätsindex aufgeführt. Die einzelnen Werte sind in laufender Bearbeitung. Aufgrund der Umstellung auf neu vier Leis-

tungsgruppen mit den Rollen als Eigentümervertreter, Leistungserbinger, Baukoordinator und Projektabwickler ist es leider nicht möglich, auf die Ziele 1–5 gemäss Voranschlag 2011 einzugehen. Als Folge davon fokussiert die Reportierung konsequent auf die neue Ausrichtung gemäss Voranschlag 2012.

Die Arbeiten am Projekt für die Weiterentwicklung des Globalbudgets sind im Gange. Die Resultate daraus werden es dem Tiefbauamt ermöglichen, zukünftig eine differenziertere Kosten-Leistungs-Transparenz mit definierten Standards in den Schlüsselleistungen zu deren Steuerung herzustellen.

5.3.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.3.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Strassen und Wegnetz / Mobilität	IST 2011	B 2011	B 2012
Ø Zustandsindex (Strassen, Wege, Plätze) 0=gut / 5 = schlecht	2.30	2.60	2.60
Nettokosten (Ergebnis)	25'336'709	23'452'053	23'638'623

LG 2: Siedlungsentwässerung / Naturgefahren (Spezialfinanzierung)	IST 2011	B 2011	B 2012
Ø Zustandsindex Kanalnetz	in Erarbeitung		
Anschlussgebühr % des Gebäudeversicherungswertes	1.50%	1.50%	1.50%
Nettokosten (Ergebnis)	6'647'081	6'800'000	6'800'000

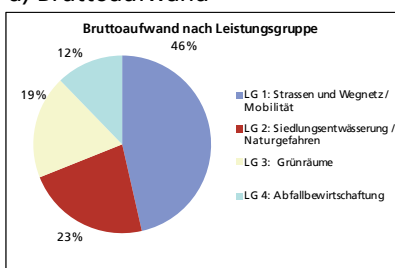
LG 3: Grünräume	IST 2011	B 2011	B 2012
Ø Qualitätsindex	in Erarbeitung		
Nettokosten (Ergebnis)	8'519'768	8'803'896	8'712'000

LG 4: Abfallbewirtschaftung (Spezialfinanzierung)	IST 2011	B 2011	B 2012
Separierungsquote (der Wiederverwertung zugeführte Wertstoffe)	47%	> 48.0%	47%
Kehrichtgebühr ‰ des Gebäudeversicherungswertes	0.2 ‰	0.2 ‰	0.2 ‰
Nettokosten (Ergebnis)	666'274	545'457	600'000

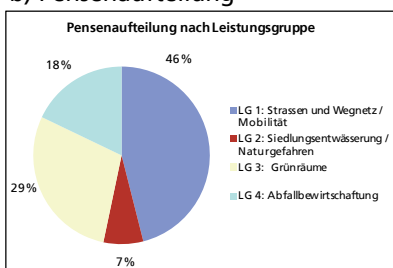
Zusammenfassung	IST 2011	B 2011	B 2012
Ertrag	-30'879'219	-31'812'406	-34'814'100
Aufwand	72'049'051	71'413'812	74'564'723
Nettokosten (Ergebnis)	41'169'832	39'601'406	39'750'623

5.3.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

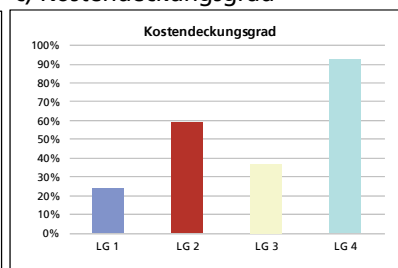
a) Bruttoaufwand



b) Pensenaufteilung



c) Kostendeckungsgrad



5.3.4.3 Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2011

Bemerkung zur Darstellung

Mit der Neuausrichtung des Globalbudgets auf vier Leistungsgruppen werden, nebst dem Vergleich der Rechnung mit dem Budget 2011, einmalig die Werte aus dem Budget 2012 anstatt der Rechnung 2010 angegeben.

Diese Darstellungsform wurde gewählt, um den Fokus konsequent auf die Neuausrichtung des Globalbudgets zu setzen, aber auch darum, weil nicht zu allen Werten des Jahres 2011 adäquate Werte des Jahres 2010 vorhanden sind bzw. umgerechnet werden können.

In der vorliegenden Fassung fehlt der aktuelle Leistungsindikator für den Modalsplit. Zurzeit liegen dafür nur die Werte des Jahres 2005 vor:

▪ Langsamverkehr	11%
▪ Motorisierter Individualverkehr	41%
▪ Öffentlicher Verkehr	42%
▪ Übrige	6%

Das Tiefbauamt hat den Auftrag (gemäss Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität), quantitative Ziele für die Entwicklung des Modalsplits inklusive Monitoring vorzulegen.

Bemerkungen zu den Mengen/Werten und Leistungen/Aufgaben

Die Mengen/Werte der Inventare zu den vier Leistungsgruppen sind noch mit Unsicherheiten behaftet, da die Aufarbeitung der Grunddaten teilweise noch im Gange ist (FLL). Die Budgetwerte für das Jahr 2011 wurden anhand vorhandener Parameter (IST per 31. August 2011) für die neue Budgetstruktur umgerechnet (extrapoliert) bzw. geschätzt. Der Nettoaufwand (Globalbudgetkredit Finanzbuchhaltung) entspricht jedoch den jeweilig verabschiedeten Werten (Budget 2011).

Bemerkungen zum erzielten Ergebnis 2011

Die Rechnung des Tiefbauamtes schliesst mit einem Ergebnis in der Höhe von Fr. 21'471'708 ab und überschreitet den bewilligten Globalbudgetkredit inklusive Nachtragskredite um Fr. 644'455.–.

Die Gründe für diese Abweichung liegen bei ungebundenen Ausgaben. So musste das Tiefbauamt z. B. zusätzliche Flächen für die Bewirtschaftung übernehmen (Vorzone Allmend, Büttenenstrasse), Mehrleistungen als Folge des intensiven Winters 2010/2011 erbringen, Aufgaben der ehemaligen Stadtpolizei neu übernehmen sowie Fehlbuchungen früherer Jahre korrigieren.

5.3.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

Beim TBA wird der Leistungsauftrag in die nachfolgenden vier Leistungsgruppen aufgeteilt.

5.3.5.1 Leistungsgruppe Strassen und Wegnetz / Mobilität (LG 1)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Planung der nachhaltigen Weiterentwicklung der städtischen Mobilitätsinfrastrukturen in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton, dem Verkehrsverbund Luzern und LuzernPlus in einer Gesamtverkehrssicht. Definition von Neu- und Ausbauprojekten. Formulierung der Vorgaben für die Gestaltung des öffentlichen Grundes, Prüfung von Baugesuchen, Koordination der Bauvorhaben und Events im öffentlichen Grund, Zustandserfassung. Grundlagen sind der B+A 7/2010 "Nachhaltige städtische Mobilität" und das Agglomerationsprogramm Luzern.

Sicherstellen eines möglichst wirtschaftlichen betrieblichen Unterhalts (Reinigung, Winterdienst, Reparaturen, Grünpflege, Unterstützung Festanlässe usw.) an den Objekten des Strassen- und Wegnetzes (Strassen, Strassenentwässerung, Rad- und Gehwege, Kunstbauten, Beleuchtung öffentlicher Raum, Signalisation und Markierung, Strassenbäume und -rabbatten, Verkehrsregelungsanlagen, "Möblierung"). Steuerung des Verkehrs, sodass Luzern immer erreichbar ist.

Nachhaltige Substanzerhaltung (baulicher Unterhalt, Erneuerung, Ersatzneubau) des Strassennetzes, sodass die Anlagen jederzeit sicher benützt werden können und die Lebenszykluskosten minimal sind. Planung und Realisierung von Neu- und Ausbauten.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

LG 1: Strassen und Wegnetz/Mobilität	Einheit	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe
Fläche Total (inkl. Strassen Privater und Kanton)	m ²	2'362'880	
Fläche in der Budgetverantwortung des Tiefbauamtes	m ²	1'712'000	
Wiederbeschaffungswert (Erhaltungsverantwortung Stadt)	Mio. CHF	805.3	
Strassennetz	Mio. CHF	460.0	
Kunstbauten	Mio. CHF	252.7	
Technische Einrichtungen	Mio. CHF	92.7	
Wertverlust jährlich	Mio. CHF	13.9	
Netzbewirtschaftung	CHF		623'678
Betrieb	CHF		17'567'697
Erhaltung	CHF		4'091'051
Neu-/Ausbau	CHF		748'576
Total Aufwand	CHF		23'031'001
kalkulatorische Kosten	CHF		10'438'490
Total Kosten	CHF		33'469'491

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R 2011	Soll B 2011	Soll B 2012
Betrieblicher Strassenunterhalt	Kosten pro Zone			
	Zone A 404'200 m ²	CHF 10.00	CHF 10.00	CHF 10.00
	Zone B 498'800 m ²	CHF 5.00	CHF 5.00	CHF 5.00
	Zone C 809'000 m ²	CHF 2.50	CHF 2.50	CHF 2.50
	Gesamtfläche:	1'712'000 m ²	1'665'500 m ²	1'712'000 m ²
Baulicher Strassenunterhalt	Substanzerhaltung absolut	In Erarbeitung	CHF 12,173 Mio.	CHF 12,980
	in % des Wertverlustes p.a.		87%	93%
Ø Zustandsindex Gemeindestrassen	0 = gut / 5 = schlecht	2.30	2.60	2.60

d) Mengen und Kosten

	Ist R 2011	Soll B 2011	Soll B 2012
Ertrag	-8'132'782	-9'204'231	-13'444'000
Kosten	33'469'491	32'656'284	37'082'623
Nettokosten (Ergebnis)	25'336'709	23'452'053	23'638'623

5.3.5.2 Leistungsgruppe Siedlungsentwässerung / Naturgefahren [Spezialfinanzierung] (LG 2)**a) Ziele für die Leistungsgruppe**

Generelle Entwässerungsplanung für das städtische Kanalnetz und die Siedlungsentwässerung in Zusammenarbeit mit REAL (Hochwasserschutz). Definition von Neu- und Ausbauten. Überwachung und Kontrollen des öffentlichen und privaten Kanalnetzes (Gewässerschutz). Prüfung von Baugesuchen. Festlegung der Abwasser- und Anschlussgebühren (Spezialfinanzierung). Verrechnung Abwasser- und Anschlussgebühren.

Aufbau und Betrieb eines integralen Risikomanagements für Naturgefahren (Hochwasser, Sturz/ Rutsch, Erdbeben) nach den Vorgaben des Bundes (Planat) in Zusammenarbeit dem Kanton.

Sicherstellen eines möglichst wirtschaftlichen Betriebs des Kanalnetzes und der Fliessgewässer (Wuhraufsicht, Abfluss- und Grundwasserregulierung, Kanalreinigung, Reparaturen, Gehölz- und Grünpflege, Bachreinigung, Bewirtschaftung der Geschiebesammler).

Nachhaltige Substanzerhaltung (baulicher Unterhalt, Erneuerung, Ersatzneubau) der Objekte des Kanalnetzes (Kanäle, Schächte, Sonderbauwerke, Prozessleitsystem usw.) und der Siedlungsentwässerung (Bachläufe, Sperren, Ufermauern, Verbauungen), sodass die Anlagen den gesetzlichen Anforderungen (Gewässerschutz) entsprechen und die Lebenszykluskosten (Betriebsgebühren) minimal sind. Planung und Realisierung von Neu- und Ausbauten.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

LG 2: Siedlungsentwässerung/Naturgefahren	Einheit	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe
Länge Kanalnetz	km	480	
davon in Budgetverantwortung TBA	km	224	
Wiederbeschaffungswert des öffentlichen Kanalnetzes	Mio. CHF	507.0	
davon Kanalnetz	Mio. CHF	452.5	
davon techn. Einrichtungen	Mio. CHF	54.5	
Jährlicher Wertverlust	Mio. CHF	6.6	
Netzbewirtschaftung	CHF		910'915
Betrieb	CHF		7'561'262
Erhaltung	CHF		1'027'192
Neu-/Ausbau	CHF		3'401
Total Aufwand	CHF		9'502'770
kalkulatorische Kosten	CHF		6'702'902
Total Kosten	CHF		16'205'672

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R 2011	Soll B 2011	Soll B 2012
Baulicher Unterhalt des Kanalnetzes	Ausgaben für Substanzerhaltung	CHF 5'871'827	CHF 6'286'200	CHF 8'160'100
Baulicher Unterhalt des Kanalnetzes	Substanzerhaltung in % des Wertverlustes p.a.	89.4%	88.5%	124.3%
Ø Zustandsindex Kanalnetz	0 = gut / 5 = schlecht	In Erarbeitung		
Betriebsgebühr	CHF/m ³	1.20	1.20	1.20
Anschlussgebühr	% des Gebäudeversicherungswertes	1.5%	1.5%	1.5%

d) Mengen und Kosten

	Ist R 2011	Soll B 2011	Soll B 2012
Ertrag	-9'558'591	-10'382'875	-9'028'700
Kosten	16'205'672	17'182'875	15'828'700
Nettokosten (Ergebnis)	6'647'081	6'800'000	6'800'000
Bestand Spez.Finanzierung (2280.11/2282.40)	Ist R 2011	Soll B 2011	Soll B 2012
Bestand Spez.Fin. per 1.1.	8'153'723	8'153'723	8'923'476
Einlage inkl. Zins	769'753	-	
Entnahme für LR		-150'400	-304'400
Bestand per 31.12.	8'923'476	8'003'323	8'619'076

5.3.5.3 Leistungsgruppe Grünräume (LG 3)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Planung und Weiterentwicklung der Grün- und Freiräume im öffentlichen Grund (Park- und Quaianlagen, Grünflächen, Kinderspielplätze, Friedhofanlagen) und Definition von Aus- und Neubauten. Führung des Baumkatasters.

Möglichst wirtschaftlicher Betrieb (Reinigung, Pflegemassnahmen) der Grünräume im öffentlichen Grund und der Grünflächen der Verwaltungsliegenschaften (Schul- und Sportanlagen, Heime, Verwaltungsliegenschaften). Sicherstellen des Bestattungsdienstes. Sicherstellen Aussensportbetrieb in Zusammenarbeit mit Kultur und Sport und den Sportvereinen.

Nachhaltige Substanzerhaltung (Unterhalt, Erneuerung, Ersatzpflanzungen) der Grünräume im öffentlichen Grund, sodass die Anlagen jederzeit sicher und die Lebenszykluskosten minimal sind. Planung und Realisierung von Neu- und Ausbauten.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

LG 3: Grünräume	Einheit	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe
Grünflächen	m ²	1'398'000	
davon in Budgetverantwortung TBA	m ²	552'800	
öffentliche Grünfläche	m ²	552'800	
Parkanlagen	m ²	302'500	
Kinderspielplätze	m ²	55'300	
Friedhofanlagen	m ²	195'000	
Wiederbeschaffungswert (Erhaltungsverantwortung Stadt)	Mio. CHF	165.3	
Wertverlust jährlich	Mio. CHF	4.7	
Anzahl Bestattungen	Anz.	862	
Netzbewirtschaftung	CHF		374'433
Betrieb	CHF		7'571'264
Erhaltung	CHF		3'607'653
Neu-/Ausbau	CHF		-
Total Aufwand	CHF		11'553'350
kalkulatorische Kosten	CHF		2'008'290
Total Kosten	CHF		13'561'640

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R 2011	Soll B 2011	Soll B 2012
Erhaltung Grünräume	Ausgaben für Substanzerhaltung	Fr. 4'861'163	Fr. 3'843'925	Fr. 3'715'800
Erhaltung Grünräume	Substanzerhaltung in % des Wertverlustes p.a.	104,3% ¹	82,5%	79,7%
Ø Qualitätsindex	0 = gut / 5 = schlecht	In Erarbeitung		
Bestattungsdienst	Ø-Preis pro Bestattung:	Fr. 1'273	Fr. 1'200	Fr. 1'200
	Preis pro Erd- und	Fr. 3'053	Fr. 2'500	Fr. 2'500
	Urnenbestattung:	Fr. 1'047	Fr. 900	Fr. 900

¹ Grössere, einmalige Investitionen beeinflussen diese Kennzahl.

d) Mengen und Kosten

	Ist R 2011	Soll B 2011	Soll B 2012
Ertrag	-5'041'872	-4'328'000	-4'660'000
Kosten	13'561'640	13'131'896	13'372'000
Nettokosten (Ergebnis)	8'519'768	8'803'896	8'712'000

5.3.5.4 Leistungsgruppe Abfallbewirtschaftung [Spezialfinanzierung] (LG 4)**a) Ziele für die Leistungsgruppe**

Weiterentwicklung der Abfallentsorgung auf Stadtgebiet in Zusammenarbeit mit REAL (Grundlage: B+A 6/2009). Öffentlichkeitsarbeit. Festlegung Gebühren (Spezialfinanzierung). Verrechnung.

Möglichst wirtschaftlicher Betrieb der Entsorgungslogistik (Sammeldienst Kehricht, Wertstoffsammlung, Sammelstellen). Betrieb des Abfalltelefons. Bekämpfung der illegalen Entsorgung. Erhaltung der Anlagen und Fahrzeuge für die Entsorgungslogistik, sodass sie jederzeit sicher benutzt werden können und die Lebenszykluskosten minimal sind.

Planung und Realisierung von Neu- und Ausbauten für Anlagen der Entsorgungslogistik in Zusammenarbeit mit REAL.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

LG 4: Abfallbewirtschaftung	Einheit	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe
Bediente Haushalte	Anzahl	37'222	
Bediente Gewerbebetriebe	Anzahl	4'845	
Unterhaltene Sammelstellen	Anzahl	40	
Kehrichtmenge (alle Fraktionen der Kehrichtentsorgung)	Tonnen	42'627	
Netzbewirtschaftung	CHF		74'146
Betrieb	CHF		8'171'201
Erhaltung	CHF		18'459
Neu-/Ausbau	CHF		-
Total Aufwand	CHF		8'263'806
kalkulatorische Kosten	CHF		548'442
Total Kosten	CHF		8'812'248

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R 2011	Soll B 2011	Soll B 2012
Separierungsquote	Der Wiederverwertung zugeführte Wertstoffe	47,4 %	> 48 %	47 %
Kehrichtgebühr	In ‰ des Gebäudeversicherungswertes	0,2 ‰	0,2 ‰	0,2 ‰

d) Mengen und Kosten

	Ist R 2011	Soll B 2011	Soll B 2012
Ertrag	-8'145'974	-7'897'300	-7'681'400
Kosten	8'812'248	8'442'757	8'281'400
Nettokosten (Ergebnis)	666'274	545'457	600'000

Bestand Spez.Finanzierung	Ist R 2011	Soll B 2011	Soll B 2012
Bestand Spez.Fin. per 1.1.	3'976'798	3'976'798	4'282'836
Einlage inkl. Zins	306'038		
Entnahme für LR		-1'207'300	-411'000
Bestand per 31.12.	4'282'836	2'769'498	3'871'836

5.4 Liegenschaften Finanzvermögen / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.4.1 Leistungsziele

1. Die Stadt Luzern stellt ein breites Angebot an Mietwohnungen zur Verfügung. Zu diesem Zweck werden Liegenschaften im unteren, mittleren und vereinzelt auch im oberen Preissegment aktiv bewirtschaftet und selber verwaltet.¹¹ Durch konstante Werterhaltung und -entwicklung soll mit effizientem Mitteleinsatz ein möglichst optimaler Nutzwert (Qualitätssteigerung) generiert werden.

Erreicht.

2. Die Strategieeinteilung der Renditeliegenschaften ist periodisch zu überprüfen. Dabei sind Liegenschaften aus immobilienwirtschaftlicher Sicht auf die volkswirtschaftlichen, siedlungs- und sozial- sowie finanzpolitischen Ziele hin zu überprüfen.

Das Grundstück 602 an der Kreuzbuchstrasse wurde von der LG 4 in die LG 2 umgeteilt.

3. Mit den Liegenschaften des Finanzvermögens (ohne Anteil GSW-Liegenschaften) ist eine angemessene, marktübliche Bruttorendite zu erwirtschaften. Ertragsverbesserungen sind u. a. durch wertvermehrnde Instandsetzungen anzustreben. Das zusätzliche Mietzinspotenzial bei den Renditeliegenschaften für die Jahre 2003–2012 beträgt rund Fr. 1 Mio. Durch laufende Überprüfung und Vornahme möglicher Anpassungen soll diese Zielvorgabe erreicht werden (Sanierungen bei Mieterwechseln, wertvermehrenden Investitionen usw.).

Die Zielvorgabe wurde nur teilweise erreicht, d. h., es wurden rund Fr. 20'000.– durch wertvermehrnde Instandsetzungen als Mehrertrag erzielt.

4. Für das Teilportfolio Land und Entwicklungsareale sind Schwerpunkte zu setzen, die volkswirtschaftliche, sozial-, siedlungs- und/oder finanzpolitische Ziele abdecken. Für Entwicklungsareale sind dem Grossen Stadtrat Vorlagen für die künftige Nutzung zu unterbreiten und die Wertsteigerung im Sinne der Stadtentwicklung aufzuzeigen.

Das städtische Grundstück an der Büttenenhalde wurde veräussert. Die Vermarktung von vier Grundstücken im Stadtteil Littau und in der Gemeinde Kriens wurde abgeschlossen. Diese Geschäfte werden Anfang 2012 den zuständigen Behörden zur Genehmigung unterbreitet. Der Investorenwettbewerb an der Industriestrasse wurde im Herbst 2011 abgeschlossen. Für die Entwicklung des städtischen Grundstücks 1229 im Krienser Hinterschlund sind die Planungsarbeiten in Zusammenarbeit mit dem Investor weit fortgeschritten. Die Entwicklung des Areals Mattenhof in Kriens wird unter der Projektleitung der Mobimo AG durch die drei Grundeigentümer gemeinsam vorgenommen.

5. Die Kosten für die Waldpflege sind konstant zu halten bzw. nach Möglichkeit zu senken. Die Qualitätsstandards sind im Leistungsvertrag mit dem Stadtforstamt geregelt: Ziel der Bewirtschaftung sind stabile Wälder, welche ihre Schutzaufgabe nachhaltig erfüllen und gleichzeitig einen hohen Natur- und Erholungswert aufweisen. Die Korporationsgemeinde (Stadtforstamt) wurde beauftragt, Optimierungsmassnahmen bei der Bewirtschaftung und mögliche Veräusserungen von Wäldern zu prüfen.

Erreicht, die jährlichen Kosten wurden vertragsgemäss dem Index angepasst.

6. In Landwirtschaftsbetriebe wird nur zurückhaltend investiert. Bei grösseren Sanierungen (z. B. neues Tierschutzgesetz) sind Eigenleistungen der Pächter einzuverlangen. Ist dies nicht möglich, ist anstelle einer Investition ein Verkauf zu prüfen.

Im laufenden Geschäftsjahr wurde im Betrieb Fuchsbühl eine Remise erweitert. Beim Betrieb Krümmelbach ist ein Baugesuch für eine Remisenerweiterung eingereicht worden. Bei beiden Bauvorhaben sind Eigenleistungen der Pächter einverlangt worden.

¹¹ Im unteren Preissegment werden vorwiegend sozialpolitische Ziele abgedeckt, die operativ durch die GSW (im Auftrag der Stadt) wahrgenommen werden.

5.4.2 Globalbudget

	R2011	B2011	Abweichung		R2010
Ertrag (inkl. Interner Ertrag)	9'040'871	8'812'700	228'171	3%	9'401'993
./. direkte Kosten (Unterhalt)	-1'982'696	-1'970'000	-12'696	-1%	-3'382'806
./. direkte Kosten (Betrieb)	-1'391'230	-1'615'300	224'071	14%	-1'533'187
./. dem Bereich Immobilien IFL verrechnete Kosten	-631'860	-711'700	79'840	11%	-619'100
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	5'035'085	4'515'700	519'386	12%	3'866'900
./. Kalkulatorische Kosten ¹⁾	-8'163'233	-8'010'293	-152'939	-2%	-8'898'627
Globalbudget (inkl. kalkulatorische Kosten)	-3'128'147	-3'494'594	366'446	10%	-5'031'727

1) Verzinsung des investierten Kapitals/Verkehrswert zum Zinssatz, den die Stadt Luzern für ihre langfristigen Darlehen bezahlt. (Fr. 240,0 Mio. zu 2,65 %)

Abschreibung von Verkehrswert ohne Landanteil von Fr. 138,7 Mio. zu 1,3% = Fr. 1,80 Mio. Prozentsatz entspricht einer Abschreibungsdauer von 75 Jahren.

5.4.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Bei der Museggstrasse 20/22 musste ein Zustandsbericht über die an die Museggmauer angrenzende Felsrippe in Auftrag gegeben werden; dies im Hinblick auf die bevorstehende Sanierung der Museggmauer in diesem Bereich. Weil sich der Fels oberflächlich in einem äusserst schlechten Zustand (Abbruchgefahr) befindet, muss eine umfassende Sanierung vorbereitet werden.

Die Planung für das Pilotprojekt einer Hybrid-Solaranlage auf dem Dach der Rankhofstrasse 15 ist so weit fortgeschritten, dass im vierten Quartal das Baugesuch eingereicht werden konnte. Die Realisierung ist für Sommer 2012 vorgesehen.

Im Rechnungsjahr 2011 wurden in der Leistungsgruppe 1 bei zwei Liegenschaften wertvermehrende Investitionen in der Höhe von Fr. 335'000.– aktiviert. Es handelt sich dabei um eine umfassende Küchen- und Badsanierung (inkl. Steigzonen und Elektroinstallationen) in der Liegenschaft Bruggligasse 19 sowie um die Totalrenovation einer 3,5-Zimmer-Wohnung an der Berglistrasse 42. Durch diese beiden Sanierungen wird ein jährlicher Mehrertrag von Fr. 27'000.– erzielt.

Nachdem der Grosse Stadtrat dem B+A 19/2011 "Entwicklung der städtischen Alterssiedlungen" zugestimmt hat, wurden diese per 31. Dezember 2011 in das Finanzvermögen übergeführt. Die organisatorischen Arbeiten zur reibungslosen Übernahme dieser Liegenschaften wurden ebenfalls bis Ende 2011 abgeschlossen. Die Alterssiedlungen wurden in die neu geschaffene LG 5 eingeteilt.

Begründung für die Zweckumwandlung einer Teilfläche ab Grundstück 155, Täschmatt, Grundbuch Littau, per 1. Januar 2012

Die Soland AG ist Eigentümerin des Grundstücks 2034, Täschmatt, GB Littau. Dieses Grundstück grenzt unmittelbar an das städtische Grundstück 155, welches sich im Verwaltungsvermögen (öffentliche Anlage) befindet. Die Soland AG beabsichtigt eine umfassende Erweiterung ihres Betriebsgebäudes. Um dieses Vorhaben zu realisieren, hat sie bei der Stadt den Erwerb einer Teilfläche von rund 400 m² beantragt. Nachdem sich gezeigt hat, dass dieses städtische Grundstück für die Realisierung eigener Bedürfnisse weder heute noch in Zukunft geeignet ist, hat der Stadtrat unter Anwendung von Art. 70 lit. a Ziff. 1 GO dieser Veräusserung zugestimmt. Damit der Grenzverlauf bereinigt werden kann und die in steiler Hanglage befindliche Restfläche nicht bei der Stadt verbleibt, wurde die Käuferschaft verpflichtet, eine Gesamtfläche von 978 m² zu übernehmen. Unter Berücksichtigung dieses Sachverhalts wurde ein Kaufpreis von Fr. 68'000.– vereinbart, welcher sich nur auf die bebaubare Fläche von 400 m² bezieht. Um diese Veräusserung zu vollziehen, ist die Teilfläche von 978 m² ab dem Grundstück 155, GB Littau, ohne Buchwert vorgängig vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen überzuführen. Nach Art. 69 lit. b Ziff. 9 GO ist für die Zweckumwandlungen dieser Teilfläche der Grosse Stadtrat zuständig.

5.4.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.4.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Renditeliegenschaften	IST R11	SOLL B11	IST R10
Anzahl Wohnungen	197	197	197
Wohnfläche in m ²	15'770	15'900	15'770
Ø Mietertrag in Fr. pro m ² /Jahr	150	147	153
Anzahl Gewerbe-/Geschäftslokale	83	83	83
Geschäftsfläche in m ²	9'496	9'222	9'496
Ø Mietertrag in Fr. pro m ² /Jahr	132	162	171
MZ-Einnahmen und übriger Ertrag	4'940'858	4'777'200	5'256'162
Unterhalt	-1'240'242	-1'495'500	-2'831'424
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-565'976	-764'058	-768'073
Ergebnis Finanzbuchhaltung	3'134'640	2'517'642	1'656'665
Kalkulatorische Kosten	-3'063'549	-3'006'561	-3'279'409
Aufwand-/Ertragsüberschuss	71'091	-488'919	-1'622'744
Bruttorendite (MZ-Einnahmen / Verkehrswert)	5.43%	6.01%	5.85%

LG 2: Land- und Entwicklungsareale	IST R11	SOLL B11	IST R10
Gesamtfläche in m ²	582'034	580'437	589'808
Baulandreserven in m ² insgesamt	318'977	333'502	317'380
- davon in der Stadt Luzern	91'998	63'016	89'786
überbaute Flächen in m ² mit Entw.Potenzial	30'971	29'562	33'183
- davon in der Stadt Luzern	30'971	29'562	33'183
übrige Areale in m ²	232'086	217'373	239'245
MZ-Einnahmen und übriger Ertrag	650'139	618'700	708'869
Unterhalt	-378'727	-146'900	-179'185
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-218'857	-346'780	-175'420
Ergebnis Finanzbuchhaltung	52'555	125'020	354'264
Kalkulatorische Kosten	-2'098'134	-1'811'361	-2'367'117
Aufwandüberschuss (ohne Buchgewinne)	-2'045'579	-1'686'342	-2'012'853
Ertrag in Fr. pro m ²	1.10	1.07	1.20

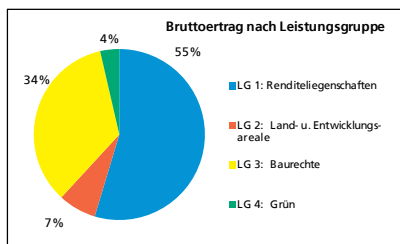
LG 3: Baurechte	IST R11	SOLL B11	IST R10
Baurechte FV	36	36	36
Fläche in m ² der abgegebenen Baurechte	294'046	297'472	294'046
BR-Einnahmen	3'124'500	3'042'500	3'107'603
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen)	-1'155'314	-1'120'970	-1'146'963
Ergebnis Finanzbuchhaltung	1'969'186	1'921'530	1'960'640
Kalkulat. Kosten (nur Verzinsung Land)	-1'655'959	-1'825'500	-1'808'623
Ertragsüberschuss (BR Finanzvermögen)	313'227	96'030	152'017
Ø Baurechtszins pro m ² FV	10.63	10.23	10.57

LG 4: Grün	IST R11	SOLL B11	IST R10
Anz. Landwirtschaftsbetriebe	9	9	9
Landwirtschaftsfläche in m ²	3'746'373	3'721'696	3'751'030
Erlös in Fr. pro m ² /Jahr aus Landwirtschaft	0.08	0.09	0.08
Waldfläche in m ²	2'789'476	2'869'979	2'791'697
Kosten in Fr. pro m ² /Jahr aus Waldwirtschaft	0.09	0.09	0.09
Pachtzinseinnahmen und übriger Ertrag	325'374	374'300	329'359
Unterhalt	-363'727	-327'600	-372'197
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-82'943	-95'192	-61'832
Ergebnis Finanzbuchhaltung	-121'295	-48'492	-104'670
Kalkulatorische Kosten	-1'345'592	-1'366'871	-1'443'479
Aufwandüberschuss	-1'466'887	-1'415'363	-1'548'149
Ertrag in Fr. pro m ²	0.05	0.06	0.05

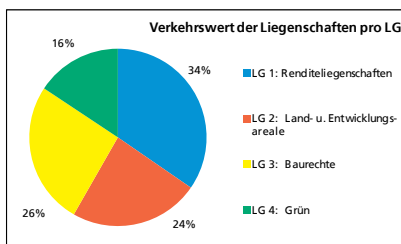
Ergebnis Liegenschaften Finanzvermögen	IST R11	SOLL B11	IST R10
Liegenschaften Finanzvermögen Fläche in m ²	7'490'239	6'972'983	7'490'239
Mietzins, übrige Erträge & Baurechteeinnahmen	9'040'871	8'812'700	9'401'993
Unterhalt	-1'982'696	-1'970'000	-3'382'806
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-2'023'090	-2'327'000	-2'152'287
Ergebnis Finanzbuchhaltung	5'035'085	4'515'700	3'866'900
Kalkulatorische Kosten	-8'163'233	-8'010'293	-8'898'627
Aufwandüberschuss	-3'128'147	-3'494'594	-5'031'727
Kostendeckungsgrad	74.29%	71.61%	65.14%
Gesamt-Bruttorendite (SIA D0213)	3.58%	3.77%	3.71%

5.4.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

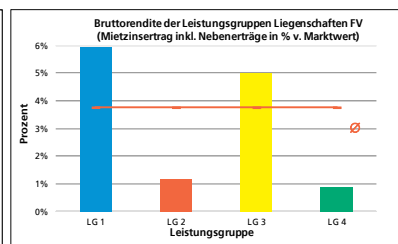
a) Bruttoertrag nach LG



b) Aufteilung nach Wert



c) Bruttorendite nach LG



5.4.4.3 Kurzkomentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag

Die Gesamterrendite über alle Leistungsgruppen senkte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,13 % auf 3,58 %. Dies ist in erster Linie auf die Weitergabe der Mietzinssenkung (Senkung des Referenzzinssatzes) per Mai 2011 zurückzuführen. Trotzdem konnten die Erträge in den einzelnen LG gegenüber dem Budget um insgesamt Fr. 228'000.– verbessert werden. Dies ist auf wertvermehrnde Investitionen, Anpassungen von Baurechtszinsen, aus Rückvergütungen von Versicherungsfällen sowie auf diverse kurzfristige Vermietungen zurückzuführen.

In der **LG 1, Renditeliegenschaften**, konnte im September an der Berglistrasse 42 eine totalsanierte 3-Zimmer-Wohnung der neuen Mieterschaft übergeben werden. Bei den Liegenschaften an der Maihofstrasse 41 und 43 wurden die Fenster erneuert. Ein Teil der Investitionen wurde durch das kantonale Projekt "Schallschutzfenster" finanziert. Die Sanierung/Erneuerung der HLK-Energiezentrale der Liegenschaft Baselstrasse 21 konnte im Sommer abgeschlossen werden. Ebenfalls vor Beginn der Heizperiode konnte bei den MFH Mühlemattstrasse 11 und Rankhofstrasse 15 die neuen Wärmeerzeugungsanlagen in Betrieb genommen werden.

Die Nettoerrendite von 3,87 % pendelte sich wieder auf dem Niveau der Vorjahre ein. Dies insbesondere weil der Einbruch des Vorjahres auf die umfassende Sanierung der Liegenschaft Bramberghöhe 4 zurückzuführen war.

In der **LG 2, Land und Entwicklungsareale**, wurde für die obere Bernstrasse eine Landwertschätzung in Auftrag gegeben. Diese hat gezeigt, dass die auf der Basis der Machbarkeitsstudie berechneten Baukosten deutlich zu hoch sind. Dies führte dazu, dass die beiden betroffenen Wohnbaugenossenschaften eine Überarbeitung dieser Studie in Auftrag gaben. Dieser Sachverhalt führt zu einer Verschiebung des Projekts um rund sechs Monate.

In der **LG 3, Baurechte**, wurden wiederum diverse Baurechtszinse aufgrund der vertraglichen Bestimmungen angepasst bzw. erhöht.

In der **LG 4, Grün**, konnte die Dachsanierung beim EFH Utenberg abgeschlossen werden. Bei den Investitionen in den Landwirtschaftsbetrieben Fuchsbühl und Krümmelbach wurden Eigenleistungen der Pächterschaft einverlangt. Die jährliche Entschädigung für die Bewirtschaftung der Wälder an das Stadtforstamt (Korporationsgemeinde) wurde gemäss der vertraglichen Indexanpassung auf Fr. 260'000.– erhöht.

5.4.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

5.4.5.1 Leistungsgruppe Renditeliegenschaften (LG 1)

a) Ziele für die Leistungsgruppe 1

Anbieten von attraktiven Wohnungen und Gewerberäumen zu kostendeckenden Mietzinsen. Sicherstellung eines angemessenen Unterhaltes zur Substanzerhaltung der Liegenschaften.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich	Miete pro m ² / Jahr	Anz.	Menge Fläche m ²	%	Bruttoertrag an Leistungsgruppe
LG 1: Renditeliegenschaften					
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen	> 160.--	53	5'789	37%	SFr. 1'139'184
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen	121 - 160.--	101	6'561	42%	SFr. 913'872
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen	< 120.--	43	3'420	22%	SFr. 306'024
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen GSW		60	3'749		SFr. 408'295
Geschäftslokale / Mietzinseinnahmen		83	9'496		SFr. 1'255'308
Vermietung von Garagen / Parkplätzen	Plätze	153			SFr. 141'364
übrige Erträge und Rückerstattungen					SFr. 776'811
Total					SFr. 4'940'858

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R11	Soll B11	Ist R10
Niederschwelliges Wohnungsangebot zur Verfügung stellen.	Anz. durch die GSW verwaltete Wohnungen, Einhaltung Vertrag mit GSW	60 Wohnungen	60 Wohnungen	60 Wohnungen
Angebot an Whg. im oberen Preissegment	Anz. Wohnungen Ø m ² -Preis der Whg p.a.	33 Wohnungen > Fr. 210.--	14 Wohnungen > Fr. 210.--	22 Wohnungen > Fr. 210.--
Verwaltungseffizienz Optimale Bewirtschaftung der selbst verwalteten Wohnungen	Mietzinsausfallquote (Leerstände) in Prozent vom Mietzins-Soll	< 1%	< 1%	1,02%
Zustand der Wohnungen und Sicherstellung Substanzerhalt	Unterhalt ¹² in % Mietzinseinnahmen, bzw. in % Verkehrswert (gemäss SIA D0213)	Vom MZ: 25,3% Vom VW: 1,5%	Vom MZ: 31,3% Vom VW: 2,0%	Von MZ: 53,86% Von VW: 3,4%
Marktgängigkeit der Mietwohnungen	Anzahl Mieterwechsel p.a. (nur selbst bewirtschaftete Liegenschaften)	33	42	49

d) Mengen und Kosten

LG 1: Renditeliegenschaften	IST R11	SOLL B11	IST R10
Ertrag	4'940'858	4'777'200	5'256'162
Kosten	-4'869'767	-5'266'119	-6'878'906
Aufwandüberschuss	71'091	-488'919	-1'622'744
Verkehrswert	83'023'000	74'419'835	73'786'000
Nettorendite in Prozent	3.87%	3.46%	1.85%

¹² Instandhaltung und Instandsetzung.

5.4.5.2 Leistungsgruppe Land und Entwicklungsareale (LG 2)**a) Ziele für die Leistungsgruppe 2**

Leistung eines aktiven Beitrages zur Umsetzung der stadträtlichen Leitsätze zur Stadtentwicklung und zur Realisierung der Stossrichtungen aus dem Masterplan der Stadt Luzern (Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung vom 10. September 2003).

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 2: Land und Entwicklungsareale	Menge	Bruttoertrag an Leistungsgruppe
Baulandreserven	318'977 m ²	SFr. 79'445
Anzahl Wohnungen / Mietzinseinnahmen	30 Whg	SFr. 243'336
Fläche Geschäftslokale / Mietzinseinnahmen	3'800 m ²	SFr. 168'797
Vermietung von Garagen / Parkplätzen	103 Plätze	SFr. 107'076
übrige Erträge und Rückerstattungen		SFr. 51'485
Total		SFr. 650'139

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R11	Soll B11	Ist R10
Erfolgreiche Vermarktung und Entwicklung von Liegenschaften mit erhöhtem Nutzenpotenzial.	Zieldefinition und Vorgehensplan erarbeitet und laufend aktualisiert. Anzahl Vermarktungen.	Die Veräusserung des Grundstücks an der Büttenehalde wurde abgeschlossen. Die Grundlagen (Erschliessungen) für die Erarbeitung eines Gestaltungsplanes im Tschuopis sind noch nicht vollständig. Die Realisierung des Areals Hinterschlund ist weit fortgeschritten.	Die wieder aufgenommene Vermarktung des Bütteneareals ist abzuschliessen. Nach Vorlage des Gestaltungsplans ist die Vermarktung des Tschuopis-Grundstücks in Angriff zu nehmen. Durch ein Kauf-/Tauschgeschäft soll eine erste Etappe zur Bebauung des Areals Hinterschlund inisiert werden.	Die Vermarktung des Grundstücks Büttene wurde wieder aufgenommen. Die Vermarktungen von unbebauten Grundstücken in Kriens und im Stadtteil Littau wurden vorbereitet und werden im Frühjahr 2011 gestartet.

d) Mengen und Kosten

Leistungsgruppe 2: Land und Entwicklungsareale	IST R11	SOLL B11	IST R10
Ertrag	650'139	618'700	708'869
Kosten	-2'695'718	-2'305'042	-2'721'722
Aufwandüberschuss	-2'045'579	-1'686'342	-2'012'853
Verkehrswert	56'860'000	68'292'000	46'880'000
Ertrag in Fr. pro m ²	1.10	1.07	1.20
Fläche in m ²	582'034	580'437	589'808

Die Vermarktung der Grundstücke Amstutzweg (Kriens) und Burgweg (Stadtteil Littau) wurde abgeschlossen. Der B+A 28/2011 wurde im Februar 2012 vom Parlament beschlossen.

5.4.5.3 Leistungsgruppe Baurechte (LG 3)**a) Ziele für die Leistungsgruppe 3**

Gewährung von Baurechten des Finanzvermögens zu marktüblichen Konditionen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Baurechtsnehmer und der strategischen Bedeutung des Grundstückes für die Stadt. Administration der Baurechte des Finanz- und Verwaltungsvermögens (Vertragsgestaltung, Inkasso).

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 3: Baurechte Finanzvermögen	Menge		Bruttoertrag
	Anz.	Fläche m ²	an Leistungsgruppe
Baurechtszinsen (Finanzvermögen)	36	294'046	SFr. 3'040'112
Entschädigung VBS Gefechtsschiessplatz			SFr. 84'388
Total			SFr. 3'124'500

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R11	Soll B11	Ist R10
Marktkonforme Abgabe von Baurechten auf Liegenschaften des Finanzvermögens	Baurechtszins pro m ² /p.a.	Fr. 10.62	Fr. 10.23	Fr. 10.57
Bei ablaufenden BR: Klärung der Übereinstimmung mit Strategie und Marktkonformität	Anzahl BR-Verträge, die im Rechnungsjahr enden.	Keine	Keine	Keine

d) Mengen und Kosten

Leistungsgruppe 3: Baurechte	IST R11	SOLL B11	IST R10
Ertrag	3'124'500	3'042'500	3'107'603
Kosten	-2'811'272	-2'946'470	-2'955'586
Aufwandüberschuss	313'227	96'030	152'017
Verkehrswert (Ertragswert mit 5% kapitalisiert)	62'489'000	60'850'000	62'152'100
Ø Baurechtszins pro m ²	10.63	10.23	10.57
Fläche in m ²	294'046	297'472	294'046

Der erzielte Mehrertrag resultiert aus indexbedingten Anpassungen diverser Baurechte.

5.4.5.4 Leistungsgruppe Grün (LG 4)**a) Ziele der Leistungsgruppe 4**

Pflege und Schutz des Waldes in seiner Fläche und seiner räumlichen Verteilung (quantitative Walderhaltung) sowie der Schutz des Waldes als Ökosystem mit seiner vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt, als Landschaftselement und als Garant der Schutz-, Wohlfahrts- und Nutzfunktionen (qualitative Walderhaltung) durch das Stadtforstamt. Der Wald liefert einen Beitrag zur Standortqualität für die Stadt Luzern und die umliegenden Naherholungsgebiete.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 4: Grün	Fläche in m ²	Bruttoertrag an Leistungsgruppe
Pacht- und Mietzinsen		SFr. 235'067
Mietzinsen DFI (Lehn)	3'746'373	SFr. 65'720
Erträge aus Wald	2'789'467	SFr. 10'256
übrige Erträge und Rückerstattungen		SFr. 14'331
Total	6'535'840	SFr. 325'374

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R11	Soll B11	Ist R10
Stabilisierung der Kosten für die Waldpflege gemäss Vertrag vom 31.01.07 mit der Korpationsgemeinde Luzern	Kosten der Waldpflege p.a. insgesamt und pro m ² Waldfläche	Fr. 260'000.– Fr. –.09/m ²	Fr. 250'000.– Fr. –.09/m ²	Fr. 250'000.– Fr. –.09/m ²

d) Mengen und Kosten

Leistungsgruppe 4: Grün	IST R11	SOLL B11	IST R10
Ertrag	325'374	374'300	329'359
Kosten	-1'792'261	-1'789'663	-1'877'508
Aufwandüberschuss	-1'466'887	-1'415'363	-1'548'149
Verkehrswert	37'649'000	35'704'000	34'631'000
Ertrag in Fr. pro m ²	0.05	0.06	0.05
Fläche in m ²	6'535'840	6'535'841	6'542'727

5.4.6. Nachweis der Kosten

Vom Aufwand zu den Kosten	Aufwand	Ertrag
Institution 521 Immobilien Finanzliegenschaften	4'617'318	-9'762'692
Ergebnis Finanzbuchhaltung Globalbudget	-5'145'374	
Kalk. Kosten: Zinsen auf Marktwert	6'360'557	
Kalk. Kosten: 1,3% Abschreib. auf Marktwert ohne Land	1'802'676	
Ergebnis Globalbudget inkl. kalk. Kosten	3'017'859	
Abgrenzung HK/NK-Abr. usw.	-611'532	721'820
Ergebnis Kosten LG 1-4 Globalbudget IFL	3'128'147	

Antrag des Stadtrates

Der Stadtrat beantragt Ihnen,

- I. den Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2011 zu genehmigen;
- II. die Jahresrechnung und die Finanzierung des Aufwandüberschusses für das Jahr 2011 zu genehmigen;
- III. Folgendes Grundstück (ohne Buchwert) per 1. Januar 2012 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen überzuführen:
Teilfläche von 978 m² des Grundstücks 155, Täschmatt, GB Littau.

Er unterbreitet Ihnen einen entsprechenden Beschlussvorschlag.

Luzern, 4. April 2012

Urs W. Studer
Stadtpräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 8 vom 4. April 2012 betreffend

Geschäftsbericht 2011,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 30 Abs. 1 lit. a, Art. 63 und Art. 69 lit. b Ziff. 9 der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 f. des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2011 wird genehmigt.
- II. Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2011, werden genehmigt:

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 745'382'242.55
Ertrag	<u>Fr. 739'061'999.27</u>
Aufwandüberschuss	Fr. 6'320'243.28

Der Aufwandüberschuss wird wie folgt finanziert:

Fr. 6'320'243.28 Entnahme aus dem Eigenkapital / Reserven für Steuerausgleich

2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 584'720'289.09 abschliessen.

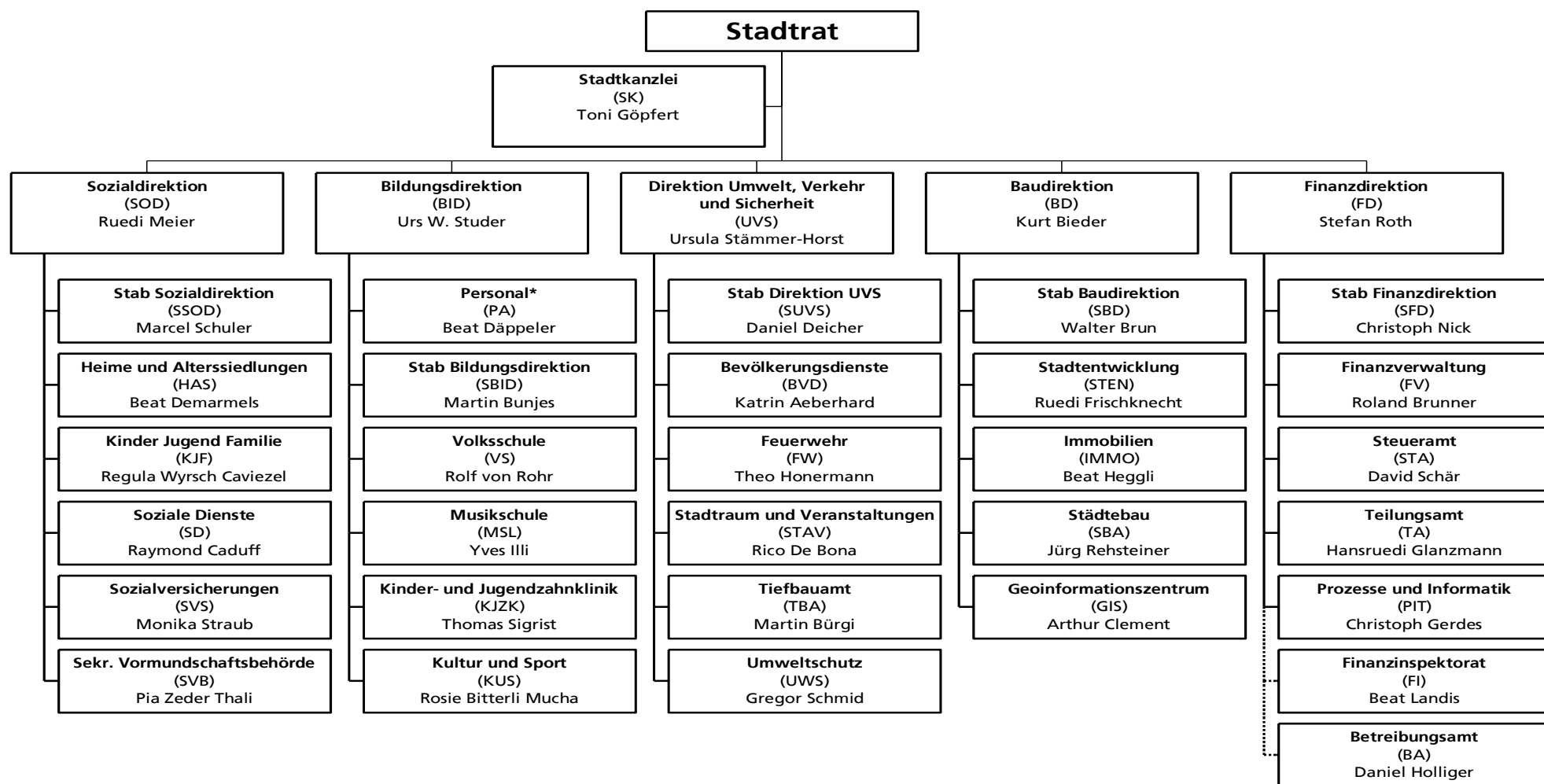
- III. Folgendes Grundstück wird (ohne Buchwert) per 1. Januar 2012 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen übergeführt:
Teilfläche von 978 m² des Grundstücks 155, Täschmatt, GB Littau.

Luzern, 28. Juni 2012

Korintha Bärtsch
Präsidentin des Grossen Stadtrates

Toni Göpfert
Stadtschreiber

Gesamt-Organigramm per 1.1.2012



* der Direktion des jeweiligen
Stadtpräsidenten zugeordnet

-- administrativ der Finanzdirektion
zugeordnet